

Kassel documenta Stadt

Endgültiger

Jahresabschluss

zum

31.12.2013

mit Anlagen und Anhang

Inhaltsverzeichnis

	ab Seite
Bilanz zum 31.12.2013	6
Anhang zum Jahresabschluss 31.12.2013	9
I. Allgemeines	11
0 Allgemeines	11
1 Gliederung	11
2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	12
3 Nachrichtliche Informationen	19
4 Anmerkung	19
5 Durchschnittliche Zahl der Beamten und Arbeitnehmer	20
6 Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung	20
II. Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz zum 31.12.2013	24
Aktiva	
1 Anlagevermögen	24
2 Umlaufvermögen	33
3 Aktive Rechnungsabgrenzung	37
Passiva	
1 Eigenkapital	38
2 Sonderposten	42
3 Rückstellungen	44
4 Verbindlichkeiten	51
5 Passive Rechnungsabgrenzung	53
III. Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung	54
IV. Erläuterungen zur Finanzrechnung	73
Anlagen zum Jahresabschluss 31.12.2013	79
• Übersicht über den Stand des Anlagevermögens	81
• Übersicht über den Stand der Forderungen	83
• Übersicht über die Rückstellungen im Haushaltsjahr	85
• Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten	87
• Übersicht über den Stand der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte	89
• Übersicht über fremde Finanzmittel	91

Ergebnisrechnung und Finanzrechnung zum 31.12.2013	95
• Ergebnisrechnung	97
• Finanzrechnung	99
Rechenschafts- und Lagebericht zum Jahresabschluss 2013	101
1. Rechtliche Grundlagen	103
2. Allgemeines	104
3. Entwicklung der städtischen Finanzlage	106
4. Aufgabenentwicklung der Stadt Kassel	106
5. Analyse des Jahresabschlusses	110
5.1. Überblick	110
5.2. Ergebnisentwicklung	110
5.2.1. Entwicklung der Erträge	112
5.2.2. Entwicklung der Aufwendungen	114
5.2.3. Wesentliche Plan-Ist-Abweichungen auf Budgetebene	117
5.2.4. Budgetüberschreitungen 1. Ebene	117
5.2.5. Budgetabweichungen 2. Ebene	119
5.3. Vermögens- und Schuldenentwicklung	147
5.3.1. Bilanzkennzahlen	148
5.3.2. Wesentliche Veränderungen	150
5.4. Finanzentwicklung	152
5.5. Entwicklung und Bewertung der Investitionen	152
5.5.1. Investitionstätigkeiten	152
5.5.2. Wesentliche Investitionsmaßnahmen	153
5.5.3. Projekte mit erheblichen Plan-Ist-Abweichungen	160
5.5.4. Finanzierung der Investitionen	178
6. Organisatorische Veränderungen	179
6.1. Innere Verwaltung	179
6.2. Beteiligungswesen	179
7. Zukunftsprognose	179
7.1. Bereich der Sozialen Sicherung	179
7.2. Bereich der Jugendhilfe	180
7.3. Allgemeine Finanzwirtschaft	181
8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres	182
Anlagen zum Rechenschafts- und Lagebericht zum Jahresabschluss 2013	183
Abkürzungsverzeichnis	205

Bilanz zum 31.12.2013

Position	Bezeichnung	Bestand 31.12.2013	Bestand 31.12.2012
1	2	3	4
1	Anlagevermögen		
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände		
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	701.443,61 €	760.119,90 €
1.1.2	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	73.710.307,35 €	58.357.169,82 €
1.2	Sachanlagevermögen		
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	387.930.614,55 €	380.700.007,60 €
1.2.2	Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	375.381.577,77 €	374.531.580,77 €
1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	384.007.188,75 €	389.691.733,80 €
1.2.4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	3.456.851,40 €	3.795.738,15 €
1.2.5	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	17.321.717,51 €	18.216.722,15 €
1.2.6	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	26.804.579,99 €	37.759.763,71 €
1.3	Finanzanlagen		
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	375.552.742,51 €	371.735.242,51 €
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen		
1.3.3	Beteiligungen	108.392.701,87 €	108.267.701,87 €
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	14.068.448,83 €	20.847.595,35 €
1.3.6	Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	68.266.231,98 €	58.787.402,98 €
2	Umlaufvermögen		
2.1	Vorräte, einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	620.323,02 €	677.030,57 €
2.2	Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	0,00 €	0,00 €
2.3	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	50.326.319,39 €	40.077.853,56 €
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	19.241.778,66 €	8.180.927,82 €
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.613.789,80 €	8.819.473,30 €
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis und Sondervermögen	617.014,90 €	176.278,25 €
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	1.953.860,17 €	1.527.508,10 €
2.4	Flüssige Mittel	1.428.737,45 €	216.509,26 €
3	Rechnungsabgrenzungsposten	12.865.937,62 €	15.036.886,05 €
Bilanzsumme Aktiva		1.934.262.167,13 €	1.898.163.245,52 €

Position	Bezeichnung	Bestand 31.12.2013	Bestand 31.12.2012
1	2	3	4
Passiva			
1	Eigenkapital		
1.1	Netto-Position	678.564.071,18 €	418.102.320,18 €
1.2	Rücklagen und Sonderrücklagen		
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00 €	0,00 €
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00 €	0,00 €
1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	904.676,45 €	792.518,95 €
1.2.4	Sonderrücklagen	7.172.492,46 €	7.230.969,54 €
1.2.4.1	Stiftungskapital	43.393,92 €	42.643,40 €
1.3	Ergebnisverwendung		
1.3.1	Ergebnisvortrag		
1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-5.516.717,03 €	-404.402,30 €
1.3.1.2	Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00 €	0,00 €
1.3.2	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		
1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	6.041.592,24 €	-7.799.273,69 €
1.3.2.2	Außerordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.837.188,79 €	2.686.958,96 €
2	Sonderposten		
2.1	Für erhaltene Investitionszuschüsse, -zuweisungen und -beiträge		
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	307.735.701,24 €	310.329.312,77 €
2.1.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	87.931,52 €	93.057,52 €
2.1.3	Investitionsbeiträge	24.692.794,00 €	22.680.892,00 €
3	Rückstellungen		
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	336.303.407,00 €	334.252.657,31 €
3.2	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	8.104,32 €	40.000,00 €
3.3	sonstige Rückstellungen	22.910.385,95 €	17.873.885,02 €
4	Verbindlichkeiten		
4.1	Verbindlichkeiten aus Anleihen		
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	459.977.806,49 €	708.142.857,64 €
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 44.919.135,62 €		
	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	29.795.162,10 €	29.993.934,49 €
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 121.726,77 €		
4.3	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	89.778,33 €	56.027,58 €
4.4	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüsse sowie Investitionsbeiträge	11.599.862,22 €	11.495.364,34 €
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.797.053,36 €	8.290.453,64 €
4.6	Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	41.528,71 €	11.931,88 €
4.7	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	1.012,98 €	0,00 €
4.8	Sonstige Verbindlichkeiten	46.064.764,91 €	34.154.329,35 €
5	Rechnungsabgrenzungsposten	110.175,99 €	96.806,94 €
Bilanzsumme Passiva		1.934.262.167,13 €	1.898.163.245,52 €

Kassel, den 23.03.2015

Stadt Kassel
Der Magistrat

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister

Dr. Jürgen Barthel
Stadtkämmerer

Kassel documenta Stadt

Anhang

zum

Jahresabschluss

31.12.2013

Anhang zum Jahresabschluss der Stadt Kassel zum 31.12.2013

I. Allgemeines

(0) Vorbemerkung und Rechtsgrundlagen

Die Stadt Kassel hat ihre Buchhaltung in 2006 auf die Doppik umgestellt. Die Eröffnungsbilanz wurde zum 01.01.2006 aufgestellt.

Die Umstellung auf die Doppik und die Aufstellung der Eröffnungsbilanz sowie der Folgebilanzen wurde unter Beachtung der Rechtsvorschriften der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) sowie der Verordnung zur Änderung der GemHVO vorgenommen.

Der Anhang zum Jahresabschluss wurde unter Beachtung des § 112 (4) Nr. 1 HGO und der §§ 44 und 52 GemHVO erstellt.

Im Anhang sind die wesentlichen Posten der Vermögensrechnung, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung zu erläutern und deren Abweichungen im Jahresvergleich darzustellen.

Ferner werden u. a. die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erläutert und Zusatzinformationen angegeben, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses eine besondere Bedeutung haben.

Dem Anhang sind die Anlagenübersicht (Anlagenspiegel), die Verbindlichkeitenübersicht, die Forderungsübersicht, die Rückstellungsübersicht, die Übersicht über Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften und die Übersicht über die fremden Finanzmittel als Anlagen angefügt.

(1) Gliederung

Der formale Aufbau des Jahresabschlusses (Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Anhang und Anlagen zum Jahresabschluss) orientiert sich grundsätzlich an den Vorgaben der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik vom 02.04.2006 und der Verordnung zur Änderung der GemHVO vom 27.12.2011.

Grundlage für die Finanzbuchhaltung ist der Kommunale Kontenrahmen Hessen mit Stand 27.12.2011. Für die Bilanzerstellung 2013 wurde noch das Muster 19 zu § 49 der GemHVO-Doppik vom 02.04.2006 verwendet, da dies nach der aktuellen Gesetzeslage bis zum Jahresabschluss 2013 gestattet ist.

(2) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte nach dem Vorsichtsprinzip, d. h. Vermögensgegenstände wurden im Zweifel mit dem niedrigeren Ansatz, Schulden im Zweifel mit dem höheren Ansatz bewertet.

Vermögensgegenstände und Schulden wurden einzeln bewertet. Die Bewertung der Vermögensgegenstände erfolgt ab dem 01.01.2006 grundsätzlich mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Die Wertansätze zum 01.01.2006 wurden detailliert im Anhang zur Eröffnungsbilanz erläutert. Die in der Eröffnungsbilanz festgestellten Werte wurden fortgeführt und in den Erläuterungen zum 31.12.2013 ausführlich beschrieben.

Fremdkapitalzinsen werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Sofern bei Betrieben gewerblicher Art steuerrechtliche Abschreibungen zugrunde zu legen waren, waren diese maßgebend. Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände auf der Grundlage der in 2010 überarbeiteten NKRS-Abschreibungstabelle des Landes Hessen vorgenommen. Die Nutzungsdauer für Gebäude in Massivbauweise wurde nicht von 80 auf 60 Jahre reduziert, da dies nicht die örtlichen Gegebenheiten widerspiegeln würde. Aufgrund der tatsächlichen Nutzung bei der Stadt Kassel werden Gebäude regelmäßig mehr als 60 Jahre genutzt.

Die Vereinfachungsregelung für Abschreibungen auf bewegliche Vermögensgegenstände nach § 43 (2) S. 3 GemHVO (voller Abschreibungssatz für im ersten Halbjahr angeschaffte Vermögensgegenstände und halber Abschreibungssatz für im zweiten Halbjahr angeschaffte Vermögensgegenstände) wird nicht angewandt.

Bei geringwertigen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens wurde bislang grundsätzlich von der Möglichkeit der Sofortabschreibung Gebrauch gemacht.

Ab 01.01.2013 werden gem. § 41 Abs. 5 GemHVO Sammelposten gebildet, die auf 5 Jahre abgeschrieben werden (siehe auch Nr. 6b der Verwaltungsvorschriften zu § 41 GemHVO).

Übersicht über die verwendeten Bewertungsmethoden und Abweichungen:

Die Bewertungen wurden bereits ausführlich in der Eröffnungsbilanz und den Vorjahresbilanzen beschrieben. Sie werden beibehalten bzw. fortgeführt und der besseren Übersicht halber erneut dargestellt.

Software / Lizenzen

wurden mit den jeweiligen Anschaffungskosten vermindert um die seit Nutzungsbeginn aufgelaufenen Abschreibungen (= fortgeführte Anschaffungskosten) bewertet. Nicht entgeltlich erworbene Software (z. B. selbst erstellte Software) wird gemäß § 38 (3) GemHVO nicht angesetzt.

Geleistete Investitionszuschüsse

Von der Stadt Kassel geleistete Investitionszuschüsse sind ab dem 01.01.1998 erfasst und mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet worden. Sofern die Nutzungsdauer des Investitionsgegenstandes zu ermitteln war, wurde diese zugrunde gelegt.

Ansonsten wurde von der Vereinfachungsregelung des § 43 (5) GemHVO Gebrauch gemacht und Abschreibungen über einen Zeitraum von 10 Jahren vorgenommen.

Unbebaute Grundstücke

Die unbebauten Grundstücke wurden nach der Nutzungsart katalogisiert und bewertet. Hierbei wurden die Grundstücke so behandelt, als würden sie vollständig entwidmet sein. Für die Bewertung wurden bereits im Kalenderjahr 2001 folgende Wertansätze (qm-Werte) festgelegt:

Grün- und Ackerland wurde auf Grundlage der Richtwerte des Gutachterausschusses bewertet (Ansatz Grünland mit 2,00 €/qm und Ackerland mit 3,00 €/qm). Gewässer wurden einheitlich mit 1,28 €/qm angesetzt.

Wald und Naturschutzgebiete wurden einheitlich mit 2,00 €/qm bewertet.

Öffentliche Grünflächen, Grünanlagen, Spiel- und Sportplätze, Friedhofsflächen und sonstige Erweiterungsflächen wurden mit 17,90 €/qm bewertet. Dies entspricht den tatsächlichen Kaufpreisen, die die Stadt Kassel zum Erwerb von Vorhalteflächen aufwendet.

Grund- und Bodenanteile von Straßen, Parkplätzen und sonstigen Verkehrsflächen wurden mit 17,90 €/qm angesetzt.

Bauland wurde, unabhängig von der Grundstückslage, einheitlich mit 17,90 €/qm bewertet.

Städtische Gebäude

Bewertungen für die städtischen Gebäude wurden bereits zum 01.01.1999 für die damalige Stadtbilanz (aus der Kameralistik hergeleitet) vorgenommen.

Dabei wurden die Gebäude anhand der jeweiligen Brandversicherungswerte und des Baupreisindex auf das letzte zu ermittelnde Baujahr bewertet. Die Grund- und Bodenwerte wurden mit 15 vom Hundert des maßgebenden Brandversicherungswertes angesetzt (Empfehlung der Firma Mummert + Partner Unternehmensberatung AG, Hamburg) und entsprechend in der Bilanz ausgewiesen.

Nach der Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) wird bei den Gebäuden von einer technischen Nutzungsdauer von 80 Jahren ausgegangen. Die Abschreibungen wurden linear seit dem letzten zu ermittelnden Baujahr vorgenommen.

Zum 01.01.1999 wurden für die Gebäude die fortgeführten Anschaffungs-/Herstellungskosten ermittelt und seitdem die nachträglichen Herstellungskosten für die entsprechenden Gebäude erfasst und abgeschrieben.

Straßenein- und -aufbauten

Straßenein- und -aufbauten (Straßenkörper) wurden in der Eröffnungsbilanz zunächst einheitlich mit 130,00 €/qm bewertet. Bei dem Wert handelte es sich um die durchschnittlichen Baukosten des Straßenbaus im Bereich der Stadt Kassel. Die damalige Bewertung wurde in der Bilanz 2009 korrigiert, da sie aus aktueller Sicht zu hoch erschien.

Auf Anraten des Revisionsamtes der Stadt Kassel wurde zum 01.01.2009 eine Abwertung der Straßen auf 100,00 €/qm vorgenommen. Die dabei ermittelten neuen Werte wurden in 2013 fortgeschrieben.

Analog wurde in 2009 auch eine Abwertung des pauschalen Sonderpostens der Straßenbewertung vorgenommen. Auch hier erfolgte eine Fortschreibung in 2013.

Grundsätzlich wurde bei dem Altbestand an Straßen eine einheitliche Nutzungsdauer von 25 Jahren angenommen. Entsprechend des tatsächlichen Straßenzustandes wurden dann sechs Straßenkategorien festgelegt, anhand derer die maßgebliche Restnutzungsdauer zu bestimmen war:

Restnutzungsdauer:	25 Jahre	Ansatz 100%
	20 Jahre	Ansatz 80%
	15 Jahre	Ansatz 60%
	10 Jahre	Ansatz 40%
	5 Jahre	Ansatz 20%
	darunter	Ansatz 0%

Die Schätzung des Straßenzustandes der einzelnen Straßenabschnitte erfolgte durch die Straßenmeister des Straßenverkehrs- und Tiefbauamtes.

Brückenbauwerke

Brückenbauwerke, die älter als 20 Jahre sind, wurden mit einem Restwert von 1,00 € bewertet. Bei Brückenbauwerken, die jünger als 20 Jahre sind, wurden zunächst mittels Baupreisindex die Baukosten zum 01.01.2005 ermittelt. Anschließend erfolgten Wertabschläge entsprechend des tatsächlichen Bauzustandes.

Brückenbauwerke, für die die Anschaffungs-/Herstellungskosten zu ermitteln waren, wurden mit diesen bewertet. Anschließend wurden Wertabschläge entsprechend des tatsächlichen baulichen Zustandes vorgenommen.

Abschreibungen wurden entsprechend der Restnutzungsdauern vorgenommen.

Fußgängerunterführungen

Fußgängerunterführungen (FÜ) wurden insgesamt mit einem Erinnerungswert von 1,00 € angesetzt, da diese nach und nach durch überirdische Fußgängerüberwege ersetzt werden. Der politische Wille, alle FÜ zu schließen, ist unverändert.

Diese Vorgabe wurde und wird vom Straßenverkehrs- und Tiefbauamt umgesetzt.

Kunstgegenstände, Museums- und Bibliotheksbestände

Kunstgegenstände der städtischen Museen wurden grundsätzlich mit den Versicherungswerten angesetzt. Für Gebrauchskunst, Medien- und Bibliotheksbestände wurden Festwerte gebildet.

Aufwuchs (insbesondere Grünanlagen)

Der Aufwuchs wird getrennt vom Grund- und Bodenwert aktiviert. Hierzu wurden die Herstellungskosten seit 1998 ermittelt. Für die entsprechenden Grünanlagen werden Festwerte auf der Basis der tatsächlichen Anschaffungs-/Herstellungskosten gebildet. Aufwendungen für Wege, befestigte Flächen und sonstige Betriebsvorrichtungen werden gesondert aktiviert und entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Der Ansatz erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungs-/Herstellungskosten.

Flächen in der Bewirtschaftung des Umwelt- und Gartenamtes

Die öffentlichen Grünflächen wurden in 2009 neu bewertet. In der vorherigen Bilanz 2012 wurde eine Fortschreibung vorgenommen. Dies erfolgt in Absprache mit dem Umwelt- und Gartenamt im drei-Jahres Rhythmus, somit wieder in der Bilanz zum 31.12.2015.

Anlagen, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Diese wurden mit den fortgeführten Anschaffungs-/Herstellungskosten bewertet.

Anlagen im Bau

Die aktivierungsfähigen Aufwendungen für noch nicht endgültig fertiggestellte Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden auf den Konten „Anlagen im Bau“ nachgewiesen. Wird die Herstellung bzw. Anschaffung beendet (d. h. Erwerb und Versetzung des Wirtschaftsgutes in einen betriebsbereiten Zustand), so sind die Aufwendungen auf das entsprechende Anlagensachkonto umzubuchen und entsprechend abzuschreiben.

Finanzanlagevermögen

Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Anteile an Eigenbetrieben wurden nach der Eigenkapital-Spiegelbild-Methode bewertet. Als Stichtag hierzu wurden die jeweiligen Bilanzen zum 31.12.2005 zugrunde gelegt.

Diese Bewertungsmethode ist nur bei der erstmaligen Bewertung im Rahmen der Eröffnungsbilanz zulässig, um die Anschaffungs- und Herstellungskosten zu ermitteln.

Kapitalaufstockungen werden aktiviert, da sie Anschaffungskosten darstellen. Positive Jahresergebnisse der städtischen Gesellschaften werden nicht berücksichtigt, da gem. § 41 (1) GemHVO eine Aktivierung höchstens mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten erfolgen darf.

Wertminderungen werden nur berücksichtigt, wenn diese dauerhaft sind. Dies liegt vor, wenn Verluste in drei aufeinander folgenden Jahren erwirtschaftet werden. In der vorliegenden Bilanz wird keine dauerhafte Wertminderung berücksichtigt.

Bei dem Ausweis von Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Wertpapieren des Anlagevermögens wurde wie folgt vorgegangen:

Verbundene Unternehmen

Nach der Legaldefinition des § 271 (2) HGB sind verbundene Unternehmen solche Unternehmen, die als Mutter- oder Tochterunternehmen (§ 290 HGB) in den Konzernabschluss eines Mutterunternehmens einbezogen werden können. Daher werden als Anteile an verbundenen Unternehmen diejenigen städtischen Eigengesellschaften erfasst, an denen die Stadt Kassel mehr als 50 % der Stimmrechte hält, d. h. die Beteiligungen mit beherrschendem Einfluss der Stadt Kassel darstellen (diese sind gemäß § 49 Nr. 11 der VV 2013 zur GemHVO unter dem Posten Anteile an verbundenen Unternehmen auszuweisen, Empfehlung der BDO Wirtschaftsprüfungsgesellschaft).

Diese Unternehmen sollen ab dem Jahr 2015 in eine gesonderte Konzernbilanz mit einbezogen werden.

Eigenbetriebe

Eigenbetriebe gelten als Sondervermögen der Gemeinden. Einrichtungen der Abfall- und Abwasserbeseitigung sind keine wirtschaftlichen Unternehmen gemäß § 121 (2) Nr. 2 HGO. Diese städtischen Einrichtungen haben keine eigene Rechtspersönlichkeit. Sie sind lediglich aus dem städtischen Haushalt ausgegliedert und werden nach den Vorschriften über Eigenbetriebe geführt. Ihrem Charakter nach sind sie wie ein verbundenes Unternehmen zu behandeln.

Beteiligungen

Als Beteiligungen wurden Anteile an Unternehmen ausgewiesen, an denen die Stadt Kassel mit mindestens 20 %, aber nicht mit mehr als 50 % beteiligt ist. Im Rahmen der Erstellung der Konzernbilanz für die Stadt Kassel wird überprüft, welche der in der Eröffnungsbilanz als Beteiligungen ausgewiesenen Anteile als Anteile an verbundenen Unternehmen zu behandeln sind.

Hierdurch ergeben sich keine Auswirkungen auf die Bewertung der Anteile. Es ändert sich dann lediglich die Position, in der die Anteile ausgewiesen werden. Es entstehen keine wertmäßigen Änderungen.

Wertpapiere des Anlagevermögens

Alle anderen Anteile an Unternehmen, bei denen die Stadt Kassel mit weniger als 20 % des Stammkapitals beteiligt sind, werden als Wertpapiere des Anlagevermögens ausgewiesen und mit dem Nominalwert angesetzt.

Vorratsvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bzw. wo notwendig mit dem Schätzwert (z. B. Schüttgut) angesetzt. Die Sonderregelungen zur Erstellung einer Eröffnungsbilanz für Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen wurden hierbei angewandt. Demnach waren nur größere Lagerbestände in der Eröffnungsbilanz zu berücksichtigen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen sind mit dem jeweiligen Nennbetrag berücksichtigt worden.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Die liquiden (flüssigen) Mittel wurden mit ihrem Nennbetrag (Nominalwert) bewertet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten (transitorische Korrekturposten) wurden alle Aufwendungen und Erträge erfasst, welche wirtschaftlich dem Folgejahr zuzuordnen sind. Durch diese zeitliche Abgrenzung erfolgt eine periodengerechte Ergebnisermittlung.

Eigenkapital

Die Nettoposition errechnet sich aus dem Saldo der Vermögens- und Schuldposten der Bilanz zum 31.12.2013.

Die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses enthalten die Zuführungen oder Auflösungen aus den Überschüssen oder Fehlbeträgen der Jahresergebnisse aus Vorjahren.

Sonderposten

Erhaltene Investitionszuschüsse, Erschließungsbeiträge und Beiträge nach § 11 KAG sind als Sonderposten ausgewiesen.

Die Auflösung der Sonderposten erfolgt grundsätzlich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der jeweiligen Investitionsmaßnahme. Für die Eröffnungsbilanz wurden die Investitionszuweisungen und -beiträge seit dem 01.01.1998 ermittelt und bewertet.

Für die bewerteten Straßen wurde zudem ein Sonderposten als Bewertungsausgleich pauschal ermittelt und analog der Nutzungsdauer des jeweiligen Straßenabschnittes aufgelöst. Der Ansatz zum 31.12.2013 erfolgt mit den fortgeschriebenen Werten.

Rückstellungen für Pensionen

Pensionsrückstellungen werden nach dem Teilwertverfahren berechnet. Die Bildung der Rückstellung erfolgt gemäß § 39 (1) Nr. 1 GemHVO. Als Rechnungszinsfuß wurden entsprechend § 41 (6) GemHVO 6 v. H. zugrunde gelegt. Die Berechnung erfolgte durch die Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck (BVK). Siehe auch Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz Position 3.1.

Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen

Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern und Beamten für die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst bzw. Arbeitsverhältnis (§ 39 (1) Nr. 2 GemHVO) wurden durch die BVK berechnet.

Das Berechnungsverfahren für die Berechnung der Beihilferückstellungen der Stadt Kassel wurde ab 2013 umgestellt.

Für die Berechnung der Rückstellungen für Beihilfen wird ab 2013 ein Beihilfetarif zugrunde gelegt, der sich aus dem maßgebenden Durchschnitt der Beihilfezahlungen der Stadt Kassel der letzten 3 Jahre ergibt. Damit wird ein realistischer Wert der bei der Stadt Kassel benötigten Beihilferückstellungen erreicht. Bei Männern sowie bei Frauen wurde ein monatlicher Tarif von 343,08 € berücksichtigt. Dieser Betrag ergibt sich aus dem Durchschnitt der folgenden Beträge:

2011 = 362,00 €, 2012 = 364,00 €, 2013 = 303,25 €.

Der Betrag für 2013 entspricht dabei den im Jahr 2013 tatsächlich gezahlten Beihilfen. (siehe auch

- Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva 3.1 Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen
- Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung, Entwicklung der Aufwandspositionen, Pos. 2 Versorgungsaufwendungen
- Rechenschafts- und Lagebericht, 5.3 Vermögens- und Schuldenentwicklung, Rückstellungen).

Mit der Umstellung der Bewertungsmethode ist ein gewisses Risiko im Jahresabschluss verbunden. Durch eine Kumulation von Einzelfällen mit hohen Beihilfeaufwendungen könnte der Durchschnittswert für die Stadt Kassel negativ beeinflusst werden. Die neue Bewertungsmethode muss jedoch aufgrund des Grundsatzes der Bilanzstetigkeit auch dann beibehalten werden.

Rückstellung für Altersteilzeit

Die Bildung der Rückstellung erfolgt gemäß § 39 (1) Nr. 3 GemHVO.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde unter Berücksichtigung der von der Stadt Kassel gelieferten Daten durch die BVK berechnet und nach dem Pauschalwertverfahren gemäß BMF-Schreiben vom 28.03.2007 bewertet.

Rückstellungen für Lebensarbeitszeit

Lebensarbeitszeitkonten sind spezielle Langzeitkonten zur Arbeitszeitflexibilisierung. Grundlage ist die Verordnung über die Arbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten vom 15. Dezember 2009.

Ziel ist eine längerfristige bezahlte Freistellung von der Arbeit, oftmals unmittelbar vor dem Ruhestand (Renteneintritt bzw. Pensionierung). Eine Rückstellung für Lebensarbeitszeitkonten kann gemäß § 39 (1) letzter Satz GemHVO gebildet werden.

Als Rückstellungsbetrag ist die mit Geld bewertete Arbeitszeit zu bilanzieren. Eine Abzinsung dieser Rückstellung findet nicht statt. Bei der Kontoführung werden die Guthaben in Zeiteinheiten, in der Regel Stunden, geführt. Eine eingebrachte Stunde während der Arbeitsphase bleibt auch in der Freistellung eine Stunde. Die Kontoführung wird vom Aufgabenbereich Personal- und Organisationsamt -Personalabteilung- durchgeführt. Die Einbuchung erfolgt durch die Haushaltsabteilung auf Meldung der Personalabteilung.

Rückstellungen für leistungsorientierte Bezahlung (LOB)

§ 18 des TVÖD sieht die Einführung eines Leistungsentgeltes ab dem Jahr 2007 vor. Eine Dienstvereinbarung über die Grundsätze der Verteilung des Leistungs-entgeltes und Bewertung der Beschäftigten wurde im März 2013 beschlossen („Dienstvereinbarung zum Leistungsentgelt nach § 18 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVÖD)“ vom 13. März 2013). Nach dieser Dienstvereinbarung wurde im Mai 2013 das Restvolumen des Leistungsentgeltes 2012 sowie im Dezember 2013 das komplette Leistungsentgelt 2013 ausgezahlt. Für 2014 waren daher keine Rückstellungen zu bilden.

Gemäß den Berechnungen des Personal- und Organisationsamtes betrug der Wert der Rückstellung zum 01.01.2013 990.000 €. Inanspruchnahmen wurden in Höhe von rd. 913.000 € gebucht, der verbleibende Restbetrag wurde aufgelöst.

Ab 2014 erfolgt gem. § 8 der Dienstvereinbarung wieder eine gesplittete Zahlung des Leistungsentgeltes, dann sind für 2015 auch wieder Rückstellungen einzustellen.

Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten

Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten wurden nach vorsichtiger kaufmännischer Sichtweise bewertet und in die Bilanz eingestellt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert.

(3) Nachrichtlich:**Haftungsverhältnisse und kreditähnliche Verpflichtungen**

Der Gesamtbestand an übernommenen Bürgschaften (Eventualverbindlichkeiten) beträgt zum 31.12.2013 insgesamt 73.271.806,80 €
(Bestand 31.12.2012: 84.926.565,89 €).

Kreditähnliche Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 6.557.324,00 € (Bestand 31.12.2012: 7.733.625,00 €). Es handelt sich dabei um langfristige Leasingverpflichtungen für die Tiefgaragen Friedrichsplatz 1. und 2. Bauabschnitt und die Kleinmarkthalle.

Verpflichtungsermächtigungen bestehen in 2013 in Höhe von 15.185.000,00 €
(Bestand 31.12.2012: 26.910.000,00 €).

Bestände des Brüder-Grimm-Museums

Entsprechend der gutachterlichen Stellungnahme des Rechtsamtes sind die Bestände des Brüder-Grimm-Museums der Stadt Kassel zuzurechnen.

Leihweise überlassene Bestände werden nicht aktiviert.

(4) Anmerkung

Die Stadt Kassel führt ein dezentrales Rechnungswesen. Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 wurde auf der Grundlage der durch die städtischen Ämter vorgenommenen Buchungen, der durchgeführten Inventur und den erteilten Auskünften erstellt.

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, sowie die Finanzrechnung wurden auf der Grundlage der Summen- und Saldenliste erstellt.

Wertansätze der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 durften in 2013 nicht mehr geändert oder nachgeholt werden.

Mit Erlass vom 03.03.2011 hatte das Regierungspräsidium Kassel verfügt, dass Änderungen bzw. Nachholungen gemäß § 108 (5) HGO in den Bilanzen der Stadt Kassel bis zum 31.12.2012 aufsichtsbehördlich nicht beanstandet werden und somit letztmalig möglich sind. Ein Antrag an das Hessische Ministerium des Innern und für Sport auf Fristverlängerung wurde gestellt. Ein Bescheid steht noch aus.

In 2013 wurde somit zunächst keine Nachholung mehr vorgenommen.

**(5) Durchschnittliche Zahl der Beamten und Arbeitnehmer
(§ 50 (2) Nr. 10 GemHVO)**

In 2013 waren in der Stadtverwaltung Kassel durchschnittlich 2.630 Bedienstete beschäftigt, und zwar

Beamte	688
Beschäftigte (Arbeiter und Angestellte)	1.848
Anwärter, Auszubildende und Praktikanten	94

**(6) Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung
(§ 50 (2) Nr. 11 GemHVO)**

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in 2013 sind im Folgenden genannt:

Stadtverordnetenvorsteher/in	
Friedrich	Petra
Stadtverordnete	
Aulepp	Simon
Aydın	Doğan
Bayer	Jörg-Peter
Beig	Dieter
Bergmann	Anke
Blutte	Jürgen
Boeddinghaus	Kai
Börner	Kaja (bis 31.10.)
Bogdon	Barbara
Boczkowski	Judith
Bürger	Dietmar (ab 13.11.)
Decker	Wolfgang
Döhne	Dirk (bis 07.03.)
Domes	Norbert
Doose	Bernd-Peter
Dr. Alekuzei	Rabani
Dr. Eichler	Manuel
Dr. Hanemann	Rainer
Dr. Hoppe	Bernd
Dr. Jürgens	Andreas
Dr. Schnell	Günther
Dr. van den Hövel-Hanemann	Martina
Dr. von Rüden	Michael

Dr. Werther	Meike	(28.02. bis 12.11.)
Dr. Westerburg	Jörg	
Dr. Wett	Norbert	
Drubel	Heinz-Gunter	
Fürsch	Ruth	
Frankenberger	Uwe	
Freund	Helene	(ab 01.11.)
Friedrich	Petra	
Gaß	Renate	
Geselle	Christian	
Häfner	Bernd Wolfgang	
Hartig	Hermann	
Hengesbach-Knoop	Birgit	(ab 10.04.)
Hesse	Christin	
Hornemann	Norbert	
Jakat	Gabriele	
Kalb	Dominique	
Kalveram	Esther	
Kieselbach	Wolfram	
Knauf	Christian	
Koch	Eva	
Koch	Thomas	
Köpp	Dorothee	
Kortmann	Stefan	
Kühne-Hörmann	Eva	
Lappöhn	Ellen	(bis 14.02.)
Leitschuh	Marcus	
Lewandowski	Georg	
Linne	Kerstin	
Lipschik	Anja	
Markl	Stefan Kurt	
Mijatovic	Boris	
Müller	Karin	
Oberbrunner	Frank	
Petersen	Olaf	
Reimann	Heidi	
Rönz	Gernot	
Rudolph	Wolfgang	(bis 26.02.)
Schäfer	Enrico	(ab 18.02.)
Schild	Bodo	
Schleißing	Hans Joachim	
Schöberl	Karl	
Schwalm	Jutta	

Selbert	Axel
Sprafke	Monika
Sprafke	Norbert
Stähling-Dittmann	Waltraud
Strube	Donald
Thiel	Brigitte
Trinczek	Birgit
Völler	Harry
Weber	Helga
Zeidler	Volker

Mitglieder des Magistrats in 2013 waren:

Hauptamtliche Mitglieder:

Oberbürgermeister Bertram Hilgen
Bürgermeister Jürgen Kaiser
Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel
Stadträtin Anne Janz
Stadtbaurat Cristof Nolda

Ehrenamtliche Mitglieder:

Stadträtin Brigitte Bergholter
Stadtrat Martin Engels
Stadtrat Thomas Flügge
Stadträtin Esther Haß
Stadträtin Barbara Herrmann-Kirchberg
Stadtrat Hendrik Jordan
Stadträtin Annett Martin
Stadträtin Heike Mattern
Stadtrat Hans-Jürgen Sandrock
Stadtrat Heinz Schmidt
Stadtrat Richard Schramm
Stadtrat Hajo Schuy
Stadträtin Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer

II. Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz zum 31.12.2013

A K T I V A

1. ANLAGEVERMÖGEN

<u>1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	<u>2013</u>	<u>2012</u>
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	701.443,61 €	760.119,90 €
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	73.710.307,35 €	58.357.169,82 €
Städtebauförderung	15.660.540,00 €	15.904.320,00 €
Staatstheater	11.167.619,55 €	11.483.203,55 €
VHS	44.965,00 €	33.057,00 €
Eigenbetriebe und Wirtschaftliche Beteiligungen	11.552.970,00 €	10.558.231,95 €
Straßenbeleuchtung und Ingenieurbauwerke	8.463.295,11 €	8.437.646,33 €
Systembedeutsame Maßnahmen Regio Tram	3.686.606,00 €	3.840.204,00 €
Kanal	943.336,00 €	1.222.578,00 €
Fernwärme / Strom / Wasser	264.292,00 €	352.390,00 €
Kassel Marketing	270.000,00 €	0,00 €
Flughafen	14.814.688,69 €	2.457.809,99 €
NVV und DB	2.887.108,00 €	0,00 €
Denkmalpflege	271.966,00 €	225.410,00 €
Kitas	881.563,00 €	675.990,00 €
Sport	407.192,00 €	459.234,00 €
Übrige Zuschüsse	2.394.166,00 €	2.707.095,00 €
Summe	73.710.307,35 €	58.357.169,82 €

1.2 Sachanlagevermögen	<u>2013</u>	<u>2012</u>
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	387.930.614,55 €	380.700.007,60 €
Sportanlagen	13.345.880,12 €	13.345.880,12 €
unbebaute Grundstücke Kitas	9.218,50 €	9.218,50 €
Gärten inkl. Kleingärten	7.342.449,65 €	7.255.273,79 €
Grünland	1.450.444,88 €	1.876.640,41 €
Ackerland	18.663.176,26 €	11.231.601,30 €
Erbbaurechtsgrundstücke	12.863.719,80 €	12.862.065,71 €
Bauland	1.803.721,69 €	1.755.865,70 €
Pflegeflächen	209.179,93 €	170.231,02 €
Flächen für sonstige Dauernutzer	242.076,24 €	242.076,24 €
Sonstige Nutzungen	567.621,87 €	716.833,01 €
Selbständig nicht nutzbare Flächen	107.429,63 €	117.399,69 €
Wirtschaftlich nicht nutzbare Flächen	54.973,70 €	60.071,70 €
Stiftungsgrundstücke	1.719.859,30 €	1.719.859,30 €
Grundstücksgleiche Rechte	1.021,62 €	1.021,62 €
Friedhöfe	13.746.126,00 €	13.746.126,00 €
Gewässer	1.284.480,28 €	1.252.910,99 €
Stammgleis Waldau	3.086.314,86 €	3.086.314,86 €
Wald	1.199.340,00 €	1.199.340,00 €
Grund- und Bodenanteile Infrastrukturvermögen	249.816.007,88 €	249.677.444,09 €
Grund- und Bodenanteile bebaute Grundstücke	60.417.572,34 €	60.373.833,55 €
Summe	<u>387.930.614,55 €</u>	<u>380.700.007,60 €</u>

Die Stiftungsgrundstücke der unselbständigen Stiftungen sind bei den unbebauten Grundstücken auszuweisen. Auf der Passivseite der Bilanz wird hierzu eine Gegenposition gebildet, die den Wert gesondert als Stiftungskapital kennzeichnet (Position 1.2.4.1 Stiftungskapital).

Einer Empfehlung des Revisionsamtes nachkommend, wurden die Grund- und Bodenwerte der bebauten Grundstücke ab dem Jahresabschluss 2011 von der Bilanzposition 1.2.2 -Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken- zur Bilanzposition 1.2.1 -Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte- umgegliedert.

Im Rahmen der Fortführung des Vermögensnachweises über die im wirtschaftlichen Eigentum der Stadt Kassel befindlichen unbebauten Grundstücke wurden weitere erforderliche Wertanpassungen in Höhe von **225.832,75 €** ermittelt.

Die Einbuchung konnte nicht mehr gegen die Nettoposition erfolgen, sondern musste erfolgswirksam durchgeführt werden, da das Regierungspräsidium Kassel verfügt hat, dass Änderungen bzw. Nachholungen gemäß § 108 (5) HGO in den Bilanzen der Stadt Kassel letztmalig zum 31.12.2012 möglich waren (siehe hierzu auch Passiva Pos. 1.1).

Die Erhöhung des Wertansatzes basiert im Wesentlichen auf zwischenzeitlichen Festlegungen der Grundstücksverwaltung von Flächen, die in der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2006 mangels Kenntnis der tatsächlichen Nutzung mit einem Mindestwert von 2,00 €/m² geführt wurden.

Neben der Erhöhung des Wertansatzes wurden zwischenzeitliche Veränderungen im Bestand infolge der Anpassung der Nutzungsart außerhalb von Zu- oder Abgängen berücksichtigt. Grundlage der verbindlichen Zuordnung eines Grundstücks zu einer Nutzungsart ist in der Regel die Festlegung der Grundstücksverwaltung.

Es wurde eine Aufteilung auf die einzelnen oben dargestellten Grundstücksarten vorgenommen.

1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	375.381.577,77 €	374.531.580,77 €
Schulgebäude	230.851.070,00 €	232.335.475,00 €
Kindertagesstätten	18.680.818,84 €	17.608.621,84 €
Gebäude Sportanlagen, - hallen	48.970.232,51 €	50.330.613,51 €
Bürgerhäuser, Büchereien	11.385.632,00 €	11.502.360,00 €
Brand- u. Katastrophenschutz	18.859.703,00 €	16.604.603,00 €
sonstige Betriebsgebäude	10.238.628,64 €	10.495.060,64 €
Verwaltungsgebäude	23.397.173,00 €	22.385.406,00 €
andere Bauten	3.791.802,00 €	3.590.356,00 €
Grundstückseinrichtungen	8.528.052,78 €	8.982.160,78 €
Gebäudeeinrichtungen	678.465,00 €	696.924,00 €
Summe	<u>375.381.577,77 €</u>	<u>374.531.580,77 €</u>

Die Museumsgebäude wurden ab dem Jahresabschluss 2011 von Pos. 1.2.3 -Museen (Gebäude)- zu Position 1.2.2 -Sonstige Betriebsgebäude- umgesetzt.

Einer Empfehlung des Revisionsamtes nachkommend, wurden die Grund- und Bodenwerte der bebauten Grundstücke ab dem Jahresabschluss 2011 von der Bilanzposition 1.2.2 -Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken- zur Bilanzposition 1.2.1 -Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte- umgegliedert.

1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	384.007.188,75 €	389.691.733,80 €
Das Infrastrukturvermögen umfasst:		
Bundesstraßen	14.616.118,00 €	17.727.306,00 €
Landesstraßen	27.091.561,00 €	26.659.371,00 €
Kreisstraßen	22.718.833,00 €	19.641.780,16 €
Gemeindestraßen	104.748.790,93 €	114.242.021,77 €
Verkehrssignalanlagen	5.287.784,99 €	4.882.866,39 €
Verkehrs- und Hinweisschilder	279.353,00 €	246.043,00 €
Verkehrsrechner	2.923.597,00 €	2.294.233,00 €
Wege, Plätze	9.579.552,92 €	9.640.936,25 €
Sonstiges Infrastrukturvermögen	2.825.343,58 €	2.741.099,22 €
Brücken	29.684.602,00 €	27.993.339,00 €
Fußgängerunterführungen	89.154,00 €	91.075,00 €
Schrankenanlagen	5.899,00 €	6.485,00 €
Brunnen	715.033,00 €	725.662,00 €
Museen (Gebäude)	0,00 €	0,00 €
Museumsbestände, Kunstsammlungen	57.659.591,96 €	56.929.886,72 €
Öffentliche Grünflächen	101.726.833,05 €	101.732.459,14 €
Außenanlagen in Grünflächen	1.016.958,40 €	1.055.720,40 €
Friedhofsanlagen	3.019.333,92 €	3.060.058,75 €
Gewässerbauten	12.304,00 €	12.466,00 €
Abfalleinsammlung	6.545,00 €	8.925,00 €
Summe	<u>384.007.188,75 €</u>	<u>389.691.733,80 €</u>

Die Museumsgebäude wurden ab dem Jahresabschluss 2011 von Position 1.2.3 -Museen (Gebäude)- zu Position 1.2.2 -Sonstige Betriebsgebäude- umgesetzt.

Die Abweichung von rd. 9,5 Mio. € zum Vorjahr bei den Gemeindestraßen resultiert aus der hohen Abschreibung für Abnutzung, der nur geringe Anlagenaktivierungen in 2013 gegenüber standen. Dieser Trend wird sich aufgrund der geringen Investitionsmittel für Straßen-erneuerungen voraussichtlich fortsetzen.

1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	3.456.851,40 €	3.795.738,15 €
Betriebe gewerblicher Art	1,00 €	1,00 €
Anlagen und Maschinen	40.514,00 €	54.866,00 €
Maschinen der Materiallagerung und Bereitstellur	23.583,00 €	25.228,00 €
Maschinen der Materialbearbeitung	51.722,00 €	64.893,00 €
Anlagen für Kälte und Wärme	453,00 €	1.360,00 €
Medienbestand	49.341,00 €	73.078,00 €
Öffentliche Parkeinrichtungen	2,00 €	12.413,00 €
Sonstige	3.291.235,40 €	3.563.899,15 €
Summe	3.456.851,40 €	3.795.738,15 €
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	17.321.717,51 €	18.216.722,15 €
Andere Anlagen	935.457,16 €	1.075.166,16 €
Werkstätteneinrichtung und - geräte	26.719,00 €	34.692,00 €
Werkzeuge, Werksgeräte	199.756,12 €	207.879,12 €
Lager- und Transporteinrichtungen	31.387,00 €	9.477,00 €
Lebewesen und Pflanzen	987.351,50 €	949.905,58 €
Fuhrpark	3.039.581,71 €	2.903.222,64 €
sonstige Betriebsausstattung	6.502.460,94 €	7.191.754,60 €
Büromaschinen, DV- und Kommunikationsanlage	1.256.675,15 €	1.055.696,77 €
Büromöbel und sonstige Geschäftsausstattung	1.012.712,24 €	1.048.838,86 €
Geringwertige Vermögensgegenstände	3.329.616,69 €	3.740.089,42 €
Summe	17.321.717,51 €	18.216.722,15 €
1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	26.804.579,99 €	37.759.763,71 €

Im Jahr 2013 wurden Anlagen im Bau in Höhe von **rd. 35,1 Mio. €** (2012: 8,5 Mio. €) aufgelöst.

Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr beruht insbesondere darauf, dass das Sonderinvestitionsprogramm in 2011 abgeschlossen wurde und viele Projekte, die aufgrund dieses Programmes noch nicht weitergeführt werden konnten, nun in 2012 begonnen und in 2013 abgeschlossen werden konnten.

1.3 Finanzanlagen

Das Finanzanlagevermögen wird mit den in der Eröffnungsbilanz festgestellten Werten fortgeführt. Zugänge werden mit den Anschaffungskosten bewertet.

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen**2013****2012****Summe****375.552.742,51 € 371.735.242,51 €**

Anteile an verbundenen Unternehmen	Nominalwert in €	Buchwerte zum 31.12.2013 in €	Buchwerte zum 31.12.2012 in €	Kapitalanteil in %
GWG GmbH	10.600.000,00	29.909.103,14	29.909.103,14	100,00
KVV Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	68.151.000,00	214.804.518,82	212.072.618,82	100,00
TSK Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH	7.209.400,00	9.035.023,67	8.055.023,67	100,00
Projektentwicklungsgesellschaft Unterneustadt und Konversion in Kassel mbH i. L.	52.151,00	0,00	0,00	100,00
Kassel Marketing GmbH	500.000,00	531.672,57	531.672,57	100,00
JAFKA gGmbH	1.108.000,00	1.310.192,56	1.310.192,56	100,00
GRIMMWELT Kassel gGmbH	25.000,00	25.000,00	0,00	100,00
NB Nordhessenbus GmbH	50.000,00	63.820,35	63.820,35	99,00
GNH Gesundheit Nordhessen Holding AG	100.000,00	33.981.065,18	33.981.065,18	92,50
Schlachthof Kassel GmbH & Co. Verwaltungs-KG Kassel	767.000,00	1,00	1,00	54,00
FIDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH	28.050,00	787.072,43	706.472,43	50,50
Summe		290.447.469,72 €	286.629.969,72 €	

Die Anteile an der **KVV GmbH** wurden in 2013 planmäßig um **5.200.000,00 €** erhöht. Gegengerechnet wurde eine Gutschrift für 2012 in Höhe von **2.468.100,00 €**.

Die **TSK GmbH** erhielt in 2013 eine Kapitaleinlage der Stadt Kassel in Höhe von **980.000,00 €**.

Die **Projektentwicklungsgesellschaft Unterneustadt und Konversion in Kassel mbH i.L.** wurde am 14.11.2013 im Handelsregister gelöscht.

In 2013 wurde die GRIMMWELT Kassel gGmbH gegründet. Das Stammkapital beträgt 25.000 €.

Der FiDT GmbH werden von 2005 bis 2014 als Liquiditätshilfe jährliche Kapitalverstärkungen von **80.600,00 €** zugeführt, die den Buchwert der Beteiligung erhöhen.

Eigenbetrieb	Nominalwert in €	Buchwerte zum 31.12.2013 in €	Buchwerte zum 31.12.2012 in €	Kapitalanteil in %
Die Stadtreiniger Kassel	511.300,00 €	511.300,00 €	511.300,00 €	100,00
KASSELWASSER	13.000.000,00 €	84.593.972,79 €	84.593.972,79 €	100,00
	Summe	85.105.272,79 €	85.105.272,79 €	

1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	<u>2013</u> 0,00 €	<u>2012</u> 0,00 €
---	-----------------------	-----------------------

1.3.3 Beteiligungen / Zweckverbände Summe 108.392.701,87 € 108.267.701,87 €

Beteiligungen	Nominalwert in €	Buchwerte zum 31.12.2013 in €	Buchwerte zum 31.12.2012 in €	Kapitalanteil in %
documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungsgesellschaft mbH	12.800,00 €	12.800,00 €	12.800,00 €	50,00
AFK Arbeitsförderung Kassel-Stadt GmbH i.L.	12.500,00 €	12.372,93 €	12.372,93 €	50,00
Parkhausgesellschaft der Stadt Kassel mbH	140.605,27 €	78.703,93 €	78.703,93 €	50,00
WFG Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH	18.409,68 €	40.266,48 €	40.266,48 €	25,53
Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH	12.800,00 €	12.800,00 €	12.800,00 €	50,00
Science Park Kassel GmbH	12.500,00 €	477.500,00 €	352.500,00 €	50,00
	Summe	634.443,34 €	509.443,34 €	

In 2013 hat sich folgende Änderung ergeben:

Der **Science Park Kassel GmbH** wurde eine Liquiditätshilfe (Kapitalverstärkung) in Höhe von **125.000,00 €** zur Verfügung gestellt.

Nachrichtlich:

Die **AFK Arbeitsförderung Kassel-Stadt GmbH i.L.** wurde am 03.02.2014 liquidiert.

Zweckverbände	Nominalwert in €	Buchwerte zum 31.12.2013 in €	Buchwerte zum 31.12.2012 in €	Kapital- anteil in %
Kasseler Sparkasse	215.516.509,05 €	107.758.254,53 €	107.758.254,53 €	50,00
Kommunales Gebietsrechen- zentrum Kassel		1,00 €	1,00 €	
Zweckverband Raum Kassel		1,00 €	1,00 €	
Zweckverband Naturpark Habichtswald		1,00 €	1,00 €	
Zweckverband Tierkörper- beseitigung Hessen-Nord		1,00 €	1,00 €	
	Summe	107.758.258,53 €	107.758.258,53 €	

1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 2013
0,00 € 2012
0,00 €

1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens Summe 14.068.448,83 € 20.847.595,35 €

a) Anteile an Unternehmen 2.588.004,00 € 2.588.004,00 €

Wertpapiere des Anlagevermögens	Nominalwert 2013	Nominalwert 2012	Kapitalanteil in %
Klinikum Kassel GmbH	5.000,00 €	5.000,00 €	10,00
HLG Hessische Landgesellschaft mbH	3.067,00 €	3.067,00 €	0,10
Wohnstadt Stadtentwicklung- und Wohnbaugesellschaft Hessen mbH	478.500,00 €	478.500,00 €	1,30
Vereinigte Wohnstätten 1889 eG	6.200,00 €	6.200,00 €	0,00
NVV Nordhessischer Verkehrsver- bund & Fördergesellschaft Nord- hessen mbH	5.112,00 €	5.112,00 €	14,28
MHKW Müllheizkraftwerk Kassel GmbH	511.300,00 €	511.300,00 €	2,50
Kasseler Verkehrsgesellschaft AG	1.445.300,00 €	1.445.300,00 €	6,50
Kasseler Bank eG	50,00 €	50,00 €	0,00
Flughafen GmbH Kassel	132.850,00 €	132.850,00 €	13,00
IdE Institut dez. Energietechnologie gGmbH	625,00 €	625,00 €	2,50
	Summe	2.588.004,00 €	2.588.004,00 €

b) Festverzinsliche Wertpapiere	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	0,00 €	7.669.378,22 €

Die Wertpapiere (Sparbrief) wurden in 2013 zurückgezahlt (Fälligkeit).

c) Sondervermögen	11.480.444,83 €	10.590.213,13 €
--------------------------	------------------------	------------------------

Beim Sondervermögen handelt es sich um die angesammelte Versorgungsrücklage nach dem HVersRücklG und nach den Festlegungen der Stadt Kassel.

In Anlehnung an das Verfahren beim Land Hessen und in Absprache mit dem HMdlufS wird die Rücklage als Sondervermögen ausgewiesen und angelegt. Die Finanzierung erfolgt durch die Aufnahme von Kassenkrediten (s. Passiva Position 4.2.2).

Die bilanzielle Behandlung der Versorgungsrücklage wurde bereits im Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2011 ausführlich behandelt und dargestellt.

Die bislang bei der Stadt Kassel in kameraler und doppischer Zeit bis zum 31.12.2013 insgesamt rechnerisch ermittelten Versorgungsrücklagebeträge betragen

13.626.190,44 €

Dieser Betrag ist wie folgt nachgewiesen:

Nettoposition Passiva Position 1.1	4.072.777,11 €
Kassenkredite Passiva Position 4.2.2	9.553.413,33 €

Die Gegenfinanzierung stellt sich wie folgt dar:

Sondervermögen Aktiva Position 1.3.5.c	11.480.444,83 €
Aufwand der in die Ergebnisrechnungen 2006-2011 eingegangen ist	2.145.745,61 €

Das Revisionsamt hat im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2012 empfohlen, das Sondervermögen und die Kassenkredite in Höhe des Gesamtbestandes der Versorgungsrücklage auszuweisen.

Die hierfür erforderlichen Korrekturen werden einvernehmlich im Jahresabschluss 2014 vorgenommen (siehe auch Passiva Position 4.2.2).

1.3.6 Sonstige Ausleihungen	<u>2013</u>	<u>2012</u>
(Sonstige Finanzanlagen)	68.266.231,98 €	58.787.402,98 €

Sonstige Ausleihungen sind Kapitalforderungen gegenüber Dritten, denen langfristig Darlehen zur Verfügung gestellt wurden. Zum 31.12.2013 sind folgende Bestände auszuweisen:

Obdachlosenfürsorge	89.032,06 €	104.169,81 €
Darlehen Sozialhilfe nach BSHG	2.019,95 €	13.772,45 €
Darlehen- Gesellschafterdarl. und übr. Bereiche-	48.933.153,94 €	40.583.084,77 €
Fehlbelegung	9.201.318,57 €	9.941.494,99 €
Darlehen Stadtсанierung	1.141.508,67 €	1.290.451,45 €
Investitionsfondsdarlehen	7.748.253,80 €	5.677.978,90 €
Mieterdarlehen BHT	462.292,85 €	462.292,85 €
Sonderinvestitionsprogramm Darlehen	688.652,14 €	714.157,76 €
Summe	<u>68.266.231,98 €</u>	<u>58.787.402,98 €</u>

Die Abweichung von rd. 8,4 Mio. € zum Vorjahr im Bereich der Darlehen -Gesellschafterdarlehen- resultiert im Wesentlichen aus dem 2. Teilbetrag des Gesellschafterdarlehens an die Städtische Werke AG zur Errichtung des Neubaus des Auebades in Höhe von 10 Mio. € (Gesamtbetrag des Darlehens 30 Mio. €, Tilgung ab 2014).

2. UMLAUFVERMÖGEN

2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	620.323,02 €	677.030,57 €
Betriebsstoffe	44.675,33 €	68.179,27 €
Büromaterial	0,00 €	3.568,69 €
Verkehrsschilder	90.608,90 €	85.212,41 €
Rohstoffe	11.120,08 €	14.690,83 €
Pflanzenbestand, Pflanzmaterial	55.750,00 €	74.567,00 €
Werkstättenmaterial	46.485,56 €	66.110,27 €
Land- u. forstwirtschaftliche Materialien	3.780,00 €	5.152,00 €
Baustoffe	76.234,68 €	88.893,51 €
sonstige Hilfsstoffe	167.155,11 €	178.744,60 €
sonstige Betriebsstoffe	23.118,76 €	21.467,90 €
Steuergeräte Verkehrsrechner	101.394,60 €	70.444,09 €
Summe	<u>620.323,02 €</u>	<u>677.030,57 €</u>
2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse	0,00 €	0,00 €

2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	<u>2013</u>	<u>2012</u>
Gesamtsumme	83.752.762,92 €	58.782.041,03 €
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	50.326.319,39 €	40.077.853,56 €
Transferforderungen	4.423.588,22 €	3.375.880,63 €
Allg. und sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	3.865.923,66 €	2.325.002,25 €
Zuweisungen und Zuschüsse Gemeinden und Gemeindeverbände (insb. Landkreis Kassel)	2.527.512,11 €	840.703,47 €
Abgeltung Kirchenbaulast	0,00 €	286.460,00 €
-Zuweisungen des Landes-		
Investitionszuweisungen	40.621.330,85 €	33.952.896,96 €
Einzelwertberichtigung	-1.112.035,45 €	-703.089,75 €
Summe	50.326.319,39 €	40.077.853,56 €
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	19.241.778,66 €	8.180.927,82 €
Steuerforderungen	21.522.422,28 €	10.789.737,27 €
Gebühren und Beiträge	7.058.953,20 €	5.765.496,02 €
Beitragsforderungen Bauverwaltungsamt	4.712,58 €	5.252,58 €
Einzelwertberichtigung	-2.244.580,96 €	-1.516.149,96 €
Pauschalierte Einzelwertberichtigung	-6.625.067,08 €	-6.863.408,09 €
Pauschalwertberichtigung	-474.661,36 €	0,00 €
Summe	19.241.778,66 €	8.180.927,82 €

Die pauschalierte Einzelwertberichtigung 2013 wurde auf Grundlage der Altersstrukturliste der Forderungen um 238.341,01 € verringert.

Ab 2013 wird außerdem eine Pauschalwertberichtigung berücksichtigt. Diese beträgt in 2013 474.661,36 €.

Die hier ausgewiesene pauschalierte Einzelwertberichtigung und die Pauschalwertberichtigung beinhaltet auch die Forderungen aus Ziffer 2.3.3.

2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	11.613.789,80 €	8.819.473,30 €
Forderungen gegenüber privaten Dritten	11.906.788,58 €	8.935.863,61 €
Forderungen gegenüber Bund	0,00 €	0,00 €
Forderungen gegenüber Gem./Gemeindeverb.	49.995,00 €	49.971,00 €
Einzelwertberichtigung	-342.993,78 €	-166.361,31 €
Summe	<u>11.613.789,80 €</u>	<u>8.819.473,30 €</u>

Die hier erforderliche pauschalierte Einzelwertberichtigung und die Pauschalwertberichtigung ist unter Ziffer 2.3.2 berücksichtigt.

2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sonder-Vermögen	617.014,90 €	176.278,25 €
Jafka	18.533,52 €	0,00 €
Stadtreiniger Kassel	3.287,43 €	0,00 €
Kassel Marketing	24.333,87 €	0,00 €
Documenta und Museum GmbH	394.581,83 €	0,00 €
Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH	176.278,25 €	176.278,25 €
Summe	<u>617.014,90 €</u>	<u>176.278,25 €</u>

Ab 2015 werden Hinterlegungen getroffen, so dass zukünftig die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen automatisiert dargestellt werden können.

2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	1.953.860,17 €	1.527.508,10 €
Forderungen aus Verwahrungen	385.506,30 €	347.309,14 €
Restkaufgelder Liegenschaftsamt	40.555,66 €	41.606,16 €
Andere sonstige Vermögensgegenstände	1.527.798,21 €	1.138.592,80 €
Summe	<u>1.953.860,17 €</u>	<u>1.527.508,10 €</u>

Hinweis zu 2.3.1:

Forderungen aus Landeszuweisungen werden nicht wertberichtigt, da davon ausgegangen wird, dass diese eingehen.

Hinweis zu 2.3.2 und 2.3.3:

Es wurde eine zusätzliche Pauschalwertberichtigung neben der pauschalierten Einzelwertberichtigung vorgenommen, da die Risiken mit den vorgenommenen Wertberichtigungen noch nicht vollständig abgegolten sind.

Die Gesamtforderungen erhöhten sich in 2013 um **24.970.721,89 €** gegenüber 2012. Dies beruht insbesondere auf der Zunahme der Forderungen gegenüber dem Land Hessen aus Investitionszuweisungen (rd. 6,7 Mio. €), einer Erhöhung der Steuerforderungen (rd. 10,7 Mio. €) sowie einer Zunahme der Forderungen an private Dritte (rd. 3,0 Mio. €).

2.4 Flüssige Mittel	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	1.428.737,45 €	216.509,26 €
Kasseler Sparkasse	1.128.400,90 €	0,00 €
Kasseler Bank	37.004,16 €	25.566,40 €
Commerzbank	1.504,36 €	1.196,01 €
Deutsche Bank	8.233,20 €	5.405,70 €
Deutsche Bundesbank	9.628,60 €	3.136,10 €
Landeskreditkasse	4.543,68 €	4.938,35 €
Postbank	120.326,34 €	79.695,39 €
Handvorschüsse	48.830,01 €	48.800,01 €
Betriebsmittelvorschüsse	15.750,00 €	15.750,00 €
Kassenbestand	54.516,20 €	32.021,30 €
Summe	<u>1.428.737,45 €</u>	<u>216.509,26 €</u>
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	12.865.937,62 €	15.036.886,05 €
Kreditbeschaffungskosten	4.098.931,59 €	3.800.050,31 €
Betriebe gewerblicher Art	339.960,00 €	410.103,00 €
Beamten- und Versorgungsbezüge I/2014	3.634.887,50 €	3.503.755,61 €
andere aktive Rechnungsabgrenzungsposten	4.792.158,53 €	7.322.977,13 €
Summe	<u>12.865.937,62 €</u>	<u>15.036.886,05 €</u>

In dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten für 2013 sind unter anderem die Versorgungsbezüge für Januar 2014 in Höhe von 1.444.645,00 € und Beamtenbezüge für Januar 2014 in Höhe von 2.190.242,50 € enthalten.

PASSIVA

1. Eigenkapital

1.1 Nettovermögen

<u>2013</u>	<u>2012</u>
678.564.071,18 €	418.102.320,18 €

Das in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 erstmalig festgestellte Nettovermögen wird grundsätzlich als Festwert fortgeführt.

Gemäß § 108 (5) HGO können Änderungen bzw. Nachholungen grundsätzlich noch bis zum 31.12.2009 erfolgen.

Mit Erlass vom 03.03.2011 hatte das Regierungspräsidium Kassel verfügt, dass darüber hinausgehende weitere Berichtigungen in den Bilanzen der Stadt Kassel bis zum 31.12.2012 aufsichtsbehördlich nicht beanstandet würden. Ein Antrag an das Hessische Ministerium des Innern und für Sport auf Fristverlängerung wurde gestellt. Ein Bescheid steht noch aus.

In 2013 wurde somit zunächst keine Nachholung mehr vorgenommen.

Das Nettovermögen hat sich dennoch in 2013 um die Schuldenablösung des Landes Hessen in Höhe von **260.461.751 €** aus dem Schutzschirmvertrag erhöht, da dies zu einer Schuldenreduzierung und somit zu einer Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Stadt Kassel führt.

Das Nettovermögen in der Eröffnungsbilanz ergibt sich aus dem Saldo des Vermögens und der Schulden zum 01.01.2006 zuzüglich/abzüglich der Änderungen aus 2006 bis 2013.

1.2 Rücklagen und Sonderrücklagen

1.2.1 Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses

0,00 €	0,00 €
--------	--------

Diese Position beinhaltet die Zuführung der positiven Verwaltungs- und Finanzergebnisse der Jahresabschlüsse 2007 und 2008 sowie die Verrechnung der negativen Verwaltungs- und Finanzergebnisse 2006 und 2009 bis 2011. Für 2012 hat sich durch den erwirtschafteten Fehlbetrag keine Änderung der Rücklage ergeben.

Ordentlicher Überschuss 2007 (anteilig, siehe Vorjahresbilanzen)	6.970.003,91 €
Ordentlicher Überschuss 2008	18.798.834,11 €
Ordentlicher Fehlbetrag 2009 (anteilig)	- 3.110.092,64 €
Ordentlicher Fehlbetrag 2010	- 12.212.486,95 €
Ordentlicher Fehlbetrag 2011 (anteilig)	- 10.446.258,43 €
Summe	0.00 €

Bei einem Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis erfolgt die Ergebnisverwendung durch eine Verrechnung mit der angesammelten Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses.

Der ordentliche Fehlbetrag 2011 betrug 37.949.007,82 € und verbrauchte die noch verbliebene Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 10.446.258,43 € vollständig. Der verbleibende Fehlbetrag aus 2011 verbrauchte anschließend die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses (siehe Ziffer 1.2.2). Für 2012 konnte keine Rücklagenzuführung erfolgen, da in 2012 im ordentlichen Ergebnis erneut ein Verlust erwirtschaftet wurde.

1.2.2 Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	0,00 €	0,00 €

Hier werden die Zuführungen der positiven Ergebnisse der Jahresabschlüsse 2006-2012 aus periodenfremden und seltenen oder unregelmäßigen Geschäftsvorfällen ausgewiesen, sowie die Verrechnung mit dem ordentlichen Fehlbetrag 2011, dem Verlustvortrag aus 2011 und mit dem anteiligen ordentlichen Fehlbetrag 2012.

Außerordentlicher Überschuss 2006	6.056.364,64 €
Außerordentlicher Überschuss 2007	7.536.105,60 €
Außerordentlicher Überschuss 2008	2.383.034,35 €
Außerordentlicher Überschuss 2009	201.237,29 €
Außerordentlicher Überschuss 2010	3.271.050,32 €
Außerordentlicher Überschuss 2011	7.650.554,89 €
Ordentlicher Fehlbetrag 2011 (anteilige Verrechnung)	- 27.098.347,09 €
Außerordentlicher Überschuss 2012	2.686.958,96 €
Verlustvortrag 2011 Verrechnung	- 404.402,30 €
Ordentlicher Fehlbetrag 2012 (anteilige Verrechnung)	- 2.282.556,66 €
Summe	0,00 €

Der außerordentliche Überschuss 2012 betrug 2.686.958,96 € und erhöhte die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses auf diesen Betrag.

Die Rücklage wurde zunächst zum Ausgleich des vorgetragenen Verlustes 2011 in Höhe von 404.402,30 € verwendet und anschließend vollständig zum Ausgleich des ordentlichen Fehlbetrages 2012 verbraucht (anteilig in Höhe von 2.282.556,66 €).

1.2.3 Zweckgebundene Rücklage	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	904.676,45 €	792.518,95 €
Gebührenaussgleichsrücklage		
Erziehungshilfen Auguste-Förster	359,60 €	73.507,13 €
Gebührenaussgleichsrücklage		
Rettungsdienste	763.761,66 €	578.456,63 €
Budgetrücklage	140.555,19 €	140.555,19 €
Summe	<u>904.676,45 €</u>	<u>792.518,95 €</u>
1.2.4. Sonderrücklagen	7.172.492,46 €	7.230.969,54 €
Stiftungskapital		
Stiftungsgrundstücke	1.719.859,30 €	1.719.859,30 €
Finanzmittel / liquide Mittel	5.452.633,16 €	5.511.110,24 €
Summe	<u>7.172.492,46 €</u>	<u>7.230.969,54 €</u>

Es handelt sich um rechtlich unselbständige Stiftungen.

1.2.4.1 Stiftungskapital	43.393,92 €	42.643,40 €
---------------------------------	--------------------	--------------------

Es handelt sich um das Stiftungskapital einer rechtlich selbständigen Stiftung.

1.3 Ergebnisverwendung	<u>2013</u>	<u>2012</u>
1.3.1 Ergebnisvortrag (Verlust)	- 5.516.717,03 €	- 404.402,30 €

Der nach Verrechnung mit der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses noch verbliebene Fehlbetrag 2012 in Höhe von 5.516.717,03 € wird nach 2013 vorge-
tragen.

1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	8.878.781,03 €	- 5.112.314,73 €
---	----------------	------------------

1.3.2.1 Ordentliches Ergebnis	6.041.592,24 €	- 7.799.273,69 €
-------------------------------	----------------	------------------

Der ordentliche Jahresüberschuss (Überschuss aus dem „laufenden Geschäft“ der Stadt) setzt sich zusammen aus dem Verwaltungsergebnis und dem Finanzergebnis aus der Ergebnisrechnung 2013.

1.3.2.2 Außerordentliches Ergebnis	2.837.188,79 €	2.686.958,96 €
------------------------------------	----------------	----------------

Dies ist das Ergebnis von periodenfremden und seltenen oder unregelmäßigen Geschäftsvorfällen aus der Ergebnisrechnung 2013.

In Summe hat sich das **Eigenkapital** der Stadt Kassel im Vergleich zum Vorjahr

von	420.651.735,04 €
um	<u>269.394.962,97 €</u>
auf	690.046.698,01 € erhöht.

Die Differenz setzt sich zusammen aus:

Jahresüberschuss in Höhe von	8.878.781,03 €
Erhöhung Nettoposition	260.461.751,00 €
Erhöhung Stiftungskapital	750,52 €
Minderung Gebührenaussgleichsrücklage Erziehungshilfen	- 73.147,53 €
Erhöhung Gebührenaussgleichsrücklage Rettungsdienste	185.305,03 €
Minderung Sonderrücklagen	<u>- 58.477,08 €</u>
Summe	269.394.962,97 €

2. Sonderposten

2.1 Sonderposten für erhaltene Investitions- zuweisungen, -zuschüsse und Investitions- beiträge	Summe	<u>2013</u>	<u>2012</u>
		332.516.426,76 €	333.103.262,29 €

Es sind folgende Sonderposten auszuweisen, die ab 01.01.1998 erfasst wurden.

2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	307.735,701,24 €	310.329,312,77 €
Gebäudewirtschaft	38.917.779,15 €	30.650.223,77 €
Stadtplanung	37.799.823,78 €	35.657.149,05 €
Naturkundemuseum	2.103.860,99 €	2.140.220,99 €
Straßenverkehr	34.342.942,52 €	33.379.150,94 €
Schulen EFRE und Schule@Zukunft	132.305,42 €	500.902,42 €
Feuerwehr	84.735,00 €	95.600,00 €
Kultur	3.729.842,57 €	3.240.776,55 €
Jugend	65.380,00 €	58.941,00 €
Umwelt	3.354.011,91 €	3.459.214,25 €
Sonderinvestitionsprogramm	31.907.752,00 €	33.110.312,00 €
Schulbaupauschale	55.259.647,00 €	52.938.565,00 €
Investitionspauschale	36.060.783,00 €	36.461.547,00 €
Gemeinde- und Gemeindeverbände/Zweckverbände	1.900.449,00 €	1.929.992,00 €
Sonstiger öffentl. Bereich	489.143,00 €	523.504,00 €
Verbundene Unternehmen	16.923,00 €	23.846,00 €
Sonderrechnungen	40.684,00 €	43.675,00 €
Übrige Bereiche	2.009.215,25 €	2.503.341,32 €
Ausgleichsposten Straßenbewertung	59.520.423,65 €	73.612.351,48 €
Summe	307.735.701,24 €	310.329.312,77 €

Der Ausgleichsposten der Straßenbewertung reduziert sich derzeit jährlich um rd. 14 Mio. €.

2.1.2 Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	87.931,52 €	93.057,52 €
Zuschüsse private Unternehmen	87.931,52 €	93.057,52 €

2.1.3 Investitionsbeiträge	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	24.692.794,00 €	22.680.892,00 €
Erschließungsbeiträge	11.327.162,00 €	11.721.702,00 €
Beiträge nach § 11 KAG	10.926.842,84 €	8.870.561,84 €
Beiträge für Stellplatzabgeltungen	1.626.771,00 €	1.524.724,00 €
Ausgleichsmaßnahmen nach Bundesnatur- schutzgesetz	550.176,16 €	555.883,16 €
Sonstige Sonderposten	261.842,00 €	8.021,00 €
Summe	<u>24.692.794,00 €</u>	<u>22.680.892,00 €</u>

3. Rückstellungen	<u>2013</u>	<u>2012</u>
Summe	359.221.897,27 €	352.166.542,33 €
3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	336.303.407,00 €	331.480.429,00 €
Pensionsrückstellung		
Beamte	97.367.555,00 €	93.233.057,00 €
Versorgungsempfänger	163.020.396,00 €	156.417.127,00 €
Summe	<u>260.387.951,00 €</u>	<u>249.650.184,00 €</u>
Davon durch Mittel der Versorgungsrücklage nach dem HVersRücklG gedeckt in 2013: (siehe Aktiva Position 1.3.5c)	11.480.444,83 €	10.590.213,13 €
Rückstellung für Beihilfe		
Beamte	25.702.916,00 €	27.084.185,00 €
Versorgungsempfänger	36.768.153,00 €	39.742.894,00 €
Summe	<u>62.471.069,00 €</u>	<u>66.827.079,00 €</u>
Rückstellung für Altersteilzeit		
Beamte	1.993.270,00 €	2.414.915,00 €
Beschäftigte	11.451.117,00 €	12.588.251,00 €
Summe	<u>13.444.387,00 €</u>	<u>15.003.166,00 €</u>

Die Rückstellung für Lebensarbeitszeit wurde bereits in 2012 zu Position 3.3 -Sonstige Rückstellungen- umgegliedert.

Pensionsrückstellungen

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde von der KVK BeamtenVersorgungskasse durchgeführt. Die Steigerung der Pensionsrückstellung gegenüber dem Vorjahr beruht insbesondere auf der Gehaltssteigerung des Jahres 2013.

Nach § 39 (1) Nr. 1 GemHVO sind Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen zu bilden.

Die Berechnungen wurden anhand der Rechnungsgrundlagen und Rechenverfahren durchgeführt, die allgemein anerkannt sind, wobei insbesondere die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck (u. a. Sterbewahrscheinlichkeiten) und ein Rechnungszinsfuß von 6 % zu nennen sind.

Ist dieser nach § 41 Abs. 6 GemHVO anzuwendende Rechnungszinsfuß höher als der von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebene Abzinsungssatz nach § 253 Abs. 2 HGB, sind gemäß den neuen Verwaltungsvorschriften zu § 39 GemHVO die sich daraus ergebenden höheren Rückstellungswerte im Anhang zum Jahresabschluss anzugeben.

Die dafür von der KVK durchgeführte entsprechende Vergleichsberechnung geht von einem Abzinsungssatz von 4,88 % aus. Dies entspricht dem von der Deutschen Bundesbank für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB. Die daraus resultierenden höheren Rückstellungswerte **würden** betragen:

Für die aktiven Beamten insgesamt:	116.473.647 €.
Für die Versorgungsempfänger insgesamt:	<u>178.131.548 €.</u>
Summe:	294.605.195 €.

Die Berechnungen für die Pensionsverpflichtungen beruhen insbesondere auf folgenden Grundlagen:

Die Pensionsverpflichtungen richten sich nach den beamtenversorgungsrechtlichen Vorschriften bzw. Grundsätzen. Sie ergeben sich aus den nach dem Hessischen Beamtengesetz (HBG), dem Hessischen Sonderzahlungsgesetz (HSZG) sowie dem Hessischen Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG) festzusetzenden Versorgungsansprüchen der aktiven bzw. der bereits im Ruhestand befindlichen Beamten und ihren Hinterbliebenen. Dabei wurde der Besoldungsstand vom 01.07.2013 auf Grund des Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2013/2014 sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 20. November 2013 zu Grunde gelegt.

Die zur Berechnung notwendigen Angaben über Geburtsdatum, ruhegehaltsfähige Dienstzeit, ruhegehaltfähige Dienstbezüge, etc. wurden den von der Stadt Kassel übermittelten Datensätzen, bzw. bei Leistungsempfängern den bei der KVK BeamtenVersorgungskasse geführten Unterlagen entnommen. Als Gehalt wurde bei den aktiven Beamten die in der jeweiligen Besoldungsgruppe erreichbare Endstufe zugrunde gelegt. Der Familienzuschlag wurde nach Stufe 1 berechnet. Des Weiteren wurden ruhegehaltsfähige Amtszulagen und die allgemeine Stellenzulage berücksichtigt. Gemäß dem steuerrechtlichen Stichtagsprinzip werden künftige Gehaltssteigerungen berücksichtigt, wenn sie am Bilanzstichtag bereits bekannt sind. Entsprechend wird mit künftigen Dynamisierungen der Beamtengehälter verfahren.

Die Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze durch das Erste Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen (1. DRModG) wurde entsprechend dem BMF-Schreiben vom 05.05.2008 berücksichtigt. D. h. für die Geburtsjahrgänge bis 1952 wird mit einem Pensionsalter von 65 Jahren gerechnet, ab dem Jahrgang 1953 bis 1961 wird das 66. Lebensjahr berücksichtigt. Bei den darauffolgenden Geburtsjahrgängen wird ein Pensionsalter von 67 Jahren zu Grunde gelegt.

Sofern die Voraussetzungen des § 107 b HBeamtVG vorliegen, wurden die anteiligen Pensionsverpflichtungen für ausgeschiedene Beamte über den Zeitpunkt des Ausscheidens hin-

aus fortgeschrieben. Forderungen gegenüber dem abgebenden Dienstherrn wurden bei der Bildung von Pensionsrückstellungen beim aufnehmenden Dienstherrn mindernd berücksichtigt. Für Leistungsempfänger wurden Beteiligungen gemäß den Prozentsätzen der bei der KVK hinterlegten Bestandsdaten berücksichtigt.

Die zum Bilanzstichtag ermittelten Rückstellungen für die künftigen und die laufenden Pensionsverpflichtungen wurden gemäß den Bestimmungen des § 41 Abs. 6 GemHVO in Verbindung mit § 6 a Abs. 3 EStG mit dem Teilwert angesetzt. Bei der Ermittlung der Teilwerte wurde das steuerrechtlich maßgebende Mindestalter beachtet. D. h. bei Erteilung der Pensionszusage (erstmalige Begründung des Beamtenverhältnisses ohne Unterbrechung) vor dem 01.01.2001 wird ein Teilwert erstmalig für das Jahr berechnet, in dem der Beamte/die Beamtin das 30. Lebensjahr vollendet hat. Wurde die Pensionszusage nach dem 31.12.2000 und vor dem 01.01.2009 erteilt, beginnt die Finanzierung in dem Jahr der Vollendung des 28. Lebensjahres. Für spätere Pensionszusagen gilt das 27. Lebensjahr als Mindestalter.

Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen

Die KVK BeamtenVersorgungskasse hat die Berechnung der Rückstellung für Beihilfen zum 31.12.2013 vorgenommen.

Nach § 39 (1) Nr. 2 GemHVO sind Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen zu bilden.

Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen werden wie Pensionsverpflichtungen nach dem Teilwertverfahren im Sinne des § 6 a (3) EStG bewertet. Die Bewertung nach dem Teilwertverfahren erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen.

Bei der Berechnung wird ein Rechnungszinsfuß von 5,5 v. H. zugrunde gelegt.

Das Berechnungsverfahren für die Berechnung der Beihilferückstellungen der Stadt Kassel wurde ab 2013 umgestellt.

Für die Berechnung der Rückstellungen für Beihilfen wird ab 2013 ein Beihilfetarif zugrunde gelegt, der sich aus dem maßgebenden Durchschnitt der Beihilfezahlungen der Stadt Kassel der letzten 3 Jahre ergibt. Damit wird ein realistischer Wert der bei der Stadt Kassel benötigten Beihilferückstellungen erreicht. Bei Männern sowie bei Frauen wurde ein monatlicher Tarif von **343,08 € berücksichtigt**. Dieser Betrag ergibt sich aus dem Durchschnitt der folgenden Beträge: 2011 = 362,00 €, 2012 = 364,00 €, 2013 = 303,25 €.

Der Betrag für 2013 entspricht dabei den im Jahr 2013 tatsächlich gezahlten Beihilfen.

Mit der Umstellung der Bewertungsmethode ist ein gewisses Risiko im Jahresabschluss verbunden. Durch eine Kumulation von Einzelfällen mit hohen Beihilfeaufwendungen könnte der Durchschnittswert für die Stadt Kassel negativ beeinflusst werden. Die neue Bewertungsmethode muss jedoch aufgrund des Grundsatzes der Bilanzstetigkeit auch dann beibehalten werden.

(Siehe auch

- Anhang, Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen
- Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung, Entwicklung der Aufwandspositionen, Pos. 2 Versorgungsaufwendungen
- Rechenschafts- und Lagebericht, 5.3 Vermögens- und Schuldenentwicklung, Rückstellungen).

Rückstellungen für Altersteilzeit

Die KVK BeamtenVersorgungskasse hat die Berechnung der Rückstellung für Altersteilzeit zum 31.12.2013 vorgenommen.

Die Rückstellungen für Zeiten der Freistellung vom Dienst im Rahmen von Altersteilzeit wurden mit dem Pauschalwertverfahren gemäß BMF-Schreiben vom 28.03.2007 (IV B 2 – S 2175/07/0002) bewertet.

3.2 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	<u>2013</u>	<u>2012</u>
	8.104,32 €	40.000,00 €

Die in 2012 gebildete Rückstellung für Bodenaltlastenentsorgung für die Projektentwicklungsgesellschaft Unterneustadt hat sich in 2013 reduziert.

3.3 Sonstige Rückstellungen	<u>2013</u>	<u>2012</u>
Summe	22.910.385,95 €	20.646.113,33 €
Leistungsorientierte Bezahlung	0,00 €	990.000,00 €
Lebensarbeitszeit	3.880.042,43 €	2.772.228,31 €
Prozesskosten	1.581.964,44 €	1.000.899,03 €
Unterlassene Instandhaltung	1.034.291,29 €	705.321,55 €
Andere Aufwendungen		
Abführung Bundesant. v. Unterhaltsverpflichteten	3.764.533,10 €	3.645.163,10 €
Nachzahlung von Mieten in stationären Einricht.	1.242.678,00 €	0,00 €
Bürgschaften	172.958,55 €	175.706,58 €
Abrechnung VHS	300.000,00 €	830.732,00 €
Gemeinsame Zulassungsstelle	989.724,38 €	928.598,72 €
Versorgungsbezüge	373.900,00 €	330.350,00 €
Schulverwaltungsamt	110.000,00 €	84.500,00 €
Schülerbeförderung	65.583,54 €	43.237,51 €
Gehaltsnachzahlungen aufgrund Dienstaltersstufe	0,00 €	540.000,00 €
Geschwindigkeitsmessanlagen	428.000,00 €	428.000,00 €
Bildung und Teilhabe	537.868,83 €	537.868,83 €
Kostenerstattung SGB III	200.000,00 €	0,00 €
Sonstiges	69.096,38 €	45.347,72 €
Summe Rückst. andere Aufwendungen	8.254.342,78 €	7.589.504,46 €
Ungewisse Verbindlichkeiten		
Güterverkehrszentrum	1.290.000,00 €	2.125.000,00 €
Rückst. für Erstatt. bereits gezahlten Kaufgeldes	781.391,97 €	739.739,41 €
Verlustabdeckung PEG	83.502,36 €	150.000,00 €
Rasengleispflege KVG	71.750,00 €	0,00 €
Rückerstattung Konzessionen	120.000,00 €	0,00 €
Ausbauvertrag Kiefernweg	241.781,71 €	408.021,05 €
Bäderzuschuss	5.400.000,00 €	4.000.000,00 €
Jobcenter	0,00 €	95.000,00 €
Sonstiges	171.318,97 €	70.399,52 €
Summe Rückst. ungewisse Verbindlichkeiten	8.159.745,01 €	7.588.159,98 €
Summe sonstige Rückstellungen	22.910.385,95 €	20.646.113,33 €

Die Rückstellung für Lebensarbeitszeit wurde bereits in 2012 von Position 3.1-Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen- umgliedert.

Rückstellungen für leistungsorientierte Bezahlung (LOB)

§ 18 des TVÖD sieht die Einführung eines Leistungsentgeltes ab dem Jahr 2007 vor. Eine Dienstvereinbarung über die Grundsätze der Verteilung des Leistungsentgeltes und Bewertung der Beschäftigten wurde im März 2013 beschlossen („Dienstvereinbarung zum Leistungsentgelt nach § 18 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVÖD)“ vom 13. März 2013). Nach dieser Dienstvereinbarung wurde im Mai 2013 das Restvolumen des Leistungsentgeltes 2012 sowie im Dezember 2013 das komplette Leistungsentgelt 2013 ausbezahlt. Für 2014 waren daher keine Rückstellungen zu bilden.

Gemäß den Berechnungen des Personal- und Organisationsamtes betrug der Wert der Rückstellung zum 01.01.2013 990.000 €. Inanspruchnahmen wurden in Höhe von rd. 913.000 € gebucht, der verbleibende Restbetrag wurde aufgelöst.

Ab 2014 erfolgt gem. § 8 der Dienstvereinbarung wieder eine gesplittete Zahlung des Leistungsentgeltes, dann sind für 2015 auch wieder Rückstellungen einzustellen.

Rückstellungen für Lebensarbeitszeit

Lebensarbeitszeitkonten sind spezielle Langzeitkonten zur Arbeitszeitflexibilisierung.

Grundlage ist die Verordnung über die Arbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten (Hessische Arbeitszeitverordnung – HAZVO) vom 15. Dezember 2009. Ziel ist eine längerfristige bezahlte Freistellung von der Arbeit, oftmals unmittelbar vor dem Ruhestand (Renteneintritt bzw. Pensionierung).

Bei dem Erfüllungsrückstand aus Lebensarbeitszeitkonten handelt es sich um ungewisse Verbindlichkeiten, da die Höhe und der Zeitpunkt der Leistung unsicher ist. Eine Rückstellung für Lebensarbeitszeitkonten kann gemäß § 39 Abs. 1 letzter Satz GemHVO gebildet werden. Sie ist keine Pflichtrückstellung.

Es ist davon auszugehen, dass eine Vielzahl von Beschäftigten der Stadt Kassel den Wunsch haben wird, die Lebensarbeitszeit zu verkürzen und früher in den Ruhestand einzutreten. Aufgrund dieser Annahme wird erwartet, dass das Volumen der Lebensarbeitszeitguthaben über einen längeren Zeitraum stetig wächst. Mit einer wesentlichen Abnahme ist erst nach zehn oder mehr Jahren nach erstmaliger Bildung der Guthaben zu rechnen. Die dargestellte Entwicklung rechtfertigt die Bildung einer freiwilligen Rückstellung für Lebensarbeitszeitkonten.

Durch die Bildung einer Rückstellung wird der Haushaltsausgleich in den Jahren des Abbaus der Lebensarbeitszeitkonten nicht zusätzlich belastet. In diesen Jahren ist die Inanspruchnahme (per Rückstellungsauflösung) ergebnisneutral.

Als Rückstellungsbetrag ist die mit Geld bewertete Arbeitszeit zu bilanzieren. Eine Abzinsung dieser Rückstellung findet nicht statt. Die Rückstellungen sind unter einem eigenen Konto „Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonto“ im Bereich der sonstigen Rückstellungen (KVKR) zu erfassen.

Bei der Kontoführung werden die Guthaben in Zeiteinheiten, in der Regel Stunden, geführt. Eine eingebrachte Stunde während der Arbeitsphase bleibt auch in der Freistellung eine Stunde.

Die Kontoführung wird vom Aufgabenbereich Personal- und Organisationsamt -Personalabteilung- durchgeführt. Die Einbuchung erfolgt durch die Haushaltsabteilung auf Meldung der Personalabteilung.

Die Rückstellungen stiegen insgesamt um **7.055.354,94 €** an.

Die wesentlichen Steigerungen sind im Bereich der Pensionen (10,74 Mio. €) und der sonstigen Rückstellungen (1,11 Mio. € Lebensarbeitszeit, 0,58 Mio. € Prozesskosten, 0,33 Mio. € Unterlassene Instandhaltung, 1,40 Mio. € Bäderzuschuss, 1,24 Mio. € Nachzahlung von Mieten in stationären Einrichtungen) zu verzeichnen.

Die wesentlichen Minderungen sind im Bereich der der Beihilfen (4,36 Mio. €), der Alterszeit (1,56 Mio. €) und der sonstigen Rückstellungen (0,99 Mio. € Leistungsorientierte Bezahlung, 0,84 Mio. € Güterverkehrszentrum, 0,54 Mio. € für Gehaltsnachzahlungen aufgrund Dienstaltersstufenanpassung und 0,53 Mio. € für Abrechnung VHS) zu verzeichnen.

4. Verbindlichkeiten	<u>2013</u>	<u>2012</u>
Summe	552.366.969,10 €	792.144.898,92 €
4.1 Verbindlichkeiten aus Anleihen	0,00 €	0,00 €
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		
Summe 4.2.1 - 4.2.2	489.772.968,59 €	738.136.792,13 €
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	459.977.806,49 €	708.142.857,64 €
Investitionskredite vom Kreditmarkt	314.409.990,86 €	258.758.769,09 €
Verbindl. zur Liquiditätssicherung insgesamt	145.567.815,63 €	449.384.088,55 €
davon:		
Kassenkredite	134.330.777,51 €	438.795.271,57 €
Zinsen Mündelkonten	13.074,79 €	12.996,44 €
Lenoir-Stiftung	922.050,00 €	926.650,00 €
Stiftung Brückner Kühner	748.500,00 €	768.400,00 €
Negativer Bankbestand	0,00 €	217.588,91 €
Kassenkredite inneres Darlehen		
Versorgungsrücklage	9.553.413,33 €	8.663.181,63 €
Summe	<u>459.977.806,49 €</u>	<u>708.142.857,64 €</u>

Die Kreditaufnahmen gingen um 248,4 Mio. € zurück. Die Begründung hierfür liegt in der Ablösung der Kassenkredite in Höhe von 260,5 Mio. € aufgrund des Schutzschirmvertrages mit dem Land Hessen. Dies führt zu einer Schuldenreduzierung. Dagegen wurde ein Kredit in Höhe von 10,0 Mio. Euro zur Finanzierung des Auebades aufgenommen.

Die unter der Position „Kassenkredite inneres Darlehen Versorgungsrücklage“ ausgewiesenen Mittel dienen zur Finanzierung des Sondervermögens. Beim Sondervermögen handelt es sich um die angesammelte Versorgungsrücklage nach dem HVersRücklG und nach den Festlegungen der Stadt Kassel.

In Anlehnung an das Verfahren beim Land Hessen und in Absprache mit dem HMdlufS wird die Rücklage als Sondervermögen ausgewiesen und angelegt. Die Finanzierung erfolgt durch die Aufnahme von Kassenkrediten (siehe Aktiva Position 1.3.5c).

Die bilanzielle Behandlung der Versorgungsrücklage wurde im Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2011 ausführlich behandelt und dargestellt.

Die bislang bei der Stadt Kassel in kameraler und doppischer Zeit bis zum 31.12.2013 insgesamt rechnerisch ermittelten Versorgungsrücklagebeträge betragen 13.626.190,44 €.

Dieser Betrag ist nachgewiesen wie folgt:

Nettoposition Passiva Position 1.1	4.072.777,11 €
Kassenkredite Passiva Position 4.2.2	9.553.413,33 €

Die Gegenfinanzierung stellt sich wie folgt dar:

Sondervermögen Aktiva Position 1.3.5.c	11.480.444,83 €
Aufwand der in die Ergebnisrechnungen 2006-2011 eingegangen ist	2.145.745,61 €

Das Revisionsamt hat im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2012 empfohlen, das Sondervermögen und die Kassenkredite in Höhe des Gesamtbestandes der Versorgungsrücklage auszuweisen.

Die hierfür erforderlichen Korrekturen werden einvernehmlich im Jahresabschluss 2014 vorgenommen (siehe auch Aktiva Pos. 1.3.5c).

	2013	2012
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	29.795.162,10 €	29.993.934,49 €
Land	27.601.644,82 €	27.748.040,54 €
Sonderbeiträge Investitionsfondsdarlehen	2.140.814,83 €	2.140.814,83 €
Sonstiger öffentlicher Bereich	52.702,45 €	105.079,12 €
	<u>29.795.162,10 €</u>	<u>29.993.934,49 €</u>
4.3 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	89.778,33 €	56.027,58 €
4.4 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und –zuschüssen sowie Investitionsbeiträge	11.599.862,22 €	11.495.364,34 €
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.797.053,36 €	8.290.453,64 €

	2013	2012
4.6 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	41.528,71 €	11.931,88 €
4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	1.012,98 €	0,00 €
Grimmwelt Kassel gGmbH	965,98 €	0,00 €
Sonstiges	47,00 €	0,00 €
	1.012,98 €	0,00 €
4.8 Sonstige Verbindlichkeiten Summe	46.064.764,91 €	34.154.329,35 €
Erhaltene Anzahlungen	5.894.529,60 €	14.415.177,59 €
Verbindlichkeiten Kaufgelder Liegenschaftsamt	15.297,40 €	15.297,40 €
Abgeltung Kirchenbaulast	0,00 €	572.919,93 €
Sonstiges	1.073.660,13 €	787.358,11 €
Verbindlichkeiten aus Verwahrungen	39.081.277,78 €	18.363.576,32 €
	46.064.764,91 €	34.154.329,35 €

In den Verwahrgeldern sind Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen „KASSEL-WASSER - Eigenbetrieb“ in Höhe von 28.560.934,60 € enthalten.

Die Gesamtverbindlichkeiten reduzierten sich im Jahr 2013 um **239.777.929,82 €**. Insbesondere die Kreditaufnahmen gingen um 248,4 Mio. € zurück. Die Begründung hierfür liegt in der Ablösung der Kassenkredite in Höhe von 260,5 Mio. € aufgrund des Schutzschirmvertrages mit dem Land Hessen. Dies führt zu einer Schuldenreduzierung. Dagegen wurde ein Kredit in Höhe von 10,0 Mio. Euro zur Finanzierung des Auebades aufgenommen. Veränderungen im Bestand der langfristigen Verbindlichkeiten zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten ergaben sich durch Ansammlung von Liquidität für die Übernahme von Krediten durch die Zahlung aus dem Schutzschirmprogramm des Landes.

5. Passive Rechnungsabgrenzung	110.175,99 €	96.806,94 €
---------------------------------------	---------------------	--------------------

Nachrichtlich:

Eventualverbindlichkeiten (Bürgschaften)	73.271.806,80 €	84.926.565,89 €
---	------------------------	------------------------

III. Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung zum 31.12.2013

Das Haushaltsjahr 2013 schloss in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresüberschuss von **8.878.781,03 €** ab.

Dieser setzt sich zusammen aus:

a) einem **Überschuss** des ordentlichen Ergebnisses 2013 i. H. v. 6.041.592,24 €

und

b) einem **Überschuss** beim außerordentlichen Ergebnis 2013 i. H. v. 2.837.188,79 €.

Im Haushaltsjahr 2013 ist ein Überschuss im Rechnungsergebnis (sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Ergebnis) erreicht worden. Der Überschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 6.041.592,24 € wird zum Ausgleich des vorgetragenen Verlustes 2012 in Höhe von 5.516.717,03 € verwendet. Der verbleibende ordentliche Überschuss in Höhe von 524.875,21 € wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt und nach 2014 vorgetragen. Der außerordentliche Überschuss in Höhe von 2.837.188,79 € wird in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses eingestellt und auch nach 2014 vorgetragen.

Verwendung des Jahresergebnisses zum 31.12.2013

Das Ergebnis des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 ist wie folgt nachgewiesen:

ordentliches Ergebnis 2013	Überschuss i. H. v.	6.041.592,24 €
außerordentliches Ergebnis 2013	Überschuss i. H. v.	<u>2.837.188,79 €</u>
Gesamtergebnis 2013	Überschuss i.H.v.	8.878.781,03 €

Die Regelungen der §§ 24 und 25 GemHVO zum Haushaltsausgleich stellen zunächst auf das ordentliche Ergebnis der Gesamtergebnisrechnung ab, anschließend auf das außerordentliche Ergebnis. In den Haushaltsjahren 2007 und 2008, in denen ein Haushaltsausgleich mit hohen Überschüssen erreicht werden konnte, wurden entsprechende Rücklagen aus ordentlichen Ergebnissen gebildet. In den Jahren von 2006 bis 2011 konnten im außerordentlichen Ergebnis Überschüsse erzielt werden, die in der entsprechenden Rücklage angesammelt wurden und schließlich mit dem trotz vollständiger Entnahme der angesammelten Mittel aus der ordentlichen Rücklage verbleibenden ordentlichen Fehlbetrag 2011 verrechnet wurden.

Der Verlust 2012 konnte somit durch Entnahme bzw. Verrechnung mit den Rücklagen nicht vollständig ausgeglichen werden. Es erfolgt lediglich eine teilweise Abdeckung des ordentlichen Fehlbetrages 2012 durch eine Verrechnung mit dem außerordentlichen Überschuss. Der verbleibende ordentliche Fehlbetrag wurde nach 2013 vorgetragen.

In 2013 wird nun zunächst der vorgetragene ordentliche Verlust 2012 mit dem ordentlichen Überschuss 2013 verrechnet und der verbliebene ordentliche Überschuss 2013 in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses eingestellt. Der außerordentliche Überschuss wird vollständig in die entsprechende Rücklage eingestellt.

Bildung von Rücklagen

Die Gemeinde hat gemäß § 23 (1) GemHVO eine Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und eine Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zu bilden. Weitere Rücklagen sind zulässig.

Stand der Rücklagen aus Überschüssen der Vorjahre:

- aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00 €
- aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	<u>0,00 €</u>
Stand zum 31.12.2013	0,00 €

Übersteigt der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen den Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Fehlbedarf), sind nach §§ 24 und 25 GemHVO zunächst Mittel aus der aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gebildeten Rücklage, anschließend Mittel aus der aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses gebildeten Rücklage zum Haushaltsausgleich zu verwenden. Dies liegt im abgelaufenen Rechnungsjahr 2013 nicht vor.

Für das außerordentliche Ergebnis ist eine Zuführung aus 2013 zu den Rücklagen vorzunehmen.

Demnach ist für das Rechnungsjahr 2013 folgendes zu veranlassen:

1. Das ordentliche Ergebnis i. H. v. **6.041.592,24 €** ist zunächst der Rücklage aus „Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zuzuführen.
2. Die Rücklage ist dann mit dem „Ordentlichen Ergebnis aus dem Vorjahr“ (Verlustvortrag aus 2012) i. H. v. **5.516.717,03 €** zu verrechnen.
3. Der übrige ordentliche Überschuss in Höhe von **524.875,21 €** verbleibt in der „Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses“.

4. Das außerordentliche Ergebnis i. H. v. **2.837.188,79 €** ist der „Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses“ zuzuführen.

Gemäß der Verwaltungsvorschriften zu §§ 24 und § 25 GemHVO sind Rücklagenbuchungen zur Ergebnisverwendung in dem auf den jeweiligen Jahresabschluss folgenden Haushaltsjahr nach der Jahresabschlussaufstellung durch den Gemeindevorstand (§ 112 (1) und (9) HGO) durchzuführen, also zum **01.01.2014**.

Entwicklung / Stand der Rücklagen zum 01.01.2014:

aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00 €
Zuführung für ordentliches Ergebnis 2013	6.041.592,24 €
Entnahme für ordentliches Ergebnis 2012 (Verlustvortrag)	5.516.717,03 €
Restbestand ordentliche Rücklage	524.875,21 €

aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00 €
Zuführung außerordentliches Ergebnis 2013	2.837.188,79 €
Restbestand außerordentliche Rücklage	2.837.188,79 €

Restbestand der Gesamtrücklagen zum 01.01.2014 **3.362.064,00 €**

Hinweis:

Mit der Bildung von Rücklagen aus Haushaltsüberschüssen in wirtschaftlich guten Jahren und die Inanspruchnahme zum Ausgleich von Haushaltsdefiziten in konjunkturell schlechten Jahren wird, nach dem Gesetz zur Stabilisierung und Förderung der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz), einer „anti-zyklischen Haushaltspolitik“ Rechnung getragen.

Ergebnisentwicklung / Jahresvergleich

Das Ergebnis fällt im Vergleich zum Vorjahr um ca. 14,2 Mio. € besser aus (2012: Fehlbedarf von 5,1 Mio. €). Einer Erhöhung der Aufwendungen von 30,9 Mio. € steht eine Steigerung im Ertragsbereich um 44,9 Mio. € entgegen. Somit konnte ein Jahresüberschuss von 8,9 Mio. € erzielt werden.

Gegenüber den Planansätzen 2013¹, die unter Berücksichtigung der Haushaltsreste 2012 sowie der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen insgesamt ein Defizit von rund 36,8 Mio. € vorsahen, ergab sich eine deutliche Verbesserung von rd. 45,7 Mio. €. Steigerungen der Erträge in Höhe von 29,2 Mio. € sowie verringerte Aufwendungen in Höhe von 16,4 Mio. € führten zu dieser Verbesserung.

Übersicht Gesamterträge/-aufwendungen

Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
				↑	↑
Gesamterträge	-676.014.021,60	-691.709.949,65	-720.945.084,84	-44.931.063,24	-29.235.135,19
Gesamtaufwendungen	681.126.336,33	728.502.799,91	712.066.303,81	30.939.967,48	-16.436.496,10
Fehlbedarf / Überschuss	5.112.314,73	36.792.850,26	-8.878.781,03	-13.991.095,76	-45.671.631,29

Entwicklung der Ertragspositionen

Wesentliche Positionen der Ertragsseite sind:

- Steuern, darunter Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (ca. 41 % der Gesamterträge)
- Zuweisungen und Zuschüsse von Dritten, darunter vor allem Schlüsselzuweisungen (ca. 20 % der Gesamterträge)
- Öffentlich-rechtliche und private Leistungsentgelte (ca. 13 % der Gesamterträge)

¹ **Anmerkung:** In den Planansätzen sind neben den aus dem Jahr 2012 übertragenen Haushaltsresten in Höhe von 4.470.746,39 € auch die ab dem 1. Januar 2013 eingetretenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen (ÜPL/APL) in Höhe von 3.181.006,33 € berücksichtigt.

Berechnung des Planansatzes: Ansatz lt. Haushaltsplan 2013 + Haushaltsrest aus 2012 + ÜPL/APL 2013.

Daher können die im Rechenschaftsbericht 2013 aufgeführten Planzahlen unter Umständen von den Planzahlen des Haushaltsplanes 2013 abweichen.

Übersicht der einzelnen Ertragspositionen

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.748.415,48	-1.836.600,00	-1.616.350,83	132.064,65	220.249,17
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-99.110.954,46	-98.230.450,00	-93.101.735,47	6.009.218,99	5.128.714,53
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-40.030.041,46	-29.228.495,00	-32.538.668,76	7.491.372,70	-3.310.173,76
4	Bestandsveränderungen und andere akt. Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Steuern, steuerähnliche Erträge, Erträge aus Umlagen	-278.872.056,94	-277.882.700,00	-293.511.951,42	-14.639.894,48	-15.629.251,42
6	Erträge aus Transferleistungen	-46.077.602,64	-53.194.630,00	-57.114.369,22	-11.036.766,58	-3.919.739,22
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke, allgemeine Umlagen	-135.183.516,33	-146.582.545,98	-144.560.261,06	-9.376.744,73	2.022.284,92
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und	-27.218.183,25	-25.234.312,00	-27.894.404,33	-676.221,08	-2.660.092,33
9	Sonstige ordentliche Erträge	-37.931.966,66	-43.007.146,67	-47.579.099,24	-9.647.132,58	-4.571.952,57
10	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 - 9)	-666.172.737,22	-675.196.879,65	-697.916.840,33	-31.744.103,11	-22.719.960,68
11	Finanzerträge	-5.545.765,34	-15.062.320,00	-15.010.650,38	-9.464.885,04	51.669,62
12	Außerordentliche Erträge	-4.295.519,04	-1.450.750,00	-3.981.720,63	313.798,41	-2.530.970,63
13	Erträge der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	-4.035.873,50	-4.035.873,50	-4.035.873,50
14	Summe der gesamten Erträge (Pos. 10 - 13)	-676.014.021,60	-691.709.949,65	-720.945.084,84	-44.931.063,24	-29.235.135,19

Die wesentlichen Abweichungen zu den einzelnen Ertragspositionen im Jahresvergleich stellen sich wie folgt dar:

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.748.415,48	-1.836.600,00	-1.616.350,83	132.064,65	220.249,17
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-99.110.954,46	-98.230.450,00	-93.101.735,47	6.009.218,99	5.128.714,53

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte (Pos. 1)** befinden sich mit rd. 1,6 Mio. € knapp unter dem Niveau des Vorjahres (2012: 1,7 Mio. €). Ausschlaggebend für den Rückgang sind entfallene Mieteinnahmen für das Fahrradverleihsystem Konrad, da dies ab dem Jahr 2013 an die DB-Rent GmbH verpachtet wurde und somit keine Mieteinnahmen mehr anfallen.

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (Pos. 2)** haben sich ebenfalls verringert. Sie liegen mit 93,1 Mio. € um 6,0 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres (2012: 99,1 Mio. €).

Im Jahr 2013 wurden geringere Gebühren für Schmutzwasser (-5,1 Mio. €) sowie Gebühren für Abfallbeseitigung (-1,2 Mio. €) vereinnahmt. Diese Beträge werden allerdings direkt an den Eigenbetrieb KasselWasser weitergeleitet (siehe auch Aufwandsposition 3).

Die Verpflegungs- und Erziehungsentgelte sind im vergangenen Jahr um 1,3 Mio. € auf 7,9 Mio. € gesunken (2012: 9,2 Mio. €). Hierbei ist allerdings anzumerken, dass es in 2012 zu einer Nachzahlung von BuT-Mitteln aus dem Jahr 2011 kam.

Positiv wirken sich hingegen höhere Erträge aus öffentlich-rechtlichen Verwaltungsgebühren (+740 T€) aus. Darüber hinaus wurden höhere Gebühren für Rettungswagentransport (+270 T€), Entgelte für Notarzteinsatzfahrten (+170 T€) und Erträge aus Bußgeldern u Verwarnungen (+305 T€) vereinnahmt.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-40.030.041,46	-29.228.495,00	-32.538.668,76	7.491.372,70	-3.310.173,76

Die **Kostenersatzleistungen und -erstattungen (Pos. 3)** sind im Vergleich zum Vorjahr um 7,5 Mio. € auf 32,5 Mio. € gesunken.

Allerdings wurden die Zinserstattungen der Eigenbetriebe in 2012 (8,7 Mio. €) noch unter dieser Position gebucht. Ab 2013 sind diese Erstattungen unter Pos. 11 geplant und auch gebucht.

Die pauschale Erstattung des Landes für nach dem hessischen Landesaufnahmegesetz abrechenbare Personen wurde in 2013 erhöht. Gleichzeitig ist die Zahl der zugewiesenen Personen, wie bereits 2012, stark gestiegen. Eine höhere Erstattung für deutlich mehr abrechenbare Personen bewirkt einen Anstieg der Erträge um rd. 1,3 Mio. €. Im Gegenzug haben sich die Aufwendungen für die Sicherstellung des Lebensunterhaltes sowie die Unterbringungskosten ebenfalls deutlich erhöht (Aufwendungen Pos. 6), so dass der Zuschussbedarf insgesamt fast unverändert blieb.

Die Personalkostenerstattungen durch den Bund, überwiegend für Mitarbeiter/-innen der Stadt Kassel, die originäre Aufgaben des Jobcenters Kassel bei der Umsetzung des SGB II übernehmen, in Höhe von 6,4 Mio. € sind leicht über dem Niveau des Vorjahres.

Die Erstattungen des Landkreises, u. a. für die städt. Förderschulen, Ausländerbehörde und Gesundheitsamt, sind mit 3,9 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau.

Die Gastschulbeiträge befinden sich mit rd. 4,8 Mio. € knapp unter dem Vorjahresergebnis (2012: 4,9 Mio. €).

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
5	Steuern, steuerähnliche Erträge, Erträge aus Umlagen	-278.872.056,94	-277.882.700,00	-293.511.951,42	-14.639.894,48	-15.629.251,42

Die **Erträge aus Steuern (Pos. 5)** sind mit rd. 294 Mio. € deutlich über den Vorjahresstand (rd. 279 Mio. €).

Die Ursache hierfür ist vor allem bei den Erträgen aus der Gewerbsteuer sowie dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu finden.

Die Gewerbsteuer übertrifft mit 169,9 Mio. € das Rekordjahr 2010 (rd. 163,9 Mio. €) und liegt um 9,9 Mio. € weit über dem Planansatz. Dieser erfreuliche Erfolg zeigt wieder einmal die umsichtige Gewerbeentwicklung der Stadt Kassel in den vergangenen Jahren.

Erwähnenswert ist ebenfalls die positive Entwicklung der Erträge aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Diese sind mit 67,8 Mio. € um 5,0 Mio. € höher als im Vorjahr und übertreffen nun erstmals das Rekordjahr 2008 (65,6 Mio. €). Der Planansatz von 61,3 Mio. € wurde ebenfalls weit übertroffen. Anzumerken ist jedoch, dass die Stadt nicht die tatsächlich bei ihr entstehenden Einkommensteueranteile, sondern nur einen alle drei Jahre neu berechneten quotalen Anteil am Gemeindesteueraufkommen des Landes bekommt. Daher spiegelt sich hier die gesamtwirtschaftliche Lage des Landes wider. Lokale Veränderungen fließen nur mittelbar und zeitversetzt mit ein.

Bemerkenswert ist zudem die Steigerung der Erträge durch die Spielapparatsteuer um 35 % gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr 3,0 Mio. €. Diese positive Entwicklung ist das Ergebnis der am 01.07.2011 in Kraft getretenen Satzungsänderung.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
6	Erträge aus Transferleistungen	-46.077.602,64	-53.194.630,00	-57.114.369,22	-11.036.766,58	-3.919.739,22

Die **Erträge aus Transferleistungen (Pos. 6)** liegen mit rd. 57,1 Mio. € etwa 11,0 Mio. € über dem Ergebnis des Vorjahres (rd. 46,1 Mio. €). Diese Steigerung ist zum Großteil mit dem gesetzlich verankerten Anstieg der Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu begründen (§ 46 a SGB XII). Wurden im Vorjahr noch Erträge in Höhe von 19,9 Mio. € vereinnahmt, so waren es in 2013 bereits 32,3 Mio. € (+12,4 Mio. €).

Die Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsgesetz liegen um rd. 1,1 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Nach § 46a FAG ist diese Zuweisung des Landes abhängig vom Aufkommen der Umsatzsteuer. Darüber hinaus wurde in 2013 ein zusätzlicher Betrag aufgrund der Spitzabrechnung 2012 gewährt.

Bei der Leistungsbeteiligung des Bundes für Bildung und Teilhabe wurden hingegen rd. 1,0 Mio. € geringere Erträge eingenommen. Die Leistungsbeteiligung des Bundes wurde bis 2012 als direkte Erstattungsquote an den Ausgaben für Unterkunft und Heizung im SGB II ausgezahlt und hatte damit keinerlei Bezug zu den Aufwendungen für das Bildungspaket. Erstmals im Jahr 2013 erfolgte eine Anpassung der Abschlagszahlungen für die Erstattung an die tatsächlichen Aufwendungen. Da die Spitzabrechnung jeweils im Juli des Folgejahres erfolgt, gibt es keine komplette Übereinstimmung zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Haushaltsjahres.

Bei der Leistungsbeteiligung des Bundes für Mittagessen und Schulsozialarbeit wurden ebenfalls rd. 1,0 Mio. € geringere Erträge eingenommen. Die Bundesleistung wurde von 2011 bis 2013 befristet gewährt. Durch den verspäteten Start des Projektes wurden die Beträge für die Jahre 2011 und 2012 im Haushaltsjahr 2012 vereinnahmt. Die Zahlung für 2013 fiel dementsprechend geringer aus.

Des Weiteren kam es zu Mehrerträgen bei Erstattung von sozialen Leistungen von Gemeinden/GV von rd. 1 Mio. € von überörtlichen Trägern aufgrund gestiegener Fallzahlen in diesem Bereich.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke, allgemeine Umlagen	-135.183.516,33	-146.582.545,98	-144.560.261,06	-9.376.744,73	2.022.284,92

Die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse (Pos. 7)** sind mit 144,6 Mio. € um rd. 9,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (135,2 Mio. €) gestiegen.

Die positive Entwicklung der Schlüsselzuweisungen konnte in 2013 fortgesetzt werden. Die endgültige Festsetzung ergab einen Zuwendungsbetrag von 105,8 Mio. € (+6,3 Mio. €). Hier bleibt die weitere Entwicklung jedoch abzuwarten.

Die Erträge aus Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land sind erheblich gestiegen. In 2013 konnten hier 12,5 Mio. € vereinnahmt werden. Gegenüber dem Vorjahr war dies eine Steigerung um 4,2 Mio. €. Diese Steigerung ergibt sich im Wesentlichen aus höheren Fördermitteln des Landes für den Betrieb von Kindertagesstätten (städtische Kitas und freie Träger) und den Konnexitätsausgleich (nachträgliche Zahlung für die Jahre 2009 – 2012).

Die Gewinnausschüttung der Kasseler Sparkasse lag mit 2,7 Mio. € knapp über dem Niveau des Vorjahres (2012: 2,5 Mio. €).

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Beiträgen	-27.218.183,25	-25.234.312,00	-27.894.404,33	-676.221,08	-2.660.092,33

Die **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Beiträgen (Pos. 8)** sind mit rd. 27,9 Mio. € um ca. 0,7 Mio. € gestiegen.

Die Erhöhung der Sonderpostenauflösungen resultiert aus der Aktivierung diverser Projekte, welche u.a. mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden. Analog dazu steigen auch die Abschreibungen (siehe Aufwendungen, Pos. 4).

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
9	Sonstige ordentliche Erträge	-37.931.966,66	-43.007.146,67	-47.579.099,24	-9.647.132,58	-4.571.952,57

Die **sonstigen ordentlichen Erträgen (Pos. 9)** sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 9,6 Mio. € gestiegen.

Ausschlaggebend für diese Erhöhung waren u.a. die Auflösung von Rückstellungen für Beihilfe und Altersteilzeit (siehe hierzu auch: Anhang, II. Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva, 3.1). Die Rückstellungen für Beihilfe wurden um rd. 4,4 Mio. € reduziert, die Rückstellungen für Altersteilzeit verminderten sich um rd. 1,6 Mio. €. Diese Berechnung wird von der BVK vorgenommen und kann somit von der Stadt Kassel nicht beeinflusst werden.

Des Weiteren wurden Rückstellungen (ohne Instandhaltungsrückstellungen) i.H.v. 2,1 Mio. € ertragswirksam aufgelöst, was einer Steigerung gegenüber 2012 von 1,6 Mio. € entspricht (siehe hierzu auch: Anhang, II. Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva, 3.3).

Die Erhöhung der sonstigen ordentlichen Erträge (+3,4 Mio. €) resultiert aus der Erstattung zu viel gezahlter Schmutzwassergebühren von KASSELWASSER sowie aus der Erstattung zu viel gezahlter Straßenreinigungs- und Abfallentsorgungsgebühren der Stadtreiniger.

Die Konzessionsabgaben der Städtischen Werke und der KVG befinden sich mit 12,6 Mio. € knapp unter dem Niveau des Vorjahres (13,0 Mio. €). Die Berechnung der Konzessionsabgaben erfolgt auf der Basis der Konzessionsabgabenverordnung (KAV) und der jeweiligen Konzessionsverträge. Die Höhe ist abhängig von der Einwohnerzahl, von den jeweiligen Arten der Netzspannung (Niederspannung/Mittelspannung) und der Verbrauchsstruktur (Tarifkunden/ Sondervertragskunden). Daher variiert dieser Betrag jährlich und führt je nach Art und Umfang der Verbräuche zu entsprechenden Schwankungen.

Durch den von der Stadt Kassel im Jahr 2013 ausgerichteten Hessentag wurden Verkaufserlöse für Konzert- und Veranstaltungstickets i.H.v. 3,48 Mio. € generiert.

Die Verwaltungskostenanteile werden ab den Jahr 2013 auf einem separaten Konto ausgewiesen. Daher sinken die Erträge in diesem Bereich gegenüber dem Vorjahr um rd. 3,0 Mio. €.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
11	Finanzerträge	-5.545.765,34	-15.062.320,00	-15.010.650,38	-9.464.885,04	51.669,62

Die **Finanzerträge (Pos. 11)** sind von 5,5 Mio. € im Vorjahr auf 15,0 Mio. € gestiegen. Diese Steigerung resultiert zum Großteil aus der Umsetzung der Zinserstattungen der Eigenbetriebe (8,0 Mio. €) ab dem Jahr 2013. Bis 2012 wurden diese noch unter Pos. 3 gebucht. Ab 2013 sind diese Erstattungen unter Pos. 11 geplant und auch gebucht.

Des Weiteren stiegen die Erträge aus Nachzahlungszinsen gem. § 233a AO um 1,3 Mio. € sowie die übrigen sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge um 0,4 Mio. €.

Zinsen von Sparkassen (-0,25 Mio. €) und Bürgschaftsprovisionen (-0,15 Mio. €) gingen hingegen leicht zurück.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
12	Außerordentliche Erträge	-4.295.519,04	-1.450.750,00	-3.981.720,63	313.798,41	-2.530.970,63

Die **Außerordentlichen Erträge (Pos. 12)** befinden sich mit rd. 4,0 Mio. € nur knapp unter dem Vorjahresergebnis (+0,3 Mio. €).

Die Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden und Anlagen sowie Infrastrukturvermögen sinken gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio. €.

Im Gegensatz zum Vorjahr wurden keine Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Instandhaltungsmaßnahmen erzielt (-0,4 Mio. €).

Eine Steigerung konnte jedoch bei den Erträgen aus Spenden, Nachlässen und Schenkungen verzeichnet werden. Für den Hestentag und das Stadtjubiläum gingen insgesamt Spenden von rd. 0,8 Mio. € ein.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
13	Erträge der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	-4.035.873,50	-4.035.873,50	-4.035.873,50

Die **Erträge der inneren Leistungsbeziehungen (Pos. 13)** sind in 2013 erstmals separat ausgewiesen. Hier werden die internen Leistungsbeziehungen der Eigenbetriebe und der Eigengesellschaften im Verhältnis zur Stadt aufgeführt. Die entsprechende Aufwandsposition ist in gleicher Höhe vorhanden (siehe Aufwendungen, Pos. 12).

Entwicklung der Aufwandspositionen

Wesentliche Positionen der Aufwandsseite sind:

- Transferaufwendungen, darunter der Bereich der Sozialen Hilfe, Erzieherische Hilfen und die Tagesbetreuung von Kindern (ca. 23 % der Gesamtaufwendungen)
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, darunter Grundbesitzabgaben für städtische Gebäude, Mieten und Energiekosten (ca. 21 % der Gesamtaufwendungen)
- Personalaufwendungen (ca. 19 % der Gesamtaufwendungen)

Übersicht der einzelnen Aufwandspositionen

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
1	Personalaufwendungen	128.852.319,56	134.633.910,00	133.874.817,78	5.022.498,22	-759.092,22
2	Versorgungsaufwendungen	25.788.750,13	28.839.000,00	32.045.683,75	6.256.933,62	3.206.683,75
3	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	146.388.700,36	167.110.184,93	152.924.621,38	6.535.921,02	-14.185.563,55
4	Abschreibungen	49.579.524,01	45.154.842,00	50.764.961,62	1.185.437,61	5.610.119,62
5	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, besondere Finanzaufwendungen	63.508.873,63	70.051.831,41	68.890.352,58	5.381.478,95	-1.161.478,83
6	Steueraufwendungen, Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	69.283.733,05	70.082.000,00	70.514.741,68	1.231.008,63	432.741,68
7	Transferaufwendungen	159.632.551,03	170.444.811,57	166.286.982,94	6.654.431,91	-4.157.828,63
8	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.605.748,17	6.053.580,00	6.138.363,76	-1.467.384,41	84.783,76
9	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 1 - 8)	650.640.199,94	692.370.159,91	681.440.525,49	30.800.325,55	-10.929.634,42
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	28.877.576,31	35.832.640,00	25.445.372,98	-3.432.203,33	-10.387.267,02
11	Außerordentliche Aufwendungen	1.608.560,08	300.000,00	1.144.531,84	-464.028,24	844.531,84
12	Aufwendungen der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	4.035.873,50	4.035.873,50	4.035.873,50
13	Summe der gesamten Aufwendungen (Pos. 9 - 12)	681.126.336,33	728.502.799,91	712.066.303,81	30.939.967,48	-16.436.496,10

Die ordentlichen Aufwendungen (Pos. 9) sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 4,7 % gestiegen.

Die wesentlichen Abweichungen zu den einzelnen Aufwandspositionen im Jahresvergleich stellen sich wie folgt dar:

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
1	Personalaufwendungen	128.852.319,56	134.633.910,00	133.874.817,78	5.022.498,22	-759.092,22

Die **Personalaufwendungen (Pos. 1)** befinden sich mit rd. 133,9 Mio. € um 5,0 Mio. € über dem Vorjahresergebnis (rd. 128,9 Mio. €). Im Vergleich zu den Planwerten sind sie um rd. 0,8 Mio. € gesunken.

Die Erhöhung resultiert hauptsächlich aus einer Steigerung der Gehälter einschließlich Zulagen von rd. 3,9 Mio. €. Daraus ergibt sich auch ein Anstieg des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung im Gehaltsbereich (+0,5 Mio. €) sowie der Zusatzversorgung im Gehaltsbereich (+0,4 Mio. €).

Die Rückstellungen für Lebensarbeitszeit der Beamten wurden ebenfalls erhöht. Sie befinden sich mit 3,9 Mio. € um rd. 1,1 Mio. € über dem Stand des Vorjahres (siehe hierzu auch: Anhang, II. Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva, 3.3).

Die Vergütungen für sonstige Beschäftigte (Honorarmittel) werden ab dem Jahr 2013 unter Pos. 03 geplant und gebucht. Daher kommt es hier zu einer Verringerung der Aufwendungen von rd. 0,5 Mio. €.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
2	Versorgungsaufwendungen	25.788.750,13	28.839.000,00	32.045.683,75	6.256.933,62	3.206.683,75

Die **Versorgungsaufwendungen (Pos. 2)** sind mit rd. 32,0 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (rd. 25,8 Mio. €) erheblich gestiegen.

Die Steigerung ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Wurden im Vorjahr noch 4,3 Mio. € zugeführt, kam es in diesem Jahr aufgrund der Berechnung der KVK Beamtenversorgungskasse zu einer Zuführung von 10,9 Mio. € (+6,6 Mio. €, siehe hierzu Anhang, Passiva, Punkt 3.1).

Die zahlungswirksamen Versorgungsaufwendungen für Beamte bewegen sich mit rd. 19 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau (+0,8 Mio. €).

Beihilfen für Versorgungsempfänger sind ebenfalls gestiegen (+0,2 Mio. €).

Da die Beihilferückstellungen verringert wurden (siehe Erträge, Pos. 9), kam es hier im Vergleich zum Vorjahr auch nicht zu Aufwendungen (-1,4 Mio. €).

Zur Rückstellungsentwicklung siehe auch: Anhang, II. Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva, 3.1 sowie Rechenschafts- und Lagebericht, 5.3 Vermögens- und Schuldenentwicklung, Rückstellungen).

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
3	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	146.388.700,36	167.110.184,93	152.924.621,38	6.535.921,02	-14.185.563,55

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Pos. 3)** sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 4,5 % auf nunmehr 152,9 Mio. € gestiegen. Der Planwert konnte jedoch um rd. 14,2 Mio. € unterschritten werden. Die größten Posten innerhalb der Sach- und Dienstleistungsaufwendungen sind die Gebührenzahlungen für Schmutz- und Regenwasser, die sich mit rd. 33,6 Mio. € unter dem Vorjahresniveau bewegen (2012: 35,9 Mio. €), sowie die Gebührenzahlungen für Straßenreinigung und Abfallbeseitigung an die Stadtreiniger, die sich mit 31,5 Mio. € nur knapp über dem Vorjahreswert von 32,2 Mio. € befinden. Bei diesen Aufwendungen handelt es sich um die Weiterleitung von Gebühren an städtische Eigenbetriebe (siehe auch Ertragsposition 2).

Der städtische Eigenanteil an der Regenwassergebühr für die Entwässerung der dem öffentlichen Verkehr dienenden Straßen, Wege und Plätze beträgt 37 % des Gesamtaufwandes. Im laufenden Haushaltsjahr werden Abschlagszahlungen aufgrund der Planungen im Wirtschaftsplan geleistet. Nach Vorlage der Jahresabschlusszahlungen erfolgt eine Spitzabrechnung. Die Höhe der Zahlung wird wesentlich durch die getätigten Investitionen beeinflusst. Hierdurch ergeben sich Nachzahlungen oder Überzahlungen, die erst im nächsten Jahr verrechnet werden können. Dies führt zu unterschiedlichen Belastungen im Jahresergebnis. Das tatsächliche Ergebnis lag in 2012 bei 4,46 Mio. € und 2013 bei 4,65 Mio. €.

Die Gebühren für Straßenreinigung und Abfall für städtische Grundstücke und Einrichtungen liegen mit rd. 1,4 Mio. € knapp über dem Vorjahresniveau.

Die Miet- und Pacht aufwendungen sowie Grundbesitzabgaben sind mit rd. 5,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen (0,1 Mio. €).

Die Aufwendungen für die Unterhaltung von Gebäuden und Infrastrukturvermögen (Straßen, Parkanlagen etc.) sind mit 10,1 Mio. € auf dem Niveau von 2012. Die Energiekosten liegen mit rd. 7,2 Mio. € leicht über dem Ergebnis von 2012 (rd. 7 Mio. €).

Die Reinigungskosten liegen mit rd. 5,3 Mio. € lediglich 0,1 Mio. € über dem Rechnungsergebnis 2012.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
4	Abschreibungen	49.579.524,01	45.154.842,00	50.764.961,62	1.185.437,61	5.610.119,62

Die **ordentlichen Abschreibungen (Pos. 4)** sind mit 50,8 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Mio. € gestiegen. Abschreibungen drücken die Wertminderungen des städtischen Anlagevermögens aus. Ausschlaggebend für die Erhöhung sind Abschreibungen auf aktivierte Investitionszuschüsse, Abschreibungen auf Gebäude und Einrichtungen, Sachanlagevermögen und Infrastrukturvermögen sowie Einzel- und Pauschalwertberichtigungen.

Gesunken sind hingegen die Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter, bedingt durch die flächendeckende Einführung von Sammelposten gem. § 41 Abs. 5 GemHVO.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
5	Aufwendungen .für Zuweisungen und Zuschüsse, besondere Finanzaufwendungen	63.508.873,63	70.051.831,41	68.890.352,58	5.381.478,95	-1.161.478,83

Im Bereich der **Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (Pos. 5)** wurde mit rd. 68,9 Mio. € etwa 5,4 Mio. mehr aufgewandt als im Vorjahr (rd. 63,5 Mio. €).

Ausschlaggebend hierfür sind u.a. die Betriebskostenzuschüsse an freie Träger, welche um 2,5 Mio. € auf nunmehr rd. 17,3 Mio. € gestiegen sind. Gründe für die Erhöhung sind in dem vorangeschrittenen Ausbau der u3 Betreuung zu sehen. Hierin enthalten sind auch Dynamisierungen und Anpassungen der Verträge für Miet- und Objektkosten.

Die Gewinnausschüttung der Kasseler Sparkasse für 2013 lag mit 2,5 Mio. € auf dem Höhe des Vorjahres. Die Gewinnausschüttung ist grundsätzlich sozialen Zwecken zuzuführen. Es erfolgt stets eine Weiterleitung der Mittel an das städtische Jugendamt, die sich hier niederschlagen.

Der Betriebskostenzuschuss für das Staatstheater Kassel mit rd. 14,4 Mio. € hat sich gegenüber dem Vorjahr (rd. 14 Mio. €) erhöht.

Der Zuschuss für das Müllheizkraftwerk (MHKW) betrug im Finanzhaushalt 0,9 Mio. €. Im Ergebnishaushalt waren in 2013 keine Zuschüsse auszuweisen. Im Vorjahr waren ebenfalls keine Aufwendungen im Ergebnishaushalt und 1,7 Mio. € aus investiven Mitteln zu begleichen. Der von der Stadt zu zahlende Betrag ist abhängig vom Gesamtergebnis der MHKW GmbH.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
6	Steueraufwendungen, Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	69.283.733,05	70.082.000,00	70.514.741,68	1.231.008,63	432.741,68

Die **Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen (Pos. 6)** sind von 69,3 Mio. € im Vorjahr auf 70,1 Mio. € gestiegen. Ausschlaggebend für diese Steigerung ist die LWV-Umlage. Sie ist in 2013 auf 41,0 Mio. € erneut gestiegen (2012: 39,4 Mio. €). Dieser Trend setzt sich vermutlich in den nächsten Jahren fort, da die Zahl der behinderten Menschen kontinuierlich ansteigen wird, sich die Personalkosten in den Behinderteneinrichtungen, die der LWV finanziert, durch Tarifsteigerungen erhöhen und der Verband von seinen Trägern zusätzliche Aufgaben übernommen hat.

Die Krankenhausumlage nach dem FAG ist ebenfalls gestiegen. Nach 3,7 Mio. € im Vorjahr betrug sie in 2013 nun 4,0 Mio. €.

Aufwandsmindernd wirkt sich hingegen die Gewerbsteuerumlage aus. Sie ist leicht von 26,2 Mio. € auf 25,4 Mio. € gesunken. Die Gewerbsteuerumlage wird auf Grundlage des Ist-Aufkommens der Gewerbesteuer berechnet und von der Stadt an den Bund und das Land Hessen abgeführt.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
7	Transferaufwendungen	159.632.551,03	170.444.811,57	166.286.982,94	6.654.431,91	-4.157.828,63

Der Bereich der **Transferaufwendungen (Pos. 7)**, die größte Position auf der Aufwandsseite, ist mit rd. 166,3 Mio. € um 6,7 Mio. € gestiegen, liegt jedoch mit 4,2 Mio. € unter den Planwerten. Unter Transferaufwendungen fallen sowohl die Sozialleistungen als auch die Leistungen des städtischen Jugendamtes in Form von Erzieherischen Hilfen und die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen/-pflege.

Die Kosten für Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Mio. € auf rd. 6,6 Mio. € gestiegen. In diesem Bereich gab es auch in 2013 einen Fallzahlenanstieg. Hauptursache ist die Gewährung von Renten auf Zeit wegen vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Die Kosten in diesem Bereich werden vermutlich auch weiterhin steigen, da seit 2011 vom Jobcenter keine Rentenversicherungsbeiträge mehr gezahlt werden und deswegen immer weniger Menschen Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente haben.

Die Kosten der Grundsicherung sind in 2013 um 1,9 Mio. € auf 23,8 Mio. € gestiegen. Sowohl der demografische Faktor als auch die Entwicklung der durchschnittlichen Alterseinkünfte verursachten eine Steigerung der Empfängerzahlen und Aufwendungen.

Die Kosten für Unterkunft und Heizung – der städtische Anteil des Arbeitslosengeldes II und gleichzeitig die größte Position der Transferaufwendungen – sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 1,1 Mio. € auf 46,5 Mio. € gestiegen. Grund hierfür ist u.a. ein Anstieg der Fallzahlen. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften stieg von 11.296 im Jahr 2012 auf 11.344 im Jahr 2013.

Im Jugendbereich sind die Transferaufwendungen für Erzieherische Hilfen im Vergleich zum Vorjahr um ca. 0,9 Mio. € auf nunmehr rd. 34,8 Mio. € gestiegen. Größte Aufwandspositionen sind nach wie vor die stationären Hilfen. Diese lagen 2013 bei 21,3 Mio. €. Ursache hierfür sind nach wie vor hohe Fallzahlen sowie die Veränderung der Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und ihrer Familien, steigende Konfliktlagen sowie schwierige wirtschaftliche Verhältnisse vieler Familien und Alleinerziehenden. Die nach wie vor hohe Anzahl der registrierten Meldungen des Jugendamtes über Kindeswohlgefährdungen belegen dies nachdrücklich.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
8	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.605.748,17	6.053.580,00	6.138.363,76	-1.467.384,41	84.783,76

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Pos. 8)** sind von rd. 7,6 Mio. € im Jahr 2012 auf rd. 6,1 Mio. € gesunken. Ursache hierfür ist die geringere Verlustübernahme der städtischen Beteiligung documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungsgesellschaft mbH (2012 war documenta Jahr).

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	28.877.576,31	35.832.640,00	25.445.372,98	-3.432.203,33	-10.387.267,02

Die **Zinsaufwendungen (Pos. 10)** sind mit rd. 25,4 Mio. € um rd. 3,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (rd. 28,9 Mio. €) gesunken und liegen deutlich unter dem Planansatz (rd. 35,8 Mio. €). Ausschlaggebend für den Rückgang sind das anhaltend günstige Zinsniveau sowie die Teilnahme der Stadt Kassel am Schutzschirm des Landes Hessen.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
11	Außerordentliche Aufwendungen	1.608.560,08	300.000,00	1.144.531,84	-464.028,24	844.531,84

Die **außerordentlichen Aufwendungen (Pos. 11)** betragen ca. 1,1 Mio. € und liegen damit um rd. 0,5 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis. Einmalige Ereignisse können das außerordentliche Ergebnis immer beeinflussen. Geringere periodenfremde Aufwendungen (-0,5 Mio. €) sind ausschlaggebend für dieses Ergebnis.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
12	Aufwendungen der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	4.035.873,50	4.035.873,50	4.035.873,50

Die **Aufwendungen der internen Leistungsbeziehungen (Pos. 12)** sind in 2013 erstmals separat ausgewiesen. Hier werden die internen Leistungsbeziehungen der Eigenbetriebe und der Eigengesellschaften im Verhältnis zur Stadt aufgeführt. Die entsprechende Ertragsposition ist in gleicher Höhe vorhanden (siehe Erträge, Pos. 13).

IV. Erläuterungen zur Finanzrechnung zum 31.12.2013

Gemäß § 47 GemHVO kann die Finanzrechnung nach der direkten oder indirekten Methode geführt werden. Für das Rechnungsjahr 2013 wurde eine direkte Finanzrechnung aufgestellt. Die Zahlen für die Finanzrechnung wurden direkt aus den Finanzrechnungskonten des städtischen Finanzbuchhaltungsprogramms NSK hergeleitet. Die Planzahlen wurden, wie auch im Rechnungsjahr 2012, manuell aus den Sachkonten hergeleitet, da nach der Kontenplanumstellung im Jahr 2009 auf die Korrektur der Finanzplanzahlen verzichtet wurde.

Alle zahlungswirksamen Geschäftsvorfälle, ob haushaltswirksam oder nicht, wurden in der Finanzrechnung gebucht. Der ermittelte Bestand zum Ende des Haushaltsjahres stimmt mit dem Endbestand der städtischen Girokonten überein.

Für das Rechnungsjahr 2013 wurde ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von 1.429.817,10 € ermittelt.

Aus der lfd. Verwaltungstätigkeit wurde ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von 5.561.032,77 € erwirtschaftet.

Aus der lfd. Investitionstätigkeit entstand ein Finanzmittelbedarf in Höhe von 37.737.202,27 €.

Aus der lfd. Finanzierungstätigkeit entstand ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von 56.590.904,40 €.

Daraus ergab sich bei den haushaltswirksamen Vorgängen ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von 24.414.734,90 €.

Bei den haushaltsunwirksamen Vorgängen (Fremde Finanzmittel ohne Kassenkredite) ergab sich ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von 21.017.825,26 €.

Die Differenz der Ein- und Auszahlungen aus haushaltswirksamen und -unwirksamen Vorgängen ergab einen Überschuss in Höhe von 45.432.560,16 €. Zurückgezahlt wurden Kassenkredite in Höhe von 44.002.743,06 €, so dass am Ende des Rechnungsjahres ein Überschuss von 1.429.817,10 € verblieben ist. Der Überschuss abzüglich des Bestandes aus dem Vorjahr (-1.079,65 €) ergibt die Summe der Kontostände zum 31.12.2013 in Höhe von 1.428.737,45 €.

<u>Kurzübersicht Finanzrechnung 2013</u>	
Überschuss lfd. Verwaltungstätigkeit	5.561.032,77 €
Bedarf Investitionstätigkeit	-37.737.202,27 €
Überschuss Finanzierungstätigkeit	56.590.904,40 €
Summe Finanzmittelüberschuss haushaltswirksam	24.414.734,90 €
Überschuss haushaltsunwirksame Vorgänge	21.017.825,26 €
Überschuss Gesamt	45.432.560,16 €
Kassenkredite	-44.002.743,06 €
Bewegungen im Haushaltsjahr 2013	1.429.817,10 €
Bestand Vorjahr	-1.079,65 €
Bestand am Ende des Haushaltsjahres	1.428.737,45 €

1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschrieb. Ansatz/Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.757.840,73 €	1.759.400,00 €	1.642.901,44 €	116.498,56 €
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	99.201.194,49 €	98.307.650,00 €	92.568.252,98 €	5.739.397,02 €
Kostenersatzleistungen und -erstattungen	40.127.150,12 €	28.743.495,00 €	28.282.277,90 €	461.217,10 €
Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	287.128.153,02 €	277.732.700,00 €	276.711.411,67 €	1.021.288,33 €
Einzahlungen aus Transferleistungen	44.716.782,79 €	51.128.630,00 €	57.062.409,44 €	- 5.933.779,44 €
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	134.846.699,16 €	146.480.899,66 €	144.810.003,84 €	1.670.895,82 €
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	6.330.407,59 €	15.113.320,00 €	13.071.349,45 €	2.041.970,55 €
Sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	39.472.155,11 €	42.057.746,67 €	39.255.969,39 €	2.801.777,28 €
Summe Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8)	653.580.383,01 €	661.323.841,33 €	653.404.576,11 €	7.919.265,22 €

Die Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit blieben im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Im Plan/Ist-Vergleich liegen die Einzahlungen jedoch um 7,9 Mio. € hinter den Planansätzen zurück. Nachstehend sind die Positionen mit Plan/Ist-Abweichung über +/- 500.000,00 € aufgeführt.

Nr.	Finanzgliederung	Name	Budgetierter Betrag	Einzahlungen	Abweichung Plan/Ist
812482000	Kostenersätze	Einz. aus Kostenerstattungen von Gemeinden (GV)	7.275.545,00 €	8.593.702,02 €	- 1.318.157,02 €
812480000	Kostenersätze	Einzahlungen aus Kostenerstattungen vom Bund	698.600,00 €	1.233.239,92 €	- 534.639,92 €
812481000	Kostenersätze	Einzahlungen aus Kostenerstattungen vom Land	7.411.360,00 €	3.075.216,08 €	4.336.143,92 €
812484000	Kostenersätze	Einz. aus Kostenerstatt. vom sonst. öffentl. Ber.	7.888.620,00 €	10.065.072,70 €	- 2.176.452,70 €
811100120	öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	Einz. aus Benutzungsgebühren Abfallbeseitigung	26.000.000,00 €	24.744.763,59 €	1.255.236,41 €
811100101	öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	Einzahlungen aus Verpflegungs- und Erziehungsentg.	9.051.310,00 €	7.782.937,73 €	1.268.372,27 €
811100130	öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	Einz. aus Benutzungsgebühren Schmutzwasser	24.000.000,00 €	21.028.007,17 €	2.971.992,83 €
817562000	Sonstige Finanzeinzahlungen	Säumniszuschläge	800.000,00 €	179.547,65 €	620.452,35 €
817616000	Sonstige Finanzeinzahlungen	Zinseinz. von sonst. öffentl. Sonderrechnungen	9.776.540,00 €	8.004.339,82 €	1.772.200,18 €
817692000	sonstige ordentl. Einzahlungen	Einz. periodenfremde Erträge	- €	1.252.029,07 €	- 1.252.029,07 €
828147000	sonstige ordentl. Einzahlungen	Einz. aus Spen., Nachl., usw. von priv. Unternehmen	18.100,00 €	801.899,71 €	- 783.799,71 €
813700000	sonstige ordentl. Einzahlungen	Einz. aus sonstigen Erträgen (interne Leistungen)	18.835.650,00 €	17.832.772,57 €	1.002.877,43 €
813321000	sonstige ordentl. Einzahlungen	Sonst. Einz. aus Veranstalt. & beitragsähn. Entg.	5.942.669,00 €	4.165.704,19 €	1.776.964,81 €
813000100	sonstige ordentl. Einzahlungen	Sonstige Einzahlungen (Debitoren)	- €	- 2.127.583,02 €	2.127.583,02 €
814013000	Steuern und Umlagen	Gewerbesteuer	160.000.000,00 €	161.915.172,21 €	- 1.915.172,21 €
814031100	Steuern und Umlagen	sonst. Vergn.-Steuer einschl. Spielapparatesteuer	2.100.000,00 €	2.726.465,96 €	- 626.465,96 €
814021000	Steuern und Umlagen	Gemeindeanteil Einkommensteuer	61.300.000,00 €	59.398.887,28 €	1.901.112,72 €
815191000	Transferleistungen	Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung	31.705.000,00 €	35.633.903,04 €	- 3.928.903,04 €
815211100	Transferleistungen	Ers.v.soz.Lstg.außerh.v. Einr.Unterh.Anspr.BGB	1.401.200,00 €	2.719.348,97 €	- 1.318.148,97 €
815051000	Transferleistungen	Leistungen nach dem Familienleistungsgesetz	4.300.000,00 €	5.385.733,60 €	- 1.085.733,60 €
815482000	Transferleistungen	Einz. aus Kostenerstattungen von Gemeinden (GV)	1.730.000,00 €	2.666.680,33 €	- 936.680,33 €
815221200	Transferleistungen	Ers.v.sozialen Lstg.i.Einr. Sozial.träger	1.823.550,00 €	1.155.229,40 €	668.320,60 €
816141000	Zuweisungen, Zuschüsse für lfd. Zwecke	Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land	11.110.650,00 €	12.487.402,25 €	- 1.376.752,25 €
816131000	Zuweisungen, Zuschüsse für lfd. Zwecke	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land	18.714.015,65 €	15.593.863,64 €	3.120.152,01 €

2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschrieb. Ansatz/Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
Personalauszahlungen	- 127.585.402,70 €	- 141.383.910,00 €	- 133.788.050,92 €	- 7.595.859,08 €
Versorgungsauszahlungen	- 20.137.327,29 €	- 22.239.000,00 €	- 20.964.906,91 €	- 1.274.093,09 €
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	- 14.910.706,46 €	- 166.649.404,81 €	- 156.277.468,21 €	- 10.371.936,60 €
Auszahlungen für Transferleistungen	- 152.871.381,04 €	- 168.849.811,57 €	- 165.562.512,01 €	- 3.287.299,56 €
Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	- 67.173.530,69 €	- 74.791.385,09 €	- 69.414.353,73 €	- 5.377.031,36 €
Auszahlungen für Steuern einschließlich Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	- 77.555.219,71 €	- 70.783.180,00 €	- 71.147.081,68 €	363.901,68 €
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	- 28.805.602,51 €	- 35.432.640,00 €	- 24.895.564,33 €	- 10.537.075,67 €
Sonstige ordentliche Auszahlungen und sonstige außerordentliche Auszahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	- 6.714.267,06 €	- 551.000,00 €	- 5.793.605,55 €	5.242.605,55 €
Summe Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 10 bis 17)	- 624.753.437,46 €	- 680.680.331,47 €	- 647.843.543,34 €	32.836.788,13 €

Die Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit sind im Vergleich zum Vorjahr um 23 Mio. € gestiegen, bleiben jedoch um 32,8 Mio. € hinter den Planansätzen zurück.

Die Summen der Einzahlungen und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ergeben einen Finanzmittelüberschuss in Höhe von 5.561.032,77 €. Nachstehend sind die Positionen mit Plan/Ist-Abweichung über +/- 500.000,00 € aufgeführt.

Nummer	Finanzgliederung	Bezeichnung	Fortgeschriebener Ansatz 2013	Auszahlungen	Abweichungen Plan/Ist
830240000	Personalauszahlungen	Auszahlungen für Löhne	- 7.621.030,00 €	- 6.993.825,50 €	- 627.204,50 €
830120000	Personalauszahlungen	Auszahlungen für Gehälter von Angestellten	- 70.446.370,00 €	- 71.735.302,63 €	- 1.288.932,63 €
832429000	Sach und Dienstleistung	Ausz. f. Repräsentationen u. Öffentlichkeitsarbeit	- 7.943.605,51 €	- 5.894.148,13 €	- 2.049.457,38 €
832020200	Sach und Dienstleistung	Ausz. für Gebäude u. Außenanlagen	- 8.590.234,45 €	- 6.708.659,84 €	- 1.881.574,61 €
832124000	Sach und Dienstleistung	Ausz. für Instandh. von Sachanl. im Gemeingebrauch	- 4.935.455,86 €	- 3.430.160,96 €	- 1.505.294,90 €
832460000	Sach und Dienstleistung	Auszahlungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	- 2.041.883,60 €	- 892.549,71 €	- 1.149.333,89 €
832560000	Sach und Dienstleistung	Ausz. für Repräsentation, Öffentlichkeitsarbeit	- 1.145.570,00 €	- €	- 1.145.570,00 €
832603000	Sach und Dienstleistung	Ausz. Umlagen (Schadensausgleiche, Haftpflicht)	- 2.679.560,00 €	- 1.760.298,58 €	- 919.261,42 €
832651200	Sach und Dienstleistung	Ausz. interne Leistungen - Eigenant. Regenwasser	- 5.300.000,00 €	- 4.460.011,98 €	- 839.988,02 €
832232000	Sach und Dienstleistung	Auszahlungen für Leasing	- 2.689.718,85 €	- 2.083.536,15 €	- 606.182,70 €
832651000	Sach und Dienstleistung	Ausz. sonst. betr. Aufw.(interne Leistung)	- 1.849.850,00 €	- 1.325.409,09 €	- 524.440,91 €
832125000	Sach und Dienstleistung	Wartungskosten	- 318.294,19 €	- 1.158.985,52 €	840.691,33 €
832010000	Sach und Dienstleistung	Auszahlungen für Energie/Wasser/Abwasser	- 8.873.370,00 €	- 9.730.280,75 €	856.910,75 €
849999900	Sonstige Auszahlungen nicht investiv	Sonstige Auszahlungen	- €	- 572.919,93 €	572.919,93 €
837080000	Sonstige Auszahlungen nicht investiv	Ausz.Aufw. von Rückst. für ungew. Verbindl.Gewährl	- €	- 4.230.018,88 €	4.230.018,88 €
835371000	Steuern und Umlageverpflichtungen	Ausz. für steuerähnliche Umlagen an das Land	- 4.258.000,00 €	- 53.577,16 €	- 4.204.422,84 €
833113700	Transferleistungen	Ausz. Sonstige Eingliederungshilfen	- 6.262.000,00 €	- 4.232.904,75 €	- 2.029.095,25 €
832610110	Transferleistungen	Auszahlung für Schülerbeförderungswesen	- 1.650.000,00 €	- €	- 1.650.000,00 €
833800000	Transferleistungen	Ausz. f. Bildung und Teilhabe	- 4.771.889,13 €	- 3.244.199,12 €	- 1.527.690,01 €
832610100	Transferleistungen	Auszahlung für öffentliche Sicherheit und Ordnung	- 1.200.000,00 €	- €	- 1.200.000,00 €
832611000	Transferleistungen	Auszahlung für Bildungswesen, Kultur etc.	- 1.155.000,00 €	- €	- 1.155.000,00 €
833333000	Transferleistungen	Leist. Unterk./Hzg/Warmw. an AS (nach § 22 SGB II)	- 47.500.000,00 €	- 46.371.351,79 €	- 1.128.648,21 €
833618000	Transferleistungen	Ausz. Erziehungsbeistände, Betreuungshelfer § 30	- 2.753.500,00 €	- 1.757.698,70 €	- 995.801,30 €
833112600	Transferleistungen	Ausz. Hilfe zur Pflege vollstationär	- 9.820.200,00 €	- 8.951.437,49 €	- 868.762,51 €
833642110	Transferleistungen	Ausz. Heimerziehung, betreutes Wohnen § 41+34 SGB	- 14.550.000,00 €	- 13.930.002,96 €	- 619.997,04 €
833632010	Transferleistungen	Ausz. Heimerziehung, betreutes Wohnen pp. § 35a, 34	- 1.920.000,00 €	- 1.350.335,53 €	- 569.664,47 €
833642120	Transferleistungen	Ausz. Heimerz. betr. WohnSBVj § 41,35a,34 SGB VIII	- 150.000,00 €	- 706.274,51 €	556.274,51 €
833611110	Transferleistungen	Ausz. gem. Unterbr. von Vä/Mü mit Kd. § 19 SGB	- 1.120.000,00 €	- 1.762.220,26 €	642.220,26 €
833113300	Transferleistungen	Ausz. Hilfe z.einer angemessenen Schulbildung	- 900.000,00 €	- 1.593.291,98 €	693.291,98 €
833755000	Transferleistungen	Ausz. Soz. Einrichtg. f.Aussiedler u.Ausländer	- €	- 806.120,74 €	806.120,74 €
833154000	Transferleistungen	Ausz. Soz.Einrichtg f. Wohnungslose	- 420.000,00 €	- 1.498.306,52 €	1.078.306,52 €
833331200	Transferleistungen	Grundsich. Alter, Erwerbmind. (SGB XII)außer.Eintr.	- 22.500.000,00 €	- 24.030.881,96 €	1.530.881,96 €
833156000	Transferleistungen	Ausz. für Schülerbeförderungswesen	- 150.000,00 €	- 1.744.038,67 €	1.594.038,67 €
833111100	Transferleistungen	Ausz. laufende Leistungen(ohne Hilfe zur Arbeit)	- 6.180.000,00 €	- 7.885.143,68 €	1.705.143,68 €
833112400	Transferleistungen	Ausz. Hilfe zur Pflege	- 9.280.000,00 €	- 11.270.636,84 €	1.990.636,84 €
831260110	Versorgungsauszahlungen	Ausz.f. Zuf. zur Versorgungsrücklage	- 1.160.000,00 €	- €	- 1.160.000,00 €
836201000	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	Ausz. für Aufw. für Zinsen und ähnliche Aufw. ges.	- 31.750.040,00 €	- 22.532.107,61 €	- 9.217.932,39 €
836291000	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	Ausz. für Erstattungszinsen § 233 a AO	- 1.500.000,00 €	- 762.673,10 €	- 737.326,90 €
834456000	Zuwendungen und Zuschüße	Ausz. f. Kostenerstatt.an sonst. öffentl. Sorechn.	- 6.666.000,00 €	- 425.056,43 €	- 6.240.943,57 €
834318000	Zuwendungen und Zuschüße	Ausz. für Zuw. & Zusch. für lfd. Zw. an übr. Ber.	- 26.261.153,02 €	- 25.669.710,02 €	- 591.443,00 €
834452000	Zuwendungen und Zuschüße	Ausz. für Kostenerstattungen an Gemeinden (GV)	- 4.096.000,00 €	- 5.075.538,53 €	979.538,53 €

3. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschrieb. Ansatz/Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	19.694.775,71 €	24.652.912,29 €	21.871.012,29 €	2.781.900,00 €
Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	4.172.906,77 €	2.223.150,00 €	2.892.105,93 €	- 668.955,93 €
Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	1.999.923,27 €	1.015.610,00 €	10.962.588,78 €	- 9.946.978,78 €
Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 20 bis 22)	25.867.605,75 €	27.891.672,29 €	35.725.707,00 €	- 7.834.034,71 €

Die Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit haben sich gegenüberüber dem Vorjahr um 10 Mio. € erhöht. Im Plan/Ist-Vergleich übersteigen die Einzahlungen den Ansatz um 7,8 Mio. €. Nachstehend sind die Positionen mit Plan/Ist-Abweichung über +/- 500.000,00 € aufgeführt.

Nr.	Finanzgliederung	Name	Fortgeschriebener Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichungen Plan/Ist
823846700	Finanzanlagevermögen	Einz. aus Veräuß. von Kapitalmarktpap.an Kred.inst.	- €	7.669.378,22 €	-7.669.378,22 €
823868100	Finanzanlagevermögen	Einz. Ausleihungen an übrigen Bereich	357.640,00 €	1.733.008,63 €	-1.375.368,63 €
823868200	Finanzanlagevermögen	Einz. Ausleihungen an übr Bereich Fehlbelegungsabg	128.560,00 €	864.910,46 €	- 736.350,46 €
820810000	Investitionszuschüße	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen vom Bund	1.105.000,00 €	2.867.702,15 €	-1.762.702,15 €
820811100	Investitionszuschüße	Einzahlungen Sonderinvestitionsprogramm vom Land	- €	1.202.340,07 €	-1.202.340,07 €
820814000	Investitionszuschüße	Einz. aus Investzuw. vom sonst. Öffentl. Bereich	1.003.000,00 €	1.598.287,46 €	- 595.287,46 €
820811000	Investitionszuschüße	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen vom Land	18.578.785,00 €	11.394.341,68 €	7.184.443,32 €
822821000	Sachanlagevermögen	Einz. aus der Veräuß. von Grundstücken & Gebäuden	2.200.000,00 €	2.723.099,95 €	- 523.099,95 €

Weitere Erläuterung siehe auch Rechenschaftsbericht.

4. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschrieb. Ansatz/Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	- 1.873.941,52 €	- 34.639.816,10 €	- 8.639.883,96 €	- 25.999.932,14 €
Auszahlungen für Baumaßnahmen	- 36.798.885,04 €	- 79.916.412,83 €	- 40.188.074,07 €	- 39.728.338,76 €
Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	- 11.862.912,46 €	- 30.252.807,84 €	- 7.971.141,74 €	- 22.281.666,10 €
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 28.957.898,73 €	- 25.013.869,58 €	- 16.663.809,50 €	- 8.350.060,08 €
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 24 bis 27)	- 79.493.637,75 €	- 169.822.906,35 €	- 73.462.909,27 €	- 96.359.997,08 €

Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit sind im Vergleich zum Vorjahr um 6 Mio. € gesunken. Der Ansatz im Finanzhaushalt, in dem auch übertragene Haushaltsmittel für nicht fertig gestellte Baumaßnahmen enthalten sind, wurde um 96,4 Mio. unterschritten. Aus den Summen der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ergab sich ein Finanzmittelbedarf in Höhe von 37.737.202,27 €. Nachstehend sind die Positionen mit Plan/Ist-Abweichung über +/- 500.000,00 € aufgeführt.

Nr.	Finanzgliederung	Name	Fortgeschriebener Ansatz 2013	Auszahlungen	Abweichung Plan/Ist
842031118	Baumaßnahmen	Ausz. aus dem Zug. von sonstigen Betriebsgebäuden	- 26.171.628,05 €	- 26.302,02 €	- 26.145.326,03 €
842041111	Baumaßnahmen	Ausz für den Zug. von Gemeindestraßen	- 13.150.127,00 €	- 1.633.203,84 €	- 11.516.923,16 €
842041110	Baumaßnahmen	Ausz für den Zug. von Kreisstraßen	- 5.038.055,12 €	- 197.856,24 €	- 4.840.198,88 €
842031111	Baumaßnahmen	Ausz. aus dem Zug. von Kindergärten etc.	- 5.196.021,30 €	- 1.284.896,58 €	- 3.911.124,72 €
842041000	Baumaßnahmen	Ausz für den Zug. von Bundesstraßen	- 3.904.850,84 €	- 126.598,76 €	- 3.778.252,08 €
842031110	Baumaßnahmen	Ausz. aus dem Zug. von Schulgebäuden	- 7.138.083,79 €	- 3.750.995,64 €	- 3.387.088,15 €
842031119	Baumaßnahmen	Ausz. aus dem Zug. von Verwaltungsgebäuden	- 4.639.721,20 €	- 1.462.416,15 €	- 3.177.305,05 €
842031116	Baumaßnahmen	Ausz. aus dem Zug. von Brand- u. Katastrophenschutz	- 5.005.932,03 €	- 2.634.178,62 €	- 2.371.753,41 €
842041100	Baumaßnahmen	Ausz für den Zug. von Landesstraßen	- 1.940.535,08 €	- 492.288,87 €	- 1.448.246,21 €
842031113	Baumaßnahmen	Ausz. aus dem Zug. von Sport- u. Schwimmanlagen, Hallen	- 1.430.873,25 €	- 283.887,91 €	- 1.146.985,34 €
842041128	Baumaßnahmen	Ausz. für den Zug. Verkehrssignalanlagen	- 1.743.110,32 €	- 812.079,36 €	- 931.030,96 €
842041114	Baumaßnahmen	Ausz für den Zug. von so.all. Infrastrukturvermög	- 1.779.888,95 €	- 858.133,90 €	- 921.755,05 €

Nr.	Finanzgliederung	Name	Fortgeschriebener Ansatz 2013	Auszahlungen	Abweichung Plan/Ist
842853400	Baumaßnahmen	Ausz. Baumaßn. für über. Aufgabenbereiche	- €	- 4.778.374,51 €	4.778.374,51 €
842852100	Baumaßnahmen	Ausz. Baumaßn. für Straßen	- €	- 4.886.130,28 €	4.886.130,28 €
842070000	Baumaßnahmen	Ausz. für den Zugang von geleist. Anz., Anl. im Bau	- €	-14.050.578,27 €	14.050.578,27 €
841821000	Erwerb Grundstücke und Gebäude	Ausz. Grundstücke und Bauten	- 34.639.816,10 €	- 8.639.883,96 €	- 25.999.932,14 €
844865000	Investition Finanzanlagevermögen	Ausz. Ausleih. an verb. Untern., Beteil. & SoVerm.	- 3.300.600,00 €	- 125.000,00 €	- 3.175.600,00 €
844113000	Investition Finanzanlagevermögen	Ausz. für Zug. von Ausl. an übr. Ber. Fehlbelegung	- 2.626.529,58 €	- 128.000,00 €	- 2.498.529,58 €
844110000	Investition Finanzanlagevermögen	Ausz. für Zug. von Ausl. an sonst. öff.l.n Bereich	- 4.164.000,00 €	- 2.595.000,00 €	- 1.569.000,00 €
844100200	Investition Finanzanlagevermögen	Ausz. für den Zug. von Ant. an herrschendem Untern	- 5.280.600,00 €	- 3.817.500,00 €	- 1.463.100,00 €
840029500	Investitionen Sachanlagevermögen	Ausz. für den Zug. gel. Inv.Zusch an übr. Bereiche	- 7.360.929,62 €	- 865.026,72 €	- 6.495.902,90 €
840028000	Investitionen Sachanlagevermögen	Ausz. für den Zug. gel. Inv.Zusch an komm. Sonderr	- 7.869.109,67 €	- 2.309.435,41 €	- 5.559.674,26 €
840029000	Investitionen Sachanlagevermögen	Ausz. für den Zug. gel. Inv.Zusch an priv. Untern	- 3.310.552,98 €	- 189.871,70 €	- 3.120.681,28 €
840027000	Investitionen Sachanlagevermögen	Ausz. für den Zug. gel. Inv.Zusch an öff. wi. UN	- 2.728.206,70 €	- 300.000,00 €	- 2.428.206,70 €
843050000	Investitionen Sachanlagevermögen	Ausz. f. den Zugang v. Anl., Masch. zur LeistErst.	- 2.992.827,40 €	- 612.884,49 €	- 2.379.942,91 €
840023000	Investitionen Sachanlagevermögen	Ausz. für den Zug. gel. Inv.Zuschüsse an das Land	- 1.717.460,00 €	- 130.000,00 €	- 1.587.460,00 €
843051114	Investitionen Sachanlagevermögen	Ausz. f. den Zugang v. Fuhrpark	- 1.375.262,30 €	- 816.781,84 €	- 558.480,46 €
843080000	Investitionen Sachanlagevermögen	Ausz. für den Zug. von GWGs unter v. 410,-€ (Netto)	- 872.489,01 €	- 1.550.793,14 €	678.304,13 €

Weitere Erläuterung siehe auch Rechenschaftsbericht.

5. Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschrieb. Ansatz/Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4. / Sp. 5)
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	32.148.857,95 €	70.159.620,00 €	89.068.089,91 €	- 18.908.469,91 €
Auszahlungen für Tilgung von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	- 35.448.812,00 €	- 33.190.330,00 €	- 32.477.185,51 €	- 713.144,49 €
Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit (Nr. 31. / Nr. 32)	- 3.299.954,05 €	36.969.290,00 €	56.590.904,40 €	- 19.621.614,40 €

Die Summe der Einzahlungen und Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit ergibt für das Jahr 2013 einen Finanzmittelüberschuss in Höhe von 56,6 Mio. €.

Die Mittel, die zum Teil auf Kreditermächtigungen der vergangenen Jahre beruhen, wurden im Wesentlichen für Umschuldungen und zur Ablösung von Kassenkrediten im Rahmen der Inanspruchnahme des Schutzschilds verwandt. Nachstehend sind die Positionen mit Plan/Ist-Abweichung über +/- 500.000,00 € aufgeführt.

Nr.	Finanzgliederung	Name	Fortgeschriebener Ansatz 2013	Einzahlungen/ Auszahlungen	Saldo bis Datum
826921000	Aufnahme von Krediten und Darlehen für Investitionen	Einz. aus Aufnahme von Kred. für Invest. beim Land	2.500.000,00 €	3.382.500,00 €	- 882.500,00 €
826927000	Aufnahme von Krediten und Darlehen für Investitionen	Einz. a. Aufn. v. Kred. für Inves. bei Kred.instit.	67.659.620,00 €	85.564.494,06 €	- 17.904.874,06 €
846927000	Tilgung für Kredite und Darlehen für Investitionen	Ausz. aus Aufn. v. Kred. f. Invest. bei Kred.instit.	- 30.000.000,00 €	- 27.977.053,64 €	- 2.022.946,36 €
846921000	Tilgung für Kredite und Darlehen für Investitionen	Ausz. aus der Aufn. von Kred. für Invest. beim Land	- 2.869.200,00 €	- 2.822.979,05 €	- 46.220,95 €
846921100	Tilgung für Kredite und Darlehen für Investitionen	Ausz. a d Aufn v Kred. für Inv b Land Konjunkturpro	- 321.130,00 €	- 1.531.635,32 €	1.210.505,32 €

Weitere Erläuterung siehe auch Rechenschaftsbericht, Punkt 5.4 (Seite 152).

6. Einzahlungen und Auszahlungen aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen

Haushaltsunwirksame Zahlungsvorgänge	Ergebnis Vorjahr 2012	Ergebnis 2013
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	2.283.833,85 €	22.439.683,76 €
Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkredit	753.852.159,38 €	340.500.000,00 €
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	756.135.993,23 €	362.939.683,76 €
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	- 12.309.779,31 €	- 1.421.858,50 €
Auszahlungen aus der Tilgung von Kassenkrediten	- 719.466.884,54 €	- 384.502.743,06 €
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	- 731.776.663,85 €	- 385.924.601,56 €
Saldo Kassenkredite	34.385.274,84 €	- 44.002.743,06 €
Zahlungsmittelüberschuß/Zahlungsmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	24.359.329,38 €	- 22.984.917,80 €

Siehe auch Erläuterungen Seite 73.

Kassel documenta Stadt

Anlagen

zum

Jahresabschluss

31.12.2013

**Übersicht
über den Stand des Anlagevermögens (Anlagespiegel)
zum 31.12.2013**

Anlagevermögen	Gesamte Anschaffungs- / Herstellungs-kosten am Beginn des Haushaltsjahres	Zugänge zu AK/HK des Haushaltsjahres	Abgänge zu AK/HK des Haushaltsjahres	Umbuchungen zu AK/HK des Haushaltsjahres + / - / .	Zuschreibungen des Haushaltsjahres	Abschreibungen des Haushaltsjahres	Abgänge auf Abschreibungen des Haushaltsjahres	Abschreibungen kumuliert	Stand am Ende des Haushaltsjahres (2+3./4.+5+6+9)	Stand am Ende des Vorjahres
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1. Immaterielle Vermögensgegenstände										
1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	3.693.657,65	271.510,37	-55.214,44	0,00	0,00	-326.675,66	51.703,44	-3.208.509,97	701.443,61	760.119,90
1.2 geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	78.319.093,33	3.861.769,66	0,00	16.735.429,97	0,00	-5.244.062,10	0,00	-25.205.985,61	73.710.307,35	58.357.169,82
Summe 1.:	82.012.750,98	4.133.280,03	-55.214,44	16.735.429,97	0,00	-5.570.737,76	51.703,44	-28.414.495,58	74.411.750,96	59.117.289,72
2. Sachanlagevermögen										
2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	380.906.426,43	7.230.607,95	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-206.418,83	387.930.614,55	380.700.007,60
2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	476.198.394,87	10.420.583,00	0,00	296.602,86	0,00	-9.867.188,86	0,00	-111.534.002,96	375.381.577,77	374.531.580,77
2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	649.252.429,07	5.686.814,09	-470.800,41	16.541.330,45	70.000,00	-27.758.557,95	246.668,77	-287.072.584,45	384.007.188,75	389.691.733,80
2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	1.223.596,78	502.412,52	-105.197,63	0,00	0,00	-838.824,27	102.722,63	-9.176.329,27	3.456.851,40	3.795.738,15
2.5 andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	49.941.994,84	3.430.491,71	-922.361,16	407.534,72	0,00	-4.700.064,44	889.392,93	-35.535.942,60	17.321.717,51	18.216.722,15
2.6 geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	37.759.763,71	23.025.714,28	0,00	-33.980.898,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26.804.579,99	37.759.763,71
Summe 2.:	1.606.294.974,70	50.296.623,55	-1.498.360,20	-16.735.429,97	70.000,00	-43.164.635,52	1.238.783,93	-443.525.278,11	1.194.902.529,97	1.204.695.546,18
3. Finanzanlagevermögen										
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	371.735.242,51	3.817.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	375.552.742,51	371.735.242,51
3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.3 Beteiligungen	108.267.701,87	125.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	108.392.701,87	108.267.701,87
3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	20.847.595,35	890.231,70	-7.669.378,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14.068.448,83	20.847.595,35
3.6 sonstige Finanzanlagen	58.787.402,98	9.478.829,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	68.266.231,98	58.787.402,98
Summe 3.:	559.637.942,71	14.311.560,70	-7.669.378,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	566.280.125,19	559.637.942,71
Gesamtsumme (1. bis 3.):	2.247.945.668,99	68.741.464,28	-9.222.952,86	0,00	70.000,00	-48.735.373,28	1.290.487,37	-471.939.773,69	1.835.594.406,12	1.823.450.778,61

*

Anmerkung 1:

In den Spalten 3 und 4 können Zu- bzw. Abgänge enthalten sein, die aus Korrekturbuchungen innerhalb des Anlagevermögens entstanden sind. Die Darstellung ist der städtischen Finanzsoftware geschuldet.

Anmerkung 2 *:

In den Abschreibungen sind 42.469,87 € außerordentliche Abschreibungen enthalten.

**Übersicht
über den Stand der Forderungen
(Forderungsspiegel)**

Art	Bestand am 31.12.2012	Bestand am 31.12.2013	davon mit einer Restlaufzeit		
			bis 1 Jahr	bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
1	2	3	4	5	6
1. Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträge	40.077.853,56 €	50.326.319,39 €	50.326.319,39 €	0,00 €	0,00 €
2. Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	8.180.927,82 €	19.241.778,66 €	19.241.778,66 €	0,00 €	0,00 €
3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.819.473,30 €	11.613.789,80 €	11.613.789,80 €	0,00 €	0,00 €
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	176.278,25 €	617.014,90 €	617.014,90 €	0,00 €	0,00 €
5. Sonstige Vermögensgegenstände	1.527.508,10 €	1.953.860,17 €	1.953.860,17 €	0,00 €	0,00 €
Summe	58.782.041,03 €	83.752.762,92 €	83.752.762,92 €	0,00 €	0,00 €

Übersicht über die Rückstellungen im Haushaltsjahr 2013

Art	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zuführung	Auflösung	Inanspruchnahme	Stand am Ende des Haushaltsjahres
	€	€	€	€	€
Rückstellungen für					
1. Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	331.480.429,00	10.940.050,00	6.117.072,00	-	336.303.407,00
1.1 Pensionen	249.650.184,00	10.940.050,00	202.283,00	-	260.387.951,00
1.2 Beihilfen	66.827.079,00	-	4.356.010,00	-	62.471.069,00
1.3 Altersteilzeit	15.003.166,00	-	1.558.779,00	-	13.444.387,00
2. Sanierung von Altlasten	40.000,00	-	-	31.895,68	8.104,32
3. Sonstiges	20.646.113,33	12.690.995,49	2.535.481,36	7.891.241,51	22.910.385,95
3.1 Lebensarbeitszeit	2.772.228,31	1.175.570,25	-	67.756,13	3.880.042,43
3.2 Leistungsorientierte Bezahlung	990.000,00	-	76.758,53	913.241,47	0,00
3.3 Prozeßkostenrisiken	1.000.899,03	1.182.645,05	544.986,40	56.593,24	1.581.964,44
3.4 Unterlassene Instandhaltung	705.321,55	1.034.291,29	-	705.321,55	1.034.291,29
3.5 Andere Aufwendungen	7.589.504,46	3.385.827,35	803.202,39	1.917.786,64	8.254.342,78
3.6 Ungewisse Verbindlichkeiten	7.588.159,98	5.912.661,55	1.110.534,04	4.230.542,48	8.159.745,01
Summe der Rückstellungen	352.166.542,33	23.631.045,49	8.652.553,36	7.923.137,19	359.221.897,27

Anmerkung:

Der Bestand der Rückstellung für Lebensarbeitszeit wurde in 2012 von der Position 1 – Pensionen und ähnliche Verpflichtungen – zur Position 3 – Sonstiges – umgegliedert. In der Bilanz wurde dies in der Spalte Vorjahresansatz noch nicht berücksichtigt.

**Übersicht
über den Stand der Verbindlichkeiten
(Verbindlichkeitspiegel)**

Art	Gesamtbetrag zu Beginn des Haushaltsjahres	Gesamtbetrag am Ende des Haushaltsjahres	Laufzeiten bis einschließlich einem Jahr	Laufzeiten über einem Jahr bis einschließlich fünf Jahren	Laufzeiten über fünf Jahren
1	2	3	4	5	6
1. Verbindlichkeiten aus Anleihen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen					
2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	708.142.857,64 €	459.977.806,49 €	44.919.135,62 €	101.325.958,45 €	313.732.712,42 €
Investitionskredite vom Kreditmarkt	258.758.769,09 €	314.409.990,86 €	3.904.733,32 €	6.325.958,45 €	304.179.299,09 €
Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung	449.384.088,55 €	145.567.815,63 €	41.014.402,30 €	95.000.000,00 €	9.553.413,33 €
2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	29.993.934,49 €	29.795.162,10 €	121.726,77 €	2.087.629,63 €	27.585.805,70 €
Land	29.888.855,37 €	29.742.459,65 €	69.024,32 €	2.087.629,63 €	27.585.805,70 €
Sonstiger öffentlicher Bereich	105.079,12 €	52.702,45 €	52.702,45 €	0,00 €	0,00 €
3. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	56.027,58 €	89.778,33 €	0,00 €	0,00 €	89.778,33 €
4. Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüsse sowie Investitionsbeiträge	11.495.364,34 €	11.599.862,22 €	11.599.862,22 €	0,00 €	0,00 €
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.290.453,64 €	4.797.053,36 €	4.797.053,36 €	0,00 €	0,00 €
6. Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	11.931,88 €	41.528,71 €	41.528,71 €	0,00 €	0,00 €
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	0,00 €	1.012,98 €	1.012,98 €	0,00 €	0,00 €
8. Sonstige Verbindlichkeiten	34.154.329,35 €	46.064.764,91 €	46.049.467,51 €	11.242,47 €	4.054,93 €
Summe	792.144.898,92 €	552.366.969,10 €	107.529.787,17 €	103.424.830,55 €	341.412.351,38 €

Übersicht über den Stand der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte

Art	Bestand am 31.12.2012 2	Bestand am 31.12.2013 3	davon mit einer Restlaufzeit		
			bis 1 Jahr 4	bis 5 Jahre 5	mehr als 5 Jahre 6
Verbindlichkeiten aus Vorgängen kreditähnlicher Rechtsgeschäfte	7.733.625,00 €	6.557.324,00 €	906.714,00 €	797.019,00 €	4.853.591,00 €
Leasing	7.733.625,00 €	6.557.324,00 €	906.714,00 €	797.019,00 €	4.853.591,00 €
Sonstige	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Laufzeit bis 1 Jahr

Leasingvertrag 1. Bauabschnitt Tiefgarage Friedrichsplatz
Ende der Grundmietzeit 30.10.2014
Restbetrag zum Ende der Grundmietzeit 586.674,98 €.

Laufzeit bis 5 Jahre

Leasingvertrag Markthalle
Ende der Grundmietzeit 30.05.2017
Restbetrag zum Ende der Grundmietzeit 255.645,94 €.

Laufzeit mehr als 5 Jahre

Leasingvertrag 2. Bauabschnitt Tiefgarage Friedrichsplatz
Ende der Grundmietzeit 04.01.2019
Restbetrag zum Ende der Grundmietzeit 1.235.567,00 €.

**Übersicht
über fremde Finanzmittel
(Vorschüsse und Verwahrungen)**

1) Forderungen aus Verwahrungen (Vorschüsse)			
Konto	Bezeichnung	31.12.2013	31.12.2012
267000000	Verwahrungen-Sammelkonto (Jahresabschluss)	63.389,58	58.033,93
267300010	Barauszahlungen Sozialhilfe	37.565,11	0,00
267300514	KSA Schufag	369,76	1.641,86
267300515	Autoschadenausgleich -Kasko-	36.192,51	42.452,35
267300521	HADG -Kfz. Haftpflicht	45.972,83	56.134,58
267300532	Vorkontenzahlung	2.486,75	1.657,93
267300540	Postgebühren	14.881,00	14.881,00
267300542	Fernmeldegebühren	0,00	17,28
267300550	Wohngeldzahlungen	0,00	48,58
267300581	Betreutes Wohnen für Nichtseßhafte	179.838,11	167.407,98
267300600	Leistungen nach dem BerRehaG	4.810,65	4.810,65
267300660	Mittagsverpflegung Kita	0,00	64,00
267300661	Mittagsverpflegung Hort	0,00	159,00
Summe Forderungen aus Verwahrungen		385.506,30	347.309,14

**Übersicht
über fremde Finanzmittel
(Vorschüsse und Verwahrungen)**

2) Verbindlichkeiten aus Verwahrungen			
Konto	Bezeichnung	31.12.2013	31.12.2012
486000000	Vorschuss-Sammelkonto (Jahresabschluss)	171.351,95	186.953,16
486100100	Amtshilfe	6.889,35	25.595,89
486100103	Projekt "China Public Art"	0,00	784,92
486100113	Krankengeld	0,00	48.986,79
486100116	Mündelgelder für Amtsvormundschaft	37.131,38	30.406,47
486100220	Spenden	0,00	122.000,00
486100231	Einbehaltene Garantiebeträge	485.775,02	425.528,81
486100232	Entgelte für notärztliche Leistungen	644.335,14	106.907,14
486100233	Selbstbewirtschaftungsmittel Katastrophenschutz	25.950,35	27.529,54
486100244	Umlagebeträge für Kaskodeckungsschutz	700,00	1.265,00
486100245	Landeszuschuss für Ausbildungsförderungsg.	750,00	750,00
486100262	Fehlbelegungsabgabe -RP-	0,00	34.128,27
486100263	Ausgleichsbeträge gem. § 20 HWo	2.364,00	0,00
486100268	Fundgelder	25.058,49	23.762,89
486100270	Kautionen	27.140,00	66.270,00
486100274	Schlüsselpfand Dauerparker Parkhäuser	3.740,92	4.185,93
486100401	Präventionsrat	48,03	17.247,10
486100409	Vergütung für die Erfassung	375,00	375,00
486100410	Sicherheitsleistungen KISS	2.975,97	2.895,97
486100411	Verwaltungsgebühren Zulassungsstelle	0,00	93.278,03
486100412	Entgelte RTW-DRK HOG-	389.335,66	23.620,80
486100413	Entgelte KTW-DRK HOG-	6.130,96	0,00
486100415	Entgelte RTW -JUH-	116.432,37	97.702,67
486100418	Bundesmittel für Einrichtungen	36.835,34	744,12
486100421	Förderung investiver Maßnahmen freier Träger	0,00	3.500,35
486100423	Förderung inv. Maßnahmen für Kinder	1.820,00	0,00
486100424	Sicherheitseinbehalt bei Bauaufträgen	28.744,32	28.744,32
486100425	Entgelte NEF - ASB-Kassel	74.163,74	110.264,06
486100427	Entgelte NEF - DRK-Hofgeismar	62.682,74	9.786,66
486100430	Citymanagement	3.210,91	4.041,89
486100675	Die Stadtreiniger -Sonderkasse-	7.854.288,68	8.402.469,97
486100700	KEB -Sonderkasse-	28.560.934,60	7.476.783,92
486138001	Umsatzsteuersammelkonto	512.112,86	987.066,65
Summe Verbindlichkeiten aus Verwahrungen		39.081.277,78	18.363.576,32

Kassel documenta Stadt

Ergebnisrechnung

und

Finanzrechnung

zum

31.12.2013

**Feststellung des Ergebnisses
Jahresrechnung 2013 Stadt Kassel**

Ergebnisrechnung (Muster 15)							
Kassel documenta Stadt							
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Vorjahr	Fortgeschr. Ansatz Haushaltsjahr	Haushaltsreste	über-, außerpl. Ansätze	Ergebnis Haushaltsjahr	Vergl. Ansatz/Ergebnis des HHJahres
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.748.415,48	-1.836.600,00			-1.616.350,83	-220.249,17
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-99.110.954,46	-98.230.450,00			-93.101.735,47	-5.128.714,53
03	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-40.030.041,46	-29.228.495,00		-570.000,00	-32.538.668,76	3.310.173,76
04	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen						
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-278.872.056,94	-277.882.700,00		-150.000,00	-293.511.951,42	15.629.251,42
06	Erträge aus Transferleistungen	-46.077.602,64	-53.194.630,00		-2.000.000,00	-57.114.369,22	3.919.739,22
07	Erträge aus Zuweisungen u. Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgemeine Umlagen	-135.183.516,33	-146.582.545,98		-331.735,98	-144.560.261,06	-2.022.284,92
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-27.218.183,25	-25.234.312,00			-27.894.404,33	2.660.092,33
09	Sonstige ordentliche Erträge	-37.931.966,66	-43.007.146,67		-94.301,67	-47.579.099,24	4.571.952,57
10	Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)	-666.172.737,22	-675.196.879,65		-3.146.037,65	-697.916.840,33	22.719.960,68
11	Personalaufwendungen	128.852.319,56	134.633.910,00	9.500,00	-177.400,00	133.874.817,78	759.092,22
12	Versorgungsaufwendungen	25.788.750,13	28.839.000,00			32.045.683,75	-3.206.683,75
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	146.388.700,36	167.110.184,93	3.496.427,25	799.040,68	152.924.621,38	14.185.563,55
14	Abschreibungen	49.579.524,01	45.154.842,00			50.764.961,62	-5.610.119,62
15	Aufwendungen f. Zuweisungen u. Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	63.508.873,63	70.051.831,41	321.542,44	-6.353,03	68.890.352,58	1.161.478,83
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	69.283.733,05	70.082.000,00			70.514.741,68	-432.741,68
17	Transferaufwendungen	159.632.551,03	170.444.811,57	950.011,57	2.482.250,00	166.286.982,94	4.157.828,63
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.605.748,17	6.053.580,00		48.500,00	6.138.363,76	-84.783,76
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	650.640.199,94	692.370.159,91	4.777.481,26	3.146.037,65	681.440.525,49	10.929.634,42
20	20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)	-15.532.537,28	17.173.280,26	4.777.481,26		-16.476.314,84	33.649.595,10
21	Finanzerträge	-5.545.765,34	-15.062.320,00			-15.010.650,38	-51.669,62
22	Zinsen und andere Finanzaufwendungen	28.877.576,31	35.832.640,00			25.445.372,98	10.387.267,02
23	Finanzergebnis (Nr. 21 ./. Nr. 22)	23.331.810,97	20.770.320,00			10.434.722,60	10.335.597,40
24	Ordentliches Ergebnis (Nr. 20 und Nr. 23)	7.799.273,69	37.943.600,26	4.777.481,26		-6.041.592,24	43.985.192,50
25	Außerordentliche Erträge	-4.295.519,04	-1.450.750,00			-3.981.720,63	2.530.970,63
26	Außerordentliche Aufwendungen	1.608.560,08	300.000,00			1.144.531,84	-844.531,84
27	Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)	-2.686.958,96	-1.150.750,00			-2.837.188,79	1.686.438,79
28	Jahresergebnis (Nr. 24 und Nr. 27)	5.112.314,73	36.792.850,26	4.777.481,26		-8.878.781,03	45.671.631,29

Bar

Dr. Barthel
Stadtkämmerer

Finanzrechnung 2013

Finanzrechnung 2013 (Direkte Methode, nach Muster 16 zu § 47 Abs. 2 GemHVO)

Nummer	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschrieb. Ansatz/Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.757.840,73 €	1.759.400,00 €	1.642.901,44 €	116.498,56 €
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	99.201.194,49 €	98.307.650,00 €	92.568.257,98 €	5.739.397,02 €
03	Kostensatzleistungen und -erstattungen	40.127.150,12 €	28.743.495,00 €	28.282.277,90 €	461.217,10 €
04	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	287.128.153,02 €	277.732.700,00 €	276.711.411,67 €	1.021.288,33 €
05	Einzahlungen aus Transferleistungen	44.716.782,79 €	51.128.630,00 €	57.062.409,44 €	5.933.779,44 €
06	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	134.846.699,16 €	146.480.899,66 €	144.810.003,84 €	1.670.895,82 €
07	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	6.330.407,59 €	15.113.320,00 €	13.071.349,45 €	2.041.970,55 €
08	Sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	39.472.155,11 €	42.057.746,67 €	39.255.969,39 €	2.801.777,28 €
09	Summe Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8)	653.580.383,01 €	661.323.841,33 €	653.404.576,11 €	7.919.265,22 €
10	Personalauszahlungen	- 127.585.402,70 €	- 141.383.910,00 €	- 133.788.050,92 €	- 7.595.859,08 €
11	Versorgungsauszahlungen	- 20.137.327,29 €	- 22.239.000,00 €	- 20.964.906,91 €	- 1.274.093,09 €
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	- 14.391.706,46 €	- 166.649.404,81 €	- 156.277.468,21 €	- 10.371.936,60 €
13	Auszahlungen für Transferleistungen	- 152.871.381,04 €	- 168.849.811,57 €	- 165.562.512,01 €	- 3.287.299,56 €
14	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	- 67.173.630,69 €	- 74.791.385,09 €	- 69.414.353,73 €	- 5.377.031,36 €
15	Auszahlungen für Steuern einschließlich Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	- 77.555.219,71 €	- 70.783.180,00 €	- 71.147.081,68 €	- 363.901,68 €
16	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	- 28.805.602,51 €	- 35.432.640,00 €	- 24.895.564,33 €	- 10.537.075,67 €
17	Sonstige ordentliche Auszahlungen und sonstige außerordentliche Auszahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	- 6.714.267,06 €	- 551.000,00 €	- 5.793.605,55 €	- 5.242.605,55 €
18	Summe Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 10 bis 17)	- 624.753.437,46 €	- 680.680.331,47 €	- 647.843.543,34 €	- 32.836.788,13 €
19	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelfehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 9 ./ Nr. 18)	28.826.945,55 €	19.356.490,14 €	5.561.032,77 €	24.917.522,91 €
20	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	19.694.775,71 €	24.652.912,29 €	21.871.012,29 €	2.781.900,00 €
21	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	4.172.906,77 €	2.223.150,00 €	2.892.105,93 €	668.955,93 €
22	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	1.999.923,27 €	1.015.610,00 €	10.962.588,78 €	- 9.946.978,78 €
23	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 20 bis 22)	25.867.605,75 €	27.891.672,29 €	35.725.707,00 €	7.834.034,71 €
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	- 1.873.941,52 €	- 34.639.816,10 €	- 8.639.883,96 €	- 25.999.932,14 €
25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	- 36.798.885,04 €	- 79.916.412,83 €	- 40.188.074,07 €	- 39.728.338,76 €
26	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	- 11.862.912,46 €	- 30.252.807,84 €	- 7.971.141,74 €	- 22.281.666,10 €
27	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 28.957.898,73 €	- 25.013.869,58 €	- 16.663.809,50 €	- 8.350.060,08 €
28	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 24 bis 27)	- 79.493.637,75 €	- 169.822.906,35 €	- 73.462.909,27 €	- 96.359.997,08 €
29	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Nr. 23 ./ Nr. 28)	53.626.032,00 €	141.931.234,06 €	37.737.202,27 €	104.194.031,79 €
30	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf (Nr. 19 und 29)	24.799.086,45 €	161.287.724,20 €	32.176.169,50 €	129.111.554,70 €
31	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	32.148.857,95 €	70.159.620,00 €	89.068.089,91 €	18.908.469,91 €
32	Auszahlungen für Tilgung von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	- 35.448.812,00 €	- 33.190.330,00 €	- 32.477.185,51 €	- 713.144,49 €
33	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit (Nr. 31 ./ Nr. 32)	- 3.299.954,05 €	36.969.290,00 €	56.590.904,40 €	19.621.614,40 €
34	Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres Nr. 30 und Nr. 33	- 28.099.040,50 €	124.318.434,20 €	24.414.734,90 €	148.733.169,10 €

Finanzrechnung 2013

Nummer	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschrieb. Ansatz/Ergebnis des Haus- haltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
35	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. fremde Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Kassenkrediten) (davon: Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten)	756.135.993,23 €		362.939.683,76 €	362.939.683,76 €
36	Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Kassenkrediten) (davon: Auszahlungen aus der Tilgung von Kassenkrediten)	753.852.159,38 € - 73.177.663,85 €		340.500.000,00 € - 385.924.601,56 €	385.924.601,56 €
37	Zahlungsmittelüberschuß/Zahlungsmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Nr. 35 ./ Nr. 36)	719.466.884,54 € 24.359.329,38 €		- 384.502.743,06 € - 22.984.917,80 €	- 22.984.917,80 €
38	Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres	3.738.631,47 €		-	1.079,65 €
39	Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (Nr. 34 und 37)	- 3.739.711,12 €		- 1.429.817,10 €	
40	Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 38 und Nr. 39)	- 1.079,65 €		1.428.737,45 €	

Bar

Dr. Barthel
Stadtkämmerer

Kassel documenta Stadt

Rechenschafts- und Lagebericht

zum

Jahresabschluss

31.12.2013

1. Rechtliche Grundlagen

Die Stadt Kassel hat gemäß § 112 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung aufzustellen.

Der Jahresabschluss hat sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen zu enthalten, soweit durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist. Er hat die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Kassel darzustellen und ist nach § 112 Absatz 3 HGO durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern.

Entsprechend § 51 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Stadt Kassel unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dabei sind die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen ist vorzunehmen.

Darüber hinaus sollen im Rechenschaftsbericht folgende Positionen dargestellt werden:

- Angaben über den Stand der Aufgabenerfüllung mit den Zielsetzungen und Strategien,
- Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind,
- die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung; zugrunde liegende Annahmen sind anzugeben,
- wesentliche Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlich durchgeführten Investitionen.

Gemäß § 4 Abs. 2 GemHVO sollen in den Teilhaushalten Leistungsziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung angegeben werden. Die Ermittlung von Kennzahlen und die Vorgabe von Leistungszielen soll die Steuerung der kommunalen Leistungserstellung weiter verbessern.

Damit die Stadt Kassel den Anforderungen des Gesetzes nachkommen kann ist es notwendig, dass die Fachämter die Ziele und Kennzahlen definieren. Diese Ziele und Kennzahlen werden ab dem Haushaltsjahr 2014 in einer den Haushaltsplan ergänzenden Broschüre dargestellt.

Information

Der Rechenschaftsbericht ist nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Berichterstattung zu erstellen. Diese lauten: Richtigkeit und Willkürfreiheit, Klarheit und Übersichtlichkeit, Vollständigkeit sowie Stetigkeit. Der Grundsatz der Stetigkeit fordert eine stetige, sachliche, zeitliche und formale vergleichbare Darstellung. Dies soll den Vergleich über mehrere Jahre hinweg gewährleisten. So wurde aufgrund der Erfahrungen der Jahresabschlüsse 2006 bis 2012 der Rechenschaftsbericht für das Abschlussjahr 2013 sukzessiv weiterentwickelt.

2. Allgemeines

Die Stadt Kassel weist eine Fläche von 106,798 km² bei einer amtlichen Zahl von 196.758 Einwohnern auf. Rund 35,15 % der Einwohner von Kassel besitzen einen Migrationshintergrund.

Die städtischen Einwohner leben in insgesamt 105.889 Haushalten. Auch in Kassel ist der Trend zum „Single-Haushalt“ erkennbar, rund die Hälfte aller Haushalte (54.076) sind 1-Personen-Haushalte.

Die Altersstruktur der städtischen Einwohner ist relativ ausgeglichen, sodass folgende Prozentsätze ausgewiesen werden:

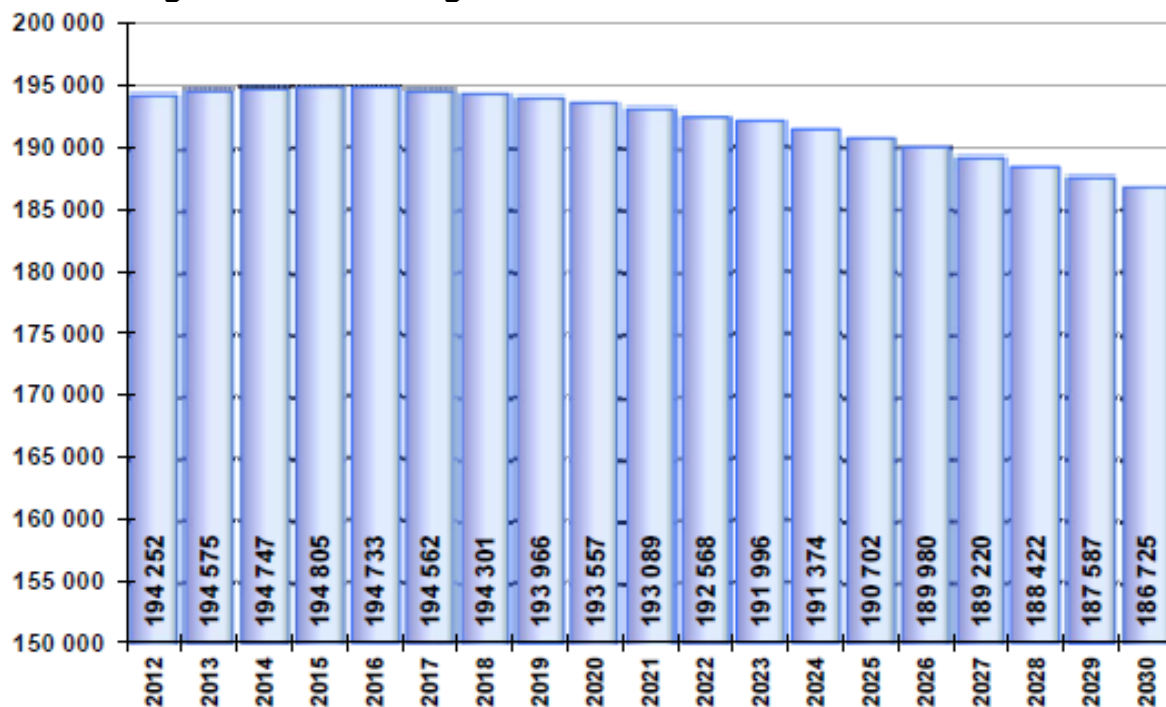
- 0 – 19 Jahre: 17,25 %
- 20 – 39 Jahre: 29,71 %
- 40 – 59 Jahre: 27,80 %
- älter als 60 Jahre: 25,24 %

Die Alterspyramide wird sich in den kommenden Jahren weiter nach oben verschieben. In den letzten 5 Jahren lag die Sterberate stets über der Geburtenrate. Dies konnte jedoch durch den positiven Saldo bei den Zu- und Fortzügen kompensiert werden.

Die geringe Zahl von Kindern und Jugendlichen schlägt sich auch in den Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen nieder. Die Schüleranzahl von 22.355 im Schuljahr 2007/2008 verringerte sich bis zum Schuljahr 2012/2013 auf 20.123.

Eine Zukunftsprognose des Hessischen Statistischen Landesamtes zeigt, dass sich die Stadt Kassel dem demografischen Wandel stellen muss. Für die Stadt Kassel wird von einem Bevölkerungsrückgang bis zum Jahr 2030 von ca. 4 % ausgegangen. In den letzten fünf Jahren erhöhten sich die Einwohnerzahlen allerdings noch leicht.

Bevölkerungsvorausberechnung für die Stadt Kassel bis 2030



Quelle: Stadt Kassel, Fachstelle Statistik: Jahresbericht 2011

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich in den letzten Jahren zunehmend positiv. Während im Jahr 2005 noch eine Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 19,2 % zu verzeichnen war, sank diese in den Folgejahren kontinuierlich. In 2013 betrug die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt noch 9,7 %, sie verringerte sich im Vergleich zu 2005 somit um fast 10 Prozentpunkte.

Ferner ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten auf nunmehr 102.194 (Stand: 31.12.2012) gestiegen. In 2005 waren es noch 87.174. In der Stadtverwaltung Kassel selbst sind im Jahr 2013 (30.06.) 2.528 Bedienstete beschäftigt. Die Stadt Kassel stellt damit einen der größten regionalen Arbeitgeber dar.

Eine ebenfalls positive Entwicklung erlebt der Tourismus. Nach einem leichten Rückgang in 2010 konnte die Zahl der Übernachtungsgäste in 2011 wieder zulegen. In 2012 erreichten sie aufgrund der documenta den höchsten Stand. Die Anzahl der Übernachtungen im Jahr 2013 belief sich auf 835.904.

	2009	2010	2011	2012	2013
Übernachtungsgäste	401.622	405.201	435.895	500.395	461.426
darunter nichtdeutsche Gäste	60.488	60.657	57.051	80.038	57.818
Übernachtungen	746.457	724.046	772.366	947.855	835.904
darunter von nichtdeutschen Gästen	98.730	97.462	93.769	164.982	103.521
durchschnittl. Verweildauer in Tagen	1,9	1,8	1,8	1,9	1,9

2012: documenta - Jahr

Quelle: Stadt Kassel, Fachstelle Statistik

3. Entwicklung der städtischen Finanzlage

Die Stadt Kassel hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, den Schuldenabbau effizient und nachhaltig voranzutreiben. Mit Hilfe von Haushaltssicherungskonzepten und einer Haushaltsverfügung, die in den vergangenen vier Jahren nur eine 70 %ige Verfügbarkeit der Mittel im Aufwandsbereich zulässt, erfolgte eine restriktive Mittelbewirtschaftung.

Dennoch gelang es zwischen 1979 und 2013 lediglich zehn Mal, einen jahresbezogenen Überschuss zu erwirtschaften. Die guten Rahmenbedingungen dieser Jahre versetzten die Stadt in die Lage, ein ausgeglichenes bzw. positives ordentliches Ergebnis zu erzielen. In den anderen Jahren führte unter anderem der hohe Zinsaufwand aus der Finanzierung der aufgelaufenen Altfehlbeträge bzw. Verbindlichkeiten zu negativen Ergebnissen. Hieraus ergeben sich für die mittelfristige Finanzplanung der Stadt erhebliche Belastungsfaktoren. Zudem steht einer hohen Belastung durch soziale Transferleistungen eine sich zwar positiv entwickelnde, aber immer noch unterdurchschnittliche Steuerkraft gegenüber. Die Strategie der Stadt muss daher auch in den kommenden Jahren darin bestehen, einkommensstarke Bürger in Kassel anzusiedeln sowie attraktive Gewerbeflächen auszuweisen.

4. Aufgabenentwicklung der Stadt Kassel

4.1 Soziale Sicherung

Die Zahl der kommunalen Pflichtaufgaben sowie die damit verbundenen Aufwendungen der Kommunen steigen stetig. Sowohl der demografische Faktor als auch die Entwicklung der durchschnittlichen Alterseinkünfte verursachten eine Steigerung der Empfängerzahlen und Aufwendungen, insbesondere bei der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiAE). Bei der GSiAE ist seit 2011 ein jährlicher Anstieg der

Fallzahlen von durchschnittlich 10 % auf 3.903 Fälle zu verzeichnen. Dieser Trend wird sich voraussichtlich in den Folgejahren weiter fortsetzen.

Der Personenkreis, der Hilfe zum Lebensunterhalt in Anspruch nimmt, ist von einer hohen Fluktuation geprägt. Der überwiegende Teil der Leistungsberechtigten geht aus vorherigem Leistungsbezug nach SGB II wegen vorübergehender Erwerbsminderung oder Rentenbezug auf Zeit zunächst in diese Hilfe über. Viele Personen haben multiple Vermittlungshemmnisse. Intensives Fallmanagement trägt dazu bei, den ansonsten noch rasanteren Anstieg abzumildern. Durch den Wegfall der Rentenbeiträge im Rahmen der Leistungen nach dem SGB II wird der Anteil an Personen ohne Rentenansprüche künftig stetig steigen. Im Zeitraum 2009 bis 2013 lag die durchschnittliche Fallzahlsteigerung bei jährlich 17,6 %, alleine in 2013 waren 21 % mehr Fälle als im Vorjahr zu verzeichnen.

Die Kurve der pflegebedürftigen Personen, die ihren Pflegebedarf nicht allein aus eigenen finanziellen Mitteln und/oder Leistungen der Pflegekassen decken können, verläuft moderat nach oben. Bei der ambulanten und stationären Pflege stieg die Zahl der Fälle von 2009 bis 2013 um rd. 19 % auf nunmehr 1.489. Die Kosten für diesen Bereich steigen allerdings im Verhältnis zum Personenzuwachs sehr viel deutlicher. Ursache hierfür ist, dass immer mehr Menschen aufgrund ihres hohen Lebensalters einen kostenintensiveren Pflegebedarf haben.

Im Bereich des SGB II ist bei geringen Schwankungen der Fallzahl die prognostizierte Stagnation erkennbar. Im Dezember 2012 lag die Zahl der Bedarfsgemeinschaften bei 11.296, im Dezember 2013 bei 11.344. Von der allgemeinen positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes können die Langzeitarbeitslosen trotz umfangreicher Maßnahmen nicht profitieren. Die Vermittlung in Arbeitsstellen am ersten Arbeitsmarkt gelingt nur in Ausnahmefällen.

Der starke Anstieg der Zuweisungen von Asylbewerbern nach Kassel hält weiter an. Nach 116 tatsächlich zugewiesenen Personen in 2011 und 222 Personen in 2012 wurden in 2013 insgesamt 274 Personen zugewiesen.

Die Anzahl der Personen im Leistungsbezug hat sich dadurch alleine von 2012 auf 2013 um 74 % auf 420 erhöht.

Für die Unterbringung der AsylbewerberInnen mussten neben der Jägerkaserne mittlerweile weitere Gemeinschaftsunterkünfte eingerichtet werden. Bei anhaltend hoher Zuweisungszahl müssen weitere Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Die pauschale Erstattung des Landes nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG) deckt die anfallenden Kosten für Lebensunterhalt, Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern nur unzureichend ab. Bei Alleinstehenden und Haushaltsvorständen besteht eine Finanzierungslücke von derzeit 234,00 € p.P. im Monat, bei den Haushaltsangehörigen von durchschnittlich 114,38 €.

Ab 2011 wurde durch die Bundesregierung das „Bildungs- und Teilhabepaket“ (BuT) eingeführt. Das „Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ wurde am 25. Februar 2011 im Bundestag und Bundesrat

verabschiedet und ist rückwirkend zum 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Danach haben Kinder und Jugendliche, deren Eltern bzw. sie selbst Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, Sozialhilfe, Kinderzuschlag (BKGG) oder Wohngeld (WoGG) erhalten, Anspruch auf die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes.

Die Leistungen umfassen Tagesausflüge und Fahrten, Schulbedarf, Lernförderung und Hilfen für die Bereiche Kultur, Sport und Freizeit. Alle Leistungen werden in Form von Sachleistungen, als Gutscheine oder Geldleistung erbracht. Im Wesentlichen erbringt das Sozialamt die Leistungen. Anträge auf Mittagessen in Horten und Kindergärten werden durch das Jugendamt bearbeitet. Haben Kinder und Jugendliche im SGB II-Bezug Anspruch auf Schulbedarf, wird dieser direkt mit der Regelleistung ausgezahlt. Bis zur formalen Übertragung vom Jobcenter Stadt Kassel an die Stadt Kassel wurden die BuT-Leistungen für Kinder und Jugendliche im SGB II-Bezug von den Mitarbeitern des JC bearbeitet. Die Rückübertragung erfolgte sukzessive ab November 2011. Die Aufwendungen für die Rechtskreise SGB II, WoGG und BKGG werden vom Bund erstattet.

Die Zahl der Obdachlosenhaushalte ist von 2012 zu 2013 um rund 11 % gestiegen. Aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes wird die Rückführung in eigenen Wohnraum zunehmend schwieriger.

Dies trägt neben der Mietpreisentwicklung zu einer Steigerung der Aufwendungen bei. Auch die sonstigen Aufwendungen für Obdachlosenhaushalte (Einzugsrenovierungen, technische Grundausstattung, Erstausstattungen, Schadensbeseitigungen nach Auszug) nehmen zu. Da es sich um eine ordnungsrechtliche Pflichtaufgabe handelt, kann auf die Kostenentwicklung kein Einfluss genommen werden.

4.2 Jugend- und Erziehungshilfen

Die Leistungen der Erziehungshilfen sind im SGB VIII (§§ 27 ff.) geregelt und mit individuellen Rechtsansprüchen versehen. Nachdem in den Jahren 2005 bis 2009 ein starker Anstieg der Inanspruchnahmen zu verzeichnen war, haben sich diese ab 2010 stabilisiert. Diese entgegen dem Bundestrend positive Entwicklung hat sich auch 2013 fortgesetzt. Inzwischen liegt das Verhältnis der stationären Hilfen zu den ambulanten Hilfen bei annähernd 50 : 50.

Wurden in 2012 Transferleistungen in Höhe von 34,7 Mio. € für diesen Bereich gewährt, sind diese in 2013 auf 36,7 Mio.€ gestiegen. Diese Steigerung ist weitestgehend der Dynamisierung der Verträge und Steigerungen bei der Förderung seelisch behinderter junger Menschen zu verzeichnen. Größte Ausgabepositionen sind nach wie vor die stationären Hilfen. Diese lagen 2013 bei 21,3 Mio.€. Dies entspricht einem Anteil von 58 % der Transferaufwendungen.

So geht inzwischen auch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend davon aus, dass etwa 10 bis 15 Prozent der Kinder in Deutschland von schwierigen familiären Verhältnissen betroffen sind. In vielen Fällen ist finanzielle Unterversorgung der Familien

(Arbeitslosigkeit, Ein-Euro-Jobs pp.) ein Indikator für Auffälligkeiten. In jeder fünften Familie mit minderjährigen Kindern stemmen Alleinerziehende den Familienalltag.

Die nach wie vor hohe Anzahl an Meldungen über die Gefährdung des Kindeswohls (2012 = 276 Meldungen, 2013 = 272 Meldungen) bestätigt dies nachdrücklich.

Auffällig ist jedoch ein Anstieg bei den emotional hochgestörten Kinder und Jugendlichen in Einrichtungen mit besonderer therapeutischer Ausrichtung und einem besonderen Betreuungsschlüssel.

4.3 Tagesbetreuung von Kindern

Zum 1. August 2013 trat der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter dreijährige Kinde. Die von der Bundesregierung festgelegte Betreuungsquote von 35 % wurde mit rund 1700 Betreuungsplätzen in der Stadt Kassel erreicht, wobei einige Vorhaben erst in 2014 fertiggestellt werden können. Die Angebote der Grundschulkindbetreuung wurden ebenfalls auf Grund der erhöhten Nachfrage im Kontext des Programms „Ganztags an Grundschulstandorten“ weiter ausgebaut.

Im Rahmen des KiFöG sind die Landeszuschüsse für Kindertagestätten neu geregelt worden. Dadurch war es notwendig, die bestehenden Verträge mit den freien Trägern über Betriebskostenzuschüsse der Stadt Kassel an die neue Gesetzeslage anzupassen und die Zuschüsse neu zu berechnen.

Die ebenfalls 2013 umgesetzte rechtliche Änderung der bisherigen Betreuungsordnung zu einer Satzung dient der Verwaltungsvereinfachung und geschah auf Empfehlung des Hessischen Städtetages. Die seit 2008 nicht mehr geänderten Elternbeiträge wurden der Preisentwicklung angepasst. Die Anpassung der Kostenbeiträge wurde jedoch nicht einfach prozentual sondern nachvollziehbar mit Hilfe eines Stundenbetreuungssatzes festgesetzt, um eine gerechtere und transparentere Preisstruktur zu schaffen.

Ist-Belegung zum Stichtag:	01.01.2013	01.01.2014
Kitaplätze	5.022	5.105
Hortplätze	2.520	2.520
Krippenplätze	916	1.067
Plätze in Tagespflege	366	334
Gesamt	8.824	9.026

5. Analyse des Jahresabschlusses 2013

5.1 Überblick

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel hat die Haushaltssatzung für das Jahr 2013 am 10. Dezember 2012 beschlossen. Sie wurde vom Regierungspräsidium Kassel aufsichtsrechtlich mit Verfügung vom 5. Mai 2013 genehmigt. Die Haushaltssatzung weist einen Jahresfehlbedarf von ca. 32 Mio. € und eine Kassenkreditemächtigung in Höhe von 600 Mio. € aus.

Das Haushaltsjahr 2013 schließt angesichts der immer noch schwierigen Rahmenbedingungen mit einem guten Ergebnis ab. Die wirtschaftliche Lage hat sich inzwischen etwas stabilisiert, das geplante Defizit konnte jedoch nur aufgrund der Ausgabendisziplin und den weiterhin ansteigenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer sowie steigenden Schlüsselzuweisungen reduziert werden. Die Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 30,9 Mio. € gestiegen, liegen jedoch um 16,4 Mio. € unter den Planwerten. Gleichzeitig konnten die Erträge um 44,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Dank der erfreulichen Entwicklung der Erträge wurde mit rund 8,9 Mio. € nach (saldierte) Abschreibungen von 22,9 Mio. € und (saldierte) Rückstellungen von 7,1 Mio. € ein Jahresüberschuss erwirtschaftet. Berücksichtigt man nur das ordentliche Ergebnis, das nach der HGO als Maßstab für den Haushaltsausgleich herangezogen wird, so ist dies mit 6,0 Mio. € ebenfalls positiv.

In der Bilanz der Stadt Kassel schlägt sich dieser Jahresüberschuss nun nieder. Der vorgetragene Verlust aus 2012 konnte vollständig ausgeglichen und der Rest in die Rücklage eingestellt werden (siehe auch Pos. III der Erläuterungen zur Schlussbilanz).

5.2 Ergebnisentwicklung

Das Haushaltsjahr 2013 schloss mit einem Jahresüberschuss von rund 8,9 Mio. € ab. Damit fällt das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr um ca. 14 Mio. € besser aus (2012: -5,1 Mio. €).

Übersicht Gesamterträge/-aufwendungen

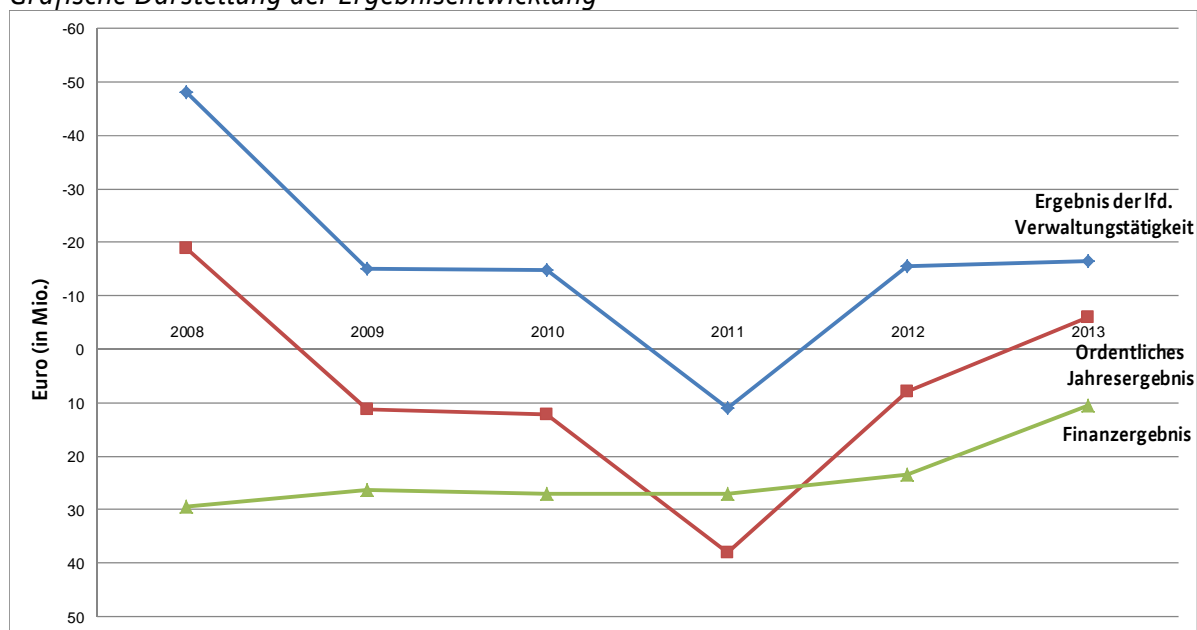
Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2013 in €	Ist-Ergebnis 2013 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
Gesamterträge	-676.014.021,60	-691.709.949,65	-720.945.084,84	-44.931.063,24	-29.235.135,19
Gesamtaufwendungen	681.126.336,33	728.502.799,91	712.066.303,81	30.939.967,48	-16.436.496,10
Fehlbedarf / Überschuss	5.112.314,73	36.792.850,26	-8.878.781,03	-13.991.095,76	-45.671.631,29

Nachdem in den Jahren 2009 bis 2012 keine Überschüsse erwirtschaftet wurden, gelang dies nun erstmals seit 2008 wieder. Die städtische Ergebnisentwicklung zeigt aber, dass – mit Ausnahme des Jahres 2009 – die Erträge stetig gestiegen sind. Verantwortlich hierfür sind hauptsächlich die gute Gewerbesteuerentwicklung sowie die zuletzt stark gestiegenen Schlüsselzuweisungen. Problematisch bleibt, dass neben den Erträgen auch die Aufwendungen stetig steigen. Lediglich in 2012 gelang es, die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr zu reduzieren. Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit war seit Einführung der Doppik durchweg positiv. Lediglich in 2011 kam es hier erstmalig zu einem Fehlbetrag.

Ergebnisentwicklung

Ergebnisentwicklung	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Erträge der lfd. Verwaltungstätigkeit	-642.570.610	-614.995.733	-631.021.379	-645.502.222	-666.172.737	-697.916.840
Aufwendungen der lfd. Verwaltungstätigkeit	594.429.406	599.816.870	616.295.663	656.421.368	650.640.200	681.440.525
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-48.141.204	-15.178.862	-14.725.715	10.919.146	-15.532.537	-16.476.315
Finanzerträge	-7.542.071	-7.861.128	-6.102.935	-5.419.832	-5.545.765	-15.010.650
Zinsen u. ähnl. Finanzaufwendungen	36.884.440	34.260.080	33.041.138	32.449.694	28.877.576	25.445.373
Finanzergebnis	29.342.369	26.398.952	26.938.202	27.029.862	23.331.811	10.434.723
Ordentliche Erträge	-650.112.681	-622.856.861	-637.124.314	-650.922.054	-671.718.503	-712.927.491
Ordentliche Aufwendungen	631.313.846	634.076.950	649.336.801	688.871.062	679.517.776	706.885.898
Ordentliches Jahresergebnis	-18.798.834	11.220.089	12.212.487	37.949.008	7.799.274	-6.041.592
Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad (in %)	103,0	98,2	98,1	94,5	98,9	100,9

Grafische Darstellung der Ergebnisentwicklung



5.2.1 Entwicklung der Erträge

Die städtischen Erträge haben im Vergleich zum Vorjahr um 44,9 Mio. € zugenommen. Das Plus ist hauptsächlich auf stark gestiegene Gewerbesteuereinnahmen, anhaltend hohe Schlüsselzuweisungen und den Anstieg der Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zurückzuführen.

Das Jahr 2013 konnte das Jahr mit den bisher besten Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 163,9 Mio. € - nämlich 2010 - mit einem Aufkommen von 169,9 Mio. € überschreiten. Dieser Erfolg ist außerordentlich erfreulich und zeigt die umsichtige Gewerbeentwicklung der Stadt in den vergangenen Jahren. Die starken Unternehmen der Stadt reagieren nur unterdurchschnittlich konjunkturabhängig.

Die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen verzeichnete für 2013 eine weiterhin positive Entwicklung. Die endgültige Festsetzung für 2013 ergab einen Zuwendungsbetrag von rd. 105,8 Mio. €. Das sind ca. 4,2 Mio. € mehr als im Vorjahr, das Niveau von 2009 (111,3 Mio. €) wurde erstmals übertroffen. Dies führt dazu, dass die Zuwendungsquote (Anteil der Zuwendungen an den ordentlichen Erträgen) in 2013 steigt. Die Zuwendungsquote kann als ein Maß für die Abhängigkeit der Stadt von den Ausgleichsmassen des kommunalen Finanzausgleichs gesehen werden.

Übersicht der jährlichen Zuwendungsquoten

Zuwendungsquote des Jahres ...	in Prozent
2008	27,15
2009	26,26
2010	19,41
2011	18,37
2012	20,13
2013	20,28

Gleichzeitig sank in 2013, bedingt durch den erheblichen Anstieg der ordentlichen Erträge, die **Steuerquote** (Anteil der Steuern an den ordentlichen Erträgen) trotz eines leichten Anstiegs des Steueraufkommens. Die Steuerquote ist ein Indikator für die Steuerkraft und zeigt, zu welchem Teil sich die Stadt von außen finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Die Steuerquote der Stadt bewegt sich seit Einführung der Doppik zwischen 38 % und dem Höchststand in 2010 mit 43 %.

Übersicht der jährlichen Steuerquoten

Steuerquote des Jahres ...	in Prozent
2008	40,59
2009	37,93
2010	43,02
2011	42,01
2012	41,52
2013	41,17

Weiterführende Darstellungen zur Ertragsentwicklung können den Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung entnommen werden.

5.2.2 Entwicklung der Aufwendungen

Trotz restriktiver Mittelbewirtschaftung haben sich die Aufwendungen 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 30,9 Mio. € erhöht. Dies entspricht einer Steigerung von 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bei einem Zeitreihenvergleich (siehe 5.2 Ergebnisentwicklung) fällt auf, dass der Aufwand in der Vergangenheit kontinuierlich stieg. 2012 bildete eine einmalige Ausnahme. Die Steigerungen verteilen sich über weite Teile im Aufwandsbereich.

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 5,0 Mio. € gestiegen. Ursächlich waren Steigerungen im Gehaltsbereich sowie höhere Rückstellungen für Lebensarbeitszeit der Beamten.

Die Versorgungsaufwendungen sind ebenfalls gestiegen. Als Grund ist die Erhöhung der Pensionsrückstellungen zu nennen. Versorgungsaufwendungen und Beihilfen sind ebenfalls leicht gestiegen.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind um 6,5 Mio. € gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von 4,5 Prozent. Allerdings konnten hier die Planwerte um 14,2 Mio. € unterschritten werden. Dies verdeutlicht die umsichtige Ausgabenpolitik der Stadt.

Die Transferaufwendungen als größter Posten der Aufwandsseite liegen rd. 6,7 Mio. € über dem Vorjahresergebnis. Ausschlaggebend waren Steigerungen im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, Grundsicherung, Kosten für Unterkunft und Heizung, sowie erzieherische Hilfen. Stetige Fallzahl- und Kostensteigerungen werden auch zukünftig für hohe Aufwendungen in diesem Bereich sorgen.

Einen Rückgang gab es lediglich im Bereich der sonstigen ordentlichen Aufwendungen. Diese sind um rd. 1,5 Mio. € gesunken. Ursache hierfür ist die geringere Verlustübernahme der städtischen Beteiligung Documenta GmbH (2012 war documenta Jahr).

Die **Transferaufwandsquote**, also der Anteil der Transferleistungen an den ordentlichen Aufwendungen, ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen, liegt jedoch immer noch bei unter 24 %. Anders ausgedrückt: fast $\frac{1}{4}$ aller ordentlichen Aufwendungen werden für den Transferbereich bereitgestellt.

Übersicht der jährlichen Transferaufwandsquote

Transferaufwandsquote des Jahres ...	in Prozent
2008	25,14
2009	26,45
2010	25,09
2011	24,41
2012	23,49
2013	23,52

Die Transferaufwandsquote allein ist allerdings wenig aussagekräftig. Oftmals stehen den Transferleistungen Kostenerstattungen durch Bund und Land gegenüber. In 2013 wurden etwa 20 % der Transferaufwendungen durch Kostenerstattungen gedeckt. Vor dem Hintergrund neuer Verordnungen im Sozial- und Jugendbereich (siehe Ziffer 7.1 und 7.2 des Rechenschaftsberichtes) bleibt jedoch abzuwarten, wie sich diese Quote in Zukunft entwickeln wird. Nicht zuletzt wegen des Konnexitätsprinzips müssen Anstrengungen unternommen werden, dass der Kostendeckungsgrad in diesem Bereich nicht sinkt.

Die ordentlichen Abschreibungen sind im Rechnungsjahr um 1,2 Mio. € gestiegen. Ausschlaggebend für die Erhöhung sind Abschreibungen auf aktivierte Investitionszuschüsse, Abschreibungen auf Gebäude und Einrichtungen, Sachanlagevermögen und Infrastrukturvermögen sowie Einzel- und Pauschalwertberichtigungen.

Gesunken sind hingegen die Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter, bedingt durch die flächendeckende Einführung von Sammelposten gem. § 41 Abs. 5 GemHVO.

Erfreulicherweise sind die Zinsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr nochmals gesunken. Hier macht sich das anhaltend günstige Zinsniveau sowie die Teilnahme der Stadt Kassel am Schutzschirm des Landes Hessen bemerkbar. Die **Zinslastquote** (Anteil der Zinsaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen) konnte so im Jahr 2013 weiter gesenkt werden. Anzumerken ist allerdings, dass die Quote auch steigt/fällt, wenn sich andere Positionen innerhalb der ordentlichen Aufwendungen positiv oder negativ verändern. Sie ist daher immer im Verhältnis zu den anderen Aufwendungen zu betrachten.

Übersicht der jährlichen Zinslastquote

Zinslastquote des Jahres ...	in Prozent
2008	5,84
2009	5,40
2010	5,09
2011	4,71
2012	4,25
2013	3,60

Weiterführende Darstellungen zur Aufwandsentwicklung können den Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung entnommen werden.

5.2.3 Wesentliche Plan-Ist-Abweichungen auf Budgetebene

Mit der Einführung der Doppik zum 1. Januar 2006 wurde parallel auch die flächendeckende Budgetierung aller Verantwortungsbereiche eingeführt. Ein Budget umfasst einen vorgegebenen Finanzrahmen, der einer Organisationseinheit zur selbstständigen und eigenverantwortlichen Mittelbewirtschaftung zugeordnet ist. Ansätze der in einem Budget veranschlagten Aufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig (siehe auch § 20 (1) GemHVO).

Die Budgetierung ist ein zentrales Instrument des Neuen kommunalen Rechnungs- und Steuerungssystems. Sie unterstützt dabei folgende Ziele:

- Dezentralisierung der Verantwortung
- Produktorientierte Verantwortung
- Ergebnisorientierte Steuerung

Bei der Stadt Kassel stehen den Ämtern im Ergebnishaushalt grundsätzlich ein oder mehrere Budgets zur Verfügung (1. Budgetebene). Diese sogenannten Ämterbudgets sind unterteilt in weitere Budgets (2. Budgetebene), die gegenseitig deckungsfähig sind. Die Planansätze der Budgets ergeben sich aus der Kombination von Sachkonten und Kostenstellen. Eine Überwachung, ob die Planwerte eingehalten werden, findet auf der Ebene der Ämterbudgets statt.

5.2.4 Budgetüberschreitungen 1. Ebene

In 2013 kam es lediglich bei einem Budget der 1. Ebene (siehe auch Ziffer 5.2.3) zu Überschreitungen.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Überschreitung
7-030-001	Personalausgaben	163.980.840,00	165.401.030,47	1.420.190,47

Diese Überschreitung im Budget Personalaufwendungen setzt sich aus mehreren Mehr- bzw. Minderaufwendungen zusammen, die sich wie folgt begründen:

Minderaufwendungen

692.260,23 € Konto 620010000 / Löhne für Arbeiter
 875.735,71 € Konto 630100000 / Dienstbezüge für Beamte
 197.797,14 € Konto 640100000 / AG-Anteil zur Sozialversicherung Lohnbereich
 354.131,27 € Konto 640200000 / AG-Anteil zur Sozialversicherung Gehaltsbereich
 481,15 € Konto 641900000 / AG-Anteil Sozialvers. Gehaltsbereich sonst. Beschäftigte
 5.045,56 € Konto 647000000 und 648000500 / Zusatzvers. für ehemalige Beschäftigte
 59.648,42 € Konto 647100000 / ZVK-Arbeitgeberanteile Lohnbereich
 10.339,02 € Konto 647200000 / ZVK-Arbeitgeberanteile Gehaltsbereich
 1.160.000,00 € Konto 648300000 und 648400000 / Versorgungsrücklage

289.230,81 € Konto 649010100 und 644100000 / Beihilfen
36.572,23 € Konto 659000000 / Sonstige Personalaufwendungen

3.681.241,54 € Summe Minderaufwendungen

Begründung für Minderaufwendungen:

1) Löhne und Lohnnebenkosten (SK 620010000, 640100000, 647100000)

Die Minderaufwendungen in Höhe von insgesamt 949.705,79 € resultieren aus dem Umstand, dass seit Einführung des TVöD die frühere Beschäftigtengruppe der „Arbeiter“ entfallen ist. Ehemalige Arbeiter erhalten bis zum Übergang in die Rente weiterhin ihr Entgelt aus den Sachkonten für den Lohnbereich, neu eingestellte Beschäftigte werden nur noch im Sachkonto „Vergütung für Beschäftigte“ gebucht. Diese Reduzierung ist daher in der Hauptsache eine Folge der Verlagerung von Personalkosten im Rahmen der Fluktuation. Bei den Lohnnebenkosten spielt außerdem noch die Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge von 19,6% auf 18,9% eine Rolle.

2) Dienstbezüge für Beamte (SK 6301000000)

Bei der Mittelplanung wurde eine Rückstellung von 1,3 Mio € für Auswirkungen aus einem Urteil zu der Dienstaltersstufenregelung eingeplant. Diese Rückstellung wird nun doch nicht gebildet. Da andererseits die in 2013 erfolgte Besoldungserhöhung höher ausgefallen ist als bei der Mittelplanung in 2012 vermutet wurde, schlägt sich die ersparte Rückstellung nicht in voller Höhe als Minderaufwendung nieder.

3) Versorgungsrücklage (SK 648300000 und 648400000)

Die Buchung der Versorgungsrücklage erfolgt jetzt auf anderen Sachkonten durch -20-.

4) Nebenkosten im Gehaltsbereich (SK 640200000, 641900000, 6472000000)

Die Rentenversicherungsbeiträge wurden von 19,6% auf 18,9% abgesenkt; dies war zum Zeitpunkt der Mittelplanung nicht absehbar

5) Beihilfen (SK 649010100 und 644100000)

Die Inanspruchnahme von Beihilfen lässt sich bei der Mittelplanung nur schwer einschätzen. Bei der Mittelplanung wurde zwar mit einem Anstieg der Beihilfekosten kalkuliert, dieser ist aber geringer ausgefallen als erwartet.

Mehraufwendungen:

18.786,41 € Konto 613100000 / Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige
623.335,28 € Konto 620020000 / Vergütungen für Angestellte
87.251,01 € Konto 644010000 / Versorgungsbezüge
4.340.050,00 € Konto 646010000 / Zuführung zu Pensionsrückstellungen

5.069.422,70 € Summe Mehraufwendungen

Begründung für Mehraufwendungen:

Wesentliche Position der Mehraufwendungen ist die Zuführung zu Pensionsrückstellungen. Die Ansatzplanung erfolgte anhand der Bewertung der Rechnungsergebnisse der letzten Jahre. Die Berechnungen der KVK (Kommunale Versorgungskassen Kurhessen-Waldeck) ergaben am Jahresende unter Berücksichtigung der tatsächlichen Entwicklung eine wesentlich höhere Zuführung.

Die Mehraufwendungen auf SK 620020000 korrespondieren mit der unter Punkt 1 bei den Minderausgaben geschilderten Entwicklung. Außerdem ist die Zahl der Beschäftigten gestiegen (Vergleich Dezember 2012 zu Dezember 2013: + 55 Personen).

5.2.4 Budgetabweichungen 2. Ebene

In folgenden Budgets der 2. Ebene kam es im Jahr 2013 zu wesentlichen Plan-Ist-Abweichungen (> 200 T€). Die Abweichungen sind getrennt nach Aufwendungen und Erträgen erläutert.

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-00415-A001	Unterhaltung der Grünanlagen Dezernat 5	363.070,00	158.334,73	- 204.735,27
7-00416-A001	Unterhaltung der Grünanlagen Dezernat 6	1.617.079,15	1.311.134,24	- 305.944,91

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Abweichung i. R. des Budgets 7-00416-A001 ergibt sich aus aufgabenbedingten nicht beeinflussbaren Schwankungen. Zwischen der Aufwandsplanung für die verschiedenen Objektarten und Pflegeklassen und der tatsächlichen Durchführung (Vergabe) der Unterhaltungsleistungen sind generell Abweichungen in den einzelnen Budgets nicht vermeidbar. Sofern sich grundlegende Änderungen ergeben, finden Anpassungen in den Einzelbudgets im Rahmen des Gesamtbudgets 7-040-001 statt.

Im Zuge des Gesamtbudgets 7-040-001 konnten aus verschiedenen Gründen nicht mehr alle geplanten bzw. beauftragten Leistungen zur Grün-, Baum- und Spielplatzunterhaltung vor Jahresende durchgeführt bzw. abgerechnet werden. Ein zur Aufgabenerfüllung erforderlicher HAR 2013 in Höhe von insgesamt 185 TEUR wurde entsprechend gebildet.

Die Differenz zwischen den Plan- und Ist-Aufwendungen des Budgets 7-00416-A001 begründet sich fast ausschließlich mit den nicht verausgabten Dispositionsmitteln der 23

Ortsbeiräte. Gemäß der Beschlusslage der jeweiligen OBR wurde ein HAR 2013 in Höhe von insgesamt 292 TEUR gebildet, so dass die disponierten Mittel im Folgejahr umgesetzt werden können.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-10000-A006	Hessentag	10.783.590,88	10.271.824,60	- 511.766,28

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Planungen der Ausgaben zum Hessentag konnten nur grob geschätzt werden. Durch geschickte Vertragsverhandlungen mit den Hessentagsteilnehmern war eine Einsparung der Haushaltsmittel möglich.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-10011-A001	Hauptamt Hauptbudget Einwohnerservice	1.212.990,00	869.935,50	- 343.054,50

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der Verbrauch an Materialien und Aufwandsentschädigungen für die Bundes- und Landtagswahl 2013 wurde bei der Mittelanmeldung höher eingeschätzt als benötigt.

Außerdem wurden weniger Ausweisdokumente im Bereich Bürgerbüros beantragt, dadurch ergaben sich niedrigere Ausgaben an die Bundesdruckerei.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-11002-A001	Personal- und Organisationsamt Info u. Komm.Tech	2.969.496,20	2.365.202,80	- 604.293,40

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

604.293,40 € Abweichung zwischen Plan- und Ist-Aufwendungen
 - 231.923,72 € (beantragte Mittelübertragungen, im Text separat begründet)
 = 372.369,68 € verbleibende Abweichung

Diese Wenigerausgabe ergibt sich im Wesentlichen aus folgenden Sachkonten:

Sachkonto 616920000 (Unterhaltung/Instandhaltung Kleingeräte): 117.500 €
 Sachkonto 617900000 (ext. Dienstleistungen): 125.500 €
 Sachkonto 670011000 (Mieten f. bewegl. Vermögensgegenstände) und

Sachkonto 671020000 (Mobilienleasing):	74.500 €
Sachkonto 688000000 (IT-Fortbildungen):	54.500 €
	=====
Summe:	372.000 €

Vorausschickend zu einer detaillierten Begründung führen wir an, dass die Mittel für den IT-Einsatz grundsätzlich zentral veranschlagt werden. Mögliche Projektverschiebungen aus den Fachbereichen wirken sich damit an dieser Stelle aus, ohne dass umfassende eigene Steuerungsmöglichkeiten bestehen. Zudem wirkt sich hier die Schnelligkeit der Informationstechnologie aus, deren Planbarkeit nur begrenzt gegeben ist.

Es folgt nun die detaillierte Begründung der o. a. Positionen:

Sachkonto 616920000

Aus dem Sachkonto 616920000 (Unterhaltung/Instandhaltung Kleingeräte) werden u. a. technisches Zubehör, Ersatzteile und Softwareupdates gekauft sowie Reparaturen, Hardwarewartungs- und Softwarepflegeverträge bestritten. Der Bereich Ersatzteile und Reparaturen unterliegt naturgemäß starken Ausgabeschwankungen und lässt damit keine exakte Mitteldisposition zu. Hier entstand unter Berücksichtigung der Mittelübertragungen eine Minderausgabe in Höhe von rund **117.500 €**.

Grund hierfür sind einerseits Einsparungen im Haushaltsvollzug ggü. der Ansatzplanung, andererseits Projektverschiebungen. Eingespart werden konnten Mittel v. **45.000 €** für die Verlängerung des Microsoft Enterprise Agreements, da der Ansatzbildung nur eine grobe Kalkulation zugrunde lag. Weitere **65.000 €** wurden eingespart durch die stringente Rückgabe von Leasinggeräten, deren Rückkauf geplant war.

Diverse Projekte führten zu kleineren Verschiebungen der Ausgaben nach oben bzw. unten. Zum Beispiel ergab sich eine Ausgabenreduzierung im Bereich der Softwarepflege für die neue Betriebssoftware für die IT-Abteilung. Diese war mit **20.000 €** eingeplant. Das Projekt zur Beschaffung wurde zugunsten des Weiterbetriebs der Eigenentwicklung aber gestrichen. Auf der anderen Seite ergab sich eine Ausgabensteigerung z. B. bei den Kosten für Unterhaltungskleinteile.

Begründung für die beantragte Mittelübertragung ins Folgejahr: 126.714,14 €

Aus diesem Sachkonto werden jahresübergreifende Pflege- und Wartungsleistungen finanziert. In 2013 wurden aus diesem Grund **126.714,14 €** als im Rahmen der Doppik vorgeschriebene aktive Rechnungsabgrenzung gebucht. Es handelt sich hier um anteilige Mittel für Leistungen, die erst im Haushaltsjahr 2014 oder später erbracht werden, die aber bereits vollständig bezahlt wurden.

Sachkonto 617900000

Das Sachkonto 617900000 dient zur Begleichung von Aufwendungen für in Anspruch genommene externe Dienstleistungen. Es entstand eine Wenigerausgabe in Höhe von rund **125.500 €**, die sich wie folgt ergibt:

- 20.000 € waren für Beratungs- und Dienstleistungen zur Einführung von Möglichkeiten zur digitalen Medienarchivierung vorgesehen. Im letzten Quartal 2012 konnte eine für ein Jahr befristete Stelle besetzt werden, die nun mit der Konzeptentwicklung und Umsetzung betraut ist, so dass diese Kosten eingespart werden konnten.

10.000 € waren für die Durchführung kleinerer E-Government-Projekte vorgesehen. Die Abteilung Organisationsmanagement hat verschiedene Projekte zur Geschäftsprozessoptimierung angestoßen, die bislang an dieser Stelle jedoch

- keine IT-Kosten verursacht haben.
- Bei der Einführung der Fallmanagement-Software FM21 können 28.000 € durch zeitliche Verzögerungen zunächst eingespart werden. Es laufen derzeit noch Arbeiten zur Realisierung eines elektronischen / papierlosen Anordnungsworkflows für eine Reihe von Geschäftsprozessen.
- 20.000 € waren vorgesehen für den Einstieg in die digitale Archivierung von Bauakten im Zuge der ursprünglich geplanten Errichtung eines technischen Rathauses.
- ca. 8.000 € entfallen auf marktbedingte Einsparungen im Bereich von Hostingdienstleistungen für den städtischen Internetauftritt.
- ca. 38.000 € entfallen auf Einsparungen bei allgemeinen und speziellen Beratungsleistungen. Für die notwendigen Programmanpassungen, die rechtlich, technisch oder organisatorisch bedingt sind, kann keine exakte Vorhersage getroffen werden. Bei Tagessätzen von über 1000,- € verbirgt sich hier ein entsprechendes Kalkulationsrisiko. Gleiches gilt für die Betriebsunterstützung der Telekommunikationseinrichtungen in Außenstellen.

Begründung für die beantragten Mittelübertragung ins Folgejahr: 105.209,58 €

Aus diesem Sachkonto werden auch jahresübergreifende Dienstleistungskosten finanziert. In 2013 wurden aus diesem Grund **20.809,47 €** als im Rahmen der Doppik vorgeschriebene aktive Rechnungsabgrenzung gebucht. Es handelt sich hier um anteilige Mittel für Leistungen, die erst im Haushaltsjahr 2014 oder später erbracht werden, die aber bereits vollständig bezahlt wurden.

Internetauftritt der Stadt Kassel, Content Managementsystem (CMS) und Formularanpassungen:

Für die Erweiterung der Funktionalitäten, Supportleistungen und verschiedene Dienstleistungen zur Anpassung der Inhalte und des Auftritts wurden Aufträge erteilt, die im Gesamtwert von **28.400,11 €** bislang nicht abgerechnet werden konnten:

- Ein Auftrag vom 9. Dezember 2013 an die Firma Contentinnovation über 4.522,00 € für die Erstellung eines Pflichtenheftes zur Beschreibung der Optimierungsmaßnahmen für die Axcentro-suche, der FAQ´s und der Ankündigungen. Der Auftrag ist noch nicht abgeschlossen.
- Ein Auftrag vom 17. Dezember 2013 an die Fa. Imperia über ein Abrufkontingent für Dienstleistungen am Serviceportal. Hier ist eine Restsumme von 1.327,61 € noch offen.
- Ein Auftrag vom 18. April 2013 an die Fa. bol über ein Abrufkontingent von 40 Stunden für die Pflege der Online-Formulare im Serviceportal i. H. v. 4.760,00 €. Hier ist eine Restsumme von 3.986,50 € noch offen.
- Ein Auftrag vom Dezember 2013 an die Fa. bol über die Umstellung der PDF-Formulare in Html-Formulare i. H. v. 18.564 €. Die Umsetzung ist für das erste Quartal 2014 geplant und noch offen.

Servicecenter und Internetauftritt

Für das Jahr 2013 geplante Optimierungsmaßnahmen für den Internetauftritt „serviceportal-kassel.de“, der auch als wichtigste Wissensbasis für das Servicecenter fungiert, konnten in 2013 nicht abgeschlossen werden, weil sich die Umsetzung des neuen Corporate Designs im Internet erheblich verzögerte. Erst im Dezember 2013 konnte mit der Erstellung eines Pflichtenheftes für die geplanten Optimierungsmaßnahmen begonnen werden. Da das Pflichtenheft noch nicht fertig gestellt ist, sind die Kosten für die Umsetzung noch nicht beziffert. Die Mittel i. H. v. **36.000 €** werden nach wie vor in voller Höhe benötigt, wenn in 2014 die Umsetzung der Optimierungsmaßnahmen erfolgen soll.

Die technisch dringend notwendige Umstellung der Axcentro PSS auf das aktuelle Microsoft CRM war ursprünglich für 2013 geplant. Da sich die hierfür notwendige erfolgreiche Neuinstallation bis Dezember 2013 verzögert hat, kann die Umstellung erst 2014 erfolgen. Hierfür fallen rd. 40.000 € für Programmieranpassungen an. Diese können aus dem Ansatz 2014 nicht vollständig finanziert werden. Restmittel aus 2013 sind in Höhe von **20.000 €** zusätzlich erforderlich.

Sachkonten 670011000 und 671020000

Die Sachkonten 670011000 (Mieten für bewegliche Vermögensgegenstände) und 671020000 (Mobilenleasing) dienen zur Miete bzw. dem Leasing des Verwaltungsbedarfs an IT-Hardware (Server, PC, Drucker, Monitore). Hier entstand bei saldierter Betrachtung beider Konten eine Wenigerausgabe in Höhe von rund **75.000 €**:

- 47.000 € waren für die IT-Neubeschaffungen für weiterführende Schulen vorgesehen, die im Rahmen der 2. Stufe des Projekts „Schulträgernetz“ an das Rathausnetzwerk angeschlossen werden sollten. Das Projekt wurde nach den Sommerferien gestartet und konnte im Januar 2014 abgeschlossen werden. Die Laufzeit der Mietkosten

beginnt damit auch erst in 2014, so dass in 2013 diese Einsparung generiert werden konnte.

- Rund 14.000 € konnten beim Roll-Out der 1. Stufe des Schulträgersnetzes für Grund-, Haupt- u. Realschulen eingespart werden. Kalkuliert war ein früherer als der tatsächliche Mietbeginn (Differenz 4 Monate) sowie höhere Anschaffungskosten für Multifunktionsgeräte.
- ca. 14.000 € wurden eingespart durch den Entfall der netzwerkseitigen Ausrüstung eines technischen Rathauses, basierend auf einer Kalkulation aus 2012 und einem tats. Umzug zum Jahresbeginn 2014.

Sachkonto 688000000

Auf dem Sachkonto 688000000 werden Mittel für interne und externe Schulungen vorgehalten. Hier entstand eine Wenigerausgabe in Höhe von **54.500 €**.

Für interne IT-Schulungen für allgemeine Anwendungssoftware konnten rund 34.000 € eingespart werden. Grund hierfür ist vor allem die Einführung der E-Learning-Plattform, mit der dauerhaft Schulungsaufwände reduziert werden können.

Für Schulungen im Bereich DMS bzw. CMS entstand wegen der in diesen Projekten entstandenen Verzögerungen entsprechend weniger Bedarf (7.000 €). Für die Fachanwendung „NSK“ wurden Mittel i. H. v. 5.300 € nicht abgerufen, im Bereich von Open Prosoz-Schulungen wurden ebenfalls rund 6.700 € eingespart (personell bedingte zeitliche Verschiebungen).

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-32003-A001	Ordnungsamt Hauptbudget Zulassungsstellen	2.664.400,00	2.304.261,49	- 360.138,51

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Abweichung beträgt bereinigt 95.597,06 €. Hintergrund ist die Umbuchung von Verwaltungskostenanteilen in Höhe von 264.541,45 € (Overhead- und Gemeinkosten) auf das Sachkonto interne Leistungen –Verwaltungskostenanteile nach den Vorgaben des Gesetzgebers.

Die bereinigten Weniger-Aufwendungen der Kfz-Zulassungsstelle in Höhe von 95.597,06 € ergeben sich größtenteils aus der Summierung von niedrigeren Aufwendungen (u.a. -36.000 € Leasingkosten, da Neubeschaffung Kassensystem erst in 2014 umgesetzt wird) bei verschiedenen Sachkonten im Hauptbudget Zulassungsstellen.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-41001-A001	Kulturamt Allgemein Hauptbudget	17.425.311,00	16.803.720,71	-621.590,29

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

1. Für Projekte der Kinderkultur, der Museumsnacht und des Integrationsprojektes Abenteuer Museum wurden in 2013 Spenden und Sponsorengelder akquiriert. Diese zweckgebundenen Mittel wurden durch überplanmäßige Anträge dem Ansatz zugesetzt, konnten in 2013 jedoch nicht mehr sachgerecht verausgabt werden. Ein Betrag von 60.000 € wurde als Haushaltsausgabereist für das Jahr 2014 beantragt.
2. In 2013 wurden für vorbereitende Arbeiten für die Museumsnacht 2014 Aufträge erteilt, die noch nicht vollständig abgerechnet werden konnten. Für die Abrechnung der ausstehenden Leistungen wurden Haushaltsreste in Höhe von 10.345,95 € beantragt.
3. Das mit der Universität Kassel durchgeführte Kooperationsprojekt „Wissenschaftlich fundierte Darstellung der Geschichte der Stadt Kassel im 19. Und 20. Jahrhundert“ konnte in 2013 nicht vollständig abgeschlossen werden. Um die Restfinanzierung des Projektes sicherzustellen wurden 7.451,54 € als Haushaltsausgabereist für das Jahr 2014 beantragt.
4. Für die Erstellung einer neuen Internetpräsentation für das Kulturhaus Dock 4 wurden aus den Jahren 2011 und 2012 Haushaltsreste in Höhe von 10.600 € in 2013 zur Verfügung gestellt.
 Von diesen Mitteln konnten für das Jahr 2014 lediglich 3.600 € als Rest beantragt werden. Der im Jahr 2012 erstmals gebildete Rest i. H. v. 7.000 € konnte in 2013 nicht sachgerecht verausgabt werden, eine nochmalige Übertragung der Mittel nach 2014 war haushaltsrechtlich nicht möglich.
5. Nicht verausgabte Repräsentationsmittel i. H. v. 11.000 € wurden als Haushaltsrest beantragt.

Somit wurden insgesamt von dem Abweichungsbetrag 92.397,49 € als Haushaltsausgabereiste beantragt. Eine Genehmigung dieser Reste liegt noch nicht vor.

6. Seit 2013 sind bei der Kostenstelle 410 00 103 zentral für das gesamte Kulturamt unter dem Sachkonto 613 010 000 Aufwandsentschädigung und sonstige Fremdleistungen (ehemals Sachkonto 620 030 000 Vergütungen für sonstige Beschäftigte im Personaletat) Mittel i. H. v. 157.029 € u. a. für Werk- und Honorarverträge veranschlagt.
 Von diesem Etat wurden 83.627,86 € (davon 23.500 € gesperrt zur Deckung von Personalausgaben, Restbetrag überwiegend 30 % Sperre Bewirtschaftungsgrundsätze) nicht verausgabt, 33.989 € wurden sachgerecht im Teilhaushalt 1 aufgewandt. Weitere 39.412,14 € wurden verursachungsgerecht in den übrigen Teilhaushalten verwendet.
7. Für den Betriebskostenzuschuss an das Staatstheater wurden in 2013 insgesamt 14.747.900 € veranschlagt. Darin enthalten war u.a. die Kostenbeteiligung der Stadt

und - im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleiches - des Landes Hessen für tarifbedingten Mehrbedarf i. H. v. 535.000 €. Die Beteiligung lag mit 403.200 € um 131.800 € unter dem veranschlagten Etat.

Des Weiteren wurde aus dem Jahresabschluss 2012 ein Überzahlungsbetrag in Höhe von 206.052,55 € mit dem Betriebskostenzuschuss 2013 verrechnet und der städtische Anteil an kalkulierten Mehreinnahmen des Theaters in Höhe von 19.200 € einbehalten.

Somit wurden insgesamt 357.052,55 € des veranschlagten Betriebskostenzuschusses nicht ausbezahlt.

Die restliche Abweichungssumme resultiert größtenteils aus der 30 %-igen Sperre durch die Bewirtschaftungsgrundsätze.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-50000-A010	Sozialamt Vorkostenstelle 500 00 000	17.500,00	867.130,29	849.630,29

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

In diesem Budget werden die Prozesskostenrückstellungen für alle SGB XII-Leistungsarten zentral gebildet. Die Mehraufwendungen resultieren aus der Buchung der Rückstellungen, insbesondere einer von -20- betreuten Rückstellung von 770.000 € für das Verfahren Renthof.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-50000-A011	Sozialamt Vorabdot. Budget	68.046.200,00	69.235.609,88	1.189.409,88

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Bei diesem Budget werden alle Transferleistungen des Sozialamts im Zusammenhang mit dem Sozialgesetzbuch XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz und Ausgaben für Arbeitsgelegenheiten i. S. des § 16 (3) Sozialgesetzbuch II veranschlagt.

In annähernd allen Leistungsbereichen sind signifikante Kostensteigerungen festzustellen.

So sind die Ausgaben im Bereich der ambulanten Hilfe zum Lebensunterhalt wegen steigender Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr um fast 1,3 Mio. € gestiegen.

Die "negative" Entwicklung bei den Fallzahlen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen wird deutlich durch eine Mehrausgabe in 2013 von rd. 1,9 Mio. €. Hier rechnen wir auch in den Folgejahren mit einer Fallzahlsteigerung von rd. 10 % jährlich. Nicht in dem notwendigen Maße steigende Renten, Wegfall der Rentenversicherungsbeiträge durch die SGB II-Leistungsträger und der demographische

Wandel werden vermutlich einem weiteren Anstieg der Fallzahlen und damit der Kosten führen. Signifikant ist auch der steigende Anteil von Personen unter 65 Jahren im Grundsicherungsbezug.

In der ambulanten Hilfe zur Pflege haben sich die Ausgaben für Pflegesachleistungen im Vergleich zum Vorjahr erneut um 1 Mio. € verteuert. Wir rechnen damit, dass sich diese Entwicklung fortsetzen wird.

Die Leistungen für den Lebensunterhalt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben sich durch eine stark gestiegene Zahl von Zuweisungen sehr stark erhöht. Insgesamt lagen die Aufwendungen rund 560.000 € höher als im Vorjahr, was eine erneute Steigerung um fast 55% bedeutet. Gleichzeitig sind auch die Kosten für die Unterbringung und Betreuung der Leistungsberechtigten von 2012 auf 2013 um rund 530.000 € gestiegen. Wir rechnen mit weiterhin sehr hohen Zuweisungszahlen, so dass die Aufwendungen zukünftig nicht sinken werden. Eine Erhöhung des Anteils an Kriegsflüchtlingen kann sich auch negativ auf die Entwicklung der Krankenhilfekosten auswirken.

Einen signifikanten Anstieg der Kosten gab es auch bei den Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung in der Eingliederungshilfe für Behinderte Menschen. Hier sind die Aufwendungen nach dem starken Anstieg des Vorjahres erneut um rund 220.000 € gestiegen. Die weitere Kostenentwicklung durch die Umsetzung der VN-BRK kann noch nicht abgeschätzt werden, stellt aber ein größeres finanzielles Risiko dar.

Einzig bei den Kosten der stationären Hilfe zur Pflege sind rückläufige Aufwendungen zu verzeichnen. Diese resultieren schwerpunktmäßig aus der künftig anderweitigen sozialen Absicherung von heimbewohnenden Beihilfeberechtigten, da diese in Folge eines entsprechenden Gerichtsurteiles aus dem Leistungsbezug ausgeschieden sind.

Außerdem konnten 150.000 € an geplanten Aufwendungen für die Kriegsofferfürsorge eingespart werden, da diese Aufgabe seit 2013 originär vom Landeswohlfahrtsverband Hessen übernommen wurde. Die bisherige Erstattung entfällt damit.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-50004-A001	Sozialamt Hauptbudget Leistungen SGBII	905.850,00	353.028,01	-552.821,99

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

In diesem Budget sind die Aufwendungen aus dem Bereich Hilfe zur Arbeit veranschlagt. Durch unbesetzte Teilnehmerplätze im Programm „Bürgerarbeit“ blieben die Aufwendungen hier rund 440.000 € unter dem Ansatz.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-50007-A001	Bildung und Teilhabe	4.835.889,13	3.212.558,21	-1.623.330,92

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

In diesem Budget sind die Leistungen zur Bildung und Teilhabe für die Rechtskreise SGB II, SGB XII, §6b BKGG und §2 AsylbLG veranschlagt, außerdem die vom Bund befristet bereit gestellten Mittel für Hortverpflegung und Schulsozialarbeit.

Das Bildungspaket wurde kostenneutral in den Haushalt eingestellt. Die tatsächlichen Ausgaben lagen rund 650.000 € unter dem Ansatz.

Aus den Mitteln für Hortverpflegung und Schulsozialarbeit der Jahre 2011 und 2012 wurden unverbrauchte Restmittel von rund 900.000 € als Rest in das Haushaltsjahr 2013 gezogen, damit nach Abschluss der konzeptionellen Planungen alle vom Bund bereit gestellten Mittel entsprechend der politischen Willensbildung genutzt werden können. In 2013 waren zudem Aufwendungen in Höhe der erwarteten Erträge durch die entsprechende Bundesbeteiligung eingeplant. Die tatsächlichen Aufwendungen lagen rund 910.000 € unter dem Ansatz. Nach Abzug deckungsgebundener Mittel für im Schulverwaltungsamt anfallende Sachkosten wurde ein Resteantrag über rund 875.000 € gestellt, aus dem die Fortführung des Projektes „Schulbezogene Sozialarbeit“ in 2014 finanziert wird.

In diesem Budget wurden außerdem 50.000 € für Öffentlichkeitsarbeit eingeplant, um bei Bedarf eine größere Werbeaktion für das Bildungspaket finanzieren zu können. Durch die im hessenweiten Vergleich deutlich überproportionale Inanspruchnahme der Leistungen konnte darauf verzichtet werden, so dass die Aufwendungen 48.000 € unter dem Ansatz lagen.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-51002-A001	Jugendamt, Hauptbudget Förderungen von Kindern	25.259.970,00	24.101.082,69	-1.158.887,31

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das o. g. Budget umfasst die Aufwendungen im Rahmen der Förderung von über 8.800 Kita-Plätzen städt. Einrichtungen und freier Träger. Die Veränderungen bei Aufwand sind im Wesentlichen auf Einsparungen bei den Kita-Betriebskostenzuschüssen (Kto. 7128000) zurückzuführen.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-51004-A002	Jugendamt Leistungen 51004	41.738.000,00	39.950.058,36	-1.787.941,64

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Im o. g. Budget sind im Wesentlichen die Transferleistungen nach dem SGB VIII (Leistungen der Erziehungshilfe), die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) und in geringem Umfang die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zusammengefasst. Aufgrund schwankender Fallzahlen, nicht beeinflussbarem Rechnungseingang der Träger von Jugendhilfeeinrichtungen ist eine exakte Mittelvorhersage nur schwer möglich.

Die größten Veränderungen sind bei folgenden Leistungsarten eingetreten:

1. Transferleistungen nach dem SGB VIII - 1,52 Mio. €.

Das Leistungsspektrum umfasst z. Z. 31 Sachkonten. Die größeren Einsparungen entfallen auf:

- minus 0,42 Mio. € bei den stationäre Hilfen (Sktn. 7251110, 7251130, 7251140, 7251320, 7251420),
- minus 0,93 Mio. € bei ambulante und teilstationäre Hilfen (SKtn. 7250120, 7250160, 7250180, 7250190, 7250220 bis 7250240, 7250260, 7250430),
- minus 0,82 Mio. € bei sonstigen Hilfen (SKtn. 7250130 bis 7250150, 7250250, 7250330),
- plus 0,65 Mio. € bei Erstattungen an Gemeinden/Gemeindeverbände.

2. Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (Skto. 7250001), minus 0,3 Mio. €.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-51005-A002	Auguste Förster Leistungen 51005	745.500,00	426.563,50	-318.936,50

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

725 01 81 - Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer - 318.000 €
KSt. 515 00 403 - AEB- Honorarkräfte Koordination

Die Aufwendung bezieht sich auf den Bereich des § 27 /2 SGB VIII, der nicht durch hauptamtliche Mitarbeiter, sondern durch selbständige Honorarkräfte abgedeckt wird. Die angenommene max. Fallzahlenkapazität unseres AEB Segmentes (Hilfen gem. §27/2 SGB VIII; selbständige Honorarkräfte) liegt bei Vollausslastung bei 112 Fällen. Die durchschnittliche reale Auslastung 2013 lag bei ca. 60-62 Fällen. Daraus generiert sich eine Minderaufwendung.

Weitere Gründe für die Abweichung liegt in der Höhe der durchschnittlichen Stundenvergabe durch den Auftraggeber, der Abt.- 513- des Jugendamtes.

Diesbezüglich verzeichnen wir, im Vergleich zu den Vorjahren, eine Reduzierung der durchschnittlichen Stundenvergaben von 7,5 Stunden pro Woche auf 6 bis 6,5 Stunden pro Woche.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-53001-A001	Gesundheitsamt Hauptbudget	2.315.167,25	2.015.877,55	-299.289,70

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Auf dem Sachkonto 717 210 000 -Erstattungen an den Landkreis Kassel- erfolgt die Gegenrechnung der Personalkosten des Landkreises aus dem Budget I gemäß der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

Die Planansätze wurden mittels Zahlen aus dem Frühjahr 2012 erstellt. Unvorhergesehene Personalbewegungen machen eine genauere Planung unmöglich.

Auf dem Sachkonto 617 900 000 –Andere sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen- werden Mittel u. a. für externe Gutachter bereitgestellt.

Im Jahr 2013 konnten mehr Gutachten vom eigenen Personal erstellt werden, dadurch wurde die externe Gutachten-Vergabe weniger in Anspruch genommen.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-56000-A006	Jobcenter Vorabdot. Budget	52.125.000,00	51.168.739,36	-956.260,64

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Bei diesen Aufwendungen handelt es sich schwerpunktmäßig um die kommunalen Ausgaben im Rahmen des Sozialgesetzbuchs II (SGB II) für die Unterkunftskosten incl. Mietnebenkosten, Heizkosten, einmaligen Leistungen und Eingliederungsleistungen nach § 16 (a) SGB II (Kinderbetreuung, Schuldnerberatung usw.). Daneben wird hier noch die Erstattung des Kommunalen Finanzierungsanteils an den Personal- und Sachkosten des Jobcenters veranschlagt.

Die für die Budgetbildung 2013 zugrunde gelegten Fallzahlen konnten durch eine engagierte Arbeit des Jobcenters bei der Vermittlung in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt bei gleichzeitiger positiver wirtschaftlicher Entwicklung unterschritten werden. Dadurch blieben die tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunftskosten und Warmwasser um rund 990.000 € unter dem geplanten Ansatz.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-63001-A001	Stadtplanung Hauptbudget	1.877.485,46	855.824,57	-1.021.660,89

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

In dem Sachkonto 6100100 –Aufwendungen für bezogene Leistungen gesamt- werden die nicht investiven Ausgaben im Rahmen der Sanierungsgebiete Wesertor, Rothenditmolde, Oberzwehren und Aktive Kernbereiche Friedr.-Ebert-Str. veranschlagt. Von den nicht verausgabten Mitteln in Höhe von rund 481.000 € wurden Ausgaberreste in Höhe von 115.482,21 gebildet, der Rest wurde eingespart.

Ebenso verhält es sich mit dem Sachkonto 6771000 –Aufwendungen für Sachverständige, Rechtsanwälte und Gerichtskosten. Hier wurden von den nicht verausgabten Mitteln von rund 384.000 € Ausgaberreste in Höhe von 162.314,06 € gebildet, der Rest ist eingespart.

Auf dem Sachkonto 7111200 –Weiterleitung von Zuschüssen- sind Fördermittel für soziale Projekte in den Sanierungsgebieten veranschlagt. Bei der Abrechnung mit den Trägern hat sich ergeben, dass diese einen erheblich niedrigeren Aufwand hatten (rund 148.000 €) als bei der Veranschlagung angemeldet worden war. Diese Mittel wurden eingespart.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-65002-A001	Bauunterhaltung Hauptbudget	6.224.954,19	6.001.482,36	-223.471,83

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Im Rahmen der jährlichen Bauunterhaltung werden in allen Gebäuden eine Vielzahl von baulichen und technischen Unterhaltungsmaßnahmen durchgeführt. Zum Jahresabschluss ist es kaum möglich, die über das Jahr budgetierten Vorhaben kalenderscharf abzuwickeln bzw. zu begleichen. Es handelt sich um eine Abweichung von ca. 3,5 %.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-66001-A001	Straßenverkehrsamt Hauptbudget Straßenunterhaltung	15.384.782,98	13.669.092,79	-1.715.690,19

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Abweichungen begründen sich durch folgende wesentlichen Weniger-Aufwendungen (ca.):

- 990.000 € bei „Inneren Verrechnungen“ für Regenwasser, Straßenreinigung und Winterdienst (Veranschlagung/Abrechnung über Amt Kämmerei und Steuern -20-)
- 370.000 € Ortsbeiratsmittel für die Unterhaltung von Straßen, Wege, pp.. Mittel wurden durch verschiedene Ortsbeiräte nicht durch Beschlüsse verfügt.

- 120.000 € für allgemeine Straßenunterhaltung. Verschiedene vorgesehene kleinere Unterhaltungsmaßnahmen konnten zum Jahresende witterungsbedingt nicht mehr umgesetzt werden.
- 160.000 € Instandhaltung von Sachanlagen (hier insbesondere Weniger-Aufwendungen für vorgesehene LED-Straßenbeleuchtung). Maßnahmen wurden wegen laufender Vertragsverhandlungen mit den Städt. Werken über die Zukunft der Straßenbeleuchtung zunächst zurückgestellt.
- 70.000 € für Unterhaltung der Ingenieurbauwerke. Vorgesehene Unterhaltungsarbeiten konnten wegen vorrangiger Investitionsprojekte (Brücke Gahrenbergstraße, Brücke Finkenherd, Fußgängerbrücke Wasserfallsgraben) nicht vollumfänglich geleistet werden.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-66002-A001	Straßenverkehrsamt Hauptbudget Verkehrslenkung	1.260.727,49	992.380,01	-268.347,48

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Abweichungen begründen sich durch folgende wesentliche Weniger-Aufwendungen (ca.):

- 227.000 € bei Aufwendungen für den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2025 Kassel. Entsprechende Aufträge in vorgenannter Höhe sind vergeben und werden Zug um Zug abgearbeitet.

38.000 € für Materialaufwand im Rahmen der Unterhaltung der Verkehrsausstattung, wie z.B. für Lichtsignalanlagen, Verkehrszeichen, Pfosten, Wegweiser. Davon waren ca. 16.000 € auftragsmäßig gebunden. Der Aufwand kann bei Haushaltsplanaufstellung nur geschätzt werden. Der Mittelbedarf richtet sich dann im Jahresverlauf nach dem Reparaturaufwand und den Beschädigungen.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-66004-A001	Straßenverkehrsamt Hauptbudget Parkpl. u Parkeinr.	2.931.656,03	1.060.840,01	-1.870.816,02

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Abweichungen begründen sich durch Umbuchungen der in 2013 abgerechneten Verwaltungskostenanteile in Höhe von ca. 1.840.000,00 € von Sachkonto 699 301 500 aus dem o.a. Budget zum Sachkonto 930 100 000 des Amtes Kämmerei und Steuern. Insoweit lag faktisch keine wesentliche Abweichung vor.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-67000-A003	Umwelt- und Gartenamt Vorkostenstelle 670 00 036	9.362,92	246.207,50	236.844,58
7-67000-A008	Umwelt- und Gartenamt Vorkostenstelle 670 00 064	236.000,00	34.474,61	-201.525,39

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Budgets 7-67000-A003 und 7-67000-A008 bilden die erforderlichen Mittel ausschließlich für die Bereiche Fuhr- u. Maschinenpark und Werkstätten ab. Eine Differenzierung bei der Zuordnung des erheblichen Rechnungsaufkommens ist inhaltlich kaum möglich. In Betrachtung der einzelnen Positionen ergibt sich im Ergebnis lediglich eine Abweichung von ca. 35 TEUR, die aufgrund des letztjährigen Aufwands im Bereich der Reparaturen nicht mehr umgesetzt werden konnte. Ein entsprechender Betrag wurde als HAR 2013 zur notwendigen Aufgabenerfüllung gebildet.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-67001-A001	Umwelt- und Gartenamt Hauptbudget Umweltschutz	617.893,75	195.999,74	-421.894,01

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Differenz bei den Aufwendungen i.R. des Budgets 7-67001-A001 bildet sich in den auftragsbezogenen Mittelbindungen aus dem Jahr 2013 ab, weil verschiedene Maßnahmen im Rahmen der Aufgabenerfüllung bis Ende 2013 nicht mehr durchgeführt oder schlussgerechnet werden konnten.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-90001-A001	Finanzwirtschaft Budget Steuern, Zuweis., Umlagen	73.241.000,00	72.741.417,00	-499.583,00

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 735 31 00

Die endgültige Festsetzung der Krankenhausumlage führte zu Mehraufwendungen in Höhe von rd.200.000 €

SK 738 01 00

Die Gewerbesteuerumlage errechnet sich nach dem Gewerbesteuer-Ist. Aufgrund von erheblichen Gewerbesteuermehrereinnahmen war auch eine entsprechend höhere Gewerbesteuerumlage zu zahlen. Die Mehrausgabe betrug 288.000 €.

SK 771 00 99

Die Zinsdienstumlage für die Darlehen aus dem Sonderinvestitionsprogramm wurde mit Wenigeraufwendungen in Höhe von 123.000 € fällig.

SK 779 00 11

Bei der Verzinsung von Gewerbesteuererstattungen wurde gegenüber der Veranschlagung ein Betrag von 700.000 € nicht benötigt. Die Planung erfolgt aufgrund von Durchschnittswerten, da eine Vorausberechnung nicht möglich ist.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-90002-A001	Finanzwirtschaft Budget Zinsen	32.657.640,00	23.933.487,19	-8.724.152,81

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 776 70 00

Die Aufnahme der Darlehen vom Kreditmarkt konnte entgegen der ursprünglichen Planung weiter verschoben werden, so dass die hierfür veranschlagten Beträge nicht in Anspruch genommen werden mussten. Bei Zinsanpassungen konnten Zinssenkungen gegenüber dem bisherigen Zinssatz vereinbart werden. Der Kassenkreditbestand war geringer als bei der Veranschlagung angenommen wurde. Außerdem konnten durch das anhaltend niedrige Zinsniveau weiterhin günstigere Zinssätze vereinbart werden, als bei der Veranschlagung zugrunde gelegt wurden. Daraus ergaben sich Einsparungen in Höhe von rund 9.100.000 €.

SK 779 00 10

Bei der Verzinsung von Gewerbesteuererstattungen wurde gegenüber der Veranschlagung ein Betrag von 700.000 € nicht benötigt. Die Planung erfolgt aufgrund von Durchschnittswerten, da eine Vorausberechnung nicht möglich ist.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-90003-A001	Finanzwirtschaft Budget Eigenbetriebe	76.272.930,00	73.222.747,49	-3.050.182,51

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 610 01 00

Die Abrechnung der Eigenanteile für Straßenreinigung, Regenwasser und Winterdienst ergab eine Verringerung der Zahlungen um rd. 1.000.000 €.

SK 617 90 00

Die Ist-Einnahmen der vereinnahmten Gebühren werden an die Eigenbetriebe weitergeleitet. Aufgrund von Veränderungen bei den Einnahmen wurden rund 750.000 € weniger verausgabt als ursprünglich veranschlagt.

SK 699 30 15

Da im Jahr 2013 erstmals die internen Verrechnungen der Verwaltungskostenanteile auf das neu eingerichtete Sachkonto 930 10 00 umgebucht wurden, die Ansätze jedoch auf den ursprünglichen Konten verblieben sind, entstehen im Budget Wenigeraufwendungen in Höhe von rd. 1.473.000 €.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-90006-A001	Finanzwirtschaft Budget Beteiligungsbesitz	18.859.070,00	19.488.612,72	629.542,72

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 712 80 00

Bei den Zuweisungen zur Infrastrukturkostenhilfe ergab sich ein Mehrertrag von 485.000 €, der zu einer entsprechenden Mehraufwendungen bei der Weiterleitung führte.

SK 717 60 00

Für den von der Stadt gewährten Bäderzuschuss mussten aufgrund einer höheren Betriebskostenabrechnung rd. 45.000 € mehr aufgewandt werden.

SK 768 00 00

Die Aufwendungen aus der Verlustübernahme liegen aufgrund von nicht vorhersehbaren Entwicklungen bei den Beteiligungen ca. 94.000 € über Plan.

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-00211-A001	Budget Mieten und Pachten Dezernat 1	-537.970,00	-294.029,54	-243.940,46
7-00212-A001	Budget Mieten und Pachten Dezernat 2	-151.100,00	-441.637,08	290.537,08

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Neben Mieterträgen anderer Kostenstellen wurden die Erträge des Jobcenters in der Planung zum Haushalt 2013 dem Dezernat -I- (seinerzeit dort organisatorisch bei -10- angesiedelt) zugeordnet. Da das Jobcenter fachlich -50- zugeordnet ist, wurden die Erträge im laufenden Jahr 2013 auf die entsprechenden Kostenstellen im Dezernat -II- gebucht.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-10000-A006	Hessentag	-5.933.200,00	-4.584.986,50	-1.348.213,50

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die für das Haushaltsjahr 2013 geplanten Erträge wurden zum Teil schon im Haushaltsjahr 2012 in Höhe von 2.366.313,00 € durch einen höheren als erwarteten Verkauf von Konzertkarten erzielt.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-10011-A001	Hauptamt Hauptbudget Einwohnerservice	-1.654.500,00	-1.227.594,89	-426.905,11

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Erstattung vom Bund für die Bundestagswahl 2013 wird erst im Haushaltsjahr 2014 erfolgen.

Da in den Bürgerbüros weniger Ausweisdokumente beantragt wurden als zur Mittelanmeldung angenommen, konnten die geplanten Erträge nicht erreicht werden.

Demgegenüber steht die Minderausgabe an die Bundesdruckerei.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-20001-A001	Kämmerei und Steuern, Hauptbudget	-3.606.140,00	-1.790.017,48	-1.816.122,52

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 500 51 40

Die Erträge aus Pachten haben sich wegen einer Verminderung des Pachtzinses verringert. Es ergeben sich Mindererträge von zirka 61.000 €. Damit einhergehend verringern sich allerdings auch die Aufwendung bei SK 67 101 00.

SK 510 10 00

Die Erträge aus den Verwaltungsgebühren können bei der Veranschlagung nur geschätzt werden, da nicht vorhersehbar ist, wieviel einzelne Vorgänge in einem Jahr anfallen. Es ergaben sich Mehrerträge von rund 46.000 €.

SK 539 90 10

Die Verwaltungskostenanteile des Jahres 2013 wurden i. H. v. ca. 1,44 Mio. auf das neu eingerichtete Sachkonto 910 10 00 umgebucht. Ab dem Haushaltsjahr 2015 werden auch die Planungen auf diesem Konto vorgenommen.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-32002-A001	Ordnungsamt Hauptbudget Verkehrsüberwachung	-5.129.550,00	-3.194.235,92	-1.935.314,08

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Abweichung beträgt bereinigt 410.815,28 €. Hintergrund ist die Umbuchung von Verwaltungskostenanteilen in Höhe von 1.524.498,80 € (Öffentliche Parkeinrichtungen) auf das Sachkonto interne Erträge –Verwaltungskostenanteile nach den Vorgaben des Gesetzgebers.

Der Ertragsrückgang in Höhe von 410.815,28 € resultiert größtenteils aus den Wenigereinnahmen im Bereich der Buß- und Verwarnungsgelder. Zu begründen ist dies mit dem Einsatz von Ordnungspolizeibeamten, die ursprünglich für die Überwachung des ruhenden Verkehrs zuständig sind, in anderen Aufgabengebieten (u.a. tägliche Leerung der Parkscheinautomaten durch zwei Ordnungspolizeibeamte) sowie die Einstellung der stationären Geschwindigkeitsmessung.

Festzustellen ist auch, dass es eine Zunahme von Verfahrenseinstellungen im Bereich der Bußgeldverfahren durch das Regierungspräsidium gibt. Die Gründe hierfür sind u.a. das der Klageweg von den Betroffenen beschritten wird bzw. die Betroffenen das Bußgeld nicht zahlen.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-37001-A001	Feuerwehr Hauptbudget	-3.161.200,00	-2.938.007,67	-223.192,33

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Für Einnahmen aus Beratungen des vorbeugenden Brandschutzes ist ein Ertrag von 100.000 € geplant. Die entsprechende Satzung konnte jedoch noch nicht verabschiedet werden, da die steuerrechtlichen Fragen noch nicht abschließend geklärt werden konnten (evtl. besteht eine Umsatzsteuerpflicht).

Erträge der Feuerwehr lassen sich generell nur aus entsprechenden Einsätzen erzielen und sind daher nicht steuerbar. Ein hohes Einsatzaufkommen führt nicht unbedingt zu höheren Einnahmen, da nur bestimmte, gesetzlich vorgegebene Einsätze abrechenbar sind.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-37002-A001	Rettungsdienst Hauptbudget	-1.532.000,00	-1.958.145,40	426.145,40

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Durch das steigende Einsatzaufkommen im gesamten Rettungsdienstbezirk Stadt und Landkreis Kassel konnten höhere Einnahmen erzielt werden. Da es sich beim Rettungsdienst um eine kostenrechnende Einrichtung handelt, werden Überschüsse der Gebührenausrücklage zugeführt.

Die Entgelte im Rettungsdienst werden aufgrund kalkulierter Kosten und Einsatzzahlen mit den Krankenkassen ausgehandelt. Ähnlich wie bei einer Gebührenberechnung werden Überschüsse/Fehlbeträge nach einer Endabrechnung allerdings im jeweils übernächsten Jahr durch Anpassung der Entgelte ausgeglichen. Hohe Überschüsse bei allen Leistungserbringern im Rettungsdienstbezirk können daher zu einer Senkung der Entgelte führen.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-40004-A005	-40- berufliche Schulen: Beköst., GB, Schülerbef	-2.120.000,00	-2.461.599,56	341.599,56

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der Gastschulbeitrag wurde höher festgesetzt als erwartet und die Schülerzahlen haben sich entgegen der Prognose leicht erhöht.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-40005-A005	-40- Förderschulen: Beköst., GB, Schülerbef	-953.300,00	-1.177.920,93	224.620,93

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Höhe der tatsächlich abzurechnenden Kosten für die Unterhaltung der Förderschulen mit dem Landkreis Kassel, Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner-Kreis und Landkreis Göttingen schwanken jedes Jahr. Die tatsächlich entstehenden Kosten für z. B. Gebäudeunterhaltung, Unterhaltung der Außenanlagen etc. können im Vorfeld nie präzise abgeschätzt werden. Dies gilt auch für die Abrechnung Schule Jungfernkopf und Medienzentrum.

Allein für das Medienzentrum wurden in 2013 für 2013 ca. 35.000 € mehr Kosten vom Landkreis Kassel angefordert als im Vorjahr.

Zudem sind in 2012 die Schülerzahlen an den Förderschulen gesunken. Somit steigen auch die ungedeckten Kosten pro Schüler, die den anderen Schulträgern in Rechnung gestellt werden.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-50003-A001	Sozialamt Hauptbudget Leist. Flüchtlinge	-1.221.900,00	-2.406.312,10	1.184.412,10

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Bei diesem Budget sind Erträge im Zusammenhang mit der Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz veranschlagt.

Durch die stark gestiegene Zahl von neu zugewiesenen Personen hat sich die Erstattung des Landes für die nach Landesaufnahmegesetz abrechenbaren Leistungsberechtigten inklusive der Erstattung von Krankenhilfekosten gegenüber 2012 um rund 1,2 Mio. € erhöht.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-50007-A001	Bildung und Teilhabe	-4.465.000,00	-3.776.671,03	-688.328,97

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

In diesem Budget sind die Leistungen zur Bildung und Teilhabe für die Rechtskreise SGB II, SGB XII, §6b BKGG und §2 AsylbLG veranschlagt, außerdem die vom Bund befristet bereit gestellten Mittel für Hortverpflegung und Schulsozialarbeit.

Die Erträge waren zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung direkt abhängig von den Ausgaben für Unterkunftskosten SGB II und wurden ausgehend vom entsprechenden Ausgabeansatz im Budget von -56-geplant. Unterjährig in 2013 gab es eine Mittelrevision des Bundes, bei der die Erstattungsleistungen ausgehend von den tatsächlichen Aufwendungen des jeweiligen Bundeslandes im Jahre 2012 für das komplette Jahr 2013 angepasst wurden. Dadurch sank

der Beteiligungssatz für Hessen von 5,4 % auf 3,2 %. Die erzielten Erträge lagen folglich rund 1,09 Mio. € unter dem Ansatz und rund 395.000 € unter den tatsächlich erstattungsfähigen Aufwendungen. Ob diese Differenz im Rahmen der landesinternen Verteilung noch ausgeglichen wird, ist derzeit unklar.

Durch die Rückübertragung der Leistungen zur Bildung und Teilhabe für den Rechtskreis SGB II erfolgte eine Personal- und Sachkostenerstattung durch das Jobcenter. Diese wurde in diesem Budget vereinnahmt, ohne dass ein Haushaltsansatz eingestellt war. Dies führte zu Mehrerträgen von rund 460.000 €. Ab 2014 ist ein entsprechender Haushaltsansatz vorhanden.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-51002-A001	Jugendamt, Hauptbudget Förderungen von Kindern	-20.697.910,00	-21.652.384,29	954.474,29

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das o. g. Budget umfasst die Erträge im Rahmen der Betreuung und Förderung von über 8.000 Kita-Plätzen in städt. Einrichtungen und Einrichtungen freier Träger sowie Tagespflege.

Die Veränderungen bei den Erträgen sind im Wesentlichen auf höhere Zuweisungen des Landes (Kto. 5421000) zurückzuführen.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-51003-A001	Jugendamt, Hauptbudget Allg. Förderung	-292.370,00	-796.499,79	504.129,79

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das o. g. Budget umfasst die Erträge der Kinder- und Jugendförderung sowie die Förderung freier Träger in diesem Bereich.

Ertragsänderungen sind im Wesentlichen in drei Bereichen eingetreten:

- a) Erstattungen vom Bund für Personalaufwendungen (Kto. 5480120) der schulbezogene Sozialarbeit mit plus 249 T€ im Rahmen von BuT,
- b) Sonstige Erstattungen vom Bund (Kto. 5480140) für schulbezogene Sozialarbeit mit plus 140 T€ im Rahmen von BuT,
- c) Zuweisungen der EU (Kto. 5410100) im Rahmen des ESF-Bundesprogrammes Soziale Stadt
 - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier/BIWAQ mit plus 46 T€,
- d) sonst. periodenfremde Erträge (Kto. 5989000) mit plus 73 T€.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-51004-A001	Jugendamt, Hauptbudget Hilfe für junge Menschen	-9.965.330,00	-10.694.778,39	729.448,39

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das o. g. Budget umfasst im Wesentlichen die Erträge in Form von Erstattungen und Kostenersätze

- der Leistungen nach dem SGB VIII (Hilfen zur Erziehung),
- der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) und in geringem Umfang
- der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Die wesentlichsten Veränderungen waren bei folgenden Sachkonten zu verzeichnen:

Mehrerträge:

- 5410300 - Sonstige Zuweisungen des Landes, plus 96 T€,
- 5470200 - Übergeleitete Unterhaltsansprüche außerh. von Einrichtungen plus 136 T€,
- 5478200 - Erstattungen von sozialen Leistungen von Gemeinden/Gemeindeverbänden plus 1.110 T€,
- 5989000 - periodenfremde Erträge plus 782 T€,

Mindererträge:

- 5401001 - Allgem. Finanzzuweisung des Landes nach dem FAG (JHLA) minus 290 T€,
- 5470300 - Leistungen von Sozialleistungsträgern a. v. Einrichtungen minus 63 T€,
- 5471200 - Übergeleitete Unterhaltsansprüche in Einrichtungen minus 357 T€,
- 5471300 - Leistungen von Sozialleistungsträgern in Einrichtungen minus 275 T€,
- 5478100 - Erstattungen von sozialen Leistungen vom Land/UVG minus 201 T€,
- 5479100 - Rückzahlung gewährten Hilfen außerhalb von Einrichtungen minus 152 T€,
- 5481050 - Sonst. Kostenersätze und Erstattungen vom Land minus 60 T€

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-51005-A001	Auguste Förster, Hauptbudget	-3.729.750,00	-2.976.341,72	-753.408,28

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das o. g. Budget umfasst im Wesentlichen die Erträge in Form von Erziehungsentgelten und Kostenersätze.

Die wesentlichen Veränderungen sind bei folgenden Sachkonten & Kostenstellen aufgetreten:

Mehrerträge:**511 17 00 - Verpflegungs- und Erziehungsentgelte**

KSt. 515 00 201 - Betreutes Jugendwohnen Gräfestraße	+ 28.800 €
KSt. 515 00 301 - Tagesgruppe "Süd"	+ 7.000 €
KSt. 515 00 304 - Tagesgruppe "West"	+ 27.200 €

541 01 00 - Sonstige Zuweisungen der EU

KSt. 515 00 503 - Projekt Schulverweigerer	+ 38.700 €
--	------------

548 84 00 - Sonst. Kostenerst. und Erst. von übrigen Bereichen

KSt. 515 00 501 - Projekt Schulsozialarbeit / Comeniuschule	+ 500 €
KSt. 515 00 502 - Projekt Schulsozialarbeit / Pestalozzischule	+ 6.800 €
KSt. 515 00 503 - Projekt Schulverweigerer	+ 30.000 €

598 90 00 - periodenfremde Erträge

KSt. 515 00 503 - Projekt Schulverweigerer	+ 3.400 €
--	-----------

Mindererträge:**511 17 00 - Verpflegungs- und Erziehungsentgelte**

Grundsätzliche Einschätzung:
Bei der Aufstellung des Haushaltes 2013 sind wir von durchschnittlichen Belegungszahlen ausgegangen. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltes war und ist eine Entwicklung nicht absehbar. Eine absolute Planungssicherheit ist für -515- nicht gegeben.

Die tatsächliche Belegungssituation ist abhängig von der Bedarfslage der Abteilung -513- als unseren Hauptbeleger. Die reale Fallzahlenentwicklung für 2013 in diesem Bereich weist nach unten. -513- hat weniger Maßnahmen eingeleitet. Demzufolge haben wir aufgrund von Bedarfsveränderungen und schwankenden Angebotsnachfragen keine entsprechende Vollbelegung in den von uns angebotenen Hilfeformen verzeichnen können.

KSt. 515 00 202 - Betreutes Wohnen Ludwigstraße	- 82.700 €
---	------------

Für den Bereich des Betreuten Jugendwohnens konnte im Haushaltsjahr 2013 durch Personalwechsel (u.a. durch Langzeiterkrankung eines MAs), erhöhten Belegungswechsels der zu betreuenden jungen Menschen (Wechselwirkung zwischen Beendigung und Neuaufnahmen), und rückläufiger Bedarfsanfrage durch -513- im Durchschnitt keine Vollbelegung erreicht werden. Dieses führte zur Mindereinnahme.

KSt. 515 00 203 - Betreutes Mädchenwohnen	- 55.100 €
---	------------

Die Mädchenwohngruppe (MWG) wurde 2012 wegen Bedarfsänderung geschlossen und in ein neues Konzept eines Betreutes Mädchenwohnens (BMW), analog der bereits vorhandenen

betreuten Jugendwohnen übergeleitet. Der eingeleitete Prozess der Umstrukturierung dauerte bis ins Haushaltsjahr 2013 hinein und stellt die Begründung für die Mindereinnahme dar.

KSt. 515 00 301 - Tagesgruppe Nord - 29.300 €

Veränderung der Bedarfslage im Segment der Tagesgruppe für Ältere, hin zu mehr Aufnahmeoptionen für jüngere Kinder führten zu Schwankungen der Belegungszahlen und Belegungszeiträumen. Außerdem war eine etwas rückläufige Bedarfsanfrage durch -513- in den ersten Monaten des Jahres 2013 zu verzeichnen. Diese Wechselwirkung führte zur Mindereinnahme.

KSt. 515 00 303 - Tagesgruppe Ost - 117.800 €

Die Tagesgruppe Ost wurde zum 31.07.2013 geschlossen (rückläufige Fallzahlen) und in Ansprache mit -51- und -513- und in enger Kooperation mit -519- in ein neues Konzept zwischen Hilfen zur Erziehung und Hort überführt. Die anhaltende Unterbelegung wegen Bedarfsveränderung, in den Monaten Januar bis Juli 2013 im Kasseler Osten, und die Überleitung in ein neues bedarfsorientiertes Konzept führten zur Mindereinnahme.

KSt. 515 00 403 - AEB- Honorarkräfte Koordination - 395.500 €

Die Abweichung resultiert aus einem Fallzahlenrückgang des Bereiches der „Ambulanten Einzelbetreuung“ (AEB). Dieser Bereich wird durch selbständige Honorarkräfte durchgeführt und über die Abt. -515- im Auftrag der Abteilung -513- koordiniert und abgerechnet. Er ist ein durchlaufender Posten des Budgets der Abteilung -513-.

KSt. 515 00 405 - Ambulante Hilfen - 214.000 €

Im Bereich der ambulanten Hilfeformen Jugendhelfer, Erziehungsbeistände für Jüngere und Ältere, und Sozialpädagogische Familienhilfe hatten wir bis zur Mitte des Jahres 2013 einen allgemeinen Fallzahlenrückgang zu verzeichnen. Außerdem wurden durch -513- die Wochenstundenzahlen bzw. die Höhe der Vergabe der Fachleistungsstunden und die Laufzeiten der Hilfen zur Erziehung nach unten korrigiert.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-56001-A001	Jobcenter Hauptbudget	-24.259.500,00	-24.010.464,16	-249.035,84

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

In diesem Budget sind die im Rahmen des Sozialgesetzbuchs II (SGB II) erzielten Erträge veranschlagt.

Die Bundesbeteiligung an den Unterkunfts-/Heiz- und Warmwasserkosten ist direkt abhängig von der Höhe der entsprechenden kommunalen Ausgaben. Diese lagen 2013 unter dem Haushaltsansatz, daher lagen auch die erzielten Erträge um rund 365.000 € niedriger als geplant.

Durch die gute Fallzahlentwicklung der vergangenen Jahre ist die Erstattung des Landes nach §23a FAG gegenüber dem Niveau 2012 um rund 250.000 € gesunken. Da die Haushaltsplanung Erträge in Höhe der Zuweisung für das Jahr 2012 erwartete, lagen die tatsächlichen Erträge entsprechend unter dem Ansatz.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-90001-A001	Finanzwirtschaft Budget Steuern, Zuweis., Umlagen	-384.211.000,00	-400.582.964,62	16.371.964,62

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 540 10 10

Der endgültig festgesetzte Betrag der Schlüsselzuweisungen lag um rund 45.000 € unter der Veranschlagung.

SK 541 03 10

Die Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock lag um rund 380.000 € über der Veranschlagung.

SK 550 01 00

Der endgültig zugewiesene Gemeindeanteil an der Einkommensteuer lag um 6.500.000 € über der Veranschlagung.

SK 550 40 00

Der endgültig zugewiesene Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer lag um 150.000 € über der Veranschlagung.

SK 555 20 00

Bei der Grundsteuer B waren gegenüber der Veranschlagung Mindererträgen in Höhe von 88.000 € zu verzeichnen.

SK 555 30 00

Bei der Gewerbesteuer waren gegenüber der Veranschlagung Mehrererträgen in Höhe von 9.800.000 € zu verzeichnen.

SK 555 91 00

Bei der Spielapparatesteuer waren gegenüber der Veranschlagung Mehrerträgen in Höhe von 730.000 € zu verzeichnen

SK 559 12 00

Die Erträge aus der Spielbankabgabe liegen um 61.000 € unter Plan.

SK 576 31 00

Bei der Verzinsung von Gewerbesteuernachforderungen ergaben sich Mehrerträgen von 1.570.000 €. Die Planung erfolgt aufgrund von Durchschnittswerten, da eine Vorausberechnung nicht möglich ist. Bisher wurden die Erträge in diesem Budget geplant und gebucht; ab 2013 wurden die Buchungen im Budget 7-90002-A001 Zinsen vorgenommen. Die Planung erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2015 ebenfalls dort.

Für dieses Budget ergibt sich aufgrund dessen ein Minderertrag von 2 Mio. €.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-90002-A001	Finanzwirtschaft Budget Zinsen	-11.752.820,00	-13.183.031,99	1.430.211,99

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 575 60 00

Die Erträge aus Kreditforderungen an die Eigenbetriebe liegt um 1.800.000 € unter der Veranschlagung.

SK 576 31 00

Bei der Verzinsung von Gewerbesteuernachforderungen ergaben sich Mehrerträgen von 1.570.000 €. Die Planung erfolgt aufgrund von Durchschnittswerten, da eine Vorausberechnung nicht möglich ist.

Bisher wurden die Erträge in diesem Budget geplant und gebucht; ab 2013 wurden die Buchungen im Budget 7-90002-A001 Zinsen vorgenommen. Die Planung erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2015 ebenfalls dort.

Für dieses Budget ergibt sich aufgrund dessen ein Mehrertrag von rund 3,57 Mio. €.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-90003-A001	Finanzwirtschaft Budget Eigenbetriebe	-75.607.000,00	-73.701.846,77	-1.905.153,23

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 511 01 00, 511 01 10, 511 01 20, 511 01 30

Die Erträge aus Straßenreinigung, Abfallbeseitigung, Schmutz- und Niederschlagswasser blieben rund 4.200.000 Euro hinter den veranschlagten Beträgen.

SK 539 90 00

Die Erstattung der Vorauszahlungen an die Eigenbetriebe für o.g. Gebühren betrug rund 3.300.000 Euro.

SK 539 90 20, 539 90 30, 539 90 40

Die Erträge der Eigenanteile bei Straßenreinigung, Regenwasser und Winterdienst verringerten sich um rund 1.000.000 Euro

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-90006-A001	Finanzwirtschaft Budget Beteiligungsbesitz	-20.404.010,00	-22.226.574,69	1.822.564,69

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 530 02 30

Die Pachterträge waren um rund 100.000 Euro höher als geplant

SK 530 91 00

Die Erträge aus der Konzessionsabgabe der Städtischen Werke lagen um 265.000 € unter dem veranschlagten Betrag.

SK 538 00 00

Eine Rückstellung für das GVZ wurde über 855.000 Euro aufgelöst

SK 541 03 00

Bei den Zuweisungen zur Infrastrukturkostenhilfe ergaben sich Mehrerträge von 485.000 €.

SK 541 06 00

Die Ausschüttung der Kasseler Sparkasse fiel um 35.000 € höher aus als veranschlagt.

SK 560 01 00

Die Gewinnausschüttungen der Beteiligungen lagen um 660.000 € über der Veranschlagung.

5.3 Vermögens- und Schuldenentwicklung

Der Vermögens- und Schuldenstand sowie das Eigenkapital werden im doppelischen Haushaltswesen in der Bilanz abgebildet.

Übersicht der einzelnen Bilanzpositionen

Bezeichnung	Werte zum		Veränderung	
	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR	EUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	74.411.750,96	59.117.289,72	15.294.461,24	20,55
Sachanlagevermögen	1.194.902.529,97	1.204.695.546,18	-9.793.016,21	-0,82
Finanzanlagevermögen	566.280.125,19	559.637.942,71	6.642.182,48	1,17
Vorräte, einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	620.323,02	677.030,57	-56.707,55	-9,14
Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	0,00	0,00	0,00	
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	83.752.762,92	58.782.041,03	24.970.721,89	29,81
Flüssige Mittel	1.428.737,45	216.509,26	1.212.228,19	84,85
Rechnungsabgrenzungsposten	12.865.937,62	15.036.886,05	-2.170.948,43	-16,87
AKTIVA	1.934.262.167,13	1.898.163.245,52	36.098.921,61	1,87
Eigenkapital	690.046.698,01	420.651.735,04	269.394.962,97	39,04
Sonderposten	332.516.426,76	333.103.262,29	-586.835,53	-0,18
Rückstellungen	359.221.897,27	352.166.542,33	7.055.354,94	1,96
Verbindlichkeiten	552.366.969,10	792.144.898,92	-239.777.929,82	-43,41
Rechnungsabgrenzungsposten	110.175,99	96.806,94	13.369,05	12,13
PASSIVA	1.934.262.167,13	1.898.163.245,52	36.098.921,61	1,87

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Bilanz 2013 eine Aktiv-Passiv-Mehrung erfahren. Das heißt, dass die Bilanzsumme durch Vorfälle im Haushaltsjahr 2013 insgesamt gewachsen ist. Die Hauptgründe sind Mehrungen der immateriellen Vermögensgegenstände und der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände. Nähere Ausführungen können den Erläuterungen zur Schlussbilanz sowie unter Punkt 5.3.2 entnommen werden.

5.3.1 Bilanzkennzahlen

Die **Eigenkapitalquote** ist erheblich gestiegen. Sie liegt nun bei 36,35 %. Das Eigenkapital selbst ist ebenfalls gestiegen. Die Steigerung resultiert zum Großteil aus der Schuldenablösung des Landes Hessen in Höhe von rd. 260 Mio. € aus dem Schutzschirmvertrag (siehe hierzu auch Anhang, II, Passiva, 1.1).

Die Eigenkapitalquote zeigt, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals der Stadt Kassel am Gesamtkapital ist. Je höher die Eigenkapitalquote, umso geringer das Finanzierungsrisiko und desto höher die finanzielle Stabilität und die wirtschaftliche Sicherheit der Kommune. Die Eigenkapitalquote der Unternehmen in Deutschland liegt bei durchschnittlich 20 %. Für Kommunen liegen noch keine gesicherten Erkenntnisse vor.

Übersicht der jährlichen Eigenkapitalquoten

Eigenkapitalquote zum ...	in Prozent
31.12.2008	21,16
31.12.2009	24,53
31.12.2010	23,22
31.12.2011	21,37
31.12.2012	22,16
31.12.2013	36,35

Im Gegenzug dazu sinkt die **Fremdkapitalquote**. Dies ist ebenfalls durch die aus dem Schutzschirmvertrag mit dem Land Hessen erfolgte Schuldenablösung zu erklären. Die Fremdkapitalquote ist sozusagen das Spiegelbild der Eigenkapitalquote. Beide Werte zusammen ergeben immer 100 %.

Übersicht der jährlichen Fremdkapitalquoten

Fremdkapitalquote zum ...	in Prozent
31.12.2008	78,84
31.12.2009	75,47
31.12.2010	76,78
31.12.2011	78,63
31.12.2012	77,84
31.12.2013	63,65

Der städtische **Verschuldungsgrad** nimmt ebenfalls ab. Er zeigt die Relation von Eigen- zu Fremdkapital an und gibt damit Auskunft über die Finanzierungsstruktur. Hier zeigen sich ebenfalls die Auswirkungen der Schuldenübernahme durch das Land Hessen. Eine in der Praxis herausgebildete grobe Regel besagt, dass der Verschuldungsgrad nicht höher sein soll als 2:1 (200 %), also das Fremdkapital nicht mehr als das Doppelte des Eigenkapitals betragen sollte. Dieses Ziel wurde nun erstmals seit Einführung der Doppik im Jahr 2006 erreicht.

Übersicht der Verschuldungsgrade

Verschuldungsgrad	in Prozent
31.12.2008	372,52
31.12.2009	307,75
31.12.2010	330,73
31.12.2011	367,92
31.12.2012	351,24
31.12.2013	180,31

Weiterhin erfolgt eine erhebliche Steigerung des **Anlagendeckungsgrades I**. Der Anlagendeckungsgrad zeigt, inwieweit das Anlagevermögen durch Eigenkapital gedeckt ist. Da das Eigenkapital stark ansteigt, wirkt sich die leichte Verringerung des Anlagevermögens nicht negativ auf diese Kennzahl aus.

Wird ein Anlagendeckungsgrad von z. B. 50 % erreicht, so ist die Hälfte des Anlagevermögens durch Eigenkapital gedeckt. Werden 100 % erreicht, so ist die „goldene Bilanzregel“ im engeren Sinne erreicht. Bei Unternehmen sollte ein Deckungsgrad von 60 % bis 100 % erzielt werden. Für Kommunen gibt es aufgrund fehlender Erfahrungswerte noch keine Empfehlung.

Übersicht der Anlagendeckungsgrade I

Anlagendeckungsgrad I	in Prozent
31.12.2008	21,97
31.12.2009	25,35
31.12.2010	24,17
31.12.2011	23,15
31.12.2012	23,83
31.12.2013	39,17

5.3.2 Wesentliche Veränderungen

Im Folgenden werden die **wesentlichen Veränderungen** im Vergleich zu den Werten zum 31.12.2012 besonders hervorgehoben:

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände konnten um rd. 15,3 Mio. € erhöht werden. Die Ursache der Steigerung liegt überwiegend an der Aktivierung des Flughafens Kassel-Calden.

Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen wurde um rd. 9,8 Mio. € reduziert. Die Reduzierung erfolgte aufgrund von Abschreibungen u.a. auf Gebäude, Infrastrukturvermögen und Betriebs- und Geschäftsausstattung. Diesem Werteverzehr wurde durch Investitionen entgegengewirkt, jedoch konnte er nicht vollständig ausgeglichen werden (siehe hierzu auch Übersicht über den Stand des Anlagevermögens zum 31.12.2013, Seite 81, sowie Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Aktiva, Punkt 1.2).

Finanzanlagevermögen

Das Finanzanlagevermögen konnte um rd. 6,6 Mio. € erhöht werden. Ausschlaggebend ist insbesondere der 2. Teilbetrag des Gesellschafterdarlehens an die Städtischen Werke für Bäder in Höhe von 10 Mio. €. Des Weiteren erfolgte die bereits in Vorjahren durchgeführte Kapitalerhöhung bei der KVV. Die Wertpapiere des Anlagevermögens sind hingegen zurückgegangen, da ein Sparbrief in 2013 fällig wurde.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind um ca. 25 Mio. € auf nunmehr rd. 83,8 Mio. € gestiegen. Ausschlaggebend hierfür sind die Zunahme der Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen (siehe hierzu Anhang, Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Aktiva, Punkt 2.3)

Flüssige Mittel

Die Höhe der flüssigen Mittel hat sich in 2013 im Vergleich zum Vorjahr zum Stichtag 31.12. um rd. 1,2 Mio. € erhöht.

Eigenkapital

Das städtische Eigenkapital ist um rd. 269 Mio. € gestiegen. Die Veränderung resultiert zum Großteil aus der Schuldenablösung des Landes Hessen in Höhe von rd. 260 Mio. € aus dem Schutzschirmvertrag.

Sonderposten

Der Bestand der Sonderposten ist zum Bilanzstichtag nahezu unverändert. Die Sonderposten verringerten sich von 333,1 Mio. € auf 332,35 Mio. €.

Rückstellungen

Die städtischen Rückstellungen wurden von 352,2 Mio. € im Vorjahr auf 359,2 Mio. € erhöht. Die Erhöhung ist hauptsächlich auf Zuführungen im Bereich der Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen (+ 4,8 Mio. €) sowie im Bereich der sonstigen Rückstellungen (+ 2,3 Mio. €) zurückzuführen.

Bei den Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen mussten zum einen die Pensionsrückstellungen für Beamte und Versorgungsempfänger um rd. 10,7 Mio. € erhöht werden. Zum anderen gab es bei den Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen aufgrund einer neuen Berechnungsgrundlage eine Reduzierung in Höhe von rd. 4,4 Mio. €.

Der Wechsel der Berechnungsgrundlage ist trotz der enthaltenen Risiken (schon wenige Schwerkranke könnten den Durchschnittswert für die Stadt Kassel negativ beeinflussen) aus Sicht des HMdLuS sachgerecht.

Bei den sonstigen Rückstellungen wurden u.a. die Rückstellungen für leistungsorientierte Bezahlung in Höhe von 0,91 Mio. € in 2013 in Anspruch genommen und keine neuen Rückstellungen mehr gebildet. Darüber hinaus wurden die Rückstellungen für Lebensarbeitszeit um 1,1 Mio. € erhöht.

Siehe hierzu auch Anhang, II. Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva Pos. 3.

Verbindlichkeiten

Die städtischen Gesamtverbindlichkeiten verringerten sich saldiert insgesamt um rd. 240 Mio. €. Hauptgrund für die Reduzierung ist der Schutzschirmvertrag der Stadt Kassel mit dem Land Hessen. Hier wurde die Ablösung von Krediten in Höhe von rd. 260 Mio. € vereinbart. Nähere Ausführungen sind unter Anhang, II. Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva Pos. 4. zu entnehmen.

5.4 Finanzentwicklung

Die Finanzentwicklung wird in der Finanzrechnung abgebildet. Sie gibt einen Überblick über die Liquidität der Stadt und lässt sich mit der sogenannten kaufmännischen Kapitalflussrechnung (Cash-Flow-Rechnung) vergleichen.

Der **Finanzmittelbestand** hat sich in 2013 um rd. 1,2 Mio. € auf rd. 1,4 Mio. € gegenüber dem Endbestandes des Vorjahres (0,2 Mio. €) erhöht. Diese Veränderung ergibt sich aus den vier nachfolgend dargestellten Finanzmittelflüssen:

- Im **Finanzmittelfluss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit** ergibt sich ein Mittelzufluss von rd. 5,6 Mio. €.
- Im **Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit** findet ein Nettofinanzmittelabfluss in Höhe von rd. 37,7 Mio. € statt.
- Der **Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit** weist einen Mittelzufluss von rd. 56,6 Mio. € aus.
- Im **Finanzmittelfluss aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen** ergibt sich ein Mittelabfluss von rd. 23 Mio. €.

5.5 Entwicklung und Bewertung der Investitionen

5.5.1 Investitionstätigkeiten

Im Jahr 2013 standen insgesamt Haushaltsmittel in Höhe von 169.822.906,35 €¹ für investive Tätigkeiten zur Verfügung. Hiervon entfielen

- 68.521.232,29 € auf Ansätze des Haushaltsjahres 2013 (teilweise über- oder außerplanmäßig bereitgestellt, siehe Anlage 1 zum Rechenschaftsbericht)
- 101.363.009,06 € auf übertragene Reste aus 2012 und den Vorjahren (gem. § 21 GemHVO)

Dem gegenüber stehen Ist-Ausgaben in Höhe von 73.462.909,27 €. Somit wurden ca. 44 % der verfügbaren Haushaltsmittel in Anspruch genommen. Die Investitionstätigkeit liegt somit knapp über dem Vorjahresniveau (ca. 43 % in Anspruch genommen).

Anzumerken ist, dass sich durch die erst am 05. Mai 2013 vom Regierungspräsidium Kassel erteilte Haushaltsgenehmigung zwangsläufig Verzögerungen bei den für 2013 geplanten Maßnahmen ergaben.

Die konjunkturelle Lage, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die Notwendigkeit, begonnene Projekte zügig fortzusetzen und fertig zu stellen, erfordern es, nach eingehender

¹ **Anmerkung:** Durch Haushaltssperren auf Ansätze des laufenden Jahres und auf Haushaltsreste der Vorjahres reduziert sich der ursprüngliche Gesamtansatz von 169.884.241,35 € um 61.335,00 € auf 169.822.906,35 €.

Prüfung Haushaltsausgabereste in Höhe von 89.847.010,31 € zu bilden. Die Einzelpositionen sind der Anlage 3 zum Rechenschaftsbericht zu entnehmen.

5.5.2 Wesentliche Investitionsmaßnahmen

Folgende **wesentliche Investitionsmaßnahmen in das Sachanlagevermögen, sowie Zuwächse des immateriellen Vermögens** des Jahres 2013 (> 300 T€) sind hervorzuheben. Die Maßnahmen sind absteigend nach dem Volumen der Jahresergebnisse 2013 geordnet:

Investitionsnummer	Kurzbeschreibung	Ergebnis 2013
230 4800 500	Allgemeines Grundvermögen - Zugänge, Abgänge Die in Anspruch genommenen Mittel entfallen auf Grunderwerbsmaßnahmen im Rahmen der allgemeinen Bodenbevorratung sowie des zweckgerichteten Grunderwerbs. Schwerpunkt des Grunderwerbs war in 2013 der Ankauf von Flächen im Bereich des Langen Feldes.	10.087.736,19
650 0115 101	Berufsfeuerwehr, Baukosten (OBR 11) Unmittelbar nach Fertigstellung des Erweiterungsbaues der Feuerwache 1 wurde 2011 mit der Sanierung der Bestandsgebäude begonnen. Diese Sanierung, die bei laufendem Betrieb durchgeführt wird, wird 2014 fertiggestellt werden.	2.748.727,67
650 0555 100	Stadtmuseum, Baukosten (OBR 01) Das Stadtmuseum wird seit 2011 umgebaut, saniert und erweitert. Unvorhersehbarkeiten während der Freilegung des Kellermauerwerks, der Böden und Decken führten zu Verzögerungen und machten Kostenanpassungen notwendig. 2012 wurden im Wesentlichen Abbruch- und Entkernungsarbeiten, 2013 Rohbauarbeiten und Trockenlegung durchgeführt. Ausbauarbeiten wurden im September 2013 begonnen. Ende 2014 ist die Fertigstellung geplant.	2.354.591,85
660 6130 122	Fr.-Ebert-Str.Goethestr.Um-/Ausb. (OBR 01,03) Bau- und Planungskosten (insb. Goethe-/Germaniastraße)	2.286.348,40
900 9816 400	MHKW, Zuweisungen Anteil der Stadt Kassel an den investiven Kosten des MHKW lt. Entsorgungsvertrag	2.100.000,00

660 6140 106	Um- und Ausbau, Erneuerung von Straßen,Baukosten	1.952.863,62			
	<u>Straßenbau + Planung</u>	Betrag / €	<u>Straßenbeleuchtung</u>	Betrag / €	
	Kuhberg-/Hirzsteinstr.	763.800	Kaulenbergstraße	42.500	
	Ginsterweg	310.200	Julienstraße, 1. BA.	27.500	
	Ziegelstraße	211.500	Töpfenmarkt	26.000	
	Schenkebier Stanne	90.000	Landaustraße, 2. BA	25.100	
	Parkstraße	86.800	Landaustraße, 1. BA	24.700	
	Ochshäuser Str., Gehweg	69.100	Kuhbergstraße	17.500	
	Gahrenbergstr., Gehweg	39.700	Julienstraße, 2. BA.	15.700	
	Pfannkuch-/Tischbeinstr.	38.000	Milchlingstraße	10.600	
	Westendstraße	36.200	Vogelsang	7.000	
	Bruchstraße	26.700	Johannesstraße	6.000	
	Leuschnerstraße	24.900	Sonstige	7.000	
	Gahrenbergstr., 1. BA.	24.300			
	Heinrich-Heine-Str.	12.800			
	Sonstige	9.400			
	Summe Straße	1.743.400	Summe Beleuchtung	209.600	
650 0330 200	Albert-Schweitzer-Schule, bauliche Verb. (OBR 03) Die Schule wurde im laufenden Betrieb abschnittsweise generalsaniert. 2013 wurde der 6. und letzte Bauabschnitt im Hauptgebäude-Mittelbau realisiert. Die Maßnahme ist fertiggestellt.	1.653.237,88			
630 6375 100	Soziale Stadt Wesertor (OBR 14) Wesentliche Maßnahme hier ist die energetische Sanierung Stadtteiltreff mit rund 807.000 €. Als zweite Maßnahme ist die Herstellung Fuldaufer Bleichwiesen mit rund 530.000 € zu nennen. Und für die Aufwertung Wohnquartier Mittelring wurden 178.000 € aufgewendet. In den Umbau für den Spielplatz Sodensternstraße wurden rund 90.000 € investiert.	1.606.905,70			
660 6140 103	Bau von Anliegerstraßen,Baukosten	1.594.066,92			
	<u>Straßenbau + Planung</u>	Betrag / €	<u>Straßenbeleuchtung</u>	Betrag / €	
	Baugebiet Triftweg	931.900	Atzelbergweg	24.700	
	An der Söhrebahn	302.200	Steinbreite	13.500	
	Schloßäckerstraße	92.500	Triftweg	9.700	
	Sandersh./Dresdner Str.	82.800	Eschebergstraße	7.500	
	Schwarzwaldweg	63.700			
	Unterneustädter Kirchpl.	21.300			
	BG Vor dem Osterholz	15.600			
	Mündener Straße	10.100			
	Auf dem Dessenborn	8.900			
	Altanenwiesenweg	8.300			
	Sonstige	1.300			
	Summe, Straße :	1.538.600	Summe, Beleuchtung :	55.400	

630 6355 100	<p>EFRE Strukturfonds Hier wurde im Wesentlichen der Umbau der Tulpenallee mit rund 505.000 € finanziert. Weitere 432.000 € wurden für die lokale Ökonomie aufgewendet und rund 389.000 € für den Umbau Gartenstr./ Hartwigstraße verbraucht. Weiterhin wurden rund 255.000 € für das Hoffflächenprogramm im Wesertor aufgewendet.</p>	1.581.167,73																																																				
660 6120 129	<p>Loßbergstraße (OBR 09) Bau- und Planungskosten, Straßenbeleuchtung</p>	1.520.228,48																																																				
650 0005 200	<p>Rathaus -Baul. Verbesserungen- (OBR 01) 2013 wurden weitere Brandabschottungen der Treppenhäuser, Flursanierungen, Elektroinstallationen und die Erneuerung der Brandmeldetechnik abschnittsweise durchgeführt.</p>	1.386.372,91																																																				
630 6365 100	<p>Akt. Kernbereich Friedrich-Ebert-Str. (OBR 01,03) Hier wurden im I. Bauabschnitt weitere rund 682.000 € aus dem Programm für den Ausbau der Germaniastraße/Goethestraße ausgezahlt. Für die energetische Sanierung der Bürgerräume Vorderer Westen (Gemeindehaus Friedenskirche) wurden 566.700 € ausgegeben. Für das städtebaulich-freiraumplanerische Konzept für die Freiflächen zwischen Albert-Schweitzer-Schule und Königstorschule wurden rund 27.300 € aufgewendet.</p>	1.275.987,17																																																				
660 6140 105	<p>Größere Instandsetzungen</p> <table border="1" data-bbox="367 1164 1228 1668"> <thead> <tr> <th>Maßnahme</th> <th>Betrag / €</th> <th>Maßnahme</th> <th>Betrag / €</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Druseltaalstraße</td> <td>468.400</td> <td>Vultejusstraße/Treppe</td> <td>28.000</td> </tr> <tr> <td>Damaschkestraße</td> <td>154.500</td> <td>Karlshafener Straße</td> <td>20.800</td> </tr> <tr> <td>Fuldaaue</td> <td>100.000</td> <td>Mörikestr./Ob. Quellb.</td> <td>20.600</td> </tr> <tr> <td>Frankfurter Straße</td> <td>74.900</td> <td>Kirchweg</td> <td>17.800</td> </tr> <tr> <td>Wittrock-/Hentzestr.</td> <td>47.800</td> <td>Friedrich-Ebert-Straße</td> <td>15.000</td> </tr> <tr> <td>Obere Karlsstraße</td> <td>45.700</td> <td>Berliner Platz</td> <td>12.800</td> </tr> <tr> <td>Tischbeinstraße</td> <td>42.600</td> <td>Ihringshäuser Straße</td> <td>9.300</td> </tr> <tr> <td>Dittershäuser Straße</td> <td>35.000</td> <td>Fünffensterstraße</td> <td>5.300</td> </tr> <tr> <td>Wilhelmshöher Allee</td> <td>33.100</td> <td>Sonstiges</td> <td>5.000</td> </tr> <tr> <td>Kurhausstraße</td> <td>32.000</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>Summe, insgesamt, ca. :</td> <td>1.168.600</td> </tr> </tbody> </table>	Maßnahme	Betrag / €	Maßnahme	Betrag / €	Druseltaalstraße	468.400	Vultejusstraße/Treppe	28.000	Damaschkestraße	154.500	Karlshafener Straße	20.800	Fuldaaue	100.000	Mörikestr./Ob. Quellb.	20.600	Frankfurter Straße	74.900	Kirchweg	17.800	Wittrock-/Hentzestr.	47.800	Friedrich-Ebert-Straße	15.000	Obere Karlsstraße	45.700	Berliner Platz	12.800	Tischbeinstraße	42.600	Ihringshäuser Straße	9.300	Dittershäuser Straße	35.000	Fünffensterstraße	5.300	Wilhelmshöher Allee	33.100	Sonstiges	5.000	Kurhausstraße	32.000									Summe, insgesamt, ca. :	1.168.600	1.168.622,31
Maßnahme	Betrag / €	Maßnahme	Betrag / €																																																			
Druseltaalstraße	468.400	Vultejusstraße/Treppe	28.000																																																			
Damaschkestraße	154.500	Karlshafener Straße	20.800																																																			
Fuldaaue	100.000	Mörikestr./Ob. Quellb.	20.600																																																			
Frankfurter Straße	74.900	Kirchweg	17.800																																																			
Wittrock-/Hentzestr.	47.800	Friedrich-Ebert-Straße	15.000																																																			
Obere Karlsstraße	45.700	Berliner Platz	12.800																																																			
Tischbeinstraße	42.600	Ihringshäuser Straße	9.300																																																			
Dittershäuser Straße	35.000	Fünffensterstraße	5.300																																																			
Wilhelmshöher Allee	33.100	Sonstiges	5.000																																																			
Kurhausstraße	32.000																																																					
		Summe, insgesamt, ca. :	1.168.600																																																			

370 5200 300	<p>Berufsfeuerwehr (OBR 11)</p> <p>Im vergangenen Jahr wurden wesentliche Investitionen für folgende Maßnahmen geleistet:</p> <table border="0"> <tr> <td>Kran mit erforderlichen Umbauten und Zusatzausstattung</td> <td style="text-align: right;">204.500</td> </tr> <tr> <td>Bereich Grobreinigung/Schlauchlager</td> <td style="text-align: right;">19.000</td> </tr> <tr> <td>Leitstellentechnik (DV)</td> <td style="text-align: right;">62.000</td> </tr> <tr> <td>Beschaffungen im Zusammenhang mit der Sanierung (Ersatz, Neuausstattungen)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Sirene</td> <td style="text-align: right;">30.000</td> </tr> <tr> <td>DV Abrechnungsstelle</td> <td style="text-align: right;">26.000</td> </tr> <tr> <td>Industriewaschmaschine/-trockner</td> <td style="text-align: right;">20.000</td> </tr> <tr> <td>Löschgruppenfahrzeug (gebraucht)</td> <td style="text-align: right;">37.000</td> </tr> <tr> <td>Implementierung zentr. Bettennachweis (IVENA)</td> <td style="text-align: right;">36.000</td> </tr> <tr> <td>Sanierung Kfz-Werkstatt</td> <td style="text-align: right;">36.000</td> </tr> <tr> <td>Mannschaftstransportfahrzeuge (FW und FF)</td> <td style="text-align: right;">89.000</td> </tr> <tr> <td>Digitalfunk</td> <td style="text-align: right;">152.000</td> </tr> <tr> <td>Feuerwehrtechn. Ausstattung (hydr. Rettungsset, Masken, Sauerstoffflaschen, u. ä.)</td> <td style="text-align: right;">67.000</td> </tr> <tr> <td>HLF (Rest)</td> <td style="text-align: right;">35.500</td> </tr> </table>	Kran mit erforderlichen Umbauten und Zusatzausstattung	204.500	Bereich Grobreinigung/Schlauchlager	19.000	Leitstellentechnik (DV)	62.000	Beschaffungen im Zusammenhang mit der Sanierung (Ersatz, Neuausstattungen)		Sirene	30.000	DV Abrechnungsstelle	26.000	Industriewaschmaschine/-trockner	20.000	Löschgruppenfahrzeug (gebraucht)	37.000	Implementierung zentr. Bettennachweis (IVENA)	36.000	Sanierung Kfz-Werkstatt	36.000	Mannschaftstransportfahrzeuge (FW und FF)	89.000	Digitalfunk	152.000	Feuerwehrtechn. Ausstattung (hydr. Rettungsset, Masken, Sauerstoffflaschen, u. ä.)	67.000	HLF (Rest)	35.500	950.224,26
Kran mit erforderlichen Umbauten und Zusatzausstattung	204.500																													
Bereich Grobreinigung/Schlauchlager	19.000																													
Leitstellentechnik (DV)	62.000																													
Beschaffungen im Zusammenhang mit der Sanierung (Ersatz, Neuausstattungen)																														
Sirene	30.000																													
DV Abrechnungsstelle	26.000																													
Industriewaschmaschine/-trockner	20.000																													
Löschgruppenfahrzeug (gebraucht)	37.000																													
Implementierung zentr. Bettennachweis (IVENA)	36.000																													
Sanierung Kfz-Werkstatt	36.000																													
Mannschaftstransportfahrzeuge (FW und FF)	89.000																													
Digitalfunk	152.000																													
Feuerwehrtechn. Ausstattung (hydr. Rettungsset, Masken, Sauerstoffflaschen, u. ä.)	67.000																													
HLF (Rest)	35.500																													
650 0549 100	<p>BGW Neubau am Weinberg, Baukosten (OBR01)</p> <p>Nach durchgeführtem Architektenwettbewerb 2011 für den Neubau der Brüder-Grimm-Welt auf dem Weinberg wurden 2012 im Wesentlichen Vorplanungen erstellt, Architekten- und Fachingenieuraufträge erteilt sowie Kosten ermittelt. Baubeginn war 2013. Die Baugrube wurde ausgehoben, die Bodenplatte eingebracht und mit dem Rohbau begonnen. Aufgrund der günstigen Wetterverhältnisse konnte der Rohbau ohne wesentliche Unterbrechungen über den Winter fortgeführt werden. Die Fertigstellung ist für 2014 vorgesehen.</p>	937.688,47																												
650 0540 100	<p>Brüder-Grimm-Museum, Baukosten (OBR 01)</p> <p>Nach durchgeführtem Architektenwettbewerb 2011 für den Neubau der Brüder-Grimm-Welt auf dem Weinberg wurden 2012 im Wesentlichen Vorplanungen erstellt, Architekten- und Fachingenieuraufträge erteilt sowie Kosten ermittelt. Baubeginn war 2013. Die Baugrube wurde ausgehoben, die Bodenplatte eingebracht und mit dem Rohbau begonnen. Aufgrund der günstigen Wetterverhältnisse konnte der Rohbau ohne wesentliche Unterbrechungen über den Winter fortgeführt werden. Die Fertigstellung ist für 2014 vorgesehen.</p>	908.259,88																												
660 6140 125	<p>Waldecker Str. -DB Bahnübergang- (OBR 22)</p> <p>Bau- und Planungskosten, Straßenbeleuchtung und Bepflanzungskosten</p>	860.735,03																												
650 4499 100	<p>U3-Ausbau, Baukosten eigene Einrichtungen</p> <p>Im Rahmen der Erweiterung des Betreuungsangebotes U3 wurden 2013 die Kindertagesstätten Eichwald, Bettenhausen und Fasanenhof umgebaut und für U3 funktional umgerüstet.</p>	740.724,62																												

650 4439 100	Umbauten Betreuungsangebote Neben Umbauarbeiten in diversen Schulen zur Verbesserung des Betreuungsangebotes wurde im Wesentlichen die Kindertagesstätte Waldau mit einem Anbau im Rahmen des Programms U3 erweitert.	728.352,80																												
650 0495 200	Georg-August-Zinn-Schule, Bauliche Verb. (OBR 20) 2013 wurde im Wesentlichen die Flachdachsanieierung des Altbaus durchgeführt. Die Abrechnung ist für Anfang 2014 vorgesehen.	723.584,17																												
660 6110 152	Hafenbrücke (OBR 14,23) Neubau der Hafenbrücke (Rest Baukosten Brücke, Düker, Beleuchtung, Lichtsignalanlagen)	654.448,22																												
400 8000 800	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) Schulverwaltungsamt Erwerb von geringwertigem beweglichem Anlagevermögen für alle Kasseler Schulen und Schulverwaltungen. Die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten für geringwertige Wirtschaftsgüter liegen zwischen 150 und 1.000 EUR pro Vermögensgegenstand.	587.796,96																												
660 6140 167	Radweg Orangerie-Finkenherd (OBR 01,02,14) Baukosten 1. BA incl. Steg am Rondell, Planungskosten	567.326,78																												
410 4300 300	Kulturamt, allgemein Das bereits im Juni 2010 „gepflanzte“ Kunstwerk „Idee di Pietra“ (Ansichten eines Steins) von Giuseppe Penone wurde für die Kasseler Bürgerinnen und Bürger schnell zu einem Symbol für die dOCUMENTA (13). Da ein Ankauf aus öffentlichen Mitteln nicht möglich war, wurde im Herbst 2012 eine Spendenaktion ins Leben gerufen, in deren Verlauf die erforderlichen Mehreinzahlungen aus Spenden von Kasseler Bürgerinnen und Bürgern sowie ortsansässigen Firmen und durch die Verwendung von zweckgebundenen Mitteln eines Nachlasses erzielt wurden. Aus Dankbarkeit gegenüber der Stadt Kassel für ihre Unterstützung während der dOCUMENTA (13) und als Anerkennung für die großzügige Spendenbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger hat der Künstler auf einen erheblichen Teil des ursprünglichen Kaufpreises verzichtet und somit den Ankauf ermöglicht. Der Erwerb wurde im Jahr 2013 mit der vertraglich vereinbarten Ankaufssumme in Höhe von 535.000 € abgewickelt.	536.275,35																												
660 6140 126	Radwege/Radrouten <table border="1"> <thead> <tr> <th>Maßnahme</th> <th>Betrag / €</th> <th>Maßnahme</th> <th>Betrag / €</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Radwegbrücke Losse</td> <td>200.700</td> <td>Hebbelstraße</td> <td>8.300</td> </tr> <tr> <td>Gießbergstraße</td> <td>53.800</td> <td>Willy-Brandt-Platz</td> <td>6.000</td> </tr> <tr> <td>Radverkehrswegweisung</td> <td>52.000</td> <td>Ellenbacher Straße</td> <td>5.000</td> </tr> <tr> <td>Salztorstraße</td> <td>24.600</td> <td>Blücherstraße, Mark.</td> <td>4.500</td> </tr> <tr> <td>Radweg "Rund um KS"</td> <td>20.100</td> <td>Sonstige</td> <td>700</td> </tr> <tr> <td>Obere Karlsstraße</td> <td>12.000</td> <td>Summe, insgesamt, ca. :</td> <td>387.700</td> </tr> </tbody> </table>	Maßnahme	Betrag / €	Maßnahme	Betrag / €	Radwegbrücke Losse	200.700	Hebbelstraße	8.300	Gießbergstraße	53.800	Willy-Brandt-Platz	6.000	Radverkehrswegweisung	52.000	Ellenbacher Straße	5.000	Salztorstraße	24.600	Blücherstraße, Mark.	4.500	Radweg "Rund um KS"	20.100	Sonstige	700	Obere Karlsstraße	12.000	Summe, insgesamt, ca. :	387.700	387.725,34
Maßnahme	Betrag / €	Maßnahme	Betrag / €																											
Radwegbrücke Losse	200.700	Hebbelstraße	8.300																											
Gießbergstraße	53.800	Willy-Brandt-Platz	6.000																											
Radverkehrswegweisung	52.000	Ellenbacher Straße	5.000																											
Salztorstraße	24.600	Blücherstraße, Mark.	4.500																											
Radweg "Rund um KS"	20.100	Sonstige	700																											
Obere Karlsstraße	12.000	Summe, insgesamt, ca. :	387.700																											

650 0005 100	Rathaus, Baukosten (OBR 01) Der Bereich der ehemaligen Drucksachenstelle wird zu einem neuen Bürgerbüro umgebaut. Die Arbeiten begannen 2013 und werden im Wesentlichen 2014 abgewickelt werden.	370.354,21																				
900 9690 400	Wasserbau, Zuweisungen Zuweisungen an Eigenbetrieb KasselWasser für bauliche Maßnahmen im Bereich Gewässerunterhaltung.	351.707,66																				
670 1052 100	Sportanl. Nordsh., Kunstrasen Kleinspielf. (OBR 21) Das bisherige Kleinspielfeld mit Ricotenbelag war nicht mehr funktionsgerecht und wegen bestehender Unfallgefahren bereits seit 2012 für den Sportbetrieb gesperrt. Da die Sanierungskosten in keinem Verhältnis zu den Neubaukosten standen, wird der Platz zu einem Kunstrasenspielfeld umgebaut. Hierdurch kann der Platz witterungsabhängig grundsätzlich das ganze Jahr bespielt werden. Die Maßnahme wird durchgeführt, indem der bisherige Belag zurück gebaut wird und anschließend eine Baugrundstabilisierung stattfindet. Naturnahe Entwässerung des Oberflächenwassers durch Versickerung in die vorhandene Zisterne. Aufbau einer Sportfunktionsfläche mit Unterbau, elastischer Tragschicht und als Belag Kunststoffrasen mit Quarzsandfüllung. Umlaufende Einfriedung mit geerdeten Ballfangzäunen. Sanierungsarbeiten im Zufahrtsbereich.	331.175,65																				
670 4431 100	Kinderspielplätze, Grunderneuerung, Sicherheit Zur Vermeidung von Schadensersatzansprüchen hat die Stadt Kassel die Verpflichtung im Rahmen ihrer Verkehrssicherungspflicht die Kinderspielplätze entsprechend sicher zu gestalten und zu unterhalten. Dies umfasst regelmäßige Kontrollen, Wartung und Instandhaltung, sowie die Ersatzbeschaffung von Spielgeräten und Spielflächen. Das Umwelt u. Gartenamt stellt die Verkehrssicherheit bei 158 Spielplätzen (einschl. 48 Bolzplätzen) 35 Kindertagesstätten, 58 Schulen und 12 Jugendeinrichtungen, d.h. bei insgesamt 263 Einzelobjekten mit ca. 1900 Spielgeräten sicher.	320.384,28																				
660 6140 120	Ingenieurbauten, Baukosten <table border="1"> <thead> <tr> <th>Maßnahme</th> <th>Betrag / €</th> <th>Maßnahme</th> <th>Betrag / €</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Brücke Finkenherd</td> <td>167.000</td> <td>Hinter dem Fasanenhof</td> <td>51.700</td> </tr> <tr> <td>Gahrenbergstraße, Brücke</td> <td>43.500</td> <td>Brücke Ahna (Moritzstr.)</td> <td>24.000</td> </tr> <tr> <td>Brücke Wasserfallsgraben</td> <td>15.800</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>Summe, insgesamt, ca. :</td> <td>302.000</td> </tr> </tbody> </table>	Maßnahme	Betrag / €	Maßnahme	Betrag / €	Brücke Finkenherd	167.000	Hinter dem Fasanenhof	51.700	Gahrenbergstraße, Brücke	43.500	Brücke Ahna (Moritzstr.)	24.000	Brücke Wasserfallsgraben	15.800					Summe, insgesamt, ca. :	302.000	302.023,49
Maßnahme	Betrag / €	Maßnahme	Betrag / €																			
Brücke Finkenherd	167.000	Hinter dem Fasanenhof	51.700																			
Gahrenbergstraße, Brücke	43.500	Brücke Ahna (Moritzstr.)	24.000																			
Brücke Wasserfallsgraben	15.800																					
		Summe, insgesamt, ca. :	302.000																			
900 9850 400	Kassel Marketing, Investitionszuschuss Zuschuss an Kassel Marketing für den Umzug der Touristinformation.	300.000,00																				

Folgende Investitionen in das **Finanzanlagevermögen** wurden 2013 vorgenommen:

- Die Anteile an der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) wurden in 2013 um 5.200.000 € erhöht. Gegengerechnet wurde allerdings eine Gutschrift aus dem Jahr 2012 i.H.v. 2.468.100 €.
- Der Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken (FiDT) GmbH werden von 2005 bis 2014 als Liquiditätshilfe jährliche Kapitalverstärkungen von 80.600 € zugeführt, die den Buchwert der Beteiligung erhöhen.
- Im Jahr 2013 erfolgte die Gründung der GRIMMWELT Kassel gGmbH. das Stammkapital beträgt 25.000 €.
- Die TSK GmbH erhielt in 2013 eine Kapitaleinlage der Stadt Kassel in Höhe von 820.000 €.

Weitere Informationen zur Entwicklung des städtischen Finanzanlagevermögens können Ziffer 1.3 der Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz zum 31.12.2013 entnommen werden.

5.5.3 Projekte mit erheblichen Plan-Ist-Abweichungen

Bei folgenden Projekten ergaben sich erhebliche **Abweichungen** zu den Planzahlen (Plan-Ist-Differenz >300 T€ und weniger als 50 % Mittelausschöpfung). In den Zahlen sind sowohl die Ansätze 2012 als auch die Reste aus den Vorjahren enthalten. Die Maßnahmen sind in die verschiedenen kommunalen Aufgabenbereiche gegliedert.

Schulen

Schule Brückenhof

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittelausschöpfung prozentual
650 0275 100	Schule Brückenhof, Baukosten (OBR 21)	1.330.000,00	178.138,61	1.151.861,39	13,39

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Im Rahmen der Ausführungsplanung für den Neubau der Mensa einschließlich der Verlagerung der Verwaltung und des Hortes an der Schule Brückenhof führte ein Baugrundgutachten zu dem Ergebnis, dass statt der beabsichtigten Fundamentierung eine Bohrpfehlgründung notwendig wurde, weil der Baugrund nicht ausreichend tragfähig war. Gründungsplanung und Planungsergänzungen im baukonstruktiven Bereich, die verstärkte Maßnahmen der Statik bei tragenden Säulen erforderlich machten sind Gründe dafür, dass das Projekt nachfinanziert werden musste. Der Antrag auf Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 300.000 € wurde im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 30.10.2013 behandelt und lag der Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am 18.11.2013 vor. Unmittelbar nach Bewilligung der Gelder wurde mit den Ausschreibungs- und Vergabeverfahren begonnen. Die notwendige Nachfinanzierung führte zu zeitlichen Verzögerungen und zu Restbildungen in oben genannter Höhe, die jedoch im Wesentlichen in 2014 umgesetzt werden.

Kindertagesstätten

Förderung von Kindertagesstätten

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittelausschöpfung prozentual
510 4437 400	Förderung von Kindertagesstätten	1.408.527,00	294.277,00	1.114.250,00	20,89

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die etatisierten Mittel sind vorgesehen für investive Maßnahmen freier Träger von Kindertagesstätten.

Bei Aufstellung des Haushaltsplanes wurde noch davon ausgegangen, dass insbesondere für den U3-Ausbau weitere investive städt. Mittel eingesetzt werden müssen.

Durch Mittel im Rahmen von Bundes-/Landesprogrammen aber auch weniger Ausbauprojekte kamen in 2013 nur noch Restmittel aus dem Vorjahr zur Auszahlung. Die nicht verausgabten Mittel wurden im Rahmen der Restbildung dem Amt für Hochbau- und Gebäudewirtschaft zur Verfügung gestellt.

Kindertagesstätten, bauliche Verbesserungen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 4438 200	Kindertagesstätten, Baul. Verbesserungen	627.562,08	109.243,91	518.318,17	17,41

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus dieser Investitionsnummer werden Sicherheits- und Sanierungsmaßnahmen in allen städtischen Kindertagesstätten durchgeführt. 2013 wurden in folgenden Kitas Maßnahmen projektiert, ausgeschrieben, vergeben und begonnen:

- Kita Harleshausen 1, Fluchtwegsicherung
- Kita Kirchditmold, Fluchtwegsicherung und WC-Sanierung
- Kita Nils Holgerson, Akustikdecken
- Kita Nordshausen, Elektroinstallationen, Mauerwerkstrochenlegung, Fluchttürsicherung und Erneuerung von Bodenbelägen
- Kleinere Sanierungen in diversen Kitas.

Da die Maßnahmen im laufenden Kita-Betrieb durchgeführt werden und zum Teil Umplanungen und Prioritätenveränderungen vorgenommen werden mussten, kam es zur notwendigen Bildung oben genannter Reste, die in 2014 für die begonnenen Maßnahmen verbraucht werden.

U3-Ausbau

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 4499 100	U3-Ausbau, Baukosten eigene Einrichtungen	2.110.000,00	740.724,62	1.369.275,38	35,11

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus dieser Investitionsnummer werden Umbauten in Schulen und Kitas zur Verbesserung des Betreuungsangebots finanziert.

2013 wurden folgende Maßnahmen begonnen, die mit Bundesmitteln bezuschusst wurden:

- Kita Eichwald Gesamtkosten 406.340,52 €
- Kita Nils Holgersson Gesamtkosten 875.000,00 €
- Kita Bettenhausen Gesamtkosten 236.222,57 €
- Kita Fasanenhof Gesamtkosten 524.000,00 €
- Diverse Kitas Gesamtkosten 68.436,91 €

Die Kita Bettenhausen konnte fertiggestellt und mit dem Zuschussgeber abgerechnet werden. Die anderen Projekte werden im Laufe des Jahres 2014 fertiggestellt und endabgerechnet, wofür die Übertragung der Reste notwendig wurde.

<i>Kultur</i>

Staatstheater

Investitions- nummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel- ausschöpfung prozentual
410 4302 400	Staatstheater (OBR 01)	1.717.460,00	60.000,00	1.657.460,00	3,49

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

In den Ansatz 2013 flossen neben den eigentlich veranschlagten Mitteln i. H. v. 60.000 € auch Haushaltsausgabereste aus 2012 i. H. v. 1.657.460 € ein.

Die Gelder sind notwendig für die Restabwicklung der Sanierungsmaßnahme Staatstheater.

Da eine endgültige Abrechnung einiger Teilbereiche der Sanierung noch nicht erfolgen konnte, erfolgte keine Verausgabung der in 2013 verfügbaren Investitionsmittel.

Der ermittelte Abweichungsbetrag wurde als Haushaltsausgaberest in das Jahr 2014 übertragen.

Brüder-Grimm-Museum

Investitions- nummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel- ausschöpfung prozentual
650 0540 100	Brüder-Grimm-Museum, Baukosten (OBR 01)	2.126.987,28	908.259,88	1.218.727,40	42,70

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Mit den Bauarbeiten des Neubaus der Grimm-Welt auf dem Weinberg wurde nach umfangreichen Wettbewerbs-, Planungs- und Ausschreibungsvorläufen im Oktober 2013

begonnen. Das Projekt wird aus Investitionsnummer 650 0549 100 (Grimm-Welt) und aus umgesetzten Resten von 650 0540 100 (Brüder-Grimm-Museum) finanziert.

Aufgrund des Baubeginns im letzten Quartal des Jahres konnten die Mittel nicht wie veranschlagt ausgegeben werden. Reste 2013 wurden in voller Höhe gebildet, damit die Maßnahme insgesamt finanziert bleibt.

Brüder-Grimm-Welt

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 0549 100	BGW Neubau am Weinberg, Baukosten (OBR01)	14.150.316,53	937.688,47	13.212.628,06	6,63

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Mit den Bauarbeiten des Neubaus der Grimm-Welt auf dem Weinberg wurde nach umfangreichen Wettbewerbs-, Planungs- und Ausschreibungsvorläufen im Oktober 2013 begonnen. Das Projekt wird aus Investitionsnummer 650 0549 100 (Grimm-Welt) und aus umgesetzten Resten von 650 0540 100 (Brüder-Grimm-Museum) finanziert.

Aufgrund des Baubeginns im letzten Quartal des Jahres konnten die Mittel nicht wie veranschlagt ausgegeben werden. Reste 2013 wurden in voller Höhe gebildet, damit die Maßnahme insgesamt finanziert bleibt.

Stadtmuseum

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 0555 100	Stadtmuseum, Baukosten (OBR 01)	9.383.592,38	2.354.591,85	7.029.000,53	25,09

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der Umbau und die Erweiterung des Stadtmuseums waren von einer Reihe von Widrigkeiten geprägt, die sowohl auf die Finanzierung als auch auf den Bauablauf verzögernden Einfluss hatten.

Für den Haushalt 2010 wurden im Frühjahr 2009 Mittel für den Umbau, die Erweiterung und Sanierung des Stadtmuseums auf der Basis einer Kostenschätzung nach Flächen von rund 7,5 Mio. € angemeldet.

Nach Sondierungen an Decken und Fundamenten, die erst nach Auszug des Museums aus dem Gebäude möglich waren, wurden die Kosten um 0,5 Mio. € auf 8,0 Mio. € korrigiert und in der Stadtverordnetenversammlung am 20.06.2011 überplanmäßig beschlossen für:

-
- Deckenertüchtigung durch Unterdecken (Brandschutz),
 - Trockenlegung der Wände im Untergeschoss durch Einbringung einer horizontalen Absperrung im Sägeverfahren (Mauerwerk wurde horizontal für Abdichtung mit anschließender Verpressung aufgesägt),
 - Nachfundamentierung wegen fehlender Fundamente,
 - Kostenanpassung der gebäudetechnischen Ausrüstung.

Im Rahmen der Kostenentwicklung aller Projekte der Museumslandschaft erkannte das Regierungs-präsidium im September 2011 eine seit 2009 eingetretene allgemeine Baukostensteigerung für das Stadtmuseum von 0,4 Mio. € an. Diese Indexanpassung wurde in den Haushalt 2012 über Veränderungsliste eingebracht. Damit war das Projekt mit insgesamt 8,4 Mio. € finanziert.

Anfang 2012 wurden rund 80 % der vom Architekturbüro hochgerechneten Gewerkekosten ausgeschrieben, um Kostensicherheit zu erlangen. Erst nach späterer Prüfung stellte sich heraus, dass dies nur 60 % der seinerzeit realistischen, jedoch nicht durch das Architekturbüro benannten Kosten waren. Ergebnis war eine weitere Kostenanpassung von 0,9 Mio. € für:

- Ausschreibungsergebnisse waren deutlich höher als Kostenberechnungen des Architekten,
- lokal- und konjunkturbedingte Baupreissteigerung,
- baustellenspezifische Erschwernisse (z. B. Baustelleneinrichtung außerhalb der Baustelle),
- überdurchschnittlicher Aufwand für Baugrube (spezifisches Abdichtungskonzept),
- überdurchschnittlicher Aufwand aufgrund unerwartet schlechter Bausubstanz,
- Altlasten, Turm untergreift Altbau, Diverses.

Kostenreduzierungen wurden soweit vertretbar vorgenommen. Weitere Einsparungen wären ausschließlich zu Lasten der Qualität bzw. der Folgekosten gegangen. 2012 wurden 200.000 € über-planmäßig zum Ansatz bewilligt. 700.000 € wurden als VE bereitgestellt, die im Haushalt 2013 zusätzlich veranschlagt wurden. Damit standen insgesamt 9,3 Mio. € zur Verfügung.

Ende 2012 hatte sich die Situation nach aktuell erkannten neuen Bauschäden und neuen Schadstoffbelastungen im Altbau sowohl in der Zeit- und damit in der Baukostenkalkulation als auch in Unvorhersehbarkeiten an der Baustelle und in mangelnder Transparenz hinsichtlich rechtzeitiger Informationen durch das beauftragte Architekturbüro dahingehend entwickelt, dass eine erneute, nicht vorhersehbare Kostenanpassung unabweisbar wurde, um die Maßnahme im geplanten Umfang realisieren zu können. Überplanmäßig wurden hierfür 1,6 Mio. € bereitgestellt, sodass bis Anfang 2013 insgesamt 10,9 Mio. € finanziert waren.

Stadt und Architekt wurden sich nach umfangreichen Verhandlungen nicht darüber einig, wer für die Probleme verantwortlich ist. Das Architekturbüro kündigte den Architektenvertrag nach Ansicht der Stadt bzw. deren Rechtsanwalt zu Unrecht. Nach weiteren Abstimmungsmisserfolgen kündigte die Stadt ebenfalls diesen Vertrag, da der Architekt die Arbeit niedergelegt hatte. Da beide Seiten von der Unwirksamkeit der gegenseitigen Kündigungen ausgingen, blieb als Möglichkeit der außergerichtlichen Einigung ein Vergleich, der weitere Risiken in Form Rechtsstreiten ausschloss. Einigkeit herrschte darüber, dass eine Neuordnung des Projektes erfolgen musste und dass das eventuell noch bestehende

Vertragsverhältnis unter Bereinigung der wechselseitigen Ansprüche beendet werden sollte. Zur Erlangung von Kostensicherheit beauftragte die Stadt ein anderes Architekturbüro mit der Prüfung der Kosten auf Basis des aktuellen Planungsstands. Jetzt liegt eine qualifizierte Ausschreibungsprüfung mit Kostenberechnung vor.

Die darauf basierende notwendige Kostenanpassung um 1,0 Mio. € auf 11,9 Mio. € ergab sich aus:

- Beendigung des Architektenvertrages (Vergleich),
- dem Wechsel der Architekten,
- Anpassungen der Nebenkosten in Bau und Technik,
- Nachkalkulation der noch nicht submittierten Ausschreibungen (zu geringe Kostenberechnung des vorherigen Architekten),
- der Kalkulation noch auszuschreibender Leistungen,
- notwendig gewordenen Anwaltskosten,
- einem Minimum Reserve für eventuell noch auftretende Unvorhersehbarkeiten.

Es wurde ein anderes Architekturbüro mit der Fertigstellung des Projektes mit neuen Gesamtkosten von 11,9 Mio. € beauftragt. Die notwendigen Nachfinanzierungen und die vorgenannten Verzögerungen im Projekt führten zu zeitlichen Verzögerungen und zu Restbildungen in oben genannter Höhe.

<i>Verwaltung</i>

Standard I.u.K.-Technik

Investitions- nummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel- ausschöpfung prozentual
110 4006 300	Standard I.u.K.-Technik - Bewegl. Vermögen-	502.260,03	143.305,48	358.954,55	28,53

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

- 358.954,55 € Abweichung zwischen Plan- und Ist-Aufwendungen
- 194.500,00 € (beantragte Mittelübertragungen, im Text separat begründet)
- = 164.454,55 € verbleibende Abweichung

Sachkonto 024100001

Vom Ausgabenansatz für Projekte, die Softwarelizenzen mit einem Wert von über 1.000 € netto betreffen (283.760,03 €), konnten in 2013 zunächst nur rund 86.000 € verausgabt werden. Eine Summe von 167.000 € soll übertragen werden, da die entsprechenden Projekte nicht anlaufen oder fertiggestellt werden konnten. Ein Ansatz von 17.000 € stammte aus einer Mittelübertragung für Software im Servicecenter aufgrund der Erweiterung der Kooperationen, die dort in diesem Umfang nicht benötigt wurden. Die Restsumme von

13.000 € konnte in diesem zentral bewirtschafteten Bereich eingespart werden, da der erwartete Bedarf nicht eingetreten war.

Sachkonto 085100001

Für die Ersatzbeschaffung von Telefonanlagen in Außenstellen wurden 11.500 € eingespart, da die erwarteten Ersatzbeschaffungs- und Ausbaunotwendigkeiten nicht eintraten.

Für die kurzfristige und zeitnahe Beschaffung von zentralen Netzwerk- und Zeiterfassungs-komponenten waren 20.000 € vorgesehen, von denen nur rund 6.000 € verausgabt wurden. Eine Summe von 14.000 € konnte zurückgegeben werden. Grund dafür ist, dass der erwartete Ersatzbedarf angesichts des bereits in 2012 stattgefundenen großflächigen Austauschs nicht eintrat oder im Wege der Mietfinanzierung abgewickelt wurde.

Sachkonto 089100001

Im Bereich der geringwertigen Standardsoftware wurden rund **130.000 €** nicht wie vorgesehen verbraucht. Dies rührt vor allem daraus her, dass rund 64.500 € für Lizenzen im Bereich des Schulträgersnetzes nicht hier verausgabt wurden. Nach der Neuregelung der GWG-Wertgrenzen war die hier geplante Ausgabe i. H. v. 13.000 € tatsächlich im Ergebnishaushalt abzubilden. Ein weiterer Anteil von 51.500 € entfiel auf die Beschaffung von Stundenplansoftware, die jedoch im Laufe der Projektrealisierung an den tatsächlichen Bedarf angepasst und um diese Summe reduziert wurde. Eine Summe von 12.000 € war für Ausgaben des Stadtarchivs übertragen worden, wegen der dortigen Personalsituation aber nicht abgerufen worden. Die Restsumme von ca. 2.000 € war für die Beschaffung von Standardsoftwarelizenzen vorgesehen. Auch hier griff die Kostenverlagerung in den Ergebnishaushalt sowie eine geringere Nachfrage als kalkuliert.

Für die Summe von **27.500 €** wurde ein Antrag auf Übertragung der Mittel gestellt, so dass die hierfür bereits dargestellte Begründung nachfolgend wiederholt wird.

Berufsfeuerwehr

Investitions-nummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
370 5200 300	Berufsfeuerwehr (OBR 11)	2.049.043,39	950.224,26	1.098.819,13	46,37

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Verschiedene Maßnahmen wurden beauftragt, konnten aber z.T. durch langsameren Baufortschritt als geplant noch nicht geliefert bzw. eingebaut werden (rd. 360.000 €).

Das Projekt Digitalfunk konnte bisher nur zu einem geringen Teil umgesetzt werden, da man von der zentralen Beschaffung durch das Land abhängig ist. Aus dieser Maßnahme kann ein

betrag von rd. 475.000 € erst in 2014 umgesetzt werden. Restmittel aus den für den Digitalfunk zur Verfügung gestellten Mitteln in Höhe von 234.000 € werden nicht mehr benötigt.

Rathaus

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 0005 100	Rathaus, Baukosten (OBR 01)	1.673.045,30	370.354,21	1.302.691,09	22,14

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus dieser Investitionsnummer werden sowohl Baumaßnahmen im Rathaus, die funktionale Veränderungen als Ursache haben, als auch zentrale Maßnahmen für andere Gebäude (Transponder, Gebäudeleittechnik), die zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung noch nicht zugeordnet sind, finanziert.

Das wesentliche Projekt in 2013 ist der Umbau des Einwohneramtes und der Hausdruckerei in ein neues Bürgerbüro. Das Projekt ist insgesamt mit 1.510.000 € in zwei Jahresraten und drei Bauabschnitten angesetzt. Zunächst mussten für die Verlagerung der Hausdruckerei in 2013 andere Räumlichkeiten gesucht und umgebaut werden. Nach Auszug der Hausdruckerei und nach den Großveranstaltungen Hessentag und Kassel 1100 wurde mit Entkernungsarbeiten begonnen. Dabei traten massive Schäden an den vorhandenen Betonrippendecken zu Tage, die den beabsichtigten Sanierungsablauf zeitlich behinderten. Der späte Baubeginn aufgrund der Veranstaltungen und die Umplanung der Sanierungsarbeiten führten zu notwendigen Restbildungen von 1.166.632,01 €, die jedoch in 2014 im Wesentlichen umgesetzt werden.

Der Anschluss weiterer Schulen an die zentrale Gebäudeleittechnik im Rathaus, der unter anderem vom Fortschritt der Sanierungsarbeiten in den jeweiligen Gebäuden abhängig ist, konnte in einer Größenordnung von 113.851,74 € nicht kassenwirksam werden. Diese Maßnahmen werden 2014 abgerechnet.

Die Ausstattung weiterer Schulen mit Transpondern und kleinere funktionale Verbesserungen mit 15.646,31 €, die als Reste gebildet wurden, werden in 2014 realisiert.

Verkehr**Kernbereich Friedrich-Ebert-Str.**

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
630 6365 100	Akt. Kernbereich Friedrich-Ebert-Str. (OBR 01,03)	5.871.851,20	1.275.987,17	4.595.864,03	21,73

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die wesentliche Investition in 2013 war der Umbau der Goethe- und Germaniastraße. Diese Maßnahme ist noch nicht vollständig abgerechnet. Der investitionsintensive Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße hat im März 2014 begonnen. Die bauliche Aufwertung der sog. „Grünen Banane“ (Freiraum zwischen der Albert-Schweitzer-Schule und der Königstorschule) als weiteres großes Projekt hat sich wegen des intensiven Planungs- und Beteiligungsprozesses verzögert. Aus den genannten Gründen konnten die Mittel nicht in einem größeren Umfang ausgeschöpft werden.

Verkehrssignalanlagen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6110 101	Verkehrssignalanlagen, Bundesstraßen	320.491,23	0,00	320.491,23	0,00

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus der o.a. Investitionsnummer werden verschiedene Maßnahmen für die Erneuerung von Lichtsignalanlagen (LSA) und Steuergeräten finanziert.

Der Ansatz ist auftragsmäßig bis auf ca. 1.400 € u.a. für folgende Projekte gebunden :

1. LSA 046 Ihringshäuser Straße/Mörikestraße
2. LSA 114 Ihringshäuser Straße/Koboldstraße
3. LSA 043 Steinweg/Du-Ry-Straße
4. LSA 015 Feuerwache

Die Umsetzung bzw. Abrechnung der Maßnahmen wird im Laufe des Jahres 2014 erwartet.

Finanzzentrum Altmarkt

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6110 156	Finanzzentrum Altmarkt, Straßenanp. (OBR 01,14)	3.903.656,13	13.985,07	3.889.671,06	0,36

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Planung wurde 2013 weitgehend abgeschlossen und der Zuwendungsantrag beim Land Hessen gestellt. Der Zuwendungsbescheid wird nach bereits erfolgter Finanzierungszusage des Landes Anfang 2014 erwartet. Die Bauausschreibung und -veröffentlichung erfolgte Anfang 2014.

Zur Finanzierung des Projektes wurden Haushaltsausgabereste in o.g. Höhe gebildet. Die bauliche Umsetzung soll ab Sommer 2014 erfolgen.

Verkehrssignalanlagen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6120 101	Verkehrssignalanlagen, Landesstraßen	476.731,00	162.410,16	314.320,84	34,07

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Bei vorgenannter Investitionsnummer handelt es sich um eine Sammelstelle für eine Vielzahl von Projekten an Verkehrssignalanlagen an Landesstraßen.

Für Arbeiten an mehreren Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet konnten in 2013 ca. 162 T€ umgesetzt werden. Weitere ca. 200 T€ sind auftragsmäßig für Planungsleistungen und Baukosten vergeben. Die Abrechnungen stehen noch aus.

Die restlichen Mittel sind für das Projekt „Vollsignalisierung“ der Kreuzung Ludwig-Mond-Str./H.-Heine-Str./Schönfelder Straße/Sternbergstraße“ eingeplant. Wegen Verschiebung der Prioritäten des Landes bei der Vergabe von Zuwendungen und wegen noch offener Umsetzungsfragen konnte die Maßnahme bisher nicht realisiert werden. Für eine Realisierung des Projektes in 2014 ff wurden Haushaltsausgabereste beantragt.

Umbau Breitscheidstr.-Kirchweg-Gilsastr.

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6120 148	Umbau Breitscheidstr.-Kirchweg-Gilsastr. (OBR 03)	612.630,61	0,00	612.630,61	0,00

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das Projekt ist baulich abgeschlossen.

Bisher wurden lediglich Abschläge abgefordert und bezahlt.

Die endgültige Abrechnung der Gemeinschaftsmaßnahme mit der Kasseler-Verkehrsgesellschaft AG liegt noch nicht vor, wird aber im Lauf des Jahres 2014 erwartet.

Fr.-Ebert-Str., Goethestr. Um-/Ausbau

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6130 122	Fr.-Ebert-Str. Goethestr. Um-/Ausb. (OBR 01,03)	6.099.953,39	2.286.348,40	3.813.604,99	37,48

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Maßnahme Goethe-/Germaniastraße wurde 2013 baulich abgeschlossen. Die Schlussrechnungen für verschiedene Bau- und Planungsleistungen stehen noch aus.

Daneben wurden für den Bereich Friedrich-Ebert-Straße Planungs- und Untersuchungsaufträge vergeben und teilweise abgerechnet. Insgesamt sind für beide Maßnahmenteile Mittel in Höhe von ca. 1,0 Mio. € auftragsmäßig gebunden. Im Rahmen der Gesamtfinanzierung wurden über die restlichen, ungebundenen Mittel Haushaltsausgabereste gebildet.

Die Ausschreibung und Vergabe des Hauptauftrages für den Umbau der Friedrich-Ebert-Straße erfolgte Anfang 2014. Der Zuwendungsbescheid des Landes Hessen (Bundesmittel/GVFG-Komp.) ist im Dezember 2013 für diesen Abschnitt eingegangen.

Kurfürstenstr.

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6130 124	Kurfürstenstr. (OBR 01)	408.237,58	40.725,23	367.512,35	9,98

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der 1. Abschnitt der Maßnahme (nördlicher Bereich) ist baulich abgeschlossen. Die Schlussrechnung der Baukosten wird zurzeit geprüft.

Der Baubeginn für den 2. Abschnitt (südlicher Bereich) wurde aufgrund der besonderen Verkehrssituation wegen des Umbaus der Friedrich-Ebert-Straße (Umleitungsstrecke) verschoben.

Zur Projektfinanzierung wurden Haushaltsausgabereste in der oben ausgewiesenen Höhe gebildet.

Umbau Auedamm, Damaschkestr.

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6130 127	Umbau Auedamm Damaschkestr. b. Oranger. (OBR 02)	588.200,00	20.016,66	568.183,34	3,40

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die ursprüngliche Planung des Umbaus im Bereich zwischen Damaschkebrücke bis Orangerie, der den Gegenrichtungsweg mit neuer Querschnittsanpassung vorsah, wird seit 2011 nicht weiter verfolgt.

Von den zwei neuen Planungsansätzen (erste Zahlungen in 2011),

- Ersetzen der wassergebundenen Oberfläche des vorhandenen Gehweges zwischen dem Bootshaus WVC und der Damaschkebrücke durch eine Asphaltoberfläche,
- Umbau der Vorfläche im Bereich des Auebades einschließlich barrierefreier Haltestellen

wurde in 2013 mit Fertigstellung des Auebades die Vorfläche vor dem Auebad einschließlich der barrierefreien Haltestellen baulich hergestellt.

Zur Finanzierung der weiteren Projektteile wurden Haushaltsausgabereste in der oben ausgewiesenen Höhe gebildet.

Größere Instandsetzungen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 105	Größere Instandsetzungen	2.765.181,15	1.168.622,31	1.596.558,84	42,26

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus vorgenannter Investitionsnummer wurde eine Vielzahl von größeren investiven Instandsetzungsmaßnahmen im Straßenbau abgewickelt, z.B.

- Damaschkestraße,
- Obere Karlsstraße,
- Frankfurter Straße,
- Wittrock-/Hentzestraße,
- Druseltalstraße u. versch. andere.

Neben den umgesetzten Maßnahmen in 2013 (Ergebnis w.o.) sind weitere Aufträge in Höhe von ca. 1.320.000 € vergeben worden, deren Abrechnung noch aussteht.

Über die restlichen ungebundenen Mittel von ca. 276.000 € wurden Haushaltsausgabereste gebildet, da diese in 2014 dringend zur Finanzierung weiterer Instandsetzungsmaßnahmen benötigt werden.

Um- und Ausbau, Erneuerung von Straßen , Baukosten

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 106	Um- und Ausbau, Erneuerung von Straßen, Baukosten	5.654.367,76	1.952.863,62	3.711.139,14	34,54

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus vorgenannter Investitionsnummer wird eine Vielzahl von Projekten an Straßen nach dem Gesetz über Kommunale Abgaben (KAG) abgewickelt.

Neben den umgesetzten Maßnahmen in 2013 (Zahlungen von ca. 1,95 Mio. €) konnten weitere Vergaben in Höhe von ca. 2,14 Mio. € erfolgen, die jedoch noch nicht abgerechnet sind. Neben den gebundenen Mitteln wurden auch die restlichen nicht verbrauchten Mittel als Haushaltsausgabereste gebildet, um evtl. Abrechnungsspitzen aufzufangen und um in 2014 weitere Erneuerungen von Straßen im Stadtgebiet durchführen zu können.

Ingenieurbauten

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 120	Ingenieurbauten, Baukosten	647.025,35	302.023,49	345.001,86	46,68

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus vorgenannter Investitionsnummer wird eine Vielzahl von Projekten an Ingenieurbauwerken (Brücken, Tunnel, Stützwände u.a.) abgewickelt.

Neben den umgesetzten Maßnahmen in 2013 (Zahlungen von ca. 0,3 Mio. €) konnten weitere Vergaben in Höhe von ca. 0,1 Mio. € erfolgen, die jedoch noch nicht abgerechnet sind.

Über die ungebundenen Mittel wurden Haushaltsausgabereste gebildet, um in 2014 weitere größere und dringend notwendige Maßnahmen durchführen zu können, z.B.

- Brücke C 11 an der Müllverbrennungsanlage
- Brücke am Bahnhof Harleshausen
- Brücke Kohlenstraße.

Waldecker Str. -DB Bahnübergang

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 125	Waldecker Str. -DB Bahnübergang-(OBR 22)	2.726.164,33	860.735,03	1.865.429,30	31,57

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Maßnahme ist in den verschiedenen Projektteilen baulich abgeschlossen. Neben den in 2013 geleisteten Zahlungen von ca. 0,86 Mio. € liegen Aufträge in Höhe von ca. 1,67 Mio. € vor, die jedoch noch nicht abgerechnet sind. Neben den gebundenen Mitteln wurden auch die restlichen nicht verbrauchten Mittel von ca. 0,2 Mio. € als Haushaltsausgabereste gebildet, um evtl. Abrechnungsspitzen aufzufangen und um in 2014 weitere Aufträge für Restarbeiten vergeben zu können. Ein Haushaltsansatz ist in 2014 nicht mehr eingestellt.

Harleshäuser Kurve

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 146	Harleshäuser Kurve, Regio-Tram, Baukosten (OBR 09,22)	773.619,07	256.953,10	516.665,97	33,21

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Maßnahme ist in den verschiedenen Projektteilen baulich abgeschlossen.

Neben den in 2013 geleisteten Zahlungen von ca. 256.000 € liegen Aufträge in Höhe von ca. 366.000 € vor, die jedoch noch nicht abgerechnet sind. Neben den gebundenen Mitteln wurden auch die restlichen nicht verbrauchten Mittel von ca. 150.000 € als Haushaltsausgabereste gebildet, um evtl. Abrechnungsspitzen aufzufangen und um in 2014 weitere Aufträge für Restarbeiten vergeben zu können. Ein Haushaltsansatz ist in 2014 nicht mehr eingestellt.

Obere Bornwiesenstr.

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 166	Obere Bornwiesenstr. Bahnübergang (OBR 21)	390.700,00	0,00	390.700,00	0,00

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Maßnahme sollte nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz mit Drittelteilung der Mittel durch die Stadt Kassel, die Hessische Landesbahn und das Land Hessen in 2010 durchgeführt werden. Die Vereinbarung mit den Beteiligten lag jedoch erst Ende 2010 bei der Stadt vor.

Der Zuwendungsbescheid ist in 2011 eingegangen, wurde jedoch zurückgezogen, da unvorhergesehen das Baurecht nicht vorlag. Zwischenzeitlich liegt das Baurecht vor.

Der Antrag auf Erteilung eines neuen Zuwendungsbescheides wird umgehend gestellt.

Verkehrs- und Mobilitätsmanagementsystem

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 175	Verkehrs- und Mobilitätsmanagementsystem (VMMS)	524.000,84	83.084,40	440.916,44	15,86

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Zur Umsetzung der Maßnahme "Aufbau eines Verkehrs- und Mobilitätsmanagementsystems (VMMS)" wurden im Jahr 2013 weitere Planungen und bauliche Maßnahmen durchgeführt.

Neben den in 2013 geleisteten Zahlungen liegen Aufträge in Höhe von ca. 164.000 € vor, die jedoch noch nicht abgerechnet sind. Darüber hinaus wurden die restlichen nicht verbrauchten Mittel von ca. 277.000 € als Haushaltsausgabereste gebildet, um in 2014 weitere Aufträge vergeben zu können.

Die Maßnahme wird mit Zuwendungen des Bundes gefördert. Zuwendungsbescheide (UR:BAN) sind in 2011 und 2013 eingegangen.

Fuldauferradweg

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 176	Fuldauferradweg R 1 (OBR 14,15)	364.650,00	45.700,00	318.950,00	12,53

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Planung für das Projekt ist abgeschlossen. Vom Land Hessen als Zuwendungsgeber wurde die Förderung für 2014 zugesagt. Der Zuwendungsantrag liegt dem Land seit kurzem vor. Der Zuwendungsbescheid wird ca. Mitte 2014 erwartet.

Sobald noch ausstehende Genehmigungen zum Projekt erteilt sind, wird die Ausschreibung vorbereitet. Mit dem Bau der Maßnahme soll im Herbst 2014 begonnen werden.

Die im 2013 gezahlten Aufwendungen betrafen ausschließlich Planungsleistungen (Vorplanungen). Die nicht gebundenen und übertragenen Haushaltsausgabereste waren ebenfalls überwiegend für Vorplanungen/Vorleistungen vorgesehen. Eine Umsetzung konnte in 2013 jedoch nicht vollumfänglich erfolgen. Im Rahmen der Gesamtfinanzierung des Projektes wurden die Mittel nach 2014 übertragen.

Stadtentwicklung**Kulturbahnhof Nordseite**

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
630 6300 106	Bebauung Kulturbahnhof Nordseite	1.300.000,00	17.668,72	1.282.331,28	1,36

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Mittel waren zwingend im Haushalt zu sichern, um die finanzielle Grundlage für die gesamte komplexe Standortentwicklung, hier Vergaben für Planungsaufträge und Verträge mit der Deutschen Bahn AG, zu schaffen. Die Durchführung der Maßnahmen, speziell des Bau- und Finanzierungsvertrages mit der DB, folgt mit dem entsprechenden Zeitbedarf, so dass auch die Rechnungslegung der DB erst im Jahr 2014 möglich ist.

Stadterneuerung Oberzwehren

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
630 6330 100	Einf./Soz. Stadterneuerung Oberzwehren (OBR 20)	717.230,16	271.281,33	445.948,83	37,82

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Abweichung ergibt sich im Wesentlichen aus mehreren für eine Umsetzung in 2013 geplanten, aber in der Umsetzung verzögerten Projekten: Den in der Durchführung befindlichen Projekten „Konversion Lehr- und Versuchsanstalt“, Wohnumfeld „Theodor-Haubach-Straße 6-8“ und Wohnumfeld „Am Steinbruch/Im Füllchen“ und den noch in der Vorbereitung befindlichen Projekten „Spielpunkte Mattenberg“ und „öffentlicher Grünzug Lehr- und Versuchsanstalt“.

Sanierungsmaßnahmen Rothenditmold

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
630 6340 100	Städteb. Sanierungsmaßnahme Rothenditmold (OBR 10)	1.766.729,89	125.851,02	1.640.878,87	7,12

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der Haushaltsansatz bildet die Projekte im Förderprogramm gemäß Planung und Antragstellung ab. Die Differenzen erklären sich einerseits durch Verzögerungen bei der Durchführung der Maßnahmen sowie langen Bewilligungszeiträumen und Abrechnungszeiträumen spezifischer Programmteile (Gewährung von Zuschüssen für private Vorhaben). Andererseits durch die Tatsache, dass Förderprogrammanmeldungen nicht in vollem Umfang durch Bewilligungen entsprochen wurde, so dass weitere Bescheide abzuwarten sind.

EFRE Strukturfonds

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
630 6355 100	EFRE Strukturfonds	4.554.727,57	1.581.167,73	2.973.559,84	34,71

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der Haushaltsansatz bildet die Projekte im Förderprogramm gemäß Planung und Antragstellung ab. Die Differenzen erklären sich einerseits durch Verzögerungen bei der Durchführung der Maßnahmen sowie langen Bewilligungszeiträumen und Abrechnungszeiträumen spezifischer Programmteile (Gewährung von Zuschüssen für private Vorhaben).

Andererseits durch die Tatsache, dass Förderprogrammanmeldungen nicht in vollem Umfang durch Bewilligungen entsprochen wurde, so dass weitere Bescheide abzuwarten sind.

Soziale Stadt Wesertor

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
630 6375 100	Soziale Stadt Wesertor (OBR 14)	4.499.266,08	1.606.905,70	2.892.360,38	35,71

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der Haushaltsansatz bildet die Projekte im Förderprogramm gemäß Planung und Antragstellung ab. Die Differenzen erklären sich einerseits durch Verzögerungen bei der Durchführung der Maßnahmen sowie langen Bewilligungszeiträumen und Abrechnungszeiträumen spezifischer Programmteile (Gewährung von Zuschüssen für private Vorhaben). Andererseits durch die Tatsache, dass Förderprogrammanmeldungen nicht in vollem Umfang durch Bewilligungen entsprochen wurde, so dass weitere Bescheide abzuwarten sind.

Investitionszuschüsse

Wasserbau, Zuweisung

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
900 9690 400	Wasserbau, Zuweisungen	2.365.953,70	351.707,66	2.014.246,04	14,87

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Es ist ein HAR in Höhe von 2.014.246,04 € gebildet worden. Diverse Investitionsmaßnahmen im Rahmen der Unterhaltung der Wasserläufe wurden beschlossen, sind aber noch nicht ausgeführt und abgerechnet.

Investitionszuschuss für Science-Park

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
900 9840 400	Science-Park, Investitionszuschuss	5.790.287,30	2.843.422,67	2.946.864,63	49,11

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Es ist ein HAR in Höhe von 2.946.864,63 € gebildet worden. Diverse Investitionsmaßnahmen für die Errichtung des Science Parks wurden beschlossen, sind aber noch nicht ausgeführt und abgerechnet.

5.5.4 Finanzierung der Investitionen

Zur Finanzierung der Investitionsausgaben wurden folgende Zuschüsse in einer Gesamthöhe von 27.334.846,04 € gewährt bzw. akquiriert:

- 19.213.434,98 € Zuschüsse des Landes, u. a.:
 - 2.482.000,00 € Allgemeine Investitionspauschale
 - 4.809.000,00 € Schulbaupauschale
- 2.757.902,15 € Zuschüsse des Bundes
u. a. resultierend aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)
- 48.843,41 € Zuschüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden
u.a. für das Medienzentrum Kassel
- 3.302.282,94 € Investitionsbeiträge, u. a.:
 - 2.713.223,75 € Straßenbeiträge nach dem Kommunalen Abgabengesetz (KAG)
 - 442.505,58 € Erschließungsbeiträge
- 1.399.378,22 € Zuschüsse vom sonstigen öffentlichen Bereich,
u. a. aus Förderprogrammen von Bund und Europäischer Union,
- 613.004,34 € sonstige Zuschüsse,
u. a. Spenden

Darüber hinaus wurden im Haushaltsjahr 2013 **Investitionskredite** in Höhe von insgesamt 46.192.000,00 € aufgenommen. Davon wurden 35.220.000,00 € für die städtischen Eigenbetriebe akquiriert.

6. Organisatorische Veränderungen

6.1 Innere Verwaltung

Volkshochschule Region Kassel

Mit Verfügung –I– vom 10.04.2013 wurde die fachliche Zuständigkeit für die Volkshochschule Region Kassel vom Kulturamt auf das Schulverwaltungsamt übertragen.

6.2 Beteiligungswesen

Im Jahr 2013 wurde die GRIMMWELT Kassel gGmbH gegründet. Die Stadt Kassel ist zu 100 % Eigentümerin. Darüber hinaus gab es im Bereich des Beteiligungswesens in 2013 keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen.

7. Zukunftsprognose

Die Frage, wie sich die weltweite Wirtschafts- und Finanzlage weiter entwickeln wird, bleibt spannend. Die Konjunkturprogramme von Bund und Land haben positive Akzente gesetzt, so dass die Auswirkungen der Krise abgemildert werden konnten. Die Stadt Kassel hat hiervon sicherlich profitiert, auch wenn die Effekte nicht konkret messbar sind.

Die politischen Entscheidungsträger dürfen bei der Betrachtung der Zukunft der Gemeindefinanzen nicht allein die kommunalen Steuereinnahmen im Blick haben. Sie müssen auch zwingend das Verhältnis zwischen kommunalen Aufgaben und Ausgaben und den Einnahmen im Auge behalten. Das gilt besonders im Bereich Sozialpolitik, also bei den Hilfen für Langzeitarbeitslose, der Kinder- und Jugendhilfe, den Hilfen für Menschen mit Behinderungen und den erkennbaren Auswirkungen des demographischen Wandels.

7.1 Bereich der Sozialen Sicherung

Zu den von der Stadt Kassel gewährten Leistungen der sozialen Sicherung gehören in erster Linie die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch – 12. Buch (SGB XII) – Sozialhilfe, d. h. Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Eingliederungshilfe und ambulante bzw. stationäre Hilfe zur Pflege und Krankenhilfe. Dazu kommen die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Leistungen zur Bildung und Teilhabe und die Aufwendungen für die Vermeidung und Beendigung von Obdachlosigkeit.

Durch Fallzahl- und Kostensteigerungen in allen Bereichen der Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII und des Asylbewerberleistungsgesetzes kann der Zuschussbedarf der Haushalte des Sozialamtes und des Jobcenters Stadt Kassel in 2014 ff. nicht auf dem bisherigen Niveau stabilisiert werden.

Gesetzliche Veränderungen, insbes. im Bereich SGB XII/SGB II belasten in der Regel die kommunalen Haushalte. Einflussmöglichkeiten bestehen nicht.

Steigende Mieten führen zu steigenden Aufwendungen insbesondere bei der Hilfe zum Lebensunterhalt, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, den Leistungen nach dem SGB II und bei den Leistungen der Zentralen Fachstelle Wohnen.

Reduzierungen des Zuschussbedarfes können nur durch künftige bundes- oder landespolitische Entscheidungen realisiert werden, etwa bei den Themen

- Anpassung der pauschalen Erstattung nach dem LAG
- Bundesleistungsgesetz Eingliederungshilfe
- Reform des kommunalen Finanzausgleichs.

7.2 Bereich Jugendhilfe

7.2.1 Erzieherische Hilfen

Die Entwicklung der Jugendhilfe und der Erzieherischen Hilfen im Besonderen lässt sich nur schwer einschätzen, hängt dies wie oben bereits angedeutet, von den individuellen Gegebenheiten der Kinder und Jugendlichen, mithin vielen zufallsbedingten Einflussgrößen, ab. Eine Berechnung der Ansätze nach Fallzahlen und Durchschnittssätzen ist daher nicht möglich. Mit weiteren Kostensteigerungen muss jedoch gerechnet werden.

Es zeichnet sich jedoch ab, dass der individuelle Unterstützungsbedarf junger Menschen steigt, was zu erhöhten Fallkosten führt. Es deutet sich ferner an, dass es zu einer Steigerung bei den Aufwendungen für seelisch behinderte junge Menschen nach § 35a SGB VIII kommen wird. So verstetigt sich die Rechtsprechung, dass zukünftig immer mehr Kindern Schulassistenz zusteht. Zudem wird die tarifliche Fortschreibung der Entgeltvereinbarungen (gem. Rahmenvereinbarung der kommunalen Spitzenverbände mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege) zu Kostensteigerungen führen.

7.2.2 Tagesbetreuung von Kindern

Nachdem der Rechtsanspruch für unter Dreijährige und Kindergartenkinder in Kassel grundsätzlich erfüllt werden kann, besteht die zukünftige Planungsaufgabe darin, die Angebote der Träger in den einzelnen Stadtteilen dem jeweiligen Betreuungsbedarf anzupassen und wenn notwendig zu erweitern.

Im Kindergartenbereich besteht weiterhin eine grundsätzliche Bedarfsdeckung und damit die gleiche Planungsanforderung wie im U3 Bereich.

Für erwerbstätige Eltern ist die Grundschulkindbetreuung ein wesentlicher Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es ist auch zukünftig mit einer Steigerung der Nachfrage nach Plätzen in der Grundschulkindbetreuung zu rechnen. Da die Schulkinder der Grundschulen meist nur die Betreuungseinrichtungen ihrer Grundschule besuchen, wird der

bedarfsgerechte Ausbau der Betreuung in den einzelnen Grundschulbezirken im direkten Umfeld der Grundschulen weiter erforderlich sein.

7.3 Allgemeine Finanzwirtschaft

Wie auch in den vergangenen Jahren kommt der allgemeinen Finanzwirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Neben den Erträgen aus dem Kommunalen Finanzausgleich stellen die Steuererträge der Stadt Kassel die wichtigste Quelle der städtischen Finanzeinnahmen dar. Sie sind im Wesentlichen dafür verantwortlich, ob das Ziel eines ausgeglichenen ordentlichen Ergebnisses erreicht werden kann.

Leider sind in diesem Bereich im Vergleich der Jahre starke Schwankungen und Ausschläge in beide Richtungen zu verzeichnen, die die Stadt nicht aus eigener Kraft beeinflussen kann.

So sind die Schlüsselzuweisungen des Landes von vielen Faktoren abhängig, die eine sichere und stabile Kalkulation nicht zulassen. Die Gesamtschlüsselmasse ist zunächst von den Steuereinnahmen des Landes abhängig. Daneben spielt die jeweilige Steuerkraft der fünf kreisfreien Städte eine große Rolle, wie der Anteil unter ihnen aufgeteilt wird. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, ob die Stadt Frankfurt ihre Abundanz erreicht, behält oder verliert. Aber auch die eigene Steuerkraft der Stadt Kassel, die in den letzten Jahren im interkommunalen Vergleich eine positive Tendenz aufweist, bedingt einen Rückgang des Anteils an den Schlüsselzuweisungen. Die Höhe der Schlüsselzuweisungen schwankte somit in den letzten Jahren zwischen 77,9 Mio. € und bis zu 110 Mio. €. Insofern stellt diese wichtige Ertragsquelle keine verlässlich konstante Größe dar. Derartige Schwankungen kann die Stadt allein nicht kompensieren. Allerdings sind seit 2012 stetig steigende Schlüsselzuweisungen zu verzeichnen. Waren es in 2013 noch 105,8 Mio. €, wurde für 2014 dank steigender Steuereinnahmen des Landes sogar ein Betrag von rd. 111 Mio. € in Aussicht gestellt.

Die Gewerbesteuer entwickelte sich in den letzten Jahren außerordentlich erfreulich. Zwar musste als Auswirkung der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise in 2009 ein Einbruch hingenommen werden, aber bereits in 2010 erholte sich diese Steuerart wieder. In 2013 konnte mit fast 170,0 Mio. € ein neues Rekordergebnis erzielt werden. Für das Jahr 2014 haben wir den Ansatz allerdings auf 155,5 Mio. € herabgesetzt. Es ist zu befürchten, dass sich die Spitzenergebnisse der letzten Jahre ab 2014 nicht mehr wiederholen lassen, da eine wesentliche Branche Umsatzschwächen zeigt. Zwar ist die Stadt Kassel dank eines vielfältigen Branchenmixes nicht mehr ganz so anfällig für aufkommende Krisen einzelner Wirtschaftszweige, dennoch rechnet die Stadt mit einem spürbaren Rückgang.

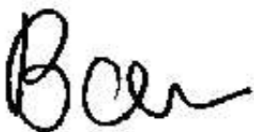
Der Gemeindeanteil aus der Einkommensteuer ist mit 67,8 Mio. € in 2013 endlich deutlich gestiegen, nachdem sich diese Steuerart in den Vorjahren nur marginal nach oben bewegt hatte. Erstmals konnte das bisherige Spitzenergebnis aus 2008 übertroffen werden. Und die Prognosen der Steuerschätzer gehen von weiteren Steigerungen in den kommenden Jahren aus. Die ersten Quartale 2014 bestätigen diesen wichtigen Aufwärtstrend auch. Die Stadt

Kassel wäre somit in der Lage, die wahrscheinlich sinkenden Gewerbesteuererträge zumindest teilweise zu kompensieren.

Thema Schutzschirm. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2012 beschlossen hatte, eine Teilnahme am Schutzschirm des Landes zu beantragen, wurde mit dem Land Hessen eine entsprechende Vereinbarung getroffen. Die Stadt hat im Frühjahr 2013 eine Ablösesumme in Höhe von rd. 260,0 Mio. € erhalten. Im Gegenzug hat sich die Stadt Kassel verpflichtet, den vereinbarten Abbaupfad einzuhalten und im Jahr 2018 erstmals einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dieses durchaus ambitionierte Ziel soll durch Steigerung der eigenen Steuerkraft einerseits sowie durch verbindlich vereinbarte Konsolidierungsmaßnahmen andererseits erreicht werden. In 2013 konnte das „Etappenziel“ im Haushaltsvollzug sogar weit übertroffen werden. Für das kommende Jahr ist die Erwartungshaltung aus den oben geschilderten Gründen etwas gedämpft. Dennoch gehen wir zum jetzigen Zeitpunkt davon aus, dass wir die Vereinbarung mit dem Land einhalten können und das geplante ordentliche Jahresergebnis etwas verbessern können.

8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres sind nicht bekannt.



Dr. Jürgen Barthel
Stadtkämmerer

Anlagen

1. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
2. Haushaltsausgabereise im Ergebnishaushalt
3. Haushaltsausgabereise im Finanzhaushalt (Investitionen)
4. Finanzierung der Personalkosten durch Dritte
5. Rücklagenübersicht

Kassel documenta Stadt

Anlagen

zum

Rechenschafts- und Lagebericht

31.12.2013

GESAMTLISTE 2013 "Über- und Außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen"

Ergebnishaushalt

Dez.	Empfangende Seite			Deckende Seite			Entscheidung durch/von	Liste
	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag		
I	410 00 101	686 900 000	23.300,00	410 00 101	541 030 000	23.300,00	-II-/05.06.2013	A/2013
I	410 00 301	617 900 000	13.160,00	410 00 301	541 030 000	13.160,00	-II-/07.06.2013	A/2013
I	410 00 302	617 900 000	7.000,00	410 00 302	541 030 000	7.000,00	-II-/13.06.2013	A/2013
III	520 00 401	617 900 000	15.825,00	320 00 601	670 010 000	15.825,00	-II-/01.07.2013	A/2013
V	530 00 502	686 300 000	1.594,01	530 00 502	541 060 000	1.594,01	-II-/09.07.2013	A/2013
I	410 00 801	686 010 100	1.600,00	410 00 801	541 090 000	1.600,00	-II-/05.08.2013	A/2013
V	verschiedene	711 120 000	92.000,65	verschiedene	541 039 000	92.000,65	-II-/05.08.2013	A/2013
I	410 00 101	686 900 000	40.500,00	410 00 101	530 600 000	25.000,00	-II-/06.08.2013	B/2013
				410 00 101	539 900 000	15.500,00		
I	410 00 303	616 100 000	16.235,00	410 00 303	541 030 000	16.235,00	-II-/29.08.2013	B/2013
I	410 00 101	686 900 000	5.000,00	410 00 101	539 900 000	5.000,00	-II-/10.09.2013	B/2013
III	520 00 401	686 300 000	7.969,00	520 00 401	530 300 000	7.969,00	-III-/23.09.2013	B/2013
VI	650 00 601	616 600 000	454,19	650 00 601	530 600 000	454,19	-II-/05.11.2013	B/2013
VI	650 00 601	616 110 000	50.000,00	650 00 601	541 060 000	50.000,00	-II-/05.11.2013	B/2013
I	802 00 000	656 000 000	1.410,00	900 02 001	630 100 000	1.410,00	-I-/12.11.2013	B/2013
II	500 00 801	728 400 000	16.500,00	500 00 701	723 015 300	16.500,00	Magistrat	I/2013
I	410 00 202	613 010 000	10.000,00	900 04 101	620 020 000	10.000,00	Magistrat	II/2013
V	530 00 502	686 300 000	4.600,00	530 00 502	541 060 000	4.600,00	Magistrat	II/2013
I	410 00 103	617 900 000	20.000,00	410 00 103	539 900 000	20.000,00	Magistrat	III/2013
I	410 00 105	617 900 000	10.000,00	410 00 105	539 900 000	10.000,00	Magistrat	III/2013
I	410 00 802	686 010 100	378,48	410 00 802	530 600 000	378,48	Magistrat	IV/2013
II	900 00 060	677 300 000	100.000,00	900 00 060	717 600 000	100.000,00	Magistrat	V/2013
I	801 00 000	679 000 000	33.580,00	110 00 203	670 011 000	33.580,00	Magistrat	VI/2013
I	110 00 402	650 100 000	50.000,00	660 00 112	616 500 000	50.000,00	Magistrat	VI/2013
I	410 00 202	613 010 000	30.000,00	900 04 101	620 020 000	30.000,00	Magistrat	VII/2013
I	410 00 402	617 900 000	14.000,00	100 00 608	677 900 000	14.000,00	Magistrat	IX/2013
I	900 00 060	768 000 000	48.500,00	110 00 203	617 900 000	30.000,00	Magistrat	IX/2013
				100 00 610	686 010 100	5.000,00		
				410 00 105	686 900 000	10.500,00		
				410 00 103	617 900 000	3.000,00		
V	510 00 302	712 800 000	30.000,00	530 00 402	728 800 000	20.000,00	Magistrat 13.05.2013	Einzelvorlage
				320 00 101	617 900 000	10.000,00		
I	410 00 201	728 800 000	2.250,00	900 04 101	620 020 000	2.250,00	StaVo	1/2013
I	100 00 113	608 010 001	34.000,00	100 00 113	548 100 000	70.000,00	StaVo	2/2013
	100 00 113	613 010 000	5.000,00					
	100 00 113	614 000 000	6.000,00					
	100 00 113	617 925 000	25.000,00					
I	100 00 113	608 010 001	45.000,00	900 02 001	630 100 000	185.150,00	StaVo	3/2013
	100 00 113	613 100 000	50.000,00					
	100 00 113	613 010 000	10.650,00					
	100 00 113	614 000 000	12.000,00					
	100 00 113	617 925 000	22.500,00					
	100 00 113	682 000 000	45.000,00					
II	900 00 060	677 300 000	130.000,00	900 00 060	717 600 000	130.000,00	StaVo	4/2013
VI	verschiedene	605 010 000	150.000,00	900 00 010	555 912 000	150.000,00	StaVo	8/2013
II	500 00 106	723 100 000	2.000.000,00	500 00 106	547 200 100	2.000.000,00	StaVo	9/2013
			3.181.006,33			3.181.006,33		

GESAMTLISTE 2013 "Über- und Außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen"

Finanzhaushalt

Dez.	Empfangende Seite			Deckende Seite			Entscheidung durch/von	Liste
	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag		
I	410 00 103	062 100 001	301.413,45	410 00 103	360 600 001	58.835,45	-II-/05.06.2013	A/2013
				410 00 103	361 800 001	242.578,00		
I	410 00 301	080 000 101	19.840,00	410 00 301	360 100 001	19.840,00	-II-/07.06.2013	A/2013
I	410 00 303	089 000 001	6.250,00	410 00 303	360 100 001	28.600,00	-II-/07.06.2013	A/2013
	410 00 303	080 000 101	4.360,00					
	410 00 303	062 101 001	17.990,00					
VI	660 00 105	061 900 001	10.000,30	660 00 108	061 200 001	5.776,92	-II-/13.06.2013	A/2013
				660 00 108	061 300 001	4.223,38		
I	410 00 301	062 101 001	5.350,00	410 00 301	361 800 001	5.350,00	-II-/11.06.2013	A/2013
I	410 00 302	080 000 101	10.400,00	410 00 302	360 100 001	10.400,00	-II-/13.06.2013	A/2013
I	410 00 301	062 101 001	23.500,00	410 00 301	360 100 001	23.500,00	-II-/18.06.2013	A/2013
I	410 00 401	062 101 001	16.500,00	410 00 401	360 100 001	16.500,00	-II-/18.06.2013	A/2013
VI	515 00 002	084 000 001	12.000,00	510 00 141	035 800 001	12.000,00	-II-/08.07.2013	A/2013
VI	660 00 105	061 900 001	5.000,00	660 00 109	061 901 001	5.000,00	-II-/13.08.2012	B/2013
I	410 00 303	062 101 001	8.565,00	410 00 303	360 100 001	8.565,00	-II-/29.08.2013	B/2013
VI	650 00 201	053 010 001	8.330,32	650 00 101	053 010 001	8.330,32	-II-/02.09.2013	B/2013
VI	650 00 101	056 100 001	1.444,97	650 00 101	053 010 001	1.444,97	-II-/02.09.2013	B/2013
I	410 00 402	089 000 001	549,01	410 00 402	361 800 001	549,01	-II-/24.09.2013	B/2013
V	510 00 308	085 100 001	1.614,83	510 00 308	360 200 001	1.614,83	-II-/26.09.2013	B/2013
VI	650 00 101	053 100 001	10.000,00	510 00 141	035 800 001	10.000,00	-II-/22.10.2013	B/2013
VI	630 00 104	051 010 001	3.270,11	630 00 104	051 010 001	3.270,11	Magistrat	III/2013
VI	660 00 108	061 200 001	42.900,00	660 00 108	035 600 001	19.294,17	Magistrat	III/2013
				660 00 108	061 200 001	23.605,83		
VI	650 00 201	055 100 001	17.100,00	650 00 201	361 800 001	17.100,00	Magistrat	IV/2013
VI	660 00 000	024 200 001	50.000,00	660 00 101	061 305 101	50.000,00	Magistrat	VIII/2013
VI	660 00 108	035 600 001	51.600,00	660 00 110	061 300 001	51.600,00	StaVo	1/2013
VI	660 00 101	061 305 101	60.000,00	660 00 101	061 305 101	60.000,00	StaVo	4/2013
VI	650 00 101	053 900 001	1.000.000,00	110 00 203	024 100 001	95.000,00	StaVo	5/2013
				110 00 205	085 100 001	5.000,00		
				110 00 203	089 000 001	15.000,00		
				110 00 203	085 100 001	20.000,00		
				660 00 108	061 300 001	655.000,00		
				660 00 109	061 901 001	110.000,00		
VI	650 00 101	053 600 001	400.000,00	650 00 201	054 100 001	140.000,00	StaVo	5/2013
				650 00 101	053 010 001	1.287,03		
				650 00 101	053 900 001	75.480,00		
				650 00 101	053 300 001	42.232,97		
				650 00 101	054 100 001	15.000,00		
				650 00 101	054 100 001	6.000,00		
				650 00 101	053 100 001	10.000,00		
				650 00 101	053 300 001	10.000,00		
				670 00 302	056 100 001	50.000,00		
			670 00 302	062 300 001	40.000,00			
			670 00 302	062 300 001	10.000,00			

Dez.	Empfangende Seite			Deckende Seite			Entscheidung durch/von	Liste
	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag		
VI	650 00 101	053 010 001	300.000,00	650 00 101	054 100 001	65.000,00	StaVo	5/2013
				650 00 101	053 010 001	17.651,64		
				650 00 201	053 010 001	20.000,00		
				650 00 101	053 010 001	20.000,00		
				650 00 101	053 010 001	14.586,34		
				650 00 101	053 010 001	46.049,05		
				650 00 101	053 010 001	15.000,00		
				650 00 201	053 010 001	18.000,00		
				650 00 101	053 100 001	10.000,00		
				650 00 303	054 100 001	10.000,00		
				650 00 101	053 010 001	10.000,00		
				650 00 201	053 100 001	5.000,00		
				650 00 101	053 100 001	20.000,00		
			650 00 000	080 000 101	28.712,97			
VI	660 00 109	061 901 001	750.000,00	660 00 108	035 500 001	75.000,00	StaVo	6/2013
				660 00 108	061 300 001	375.000,00		
				660 00 109	061 901 001	300.000,00		
VI	660 00 101	061 305 101	300.000,00	660 00 101	061 305 101	300.000,00	StaVo	7/2013
VI	660 00 108	061 300 001	200.000,00	660 00 108	061 200 001	200.000,00	StaVo	8/2013
IX	900 00 060	112 011 000	80.000,00	110 00 203	024 100 001	25.000,00	StaVo	8/2013
				900 00 030	035 600 001	55.000,00	StaVo	
			3.717.977,99			3.717.977,99		

GESAMTLISTE 2013 "Zweckgebundene Mehrerträge und Mehreinzahlungen"

1. Ergebnishaushalt

Dez.	Mehrertrag			Mehraufwand			Antrag
	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag	von/Datum
V	530 00 402	541 060 000	3.600,00	530 00 402	686 300 000	3.600,00	12.11.2013
VI	650 00 601	541 060 000	17.000,00	650 00 601	616 110 000	17.000,00	26.11.2013
II	500 00 301	548 600 410	500.000,00	500 00 302	722 011 000	500.000,00	06.01.2014
II	410 00 101	539 900 000	10.000,00	410 00 101	686 900 000	10.000,00	30.12.2013
VI	660 00 102	542 010 000	98.272,64	660 00 102	717 010 000	98.272,64	22.01.2014
II	500 00 801	541 030 000	3.373,68	500 00 801	711 120 000	3.373,68	06.01.2014
			632.246,32			632.246,32	

2. Finanzhaushalt

Dez.	Mehreinzahlung			Mehrauszahlung			Antrag
	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag	von/Datum
I	410 00 401	361 800 001	1.560,00	410 00 401	062 101 001	1.560,00	10.12.2013
			1.560,00			1.560,00	

Abschluss des Jahres 2013 im Ergebnishaushalt

hier: Bildung und Übertragung von Haushaltsausgaberesten in das Jahr 2014

1. Aufgrund des § 21 Absatz 1 GemHVO werden im Ergebnishaushalt folgende Haushaltsausgabereste gebildet, die eine zusätzliche Ausgabeermächtigung im Jahr 2014 darstellen.
2. Die Haushaltsausgabereste werden durch das Amt Kämmerei und Steuern in nsk eingegeben.
3. Die Begründungen der Haushaltsausgabereste können in den dem Amt Kämmerei und Steuern vorliegenden Resteanträgen eingesehen werden.

<u>Teilhaushalt</u> <u>Kostenstelle</u> Sachkonto	<u>Bezeichnung</u>	<u>Betrag</u> €	<u>davon aus</u> <u>Vorjahr</u> €
100	Haupt- und Bürgeramt		
<u>100 00 609</u>	<u>Hessentag</u>		
608 010 001	Sonstiger Materialaufwand gesamt	3.498,60	
613 010 000	Aufwandsentsch. und sonstige Fremdleist. gesamt	203.744,61	
<u>100 00 610</u>	<u>Stadtjubiläum 2013</u>		
686 010 100	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	25.502,78	
10006	Büro des Oberbürgermeisters		
<u>100 00 206</u>	<u>Beiräte</u>		
686 010 100	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	1.406,20	
<u>100 00 608</u>	<u>Demografischer Wandel</u>		
686 010 100	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	1.200,00	
10007	Hauptabteilung		
<u>100 00 605</u>	<u>Magistratsbüro</u>		
686 010 100	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	7.188,79	
10008	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit		
<u>100 00 705</u>	<u>Pressedienst</u>		
686 010 100	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	33.618,81	
<u>100 00 706</u>	<u>Internet</u>		
617 925 000	EDV-Kosten/Dienstleistungen	30.000,00	
80101	Magistrat		
<u>801 00 000</u>	<u>Allg. Kostenstelle Magistrat</u>		
679 000 000	Sonst. Aufwendungen für die Inanspruchnahme v. Rechten u. Diensten	30.000,00	
11001	Organisation		
<u>110 00 105</u>	<u>Organisationsberatung, Ablauforganisation</u>		
677 900 000	Aufwendungen für andere Beratungsleistungen	136.055,67	
11002	Informationstechnologie		
<u>110 00 203</u>	<u>Betrieb und Unterhaltung von TUI-Anwendungen</u>		
616 920 000	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte	126.714,14	
617 900 000	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	105.209,58	

<u>Teilhaushalt</u> <u>Kostenstelle</u> Sachkonto	<u>Bezeichnung</u>	<u>Betrag</u> €	<u>davon aus</u> <u>Vorjahr</u> €
11004	Personaldienste		
<u>110 00 401</u>	<u>Personaldienste</u>		
601 000 100	Aufw. für Büromaterial, Drucksachen der Verwaltung	2.433,70	
688 000 000	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	740,00	
<u>110 00 407</u>	<u>Zentrale Fortbildung</u>		
688 000 000	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	32.500,00	
16001	Büro der Stadtverordnetenversammlung		
<u>160 00 000</u>	<u>Büro der Stadtverordnetenversammlung</u>		
710 200 000	Sonstige Zuschüsse	8.350,00	
80501	Stadtverordnetenversammlung		
<u>805 00 000</u>	<u>Stadtverordnetenversammlung</u>		
617 925 000	EDV-Kosten/Dienstleistungen	12.216,98	3.216,98
32001	Sicherheit und Ordnung		
<u>320 00 201</u>	<u>Gewerbeüberwachung</u>		
616 130 000	Unterhaltung der sonstigen Außenanlagen	8.350,00	
37001	Brand- und Katastrophenschutz		
<u>370 00 062</u>	<u>Material, Organisation</u>		
607 000 000	Aufwendungen für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel	10.050,07	
617 926 000	Kfz-Kosten / Haltung von Fahrzeugen	7.561,12	
37002	Rettungsdienste		
<u>370 00 201</u>	<u>Rettungsdienst</u>		
603 020 000	Praxis- u. Laborbedarf, Arzneimittel	1.857,84	
607 000 000	Aufwendungen für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel	6.129,86	
616 920 000	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte	353,43	
617 926 000	Kfz-Kosten / Haltung von Fahrzeugen	555,11	
400	Schulverwaltungsamt		
<u>400 00 063</u>	<u>Mat.-Verbr./Org./Geschäftsausgaben</u>		
616 920 000	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte	17.501,75	
40001	Schulverw.amt/sonst. schul. Aufg.		
<u>400 00 704</u>	<u>IT in Kasseler Schulen & Medienzentrum</u>		
601 100 000	Lehr- und Unterrichtsmittel	3.007,62	
40002	Grund-, Haupt-, Realschulzüge		
<u>400 00 001</u>	<u>Grund- und Hauptschulen und Realschulzüge</u>		
616 920 000	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte	2.795,31	
<u>400 00 120</u>	<u>Schule Schenkelsberg</u>		
601 000 100	Aufw. für Büromaterial, Drucksachen der Verwaltung	551,76	
<u>400 00 120</u>	<u>Schule Schenkelsberg</u>		
601 100 000	Lehr- und Unterrichtsmittel	571,32	
40003	Gymnasien		
<u>400 00 002</u>	<u>Gymnasien einschl. Abendrealschule</u>		
616 920 000	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte	10.957,10	
<u>400 00 202</u>	<u>Friedrichsgymnasium</u>		
603 020 000	Praxis- u. Laborbedarf, Arzneimittel	50,93	

Teilhaushalt			Betrag	davon aus
<u>Kostenstelle</u>	<u>Bezeichnung</u>		<u>€</u>	<u>Vorjahr</u>
Sachkonto			€	€
40004	Berufliche Schulzentren			
<u>400 00 006</u>	<u>Berufliche Schulzentren</u>			
601 100 000	Lehr- und Unterrichtsmittel		974,47	
616 920 000	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		829,62	
40005	Förderschulen			
<u>400 00 005</u>	<u>Förderschulen</u>			
616 920 000	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		95,20	
40006	Gesamtschulen			
<u>400 00 003</u>	<u>Gesamtschulen</u>			
616 920 000	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		329,55	
<u>400 00 304</u>	<u>Heinrich-Schütz-Schule</u>			
603 020 000	Praxis- u. Laborbedarf, Arzneimittel		105,91	
<u>400 00 306</u>	<u>Johann-Amos-Comenius-Schule</u>			
601 100 000	Lehr- und Unterrichtsmittel		276,08	
<u>400 00 401</u>	<u>Reformschule</u>			
616 920 000	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		1.355,49	
41001	Kulturamt allgemein			
<u>410 00 101</u>	<u>Veranstaltungen</u>			
686 900 000	Sonstige Aufwendungen für Repräsentation		81.345,95	
<u>410 00 103</u>	<u>Zentrale Kurverwaltung</u>			
617 900 000	Andere sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen		7.451,54	
<u>410 00 104</u>	<u>Dock 4</u>			
686 900 000	Sonstige Aufwendungen für Repräsentation		3.600,00	3.600,00
41002	Musikakademie			
<u>410 00 202</u>	<u>Staatl. anerkannte Berufsakademie (Musikakademie der Stadt Kassel "Louis Spohr")</u>			
616 920 000	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		237,76	
41003	Museen und Archive			
<u>410 00 301</u>	<u>Stadtmuseum</u>			
614 000 000	Frachten und Fremdlager		59.800,00	
617 900 000	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen		14.500,00	
686 010 100	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit		16.000,00	
<u>410 00 302</u>	<u>Brüder-Grimm-Museum</u>			
614 000 000	Frachten und Fremdlager		60.000,00	
<u>410 00 402</u>	<u>Stadtarchiv</u>			
617 900 000	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen		13.500,00	
<u>410 00 403</u>	<u>Digitalisierungsprojekt documenta Archiv</u>			
617 900 000	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen		47.032,20	
50002	Seniorenarbeit/sonst. Leistungen und Aufgaben			
<u>500 00 801</u>	<u>Soziale Betreuung institutionell</u>			
711 120 000	Weiterleitung von Zuschüssen		12.999,88	
728 400 000	Sonstige soziale Erstattungen sonst. öff. Bereich		16.500,00	

<u>Teilhaushalt</u> <u>Kostenstelle</u> Sachkonto	<u>Bezeichnung</u>	<u>Betrag</u> €	<u>davon aus</u> <u>Vorjahr</u> €
50007	Bildung und Teilhabe		
<u>500 00 904</u>	<u>Bildung und Teilhabe</u>		
729 920 000	Aufwendungen für Schulsozialarbeit	876.869,57	
<u>510 00 212</u>	<u>Jugendbildung und Kinderinteressen</u>		
711 120 000	Weiterleitung von Zuschüssen	71.143,40	71.143,40
<u>510 00 220</u>	<u>Förderung von Jugendarbeit freier Träger</u>		
711 910 000	Freiwillige Zuschüsse (ehem. Globalbetrag)	4.220,00	
52001	Sportamt		
<u>520 00 401</u>	<u>Sportförderung</u>		
617 900 000	Andere sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.400,00	
53001	Gesundheitsamt		
<u>530 00 302</u>	<u>Sozialpsychiatrischer Dienst</u>		
711 200 000	allgemeine Zuweisungen	934,92	934,92
<u>530 00 402</u>	<u>Kinder- und Jugendgesundheit/Allgemeine Prävention</u>		
686 300 000	Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit gesamt	2.019,10	
<u>530 00 502</u>	<u>Kontakt- u. Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS)</u>		
711 200 000	allgemeine Zuweisungen	9.960,32	6.320,32
60001	Bauverwaltungsamt		
<u>600 00 000</u>	<u>Allgemeine Kostenstelle Bauverwaltungsamt</u>		
677 100 000	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte und Gerichtskosten	5.750,00	
<u>600 00 101</u>	<u>Vergabeangelegenheiten</u>		
617 925 000	EDV-Kosten / Dienstleistungen	10.000,00	
617 925 000	EDV-Kosten / Dienstleistungen	2.853,62	
<u>600 00 201</u>	<u>Erschließungs- und Beitragsangelegenheiten</u>		
616 920 000	Unterhaltung/Instandhaltung Kleingeräte	12.000,00	
63001	Stadtplanung und Bauaufsicht		
<u>630 00 104</u>	<u>Städtebauliche Entwicklung und Erneuerung</u>		
610 010 000	Aufwendungen für bezogene Leistungen insgesamt	115.482,21	
677 100 000	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskosten	162.319,06	
65001	Hochbau und Gebäudebewirtschaftung		
<u>650 00 601</u>	<u>Bauunterhaltung</u>		
606 100 000	Materialaufw. für Gebäude u. Außenanlagen	15.216,08	
616 110 000	Gebäudeunterhaltung	199.171,72	
616 300 000	Unterhaltung der sonstigen Außenanlagen	3.478,41	
616 508 000	Beseitigung von Vandalismusschäden u. Graffiti	782,90	
616 600 000	Wartungskosten	14.955,57	
617 100 000	Aufwendungen für Fremdensorgung	981,75	

<u>Teilhaushalt</u> <u>Kostenstelle</u> Sachkonto	<u>Bezeichnung</u>	<u>Betrag</u> €	<u>davon aus</u> <u>Vorjahr</u> €
66000	Straßenverkehrsamt		
<u>660 00 000</u>	<u>Allg. Kostenstelle Straßenverkehrsamt</u>		
606 500 000	Materialaufwendungen für Straßen Wege und Plätze u.ä.	4.000,00	
686 010 100	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	3.000,00	
<u>660 00 021</u>	<u>Bauhof für Tiefbau</u>		
603 010 000	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge gesamt	2.000,00	
606 900 000	sonstiger Aufw. für Reparatur u. Instandhaltung	334,05	
616 400 000	Instandhaltung von Fahrzeugen	1.000,00	
617 300 000	Fremdreinigung	650,00	
<u>660 00 061</u>	<u>Personalkosten</u>		
688 000 000	Aufw. für Fort- und Weiterbildungen	3.210,00	
<u>660 00 062</u>	<u>Grundstücks-/Gebäudekosten</u>		
617 300 000	Fremdreinigung	400,00	
<u>660 00 065</u>	<u>Telefonkosten</u>		
683 200 000	Telefonkosten	4.500,00	
66001	Straßenunterhaltung		
<u>660 00 110</u>	<u>Unterhaltung, Instandsetzung v. Straßen, Wegen</u>		
616 511 000	Ortsbeiratsmittel Straßen	366.216,75	
606 500 000	Materialaufwand für Straßen, Wege und Plätze und ähnliches	1.943,77	
<u>660 00 111</u>	<u>Unterhaltung Ingenieurbauwerke incl. A.</u>		
605 100 000	Strom	12.415,00	
606 900 000	Sonstiger Aufwand für Reparatur und Instandhaltung	4.061,04	
616 508 000	Beseitigung von Vandalismusschäden und Graffiti	1.145,28	
617 100 000	Aufwendungen für Fremdensorgungen	25.000,00	
617 300 000	Fremdreinigung	2.100,00	
<u>660 00 112</u>	<u>Durchführung Beleuchtungsvertrag</u>		
605 100 000	Strom	45.000,00	
616 500 000	Instandh von Sachanl. Gemeingebr., Infrastrukt. Verm.	25.000,00	
617 100 000	Aufwendungen für Fremdensorgung	10.000,00	
66002	Verkehrslenkung		
<u>660 00 102</u>	<u>Verkehrsausstattung (Betr./Unterh.)</u>		
606 500 000	Materialaufwand für Straßen, Wege, Plätze u.ä.	15.988,45	
602 000 000	Hilfsstoffe	1.000,00	
616 600 000	Wartungskosten	13.500,00	
<u>660 00 401</u>	<u>Verkehrsentwicklungspl., Konz. Verkehrslenk., Verkehrsanl.</u>		
617 900 000	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	226.816,10	
66004	Parkplätze und Parkeinrichtungen		
<u>660 00 105</u>	<u>Parkplätze gebührenpflichtig</u>		
683 100 000	Datenübertragungskosten	7.830,00	
<u>660 00 130</u>	<u>Tiefgarage Karlsplatz</u>		
616 111 000	Gebäudeunterhaltung öffentliche Parkeinrichtungen	10.000,00	

<u>Teilhaushalt</u> <u>Kostenstelle</u> Sachkonto	<u>Bezeichnung</u>	<u>Betrag</u> €	<u>davon aus</u> <u>Vorjahr</u> €
670	Umwelt- und Gartenamt		
<u>670 00 066</u>	<u>Dienst-/Schutzkleidung</u>		
607 000 000	Aufw. für Berufskleidung, Arbeitsschuttmittel	1.723,77	
<u>670 00 107</u>	<u>Naturschutz (Flora und Fauna)</u>		
616 120 000	Unterhaltung der Grünanlagen	642,60	
<u>670 00 401</u>	<u>Unterhaltung von Grün- und Freizeitflächen</u>		
616 120 000	Unterhaltung der Grünanlagen	45.326,04	
616 120 000	Unterhaltung der Grünanlagen	119.636,67	
616 510 000	Ortsbeiratsmittel Grünanlagen	319.046,47	
67001	Umweltschutz		
<u>670 00 101</u>	<u>Immissionsschutz, Lärm</u>		
677 100 000	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskosten	219.357,06	
681 000 000	Aufw. für Zeitungen u Fachlit. d. Verw. u ähnl. Ei	182,70	
<u>670 00 102</u>	<u>Wasser</u>		
677 100 000	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskosten	50.923,32	
<u>670 00 104</u>	<u>Boden/Altlasten</u>		
677 100 000	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskosten	993,18	
<u>670 00 107</u>	<u>Naturschutz (Flora und Fauna)</u>		
616 130 000	Unterhaltung der sonstigen Außenanlagen	17.532,67	
616 500 000	Instandh. v. Sachanl. Gemeingeb., Infrastr.verm.	57.361,90	
67002	Freiraumplanung und Freiflächenbau		
<u>670 00 302</u>	<u>Objektplanung und Bau</u>		
616 500 000	Instandh. v. Sachanl. Gemeingeb., Infrastr.verm.	33.748,41	
<u>670 00 303</u>	<u>Schulbiologiezentrum</u>		
601 100 000	Lehr- und Unterrichtsmittel	1.590,53	
67003	Grün- und Freizeitflächen, Gärtnerei		
<u>670 00 401</u>	<u>Unterhaltung von Grün- und Freizeitflächen</u>		
606 900 000	sonstiger Aufw. für Reparatur u. Instandhaltung	2.316,93	
613 900 000	sonstige weitere Fremdleistungen	273,70	
616 400 000	Instandhaltung von Fahrzeugen	20.648,21	
617 100 000	Aufwendungen für Fremdentorgung	17.315,16	
673 000 000	Gebühren	88.585,92	
<u>670 00 402</u>	<u>Gärtnerei</u>		
600 100 000	Rohstoffe/Material/Vorprodukte/Fremdbauteile	6.285,35	
	Summe	4.470.746,39	85.215,62

Kassel, den 07. März 2014

Dr. Barthel
Stadtkämmerer

Abschluss des Jahres 2013 im Finanzhaushalt hier: Bildung und Übertragung von Haushaltsausgabenresten in das Jahr 2014

1. Aufgrund des § 21 Absatz 2 GemHVO werden im Finanzhaushalt folgende Haushaltsausgabenreste gebildet (Spalte 3), die eine zusätzliche Ausgabeermächtigung im Jahr 2014 darstellen.
2. Begründete Anträge auf Freigabe (Spalte 4) sind dem Amt Kämmerei und Steuern vorzulegen.
3. Die Haushaltsausgabenreste werden durch das Amt Kämmerei und Steuern in nsk eingegeben.
4. Die Begründungen der Haushaltsausgabenreste können in den dem Amt Kämmerei und Steuern vorliegenden Resteanträgen eingesehen werden.

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag €	davon noch nicht freigegeben €	durch Zuweisungen/ Zuschüsse finanziert €
1	2	3	4	5
110 4006 3 00	Standard I-u.K- Technik, bewegliches Vermögen HAR in Höhe von 10.000 € wird zu Inv.-Nr. 140 4000 300 umgesetzt	194.500,00	174.270,00	
140 4000 3 00	Revisionsamt, Prüfsoftware	12.315,16	9.459,16	
230 4800 5 00	Allgemeines Grundvermögen, Grunderwerb	6.850.000,00	6.850.000,00	
320 5100 3 00	Ordnungsamt	15.000,00	15.000,00	
320 5110 3 00	Hilfspolizei, bewegliches Vermögen	154.300,00	154.300,00	
320 5130 3 00	Kfz-Zulassungsstelle	20.000,00	20.000,00	10.000,00
320 5150 3 00	Verbraucherschutz und Tiergesundheit	15.000,00	15.000,00	
370 5200 3 00	Berufsfeuerwehr	860.885,37	0,00	
370 5220 3 00	Rettungsdienste	224.290,25	0,00	
400 4210 3 00	Grund-, Haupt- und Realschulzüge, bewegliches Vermögen	26.089,35	0,00	
400 4211 3 00	Gymnasien, bewegliches Vermögen	10.319,17	0,00	
400 4212 3 00	Berufsschulen, bewegliches Vermögen	267.174,60	264.762,55	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag €	davon noch nicht freigegeben €	durch Zuweisungen/ Zuschüsse finanziert €
400 4213 3 00	Förderschulen, bewegliches Vermögen; HAR in Höhe von 15.853,42 € wird zur Inv.-Nr. 650 4201 101 umgesetzt	26.284,01	0,00	
400 4214 3 00	Gesamtschulen, bewegliches Vermögen; HAR in Höhe von 25.000,00 € wird zur Inv.-Nr. 650 4201 101 umgesetzt	347.190,71	331.798,69	
400 4215 3 00	Medienzentrum Kassel, bewegliches Vermögen	21.207,46	4.136,46	
400 8000 8 00	Alle Schulformen, Zugänge GWG	452.259,42	0,00	
410 0426 3 00	Musikakademie, bewegliches Vermögen	42.300,00	42.300,00	
410 0540 3 00	Brüder - Grimm - Museum, bewegliches Vermögen; HAR in Höhe von 29.000 € wird zur Inv.-Nr. 650 0549 100 umgesetzt.	86.505,74	83.000,00	
410 0550 3 00	Stadtarchiv, bewegliches Vermögen	15.000,00	15.000,00	
410 0555 3 00	Stadtmuseum, bewegliches Vermögen	23.700,00	23.700,00	
410 0595 3 00	Stadtbibliothek, bewegliches Vermögen	20.141,82	0,00	
410 4302 4 00	Staatstheater	1.657.460,00	1.657.460,00	
410 4303 3 00	Kunstsammlungen	7.112,12	0,00	
410 4304 3 00	documenta Archiv, bewegliches Vermögen	10.000,00	10.000,00	
510 0750 300	Jugendbildung und Kinderinteressen; HAR in Höhe von 19.736,57 € wird zur Inv.-Nr. 650 0750 1 00 umgesetzt	19.736,57	19.736,57	
510 4413 3 00	Schulsozialarbeit; HAR in Höhe von 16.550,87 € wird zur Inv.-Nr. 650 0750 1 00 umgesetzt	16.550,87	16.550,87	
510 4414 3 00	Häuser der offenen Tür; HAR in Höhe von 44.367,78 € wird zur Inv.-Nr. 650 0750 1 00 umgesetzt	44.367,78	44.367,78	
510 4436 3 00	Kindertagesstätten; HAR in Höhe von 38.348,57 € wird zur Inv.-Nr. 650 0750 1 00 umgesetzt	38.348,57	38.348,57	
510 4437 4 00	Förderung von Kindertagesstätten, HAR in Höhe von 1.028.000,00 € wird zur Inv.-Nr. 650 4439 1 00 umgesetzt	1.114.250,00	1.114.250,00	
520 4501 4 00	Förderung des Sports - Investitionszuschüsse	52.400,00	52.400,00	
520 4502 3 00	Einrichtungen für Leibesübungen - Bewegliches Vermögen	21.483,52	0,00	
600 6000 4 00	Bauverwaltungsamt, Beitragssoftware	60.000,00	0,00	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag €	davon noch nicht freigegeben €	durch Zuweisungen/ Zuschüsse finanziert €
600 7500 1 00	Friedhöfe, Kapellensanierungen	50.000,00	0,00	
630 6300 1 06	Bebauung Kulturbahnhof Nordseite	1.282.331,28	0,00	
630 6310 4 00	Unterhaltung historischer Gebäude -Zuschüsse-	33.910,00	33.910,00	
630 6330 1 00	Einf./Soz. Stadterneuerung, Oberzwehren	445.948,83	317.948,83	333.000,00
630 6340 1 00	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Rothenditmolld	1.640.878,87	1.596.374,65	1.230.000,00
630 6347 1 00	Umgestaltung Entenanger	152.715,32	152.715,32	
630 6355 1 00	Ziel 2 Programme, EFRE Strukturfonds	2.973.559,84	991.953,28	1.486.500,00
630 6360 1 00	Bereitschaftspolizei, Konversion	11.669,98	11.669,98	
630 6365 1 00	Aktiver Kernbereich Friedrich-Ebert-Straße	2.000.000,00	0,00	1.500.000,00
630 6375 1 00	Soziale Stadt Wesertor	2.500.000,00	1.664.857,85	1.875.000,00
630 6377 1 00	Platzgestaltung Harleshausen Mitte, Baukosten	162.955,68	0,00	
630 6390 1 00	Lüttich-Kaserne, Konversion	8.648,70	8.648,70	
650 0005 1 00	Rathaus, Baukosten	1.302.691,09	932.615,85	
650 0005 2 00	Rathaus, bauliche Verbesserungen	890.530,65	361.947,02	
650 0005 2 01	Rathaus, Verkabelung und Telekommunikationsanlage	240.127,44	197.325,94	
650 0030 2 00	Rathauskantine, bauliche Verbesserungen	24.036,21	2.354,91	
650 0115 1 01	Berufsfeuerwehr, Baukosten	2.098.039,92	0,00	
650 0120 1 00	Feuerwache 2, Baukosten	59.164,44	59.164,44	
650 0155 1 00	Feuerwehrhaus Wolfsanger, Baukosten (ORB 15)	26.365,70	26.365,70	
650 0175 2 00	Auefeldschule, bauliche Verbesserung (ORB 02)	13.136,44	10.686,46	
650 0180 2 00	Carl-Anton-Henschel-Schule, baul. Verb. (ORB 11)	661,19	0,00	
650 0190 1 00	Ernst-Leinius-Schule, Baukosten	10.064,09	0,00	
650 0230 2 00	Hupfeldschule, bauliche Verbesserungen	15.000,00	15.000,00	
650 0240 1 00	Luisenschule, Baukosten (ORB 03)	30.446,13	13.862,67	
650 0260 2 00	Schule am Wall, bauliche Verbesserung (ORB 14)	8.003,27	0,00	
650 0275 1 00	Schule Brückenhof, Baukosten (ORB 21)	1.151.861,39	676.846,85	
650 0290 2 00	Schule Jungfernkopf, bauliche Verbesserungen	4.486,12	166,42	
650 0310 2 00	Unterneustädter Schule 1, bauliche Verbesserungen	21.225,21	15.179,78	
650 0315 2 00	Unterneustädter Schule 2, bauliche Verbesserungen	30.000,00	5.826,69	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag €	davon noch nicht freigegeben €	durch Zuweisungen/ Zuschüsse finanziert €
650 0320 2 00	Grundschule Waldau, bauliche Verbesserungen	30.000,00	30.000,00	
650 0325 2 00	Valentin - Traudt - Schule, bauliche Verbesserungen	30.000,00	30.000,00	
650 0330 2 00	Albert - Schweitzer - Schule, bauliche Verbesserungen	1.194.826,76	3.555,80	
650 0375 2 00	Elisabeth - Knipping - Schule, bauliche Verb.	33.595,77	0,00	
650 0394 1 00	Generalsanierung 2. Berufsschulzentrum	29.285,57	6.278,27	
650 0415 2 00	Walter - Hecker - Schule, bauliche Verbesserungen	40.000,00	40.000,00	
650 0427 1 00	Musikschule, Baukosten	79.831,66	29.118,07	
650 0445 2 00	Alexander - Schmorell - Schule, bauliche Verbesserungen	25.047,32	7.306,26	
650 0465 2 00	Mönchebergschule, bauliche Verbesserungen	8.594,78	2.406,95	
650 0475 1 00	August - Fricke - Schule, Baukosten	9.586,84	9.586,84	
650 0495 2 00	Georg - August - Zinn - Schule, bauliche Verbesserungen	124.068,61	100.287,56	
650 0520 2 00	Gesamtschule Hegelsberg, bauliche Verbesserungen	2.976,25	125,39	
650 0530 2 00	Waldschule, bauliche Verbesserungen	6.000,00	6.000,00	
650 0540 1 00	Brüder - Grimm - Museum, Baukosten; der HAR wird zur Inv.-Nr. 650 0549 100 BGW Neubau am Weinberg umgesetzt.	1.218.727,40	524.843,17	670.000,00
650 0549 1 00	BGW Neubau am Weinberg, Baukosten	13.212.628,06	8.712.628,06	3.000.000,00
650 0555 1 00	Stadtmuseum, Baukosten	7.029.000,53	0,00	700.000,00
650 0641 2 00	Zehntscheune	3.906,63	3.906,63	20.000,00
650 0750 1 00	Jugendbildungsw. W. - Seidel - Haus, Baukosten	57.360,61	0,00	
650 0750 2 00	Jugendbildungsw. W. - Seidel - H., bauliche Verbesserungen	11.868,80	11.868,80	
650 0806 1 00	Kita Bossental, Baukosten	7.580,90	7.580,90	
650 0970 1 00	Auestadion, Baukosten	37.401,36	0,00	
650 0980 2 00	Emil - Junghenn - Sporthalle, Baul. Verbes. (OBR 14)	10.000,00	10.000,00	
650 1000 2 00	Sporthalle Bettenhausen, Baul. Verbes. (OBR 16)	144.756,17	10.000,00	
650 1003 2 00	Sporthalle Gabelsbergstr., Baul. Verbes. (OBR 03)	101.441,62	3.085,40	
650 1051 1 00	Sportpl. Marbachsh. Umkleidegeb. Baukost. (OBR 05)	140.500,00	53.132,77	
650 1105 1 00	Verwaltungsgeb. Bosestr., Baukosten (OBR 04)	23.467,69	23.467,69	
650 1115 2 00	Gärtnerunterkunft Gartenstr., baul. Verb. (OBR 14)	20.339,03	11.824,77	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag €	davon noch nicht freigegeben €	durch Zuweisungen/ Zuschüsse finanziert €
650 1195 2 00	Nordstadtzentrum, Bauliche Verbesserungen	11.886,62	6.827,93	
650 1220 2 00	Bürgerhaus Elisabeth -Selbert, Bauliche Verbesserungen	4.786,30	4.786,30	
650 1230 2 00	Kulturzentrum Schlachthof, Bauliche Verbesserungen	71.871,66	50.063,64	
650 4001 2 00	Energiesparmaßnahmen Städtische Gebäude	36.276,53	36.276,53	
650 4002 1 00	Barrierefreies Bauen, Baukosten	48.035,92	48.035,92	
650 4003 1 00	Planungsbudget für neue Maßnahmen, Baukosten	20.000,00	18.172,16	
650 4201 1 00	Alle Schulformen, Baukosten	61.224,74	0,00	
650 4201 1 01	Alle Schulformen, Vernetzung	3.288,35	2.199,84	
650 4201 2 00	Grund-, Haupt-, u, Realschulen, Bauliche Verbesserungen	16.315,39	16.246,21	
650 4205 2 00	Gesamtschulen, Bauliche Verbesserungen	91.908,00	46.451,43	
650 4210 1 00	GY, GesS, GS, HS, RS/Ganztagsschulangebote, Baukosten	162.627,58	114.725,65	
650 4216 2 00	Fuldatalstraße 12, Bodensanierung	38.308,39	38.308,39	
650 4414 2 00	Häuser der offenen Tür, Bauliche Verbesserungen, HAR in Höhe von 5.000 € wird zur Inv.-Nr. 650 0275 1 00 (Mensa Schule Brückenhof) umgesetzt, HAR in Höhe von 2.986,43 € wird zur Inv. Nr. 650 0205 2 00 (Fr.- Wöhler- Schule) umgesetzt, HAR in Höhe von 1.492,78 € wird zur Inv.-Nr. 650 0641 2 00 (Zehntscheune) umgesetzt.	11.080,97	11.080,97	
650 4438 2 00	Kindertagesstätten, Baul. Verbesserungen	518.318,17	518.318,17	
650 4439 1 00	Umbauten Betreuungsangebote	691.587,98	0,00	
650 4499 1 00	U3- Ausbau, Baukosten eigene Einrichtungen	1.369.275,38	0,00	
650 6500 3 00	Gebäudewirtschaft	87.052,40	12.005,64	
650 7710 2 00	Bauhof für Hochbau, Bauliche Verbesserungen	38.206,07	38.206,07	
650 8000 8 00	Gebäudewirtschaft -GWG-	4.901,32	0,00	
660 6100 3 00	Straßenverkehrsamt, Bewegliches Vermögen	71.133,21	7.860,24	
660 6110 1 01	Bundesstraßen Verkehrssignalanlagen	320.491,23	1.491,22	
660 6110 1 52	Hafenbrücke	227.986,90	169.157,39	
660 6110 1 56	Finanzzentrum Altmarkt, Straßenanpassung	3.889.671,06	0,00	
660 6110 1 63	Weserstraße / Kreuzung Kurt- Wolters- Straße	46.249,95	16.017,73	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag €	davon noch nicht freigegeben €	durch Zuweisungen/ Zuschüsse finanziert €
660 6120 1 01	Landesstraßen Verkehrssignalanlagen	314.320,84	115.214,77	
660 6120 1 29	Loßbergstraße von Teichstr. bis Zentgrafenstr.	709.361,48	27.497,65	
660 6120 1 45	Tischbeinstraße	20.714,52	16.155,09	
660 6120 1 48	Breitscheidstraße, Umbau von Kirchweg bis Gilsastraße	612.630,61	75.000,00	
660 6130 1 01	Kreisstraßen Verkehrssignalanlagen	27.303,31	23.028,81	
660 6130 1 22	Friedrich-Ebert-Str. /Goethestraße	3.813.404,99	2.890.016,43	
660 6130 1 24	Kurfürstenstraße	367.512,35	315.185,90	
660 6130 1 27	Umbau Auedamm, Damaschkestr. - Orangerie	568.183,34	555.702,95	
660 6140 1 01	Gemeindestraßen Verkehrssignalanlagen, Baukosten	24.510,84	2.909,96	
660 6140 1 02	Planungsbudget	183.121,90	88.071,25	
660 6140 1 03	Bau von Anliegerstr., Baukosten	785.661,09	110.574,90	
660 6140 1 05	Größere Instandsetzungen	1.596.558,84	276.471,21	
660 6140 1 06	Um- und Ausbau, Erneuerung von Straßen, Baukosten	3.701.504,14	1.563.083,01	
660 6140 1 20	Ingenieurbauten, Baukosten	345.001,86	256.406,46	
660 6140 1 25	Waldecker Straße Bahnübergang, Baukosten	1.865.429,30	0,00	
660 6140 1 26	Radwege / Radrouten	213.341,46	147.457,61	
660 6140 1 29	Buslinien, Grundsanierung	13.682,56	13.682,56	
660 6140 1 34	Verkehrssteuer- /Regelsystem (VSRS)	118.708,57	363,02	
660 6140 1 38	Mosaikpflasterflächen, Sanierung	11.927,26	0,00	
660 6140 1 40	Verkehrsberuhigung im Stadtgebiet	77.945,77	64.291,70	
660 6140 1 46	Harleshäuser Kurve, Regio- Tram, Baukosten	516.665,97	150.262,25	
660 6140 1 53	Brücke Neue Mühle	4.368,09	4.368,09	
660 6140 1 65	Obere Königsstraße, Umbau	200.000,00	200.000,00	
660 6140 1 66	Obere Bornwiesenstraße, Bahnübergang	390.700,00	0,00	
660 6140 1 67	Radweg Orangerie - Finkenherd	483.555,38	351.501,24	
660 6140 1 75	Verkehrs- und Mobilitätsmanagement	440.916,44	277.628,05	
660 6140 1 76	Fuldaufweg R1 von Metzelseinstraße bis Stadtgrenze	318.950,00	314.291,30	
660 6140 1 81	Mönchebergstraße / Mittelring (KVG-Maßnahme)	104.341,32	78.765,23	
660 6140 1 86	Verkehrerschließung UniKS./Nordstadt(OBR11)	120.000,00	120.000,00	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag €	davon noch nicht freigegeben €	durch Zuweisungen/ Zuschüsse finanziert €
660 6140 1 88	Langes Feld	239.224,52	135.819,72	
660 6140 4 56	Regio - Tram, Systembedingte Maßnahmen	34.598,39	34.598,39	
660 6700 4 00	Straßenbeleuchtung	161.652,69	101.857,49	
660 7720 1 00	Bauhof für Tiefbau, Baukosten	173.418,47	50.496,79	
670 1030 1 00	Sportplatz Daspel, Neubau Kunstrasenspielfeld	49.485,66	17.224,29	
670 1052 1 00	Sportanlage Nordhausen, Kunstrasen Kleinspielfeld	115.542,55	66.970,98	
670 1065 1 00	Sportanlage Schulstraße, Kunstrasen	10.178,72	10.178,72	
670 1095 1 00	Sportanlage Fuldatalstraße, Kunstrasen	7.755,39	7.755,39	
670 3010 1 00	Baumpflanzungen, Baukosten	1.754,99	0,00	
670 3011 1 00	Bodenablagerungen A 44, Baukosten	78.750,69	4.181,57	
670 3013 1 00	Wanderwege, Baukosten	2.141,63	2.141,63	
670 3014 3 00	EDV - Technik, bewegliches Vermögen	24.695,09	0,00	
670 3017 1 00	Stützmauer Ahna - Schützenstraße, Baukosten	1.141,68	569,60	
670 3018 1 00	Baul. Verbesserungen, Sanierung, Sicherheit, Baukosten	13.831,31	0,00	
670 3019 1 00	Naherholungsgebiete, Baukosten	30.934,44	0,00	
670 3028 1 00	Naherholungsgebiet Park Schönfeld, Ausbau	13.311,14	3.450,61	
670 3034 1 00	Buchenauskampfbahn, Neubau Kunststofflaufbahn	11.357,01	8.418,83	
670 3039 1 00	Ausgleichs- /Ersatzmaßnahmen (Ökokonto)	10.749,62	10.749,62	
670 3042 1 00	Gartendenkmal Weinberg, Parkpflegewerk	23.054,65	1.799,48	
670 3044 1 00	Baumkataster, Erweiterung Kontrolltechnik	3.409,50	3.409,50	
670 3047 1 00	Grünanlage Dessenborn/Tritftweg	46.256,80	14.225,08	
670 3052 1 00	Geilebachgrünzug	6.497,02	6.497,02	
670 3053 1 00	Eselgraben - Kleine Wilhelmshöhe	3.973,40	0,00	
670 3060 1 00	Wegweiser Gartenkulturdenkmale	8.024,60	5.582,46	
670 3062 1 00	Fuldapromenade	11.828,81	0,00	
670 3067 1 00	Baumscheiben, Sanierung	33.215,28	0,00	
670 3068 1 00	Mauersanierung Feuerwehrzufahrt zum Weinberg	22.719,74	351,30	
670 3069 1 00	Grünanlage Schloßackerstraße, Herstellung Grünflächen	5.000,00	5.000,00	
670 3072 2 00	Ahngrünzug, Grundsanierung	6.114,24	5.287,51	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag €	davon noch nicht freigegeben €	durch Zuweisungen/ Zuschüsse finanziert €
670 3076 1 00	Maßnahmen Ausgleichszahlung Baumschutzsatzung	11.906,00	11.798,90	
670 3077 1 00	Ziegenbrunnenareal, Umgestaltung	893,23	893,23	
670 4431 1 00	Kinderspielflächen, Grunderneuerung, Sicherheit	288.632,71	0,00	
670 4440 1 00	Jugendbeteiligungsprojekte	20.353,71	10.353,71	
670 4449 1 00	Spielplatz Buttlarstraße, Baukosten	10.737,39	10.737,39	
900 9620 7 00	Fehlbelegungsabgabe, Darlehen, Tilgungen	4.062.529,58	0,00	
900 9690 4 00	Wasserbau, Zuweisungen	2.014.246,04	0,00	
900 9840 4 00	Science-Park, Investitionszuschuss	2.946.864,63	0,00	
Summe		89.847.010,31	37.412.775,40	10.824.500,00

-202-
Kassel, den 07. März 2014

Dr. Barthel
Stadtkämmerer

Erstattung von Personalausgaben durch Dritte

Amt	Kostenstelle	Sachkonto	Beschreibung	RE 2013
-10-	100 00 605	530 300 000	Erstattung für Vermietung Bürgersaal	2.350,00
-10-	100 00 906	548 200 280	Erstattung Landkreis für betriebsärztlichen Dienst	80.962,79
-10-	100 00 608	548 100 100	Erstattung vom Land für Integrationsbeauftragte u. Projekt "Integration durch Qualifikation"	131.579,54
-11-	410 00 010	548 200 280	Erstattung von Landkreis Kassel für die Volkshochschule	578.406,59
-11-	900 00 040	548 500 100	Erstattung für Personal in Gesellschaften	2.218.631,57
-11-	mehrere KSt	548 000 100	Erstattung BA für Altersteilzeit	16.287,41
-11-	mehrere KSt	548 500 100	Erstattung für Personal in Eigenbetrieben	60.589,01
-11-	mehrere KSt	548 800 100	Erstattungen für Mutterschaftsgeld von verschiedenen Krankenkassen	400.306,40
-11-	mehrere KSt	548 800 100	Erstattung für anteilige Versorgungsbezüge/Versorgungsabfindungen	245.672,47
-11-	mehrere KSt	verschiedene	Verschiedene Erstattungen (z.B. Schadenersatz, Zeugengeld)	43.256,92
-32-	320 00 007	548 100 000	Erstattung vom Land für Verbraucherschutz u. Tiergesundheit	691.159,00
-37-	370 00 101	548 700 000	Erstattung DB für Rettungszug	303.901,00
-37-	370 00 401	548 200 700	Erstattung vom Landkreis für Personal in Leitstelle	111.759,00
-37-	370 00 401	548 100 500	Erstattung vom Land für Personal in Leitstelle	86.459,00
-41-	410 00 010	548 200 280	Erstattungen vom Landkreis f. Personal für allg. Gesamthochschule	262.308,25
-41-	410 00 202	548 100 200	Erstattung vom Land für Personal der Musikakademie	1.760.000,00
-41-	410 00 303	548 800 200	Erstattung Personalaufwendungen von sonst. übr. Bereich	22.637,88
-41-	410 00 403	539 000 100	Erstattung Deutsche Forschungsgemeinschaft	126.800,39
-50-	500 00 606	548 400 200	Erstattung kommun. Arbeitsförderung für Projekt "Kommunal-Kombi"	39.232,17
-50-	500 00 607	548 000 200	Erstattung vom Bund für das Projekt "Bürgerarbeit"	472.611,93
-50-	500 00 607	548 400 200	Erstattung kommunale Arbeitsförderung für das Projekt "Bürgerarbeit"	437.177,75
-50-	500 00 904	548 400 200	Erstattung vom Jobcenter für Bildung und Teilhabe	296.379,20
-50-	560 00 101	548 400 200	Erstattung vom Jobcenter für Kommunales Personal im Jobcenter	5.657.683,97
-51-	510 00 140	verschiedene	Erstattung vom Land für Tagespflege	850.500,00
-51-	510 00 211	542 100 000	Erstattung vom Land für Schulsozialarbeit	93.748,00
-51-	510 00 212	542 100 000	Erstattung vom Land nach dem Jugendbildungsförderungsgesetz	79.757,61
-51-	510 00 301	541 030 000	Erstattung für Familienhebammen	96.278,85
-51-	mehrere KSt	542 100 000	Erstattung v. Land f. Aufgabenwahrnehmung d. Landesjugendamtes	197.900,00
-51-	mehrere KSt	verschiedene	Erstattung vom Land für Personal in Kindertagesstätten	5.022.183,59
-53-	530 00 202	548 100 300	Erstattung vom Land für MRE-Netzwerk Nord- und Osthessen	14.197,73
-53-	530 00 402	547 030 000	Erstattung der Krankenkassen für Arbeitskreis Jugendzahnpflege	240.610,00
-53-	530 00 502	541 030 000	Erstattung vom Land für Kontakt- und Informationsstelle für	17.942,00
-53-	mehrere KSt	548 200 700	Erstattung vom Landkreis Kassel für fusioniertes Gesundheitsamt	899.066,00
-65-	650 00 301 650 00 302	548 100 100	Erstattung vom Land für Personal der Sporthalle Auepark	31.383,90
-66-	660 00 101	548 000 100	Erstattung vom Bund für das Projekt "Urbaner Raum"	150.798,80
-66-	660 00 061	548 800 100	Erstattungen für Leistungen des städt. Bauhofs u. der	6.334,23

21.746.852,95

Übersicht über die Rücklagen 2013 in Euro

Konto	Art	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zuführung	Entnahme	Stand am Ende des Haushaltsjahres
	Kapitalrücklagen				
311000000	Louise Reiss Stiftung	42.643,40	750,52	0,00	43.393,92
	Gesetzliche, zweckgebundene und freie Rücklagen				
320200000	Budgetrücklage	140.555,19	0,00	0,00	140.555,19
321100100	Gebührenaussgleichsrücklage Erziehungshilfen Auguste Förster	73.507,13	0,00	73.147,53	359,60
321100200	Gebührenaussgleichsrücklage Rettungsdienste	578.456,63	185.305,03	0,00	763.761,66
327000000	Sonderrücklagen (Stiftungen)	5.511.110,24	0,00	58.477,08	5.452.633,16
	Rücklagen gesamt	6.346.272,59	186.055,55	131.624,61	6.400.703,53

Abkürzungsverzeichnis

Afa	Abschreibung für Abnutzung
AFK	Arbeitsförderung Kassel-Stadt GmbH
AG	Aktiengesellschaft
Apl	außerplanmäßig
BerRehaG	Berufliches Rehabilitierungsgesetz
BHT	Baugrund Hessen Thüringen
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BU	Bauunterhaltung
BuT	Bildung und Teilhabe
BVK	Beamtenversorgungskasse
d.h.	das heißt
DRModG	Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen
EFN	Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
eG	eingetragene Genossenschaft
ErgHH	Ergebnishaushalt
ESTG	Einkommensteuergesetz
FiDT	Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH
FÜ	Fußgängerunterführungen
GemHVO-Doppik	Gemeindehaushaltsverordnung Doppik
gGmbH	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWG	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH
HADG	Haftpflichtschadenausgleich der Deutschen Großstädte
HAZVO	Hessische Arbeitszeitverordnung
HBeamtVG	Hessisches Beamtenversorgungsgesetz
HBG	Hessisches Beamtengesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HLG	Hessische Landgesellschaft mbH
HMdlufS	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
HSZG	Hessisches Sonderzahlungsgesetz
HVersRückIG	Hessisches Versorgungsrücklagegesetz
IDE	Institut dezentrale Energietechnologie gGmbH
i.H.v.	in Höhe von
i.L.	in Liquidation
JAFKA	Gemeinnützige Gesellschaft für Aus- und Fortbildung mbH

KAG	Kommunales Abgabengesetz
KAV	Konzessionsabgabenverordnung
Kfz.	Kraftfahrzeug
KG	Kommanditgesellschaft
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KiFöG	Kinderförderungsgesetz
KVKR	Kommunaler Verwaltungskontenrahmen
KVV	Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH
lfd.	laufend
LOB	Leistungsorientierte Bezahlung
LWV	Landeswohlfahrtsverband
MHKW	Müllheizkraftwerk Kassel GmbH
Mio.	Millionen
NB	Nordhessenbus GmbH
NVV	Nordhessischer Verkehrsverbund & Fördergesellschaft Nordhessen mbH
PEG	Projektentwicklungsgesellschaft Unterneustadt
qm	Quadratmeter
rd.	rund
RP	Regierungspräsidium
SGB	Sozialgesetzbuch
TSK	Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH
TVÖD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
u.a.	unter anderem
Üpl.	überplanmäßig
VHS	Volkshochschule
VV	Verwaltungsvorschriften
WFG	Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH
WoGG	Wohngeldgesetz